

DDR-HAFTZWANGSARBEIT FÜR DEN WESTEN

Eine Ausstellung des Masterstudiengangs
Public History der Ruhr-Universität Bochum



DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen

Eine Ausstellung des Master-Studiengangs Public History
am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum im
Wintersemester 2021/22

Katalog zur Ausstellung

Bochum, im Januar 2022

Impressum

Herausgegeben von der Praktischen Übung Public History „Museen und Ausstellungen in der Public History“ des Master-Studiengangs Public History am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum im Wintersemester 2021/22:

Lisa Börnig

Hannah Dohlen

Salome Rabea Faigle

Lisa M. Franke

Leonie Freudenfeld

Dominik M. Fröhlich

Mathis H. Hartmann

Jana Lena Jünger

Jessica May

Thorben Niemietz

Lea Recken

Miriam Romahn

Jens M. Schroeter

Marta Schwierz

Noreen Stühmer

Jenny Sure

Julia Stefanie Wember

Lena Wendler

Nina Wermann

Dozent: Dr. Ralph Trost M.A.

Redaktion und Layout: Leonie Freudenfeld, Jana Lena Jünger, Marta Schwierz, Noreen Stühmer

Druck: Druckzentrum der Ruhr-Universität Bochum

Vorwort und Danksagung

Im Wintersemester 2021/22 fand zum fünften Mal im Master-Studiengang Public History die Praktische Übung „Museen und Ausstellungen in der Public History“ am Historischen Institut der Fakultät für Geschichtswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum statt. Wie in den Jahren zuvor sollten die Studierenden eine Kabinettausstellung selbständig konzipieren und zusammenstellen. Sie waren dabei frei in der Auswahl des Themas, der Exponate und der Texte zu ihrer Ausstellung.

Auch in diesem Semester beherrschte Corona das akademische Leben. So fand die Übung – bis auf die ersten Sitzungen – online statt. Dies betraf auch die vielen Besprechungen der Studierenden untereinander. So wurde eine Ausstellung konzipiert und realisiert, die aus drei Elementen besteht: Blog und Katalog gehen zu Vorlesungsende im Januar 2022 online, die Vitrine im Foyer GA 02 Nord an der RUB soll dann mit Exponaten gefüllt werden, wenn es die pandemische Lage wieder zulässt.

Als Thema haben die Studierenden mit „DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen“ ein nicht nur wissenschaftlich hoch sensibles und aktuelles Thema gewählt. Menschen, die einem diktatorischen und repressiven System ausgesetzt sind, mussten unter Zwang Produkte für den kapitalistischen Westen herstellen. Davon profitierten der sie ausbeutende Staat DDR und die westlichen Unternehmen, die sich hierdurch große Einsparungen bei den Produktionskosten versprachen. Ein schmutziges Kapitel deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte, denn mag das System DDR untergegangen sein, haben viele der hierin verwickelten Westunternehmen immer noch keine Aufarbeitung oder gar Wiedergutmachung geleistet. Bis heute findet diese Form der Ausbeutung von Menschen statt, wenn auch geographisch verlagert. Den Studierenden gilt hier Dank und Respekt, diesem Thema mit der Ausstellung „DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen“ in Bochum und darüber hinaus weitere Aufmerksamkeit gegeben zu haben.

Vielen ist zu danken, die bei der Realisierung von Blog, Ausstellung und Katalog geholfen haben. Als Dozent gilt mein Dank zuerst den Studierenden dieses Semesters, die trotz der schwierigen Umstände im zweiten Jahr der Pandemie mit großem Engagement, Ideen und vor allem großem Interesse der Veranstaltung gefolgt sind. Das Ergebnis ist nun weit über die Grenzen des Campus der Ruhr-Universität Bochum zu sehen.

Ganz besonderer Dank gilt Prof. Dr. Nicola Brauch und Prof. Dr. Christian Bunkenberg, die gemeinsam mit dem Historischen Institut und der Didaktik der Geschichte diese Veranstaltung im Rahmen des Master-Studiengangs Public History möglich gemacht haben. Ebenso sei allen Kolleginnen und Kollegen der RUB gedankt, die auf verschiedene Weise auch in diesem Semester Übung und Ausstellung unterstützt haben.

Ohne Leih- und Ideengeber wäre die Ausstellung nicht realisierbar gewesen. All ihnen gilt unser großer Dank für die schnelle und vor allem problemlose Bereitschaft, den Studierenden bei ihrer Ausstellung zu helfen. Alle Unterstützenden werden sich in Ausstellung und Katalog wiederfinden.

Im Namen der Studierenden der Praktischen Übung „Museen und Ausstellungen in der Public History“ wünsche ich allen Besucher:innen der Ausstellung spannende Rundgänge.

Bochum, im Januar 2022

Dr. Ralph Trost M.A.

Assoziierter Lehrbeauftragter an der Fakultät Geschichte, Historisches Institut, Didaktik der Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum

Inhalt

Einführung in die Publikation (<i>Lea Recken</i>)	7
--	---

DIE ORGANISATION DER HAFTZWANGSARBEIT IN DER DDR

(*Dominik M. Fröhlich, Mathis H. Hartmann, Jens M. Schroeter*)

Einführung	10
Rechtliche Rahmenbedingungen und Beurteilung der Haftzwangsarbeit.....	10
Haftzwangsarbeit im Spiegel internationaler Abkommen	13
Staatliche Strukturen und institutionelle Entwicklung	16
Organisation des Verkaufs und Exports	20
Fazit - Die Organisation der Haftzwangsarbeit in der DDR	28

AUSGEWÄHLTE ORTE DER HAFTZWANGSARBEIT

(*Lisa Börnig, Julia Stefanie Wember, Noreen Stühmer*)

Einführung	32
Das Chemiekombinat Bitterfeld.....	32
Die Frauenhaftanstalt Hoheneck	36
Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau	43

EINZELSCHICKSALE UND ALLTAG IN DER HAFTZWANGSARBEIT

(*Hannah Dohlen, Salome Rabea Faigle, Thorben Niemietz,
Miriam Romahn, Jenny Sure, Nina Wermann*)

Die Arbeitsbedingungen der Haftzwangsarbeit im Strafvollzug auf der <i>Haftanstalt Hoheneck</i>	53
Edda Schönherz: Zeitzeugenbericht einer zur Zwangsarbeit verurteilten politischen Gefangenen im <i>Hoheneck-Komplex</i>	55
Begrüßungsarrest im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.....	59
Monotonie im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.....	62
Haftsozialisation im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.....	65
Vom Wochenbesten bis zum Einzelarrest. Das Straf- und Belobigungssystem im <i>GJWH Torgau</i>	67
Politische Häftlinge als „Exportschlager“? – Eine grobe Skizzierung des Häftlingsfreikaufs	74
Zeugenaussage eines ehemaligen Häftlings und die Reaktion <i>IKEAs</i>	79

PROFITEURE – PRODUKTE – INVOLVIERTE

(Lisa M. Franke, Leonie Freudenfeld, Jessica May)

Einführung – Profiteure der DDR-Haftzwangsarbeit	86
„Sehen wir uns nicht in dieser Welt, dann sehen wir uns in Bitterfeld“	89
Nähen für den Exporthandel – Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie	96
IKEA als Profiteur der Haftzwangsarbeit in der DDR.....	102

DISKURSE ÜBER DIE DDR-HAFTZWANGSARBEIT

(Jana Lena Jünger, Marta Schwierz, Lena Wendler)

Einführung ins Kapitel	112
Kassiber in der Ware: Grüße aus dem Ost-Knast an den Westen – Die Anfänge.....	112
Zwischen politischem Aktivismus und der Ignoranz der Politik – der Diskurs in den 80er-Jahren.....	113
Frauenstrafvollzugsanstalt – das <i>Frauenzuchthaus Hoheneck</i>	115
Das Geschäft mit dem Blut – Diskurse seit den 2010er Jahren	118
Fazit – Wie sich Diskurse rund um das Thema Haftzwangsarbeit in der DDR über die Jahrzehnte verändert haben	124

EINFÜHRUNG IN DIE PUBLIKATION

(Lea Recken)

„Gesellschaftlich nützliche Tätigkeit ist eine ehrenvolle Pflicht für jeden arbeitsfähigen Bürger. Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit.“¹

Laut diesem Artikel der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) vom 9. April 1968 bildeten für alle Bürger das Recht und die Pflicht auf Arbeit eine Einheit, die auch für inhaftierte DDR-Bürger galt, um für die Gesellschaft nützliche Arbeit zu leisten. Auch das 1977 erlassene Strafvollzugsgesetz sah gemäß der Verfassung die Nutzung der Arbeitskraft von Strafgefangenen ausdrücklich vor.² Somit legte der Staat der DDR rechtlich den Grundstein für den Einsatz von Haftzwangsarbeit. Arbeit sollte im Strafvollzug gezielt als Umerziehungsmaßnahme eingesetzt werden, um die sozialistische Persönlichkeit zu formen.³

Insbesondere politische Gefangene galten als unbelehrbar, nur die Haft und der

Einsatz der Arbeit könnten die politischen Überzeugungen und Identitäten der Gefangenen brechen.⁴ Seit Mitte der 1950er Jahren wurden zwischen 15.000 und 30.000 Häftlinge in den Gefängnissen der ehemaligen DDR zur Arbeit eingesetzt.⁵ Die offiziell als Erziehungsinstrument eingesetzte Arbeit diente in der Realität jedoch weniger der Resozialisierung als vielmehr der Erfüllung der wirtschaftlichen Ziele der DDR. Die Planwirtschaft machte es nötig, dass alle Produktionsreserven absolut ausgenutzt werden mussten, was auch die Arbeitskraft der Gefangenen miteinbezog.⁶ Zudem wurden die Haftzwangsarbeiter:innen in Bereichen eingesetzt, für die es schwierig war, zivile Arbeitskräfte zu finden. Entweder weil sie schlecht bezahlt wurden oder weil die Arbeit besonders gefährlich war.⁷

Allerdings wurde im Strafvollzug der DDR nicht von Haftzwangsarbeit gesprochen, da dies den marxistisch-leninistischen Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft widersprochen hätte, laut denen die Bürger freiwillig die neue Gesellschaft mitaufbauen.⁸

1 Art. 24 Absatz 2. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, in: https://www2.klett.de/sixcms/media.php/229/DO01_3-12-430001_Kap10_online_5qb3a3_Verf_DDR_1968.pdf abgerufen am: 20.01.2022.

2 Karlsch, Rainer: Das Milliardenengeschäft der Hoechst AG mit der DDR-Chemieindustrie von 1976, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 63/2 (2018), S. 235-275, hier S. 261.

3 Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat, Hildesheim; Zürich u.a. 2011 (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte, 7), S. 46-47.

4 Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989), Göttingen 2014, S. 67.

5 Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Studie erstellt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Berlin 2015, S. 27-29.

6 Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014, S. 185., Wölbern: Aufarbeitung, S. 4.

7 Wölbern: Aufarbeitung, S. 27-29.

8 Sachse, Christian: Verschleierte Zwangsarbeit für westliche Firmen, in: bpb (07.10.2016), URL:

In den vergangenen Jahren wurden verstärkt öffentliche Debatten über Haftzwangsarbeit in der DDR geführt. Insbesondere im Zusammenhang mit den politisch inhaftierten DDR-Bürgern, da diese nach freiheitlich-demokratischer Auffassung zu Unrecht inhaftiert waren und keine Haftzwangsarbeit hätten leisten dürfen.⁹ Die Betroffenen leiden und litten sowohl körperlich als auch psychisch unter der Haftzwangsarbeit.¹⁰ Ehemalige Haftzwangsarbeiter:innen beschreiben die Strafvollzugsanstalten als Arbeitslager, in denen sie ausgebeutet wurden.¹¹ Die Thematik weist einige Brisanz auf, auch weil der Westen von der Haftzwangsarbeit profitiert hatte und Produkte aus Betrieben bezog, die die Arbeitskraft von Strafgefangenen einsetzten.¹² Bereits 1967 hatte Amnesty International in einer Informationsschrift über den Einsatz von Haftzwangsarbeiter:innen in der DDR informiert.¹³ In den letzten Jahren nahmen mediale Debatten um Profiteure von Haftzwangsarbeitsprodukten wie *IKEA*, *Woolworth*, *Quelle* oder *Aldi* und mögliche Entschädigungen der Haftzwangsarbeiter zu und zeigen, dass die Unrechtstaten des DDR-Staates noch einiger Aufarbeitung bedarf.¹⁴

Der vorliegende Katalog möchte einen Beitrag dazu leisten, das Thema präsenter

für das kollektive Öffentlichkeitsbewusstsein zu machen und über die Haftzwangsarbeit in der DDR zu informieren. Um möglichst unterschiedliche Schicksale von Männern, Frauen und Jugendlichen aufzuzeigen, stehen das Chemiekombinat Bitterfeld, die Frauenvollzugsanstalt Hoheneck und der geschlossene Jugendwerkhof Torgau im Untersuchungszentrum des Kataloges. Die Thematik wird aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen werden durch eine genauere Betrachtung der Organisation der Haftzwangsarbeit, der Orte und Profiteure dieser sowie einiger Einzelschicksale von Haftzwangsarbeiter:innen, die systematische Ausbeute von Arbeitskräften genauer beleuchtet.

Generell ist festzustellen, dass sich für die Thematik des Arbeitseinsatzes von Strafgefangenen in der DDR, innerhalb der Forschung keine einheitliche Bezeichnung findet.¹⁵ Neben Haftzwangsarbeit wird oft der Begriff Zwangsarbeit verwendet. Dieser wird jedoch fast ausschließlich mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht.¹⁶ Dennoch ist festzuhalten, dass der Begriff Zwangsarbeit, obgleich seiner Assoziation mit der NS-Zeit, nicht ausschließlich für diese verwendet

<https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit>, abgerufen am 20.01.2022.

⁹ Wölbern, Jan Philipp: Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 13 (2016), S. 86-107, hier S. 87.

¹⁰ Wölbern: Haftarbeit, S. 104.

¹¹ Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente, Band 37), Göttingen 2014, S. 17.

¹² Wölbern: Aufarbeitung, S. 4.

¹³ Sachse: Zwangsarbeit, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit>, abgerufen am 20.01.2022.

¹⁴ Hierzu beispielsweise Wunschik: Knastware, S. 7, 281-282.; Sachse: Zwangsarbeit, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit>, abgerufen am 20.01.2022.

¹⁵ Hierzu beispielsweise Schmidt: Zwangsarbeit, S. 65-78.

¹⁶ Vesting: Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chiemedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012, S. 13.

werden muss. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus zielte der DDR-Strafvollzug aber nicht auf „Vernichtung durch Arbeit“ und die Gefangenen infolge eines Gerichtsverfahrens inhaftiert waren, auch wenn politisch Inhaftierte zu Unrecht in Haft saßen.¹⁷ So erklärt Karin Schmidt, dass der Begriff „Zwangsarbeit“ sprachwissenschaftlich umschrieben werden kann als „‘Arbeit, zu der man gezwungen wird‘ bzw. ‚Arbeit, die man unter Zwang leistet‘“, weshalb unter dem Begriff der Zwangsarbeit sehr viel verstanden werden kann.¹⁸ In einer Zeitzeugenbefragung von DDR-Haftzwangsarbeiter:innen, nach einer Erläuterung der Begriffe Haftzwangsarbeit und Zwangsarbeit, definierten die meisten Zwangsarbeit mit Zwang und Haftzwangsarbeit mit Arbeit in Gefängnis.¹⁹ Um den Umstand hervorzuheben, dass der Arbeitszwang während der Haftzeit der Betroffenen stattfand sowie um eine begriffliche Distanz zur Zwangsarbeit in der NS-Zeit zu schaffen, wird im Rahmen dieses Ausstellungsprojekts der Begriff der Haftzwangsarbeit verwendet werden.

¹⁷ Wölbern: Aufarbeitung, S. 5.

¹⁸ Schmidt: Zwangsarbeit, S. 65.

¹⁹ Schmidt: Zwangsarbeit, S. 78.

DIE ORGANISATION DER HAFTZWANGSARBEIT IN DER DDR

(Dominik M. Fröhlich, Mathis H. Hartmann, Jens M. Schroeter)

Einführung

Der folgende Beitrag zur Organisation der Haftzwangsarbeit in der DDR dient dazu, die Konturen des Systems, welches die konsequente Ausbeutung der Arbeitskraft von Strafgefangenen bezweckte, zu skizzieren. Die Untersuchung geht dabei auf drei Aspekte der Organisation der Haftzwangsarbeit gesondert ein.

Im Kapitel *Rechtliche Rahmenbedingungen und Beurteilung* werden die juristischen Grundlagen in den Blick genommen. Dazu werden normative Texte, etwa die Verfassungen der DDR sowie rechtliche Bestimmungen zum Strafvollzug, herangezogen, um die juristischen Konstruktionen offenzulegen, auf denen das System der Haftzwangsarbeit basierte. Die rechtlichen Grundlagen werden daraufhin im Spiegel internationaler Abkommen zur Zwangsarbeit kontextualisiert, wodurch anerkannte Bewertungskriterien bestimmt werden können. Der Abschnitt schließt mit einer Beurteilung der Haftzwangsarbeit in der DDR nach rechtsstaatlichen Maßstäben.

Das darauffolgende Kapitel *Staatliche Strukturen und institutionelle Entwicklung* beschäftigt sich mit den zentralstaatlichen Organisationsebenen des Systems der Haftzwangsarbeit. Dabei werden die wesentlichen Akteure und Institutionen des SED-Regimes identifiziert und in die historischen Entwicklungslinien von der

Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bis zum Ende der DDR eingebettet. Ein besonderes Augenmerk liegt in diesem Zusammenhang auf der Rolle des *Ministeriums des Inneren (MdI)*, welches die zentrale Steuerung der Haftzwangsarbeit übernahm.

Im anschließenden Kapitel *Organisation des Verkaufs und Exports* wird die Haftzwangsarbeit aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive beleuchtet, indem die Handelsbeziehungen zwischen DDR und BRD untersucht werden. Zu diesem Zweck werden die vertraglichen und strukturellen Grundlagen der deutsch-deutschen Wirtschaftskontakte untersucht und in das komplexe Gefüge aus ideologischen Differenzen und politischen Erwägungen eingeordnet. Um die konkrete Funktionsweise des Warenaustauschs nachzuvollziehen, werden das Zusammenspiel der *Treuhand für Interzonenhandel* auf Seiten der BRD und der *Außenhandelsbetriebe (AHB)* der DDR analysiert.

Der Beitrag zur Organisation der Haftzwangsarbeit mündet in einem gemeinsamen Fazit, in dem die Ergebnisse der Einzelkapitel zusammengefasst werden und in eine übergreifende Synthese einfließen.

Rechtliche Rahmenbedingungen und Beurteilung der Haftzwangsarbeit

Als rechtliche Grundlage der Haftzwangsarbeit in der DDR ist das bereits in der ersten Verfassung von 1949 festgeschriebene Grundrecht auf Arbeit auszumachen, welches das Fundament des so-

zialistischen Staatsverständnisses darstellte.²⁰ Im Gegensatz zum Grundgesetz der BRD war jedoch die freie Wahl des Arbeitsplatzes nicht als Grundrecht in der Verfassung der DDR verankert, sondern im Zuge der staatlichen Wirtschaftslenkung Einschränkungen und Sanktionen unterworfen.²¹ Von diesen Einschränkungen waren insbesondere Strafgefangene betroffen, da sich Artikel 137 der Verfassung in die sowjetische Rechtstradition der Besserungsarbeit stellte: *„Der Strafvollzug beruht auf dem Gedanken der Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit.“*²² Wenngleich in der Verfassung von 1949 noch nicht explizit die Pflicht zur Arbeit stipuliert wurde, betont die Forschung einhellig, dass das Grundrecht auf Arbeit von Anfang an den Erfordernissen der staatlichen Wirtschaftspolitik untergeordnet und zur Arbeitspflicht umgedeutet wurde.²³ Diese Lesart kondensierte sich schließlich in Artikel 24 der zweiten Verfassung der DDR von 1968: *„Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden*

*eine Einheit.“*²⁴ Die damit normativ festgelegte Arbeitspflicht diente der Legitimierung der Haftzwangsarbeit und wurde noch nach dem Zusammenbruch der DDR von SED-Funktionären zur Rechtfertigung der Ausbeutung der Arbeitskraft von Strafgefangenen genutzt.²⁵ Es ist festzuhalten, dass beide Verfassungen der DDR schwerwiegende staatliche Eingriffe in die Grundrechte beinhalteten. Dadurch wurden rechtliche Grundlagen der Haftzwangsarbeit geschaffen, die im sozialistischen Rechtsverständnis nicht nur legal war, sondern geradezu zwangsläufig aus der Einheit des Rechts auf Arbeit und der Pflicht zur Arbeit entstand.

Bis 1968 – fast 20 Jahre lang – wurde der Arbeitseinsatz von Strafgefangenen durch Verordnungen, Erlasse und Dienstanweisungen geregelt, die am verfassungsmäßigen Gesetzgebungsprozess vorbeiliefen. Die *Verwaltung Strafvollzug (VSV)* im *MdI* regelte in diesem Zeitraum die Rahmenbedingungen der Haftzwangsarbeit, ohne durch gesetzliche Maßgaben eingeschränkt zu sein.²⁶ Doch auch nachdem 1968 das *Strafvollzugs- und*

²⁰ Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Art. 15, Abs. 2.; Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Studie erstellt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 22.06.2015, URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Studien/die-historische-aufarbeitung-der-zwangsarbeit-politischer-haeftlinge-im-strafvollzug-der-ddr.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am: 13.01.2022, S. 11, im Folgenden zitiert als: Wölbern: Aufarbeitung.

²¹ Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Art. 15, Abs. 2.; Grundgesetz für die BRD, Art. 12, Abs. 1.; Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014, S. 55-56, im Folgenden zitiert als: Sachse: Das System der Zwangsarbeit.

²² Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Art. 137.; Sachse: System, S. 56.

²³ Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte, 7), Hildesheim; Zürich; New York 2011, S. 41, im Folgenden zitiert als: Schmidt: Strafvollzug.; Wölbern: Aufarbeitung, S. 11; Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 55-56; Timmermann, Heiner: Die Rechtsordnungen der Bundesrepublik und der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR. Recht und Justiz als politisches Instrument (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen e.V., 89), Berlin 2000, S. 21.

²⁴ Verfassung der DDR vom 6. April 1968, Art. 24, Abs. 2.

²⁵ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 48-49.

²⁶ Wölbern: Aufarbeitung, S. 12-13.



08. April 1968: Walter Ulbricht unterzeichnet die zweite Verfassung der DDR. Quelle: BArch, Bild 183-G0408-0032-001, Junge, Peter Heinz, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-G0408-0032-001,_Berlin,_neue_DDR-Verfassung,_Staatsakt.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 14.01.2022.

Wiedereingliederungsgesetz (SVWG) in Kraft trat, welches die Vielzahl einzelner Bestimmungen zusammenfassen und ordnen sollte, blieb der weitreichende Handlungsspielraum der Exekutive bestehen.²⁷ Beinahe ausnahmslos wurde in den normativen Texten die erzieherische Funktion der Haftzwangsarbeit betont.²⁸ Daher führte das SVWG die *Arbeitserziehung* als eine von drei Arten des Freiheitsentzugs (Freiheitsstrafe, Haftstrafe, Arbeitserziehung) ein.²⁹ Diese Dreiteilung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die überwiegende Mehrheit der

Strafgefangenen der DDR – auch diejenigen, die zu einer Freiheitsstrafe oder einer Haftstrafe verurteilt wurden – Haftzwangsarbeit leisten mussten.³⁰ Daneben akzentuierte das SVWG die abschreckende Wirkung als Zweck des Strafvollzugs, der „den Tätern und anderen Bürgern die Schwere und Verwerflichkeit der Straftaten und die Unantastbarkeit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung bewusst“ machen sollte.³¹

27 Schmidt: Strafvollzug, S. 47.; Wölbern: Aufarbeitung, S. 12-13.

28 Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37),

12

Göttingen 2014, S. 21-23.; Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 48-51.

29 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 50.

30 Wölbern: Aufarbeitung, S. 26-27, geht davon aus, dass 90% der Strafgefangenen Haftzwangsarbeit leisten mussten.

31 SVWG. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 63.

Haftzwangsarbeit im Spiegel internationaler Abkommen

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden unterschiedliche internationale Abkommen zur Reglementierung und Abschaffung von Zwangsarbeit verabschiedet. Anhand dieser Abkommen lassen sich akzeptierte, internationale Standards zur Zwangsarbeit identifizieren, die der Bewertung der Haftzwangsarbeit in der DDR dienen. Von hervorgehobener Wichtigkeit in diesem Zusammenhang sind die Übereinkommen der *International Labour Organization (ILO)*, die in Folge des Ersten Weltkriegs zur Durchsetzung der Menschenrechte innerhalb der Arbeitswelt gegründet wurde und 1946 als Sonderorganisation in die *Ver-einten Nationen (UNO)* inkorporiert wurde.³² Das 1932 in Kraft getretene *ILO-Übereinkommen Nr. 29*, die *Forced Labour Convention*, verpflichtete die Unterzeichnerstaaten dazu, Zwangsarbeit schnellstmöglich abzuschaffen, bis zur Erfüllung dieses Ziels nur unter bestimmten Bedingungen und staatlicher Aufsicht zu erlauben sowie einer jährlichen Berichtspflicht nachzukommen.³³ Nicht als Zwangsarbeit im Sinne dieses Übereinkommens galt u. a. Arbeit, die durch ein Gerichtsurteil verordnet wurde.³⁴ Damit war die Haftzwangsarbeit in der DDR im Speziellen und die sozialistische Rechtstradition der Besserungsarbeit im Allgemeinen formal vom

Zwangsarbeitsbegriff des *ILO-Übereinkommens* ausgenommen, doch auch die gerichtlich angeordnete Arbeit unterlag strengen Auflagen.³⁵ So war beispielsweise der Arbeitseinsatz von Gefangenen im Bergbau – ein zentrales Einsatzgebiet der Haftzwangsarbeit in der DDR – aufgrund der Gesundheitsrisiken für ungelernete Arbeitskräfte untersagt.³⁶ Das *ILO-Übereinkommen Nr. 105* von 1957, erweiterte den Zwangsarbeitsbegriff aus und ist als Reaktion auf die Erfahrungen des Nationalsozialismus und die sozialistischen Rechtspraktiken zu verstehen.³⁷ In Artikel 1 verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten dazu, Zwangsarbeit nicht als Mittel politischen Zwangs und Erziehung, der Bestrafung politischer Ansichten, oder der wirtschaftlichen Entwicklung und Arbeitsdisziplin einzusetzen.³⁸ Der Gegensatz zwischen diesen Bestimmungen und dem in Artikel 137 der Verfassung der DDR festgeschriebenen Prinzip der Besserungsarbeit ist eindeutig. Erst 1974 trat die DDR der *ILO* bei, ratifizierte aber bezeichnenderweise keine der beiden Übereinkünfte zur Zwangsarbeit.³⁹

Internationale Maßstäbe, die die DDR offiziell anerkannte, stellen die *Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen* dar, die 1955 von der UNO verabschiedet wurden. Im Rahmen ihres Beitritts in die UNO im Jahr 1974 ratifizierte die DDR dieses Abkommen und kam in

32 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 38.

33 International Labour Organization: C029 – Forced Labour Convention (No. 29), 1930, URL: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO:12100:P12100_INSTRUMENT_ID:312174:NO, abgerufen am: 13.01.2022, im Folgenden zitiert als: ILO Übereinkommen Nr. 29.

34 ILO Übereinkommen Nr. 29, Art. 2, Abs. 2a.

35 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 39–38.

36 Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011, S. 357, im Folgenden zitiert als: Sonntag: Arbeitslager.

37 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 40–41.

38 International Labour Organization: C105 – Abolition of Forced Labour Convention (No. 105), 1957, URL: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:C105, abgerufen am: 13.01.2022, Art. 1a-e.

39 Schmidt: Strafvollzug, S. 71.



Plakat zur KSZE im September 1975 in einer Dresdener Schule. Quelle: Sonderegger, Christof, CC-BY-SA 4.0, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Volksschule_Dresden_03.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 14.01.2022.

Folge ihrer fünfjährlichen Berichtspflicht nach.⁴⁰ Tatsächlich erfüllte die DDR einzelne Aspekte der Mindestgrundsätze, die Analyse von Christian Sachse zeigt aber, dass signifikante Verletzungen der internationalen Minimalregeln regelmäßiger Bestandteil der Haftzwangsarbeit waren.⁴¹ Konsequenzen ergaben sich aus diesen Verstößen aber nicht, da sie in den Berichten der DDR keine Erwähnung fanden und die UNO kaum Möglichkeiten hatte, die Einhaltung zu kontrollieren.⁴² Von ähnlicher Wirkungslosigkeit war die Schlussakte der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* in Helsinki im Jahr 1975 gekennzeichnet, in der die DDR ihre Bereitschaft zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bekundete. Hieraus ergab sich aber keine rechtliche Verbindlichkeit, sodass sich die Situation in Ostdeutschland faktisch nicht veränderte. Die Teilnahme

der DDR am KSZE-Prozess war hauptsächlich auf internationale Anerkennung ausgelegt.⁴³ Insgesamt wird deutlich, dass die Haftzwangsarbeit in der DDR anerkannten, internationalen Abkommen zur Zwangsarbeit im Besonderen und zur Behandlung von Gefangenen im Generellen eindeutig zuwiderlief. Gleichzeitig erwiesen sich diese Abkommen als nur begrenzt wirkmächtig, da sie auf Selbstverpflichtungen der Mitgliedsstaaten aufbauten und über kaum eigenständige Kontroll- und Sanktionsmechanismen verfügten.

Bewertung der Haftzwangsarbeit nach rechtsstaatlichen Kriterien

Die Vielfalt rechtlicher Bestimmungen auf nationaler Ebene sowie die selektive Unterzeichnung internationaler Abkommen verdeutlichen das Bemühen des

⁴⁰ Wölbern: Aufarbeitung, S. 13.

⁴¹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 43-44.

⁴² Wölbern: Aufarbeitung, S. 13.

⁴³ Schmidt: Strafvollzug, S. 73.

SED-Apparates, der systematischen Haftzwangsarbeit den Anschein der Legalität zu verleihen. Daher ist es zur Beurteilung der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend, allein die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der DDR zu überprüfen. Stattdessen ist es notwendig, die normativen Grundlagen der Haftzwangsarbeit anhand von rechtsstaatlichen Kriterien einzuordnen.

Die Forschung zur Haftzwangsarbeit hebt einstimmig die permanente Missachtung der eigenen Gesetze und Verordnungen als Charakteristikum des Rechtssystems der DDR hervor. Geltendes Recht wurde im Interesse der Partei- und Staatsführung willkürlich gebeugt, instrumentalisiert sowie politischen und wirtschaftlichen Erwägungen vollständig untergeordnet.⁴⁴ Ein Beispiel dieses Vorgehens bietet die *Verordnung über die Beschäftigung Strafgefangener* von 1952, die eine Verkürzung der Haftzeit aufgrund von guten Arbeitsleistungen vorsah. Da eine vorzeitige Entlassung aber die größtmögliche Ausbeutung der Arbeitskraft von Strafgefangenen verhinderte, wurde die Vergünstigung ohne Rechtsgrundlage fallen gelassen.⁴⁵ Diese Diskrepanz zwischen den rechtlichen Bestimmungen und der Umsetzung im Strafvollzug bestand auch im postulierten Grundsatz des Strafvollzugs, der in Artikel 137 der Verfassung festgeschriebenen *„Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit.“*⁴⁶ Der Arbeitseinsatz von

Gefangenen wurde demnach vordergründig als resozialisierende Maßnahme dargestellt, die der Wiedereingliederung in die sozialistische Gesellschaft dienen sollte. Tatsächlich wurde die Arbeitskraft der Strafgefangenen aber systematisch entlang wirtschaftlicher Erfordernisse ausgebeutet. Dies wird nicht nur durch die teilweise rücksichtslosen Haft- und Arbeitsbedingungen deutlich, es geht auch explizit aus internen Dokumenten hervor. So heißt es im Jahresbericht 1960 der VSV, die im Strafvollzug befindlichen Arbeitskräfte seien *„[...] für die ökonomischen Aufgaben unserer Gesellschaft auszunutzen.“*⁴⁷ Im Falle politischer Häftlinge, deren Inhaftierung nach rechtsstaatlichen Maßstäben schon illegal war, nahm die Haftzwangsarbeit zudem eine repressive Funktion ein, da sie in besonderem Maße psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt waren.⁴⁸ Diese Abweichungen von den rechtlichen Bestimmungen resultierten auch aus dem fehlenden Prinzip der Gewaltenteilung, da es in der DDR keine unabhängige Judikative gab, die die Einhaltung der Gesetze kontrollieren und sanktionieren konnte. Dies entsprach dem sozialistischen Rechtsverständnis, das die Justiz als *„Teil der einheitlichen Staatsmacht“* konzipierte.⁴⁹

Neben der permanenten Missachtung der eigenen Gesetze und der fehlenden Gewaltenteilung, die allgemeine Merkmale des SED-Staats darstellten, wendet

44 Sonntag: Arbeitslager, S. 123.; Schmidt: Strafvollzug, S. 154-155.; Wölbern: Aufarbeitung, S. 13-15.; Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 70.

45 Sonntag: Arbeitslager, S. 135-136.

46 Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Art. 137.

47 Jahresbericht der VSV, 1960. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach Schmidt: Strafvollzug, S. 181.

48 Wölbern: Aufarbeitung, S. 14.; Müller, Jörg: Strafvollzugspolitik und Haftregime in der SBZ und in der DDR. Der sächsische Raum in der Ära Ulbricht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 48), Göttingen 2012, S. 184.

49 Schmidt: Strafvollzug, S. 161-162.



Rechtsprechung unter Hammer und Zirkel: Szene aus dem Prozess gegen Harry Seidel (L.), der wegen Fluchthilfe zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, 27.12.1962. Quelle: BArch, Bild 183-A1227-0007-001, Hesse, Rudolf, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-A1227-0007-001,_Berlin,_Prozess_gegen_Fluchthelfer,_Toeplitz.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 14.01.2022.

Sachse zur Bewertung der Haftzwangsarbeit die rechtsstaatlichen Kriterien der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit an. Er kommt zu dem Schluss, dass alle drei Kriterien durch die Praxis der Haftzwangsarbeit verletzt wurden: Diese sei erstens zur Erziehung der Strafgefangenen kein geeignetes Mittel gewesen, sei zweitens nicht erforderlich gewesen, da andere Strafmittel zur Verfügung standen und sei drittens unverhältnismäßig gewesen, da die Belastung der Gefangenen in keinem angemessenen Verhältnis zum Zweck der Arbeit gestanden habe.⁵⁰

Staatliche Strukturen und institutionelle Entwicklung

In diesem Artikel soll es vorrangig um die Organisation der Haftzwangsarbeit auf staatlicher Ebene gehen. Hierbei werden einige zentrale Akteure des SED-Regimes sowie die Strukturen und Funktionen der Haftzwangsarbeit, die in verschiedenen Haftanstalten und Haftarbeitslagern zu leisten war, in ihrer zeitlichen Entwicklung beleuchtet. Aufgrund der Kürze des Artikels kann die Thematik nur angerissen werden.

⁵⁰ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 68-70.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass die Haftarbeitslager der DDR Teil des gewöhnlichen Strafvollzugssystems waren. Hierdurch unterscheiden sie sich bspw. von den Arbeitslagern des nationalsozialistischen Deutschlands und der Sowjetunion, in denen diese „*extralegale Sonder Einrichtungen für Regimegegner*“⁵¹ darstellten. Kurz nach der Gründung der DDR war die Hauptaufgabe der Inhaftierten, den neuen sozialistischen Staat mit aufzubauen.⁵² Um dieses Ziel zu realisieren, musste das volkswirtschaftliche Produkt der DDR vermehrt werden. Durch den Umbau von Gefängnissen in Produktionsstätten und dem Bau von Haftarbeitslagern in direkter Nähe, unternahm der sozialistische Staat erste Anstrengungen in den 1950er Jahren. Auf staatlich-institutioneller Ebene kam es zu Veränderungen in den Zuständigkeitsbereichen.⁵³ Ab 1951 war das *MdI* als zentrale Organisationsstruktur für den gesamten Strafvollzug verantwortlich. Der Strafvollzug wurde somit aus dem Justizapparat ausgegliedert.⁵⁴ Der erzieherische Aspekt – die Gefangenen im Sinne der geltenden Staatsdoktrin zu erziehen – kam wenige

Jahre später hinzu.⁵⁵ Zu diesem Zeitpunkt wurden politische sowie kriminelle Häftlinge noch in denselben Haftanstalten inhaftiert. Dies änderte sich in den 1960er Jahren, nachdem das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* aufgrund des Mauerbaus und den damit verbundenen Inhaftierungen Sicherheitsbedenken äußerte.⁵⁶ Im Allgemeinen hatte das *MfS* eine wichtige Funktion im System des Strafvollzugs und der Zwangshaftarbeit. Ihm kamen weitreichende Kontroll- und Überwachungsaufgaben zu. In Haftanstalten wurden uniformierte sowie *Inoffizielle Mitarbeiter* eingesetzt, die sowohl Häftlinge als auch Personal überwachten. Das *MdI* und seine nachgeordneten Dienststellen wurden von der Abteilung *Linie VII* überwacht.⁵⁷ Mit Rückblick auf die Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lässt sich für die sowjetische Besatzungszone die Fortsetzung der Häftlingsarbeit feststellen. Die Häftlinge in den Gefängnissen und Zuchthäusern mussten Werkstatt- sowie Zellenarbeit verrichten. Aufgrund der Zerstörung infolge des Krieges konnte diese Form

51 Sonntag: Arbeitslager, S. 1.

52 Sonntag: Arbeitslager, S. 1, S. 6.

53 Krüger, Bastian: Tagungsbericht zum Öffentlichen Symposium „Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung“ der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ an der Europa-Universität Viadrina am 25. September 2014 in Frankfurt (Oder), in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015, S. 9-16, hier S. 10.

54 Sachse, Christian: Historische Dimensionen der Zwangsarbeit, in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und

Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015, S. 17-46, hier S. 40, im Folgenden zitiert als: Sachse: Historische Dimensionen.

55 Sonntag: Arbeitslager, S. 6.

56 Wölbern, Jan Philipp: Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13 (2016), S. 86-107, hier S. 92-93, DOI: <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/1417>, abgerufen am: 14.01.2022.

57 Alisch, Steffen: Zwischen Kontrolle und Willkür. Der Strafvollzug in der DDR, in: Deutschland Archiv, 12.05.2016, S. 3 URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/227634/zwischen-kontrolle-und-willkuer-der-strafvollzug-in-der-ddr>, abgerufen am: 14.01.2022, im Folgenden zitiert als: Alisch: Kontrolle.

der Häftlingsarbeit nur bedingt umgesetzt werden. Ferner mangelte es an Rohstoffen und Werkzeugen, um größere Vorhaben, die die Leiter der Haftanstalten planten, zu verwirklichen. Vereinzelt lassen sich jedoch Strafvollzugsanstalten finden, in denen kontinuierlich Häftlingsarbeit verrichtet worden ist. So wurde bspw. in der *Strafvollzugsabteilung Hoheneck* ab 1947 Häftlingskleidung aus alten Armee- und Polizeiuniformen genäht. Als weiteres Beispiel kann das Zuchthaus in Brandenburg-Görden herangezogen werden. Nachdem die sowjetische Besatzungsbehörde die Einrichtung an die deutschen Behörden übertragen hatte, wurden hier Werkstätten für Holzarbeiten errichtet. Die Integration der Arbeiten in den 2-Jahresplan der Wirtschaft wurde geplant, jedoch nicht umgesetzt. Hierdurch zeigt sich, dass bereits vor der Gründung der DDR auf Häftlingsarbeiten gesetzt wurde. Im *Haftarbeitslager Rüdersdorf* mussten die Insassen Schwerstarbeit im Kalksteinbruch leisten. Unten den verurteilten Häftlingen befanden sich ehemalige NS-Funktionäre oder Personen, die mit der sowjetischen Besatzungsmacht in irgendeiner Form aneinandergeraten waren. Mit der Reformierung des Gefängniswesens in der SBZ 1948 wurde der Versuch unternommen, sowjetische Haftformen dauerhaft zu etablieren. Dazu zählte bspw. die sogenannte Bewährungsarbeit, mit der die verurteilten Straftäter:innen in die Haft aussetzen konnten, wenn er:sie sich an Großprojekten beteiligte. Hierzu wurden die Betroffenen in Bewährungslager interniert und mussten körperlich schwere Arbeiten ausführen. Das Konzept der Bewährungsarbeit wurde jedoch nur kurzfristig

umgesetzt. Ein weiterer Ansatz zur Systematisierung der Produktionsarbeit lässt sich anhand der Arbeitserziehungslager für Jugendliche erkennen, die in den Einrichtungen ebenfalls Produkte für Betriebe herstellen sollten. Auch an dieser Stelle konnten die Produktionsvorhaben nur bedingt realisiert werden. Die Einrichtungen selbst wurden jedoch später der staatlichen Stelle für Jugendhilfe zugeordnet, reformiert und unter der Bezeichnung *Jugendwerkhöfe* weitergeführt.⁵⁸

Den Grundstein für die systematische Haftzwangsarbeit legten die damaligen Hauptverwaltungen der SBZ, aus denen später die Ministerien der DDR hervorgingen. Im Rahmen der Vorbereitung wurden Räumlichkeiten und die Verfügbarkeit von Maschinen überprüft sowie Standortanalysen durchgeführt, um die Distanzen zwischen Haftanstalt und Produktionsstätte kurz zu halten. Wie bereits erwähnt, beabsichtigten die Hauptverwaltungen der SBZ, die Insassen der Strafvollzugsanstalten für wirtschaftliche Zwecke auszubeuten. Anfangs planten die zuständigen Akteure, die Gefangenen je nach Profession in die dafür vorgesehene Haftstätte zu verlegen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Das Unterfangen scheiterte allerdings am Verwaltungsaufwand. Im Mai 1949 forderte die sowjetische Militäradministration, die Arbeit von Häftlingen neu zu organisieren, da die Auslastungsquote zu dem Zeitpunkt ‚lediglich‘ 50 Prozent betrug. Folglich wurden weitere Haftarbeits- sowie Bewährungslager errichtet.⁵⁹

Im Jahr 1951 vollzog sich eine zentrale Veränderung auf staatlicher Ebene: Der

⁵⁸ Sachse: Historische Dimensionen, S. 37-39.

⁵⁹ Sachse: Historische Dimensionen, S. 37-40.

gesamte Strafvollzug wurde aus dem Justizapparat ausgegliedert und vom *MdI* übernommen. Dieser Schritt legte das „System der Zwangsarbeit in der Beschäftigung von Strafgefangenen“⁶⁰ offen.⁶¹ Mit der Übernahme verschlechterten sich die Haftbedingungen. Das *Organ Strafvollzug*, das eine Abteilung des *MdI* war, war fortan für die Untersuchungshaftanstalten, Strafvollzugseinrichtungen und Jugendhäuser verantwortlich. Auf Bezirksebene beaufsichtigten die *Abteilungen Strafvollzug* die Gefängnisse. Diese war der Volkspolizei unterstellt.⁶² Unter der Führung des *MdI* wurde zunächst der ‚Tariflohn‘ für Haftzwangsarbeit eingeführt. Die Betriebe, die Häftlinge beschäftigten, waren somit verpflichtet, dem Strafvollzug Geld zu zahlen. Hierdurch wurde das System refinanziert. Lediglich in der Anfangsphase trat das Innenministerium als Großauftragsgeber für bspw. Bauprojekte auf. Organisatorisch wurde zwischen Betrieben und Strafvollzug dennoch getrennt. In den 1950er Jahren war es üblich, dass die Leiter:innen der Strafvollzugsanstalten Verträge mit Betrieben schlossen und umgekehrt, dass Betriebe auf Haftanstalten zugen. Vereinzelt kam es zu Anfragen von den Industrieministerien bzgl. Häftlingskontingenten, die dann bspw. in der Montanindustrie eingesetzt werden sollten. Das *MdI* ordnete zu dieser Zeit für größere Strafvollzugseinrichtungen Produktionsprogramme an und schrieb Mindesteinnahmen vor, die aus der Haftzwangsarbeit zu erwirtschaften waren. Für die medizinische Versorgung der Häftlinge schuf das *MdI* ein internes System, das der zivilen Sozialversicherung ähnelte. Betriebe

zahlten die per Gesetz vorgeschriebenen Anteile in dieses System ein. Die verantwortliche Abteilung des *MdI*, die VSV, nutzte die finanziellen Ressourcen jedoch kaum für die Gesundheitsfürsorge der Strafgefangenen.⁶³ Die VSV spielte im Kontext der Haftzwangsarbeit generell eine zentrale Rolle, da sie die Entscheidungen über Haftbedingungen traf und Anweisungen zur Gefangenearbeit erteilte.⁶⁴ Die Leitung wurde vom Politbüro der SED direkt bestimmt.⁶⁵ Gegen Ende der 1950er Jahre beabsichtigte das *MdI*, die Haftzwangsarbeit strenger und zentraler zu steuern, da zum einen die Zahl der Inhaftierten, die zur Haftzwangsarbeit herangezogen wurden, abnahm. Zum anderen konkurrierten die Betriebe um die Arbeitskraft der Strafgefangenen. Vorrangig ging es dem *MdI* jedoch darum, die Häftlinge „[...] an wirtschaftlichen Engpässen einzusetzen“⁶⁶. Als Reaktion darauf wurden Standard-Verträge herausgegeben, die zwischen den Strafvollzugsanstalten und den Betrieben geschlossen wurden und gleiche Bedingungen vorschrieben. Abschließend mussten diese Verträge in der Zentrale des Strafvollzuges genehmigt werden. Infolge der Zentralisierungspläne wurden zwei Produktionsgrundtypen festgelegt. In den sogenannten A-Betrieben produzierten die Strafgefangenen vor Ort in abgetrennten und gesicherten Bereichen oder die Betriebe lagerten Produktionen in die Haftstätte. In beiden Fällen lag die Verantwortung für die Produktion bei den Betrieben. Eine weitere Möglichkeit war, dass Außenstellen der Haftanstalten, wie z.B. Haftarbeitslager, auf dem Betriebsge-

60 Sachse: Historische Dimensionen, S. 40.

61 Sachse: Historische Dimensionen, S. 40.

62 Alisch: Kontrolle, S. 3-4.

63 Sachse: Historische Dimensionen, S. 40-41.

64 Wölbern: Aufarbeitung, S. 15, hier S. 21.

65 Alisch: Kontrolle, S. 3.

66 Sachse: Historische Dimensionen, S. 42.

lände oder in der Umgebung gebaut wurden. Die sogenannten B-Betrieben wiederum ließen in den Strafvollzugsanstalten produzieren. Für 1960 lassen sich 184 A-Betriebe ermitteln, die in der Haftzwangsarbeit involviert waren. Etwa 21.000 Häftlinge mussten für die Volkswirtschaft schuften, wovon ein Viertel in Haftarbeitslagern interniert war. Der Großteil der Arbeit wurde in der Baubranche, dem Maschinenbau sowie der Textilindustrie und dem Bergbau geleistet. Mit Blick auf die Einnahmen aus der Haftzwangsarbeit lässt sich für die Jahre 1958 bis 1960 eine deutliche Steigerung feststellen. Hieraus dürfte sich ableiten lassen, dass die Haftzwangsarbeit in den genannten Jahren intensiviert wurde. Die Arbeitserziehungskommandos wuchsen ab 1961 zahlenmäßig ebenfalls an. Innerhalb von etwa 12 Jahren stieg die Zahl der Insassen von 800 auf 12.150 an. Mitte der 1960er Jahre plante das SED-Regime im Zuge der Neustrukturierung des sowjetischen Gulag-Systems sogar eine Verbesserung der Haftbedingungen. Das Vorhaben wurde jedoch schnell wieder verworfen. Anfang der 1970er Jahre vollzog sich ein weiterer Schritt, der die Systematik der Haftzwangsarbeit aufzeigt. 1971 wurden die Strafgefangenen offiziell in den Volkswirtschaftsplan eingegliedert. Bereits zuvor mussten Betriebe den entsprechenden Behörden Stellenpläne vorlegen. Diese konnten den Stellenplan des Betriebs genehmigen oder Anpassungen fordern. Hierbei war entscheidend, dass die Betriebe „nach übergeordneten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten“⁶⁷ planten. Mit der Eingliederung konnte die zentrale Plankommission der DDR den jeweiligen Industrieministerien fortan

Häftlingskontingente zuweisen, die wiederum auf die Betriebe aufgeteilt wurden. Nach internen Streitigkeiten, die die VSV u.a. aufgrund von Sicherheitsbedenken und volkswirtschaftlichen Aspekten lostrat, wurde der VSV mehr Entscheidungsrechte über die Strafgefangenenkontingente zugestanden. Im Zuge einer angepassten Kontingentierung 1973 kam es zu einer veränderten Aufteilung der Häftlinge auf die verschiedenen Industriesparten und die Zahlen der Inhaftierten stieg stark an. Von 1972 bis 1975 erhöhte sich die Anzahl von etwa 35.000 auf fast 50.000. Wie relevant die Haftzwangsarbeit für die Volkswirtschaft der DDR war, zeigen die Reaktionen der Industrievertreter auf die geplante Reduzierung der Strafgefangenen 1976. Schriftlich wurde Einwände gegen dieses Vorhaben erhoben. Ferner prognostizierte man, dass die Verringerung der Strafgefangenenzahlen enorme volkswirtschaftliche Schäden anrichten würde. Erst 1986 wurde der in den Jahren zuvor getroffene Kompromiss realisiert. Die Zahlen der Häftlinge sollten sich auf 28.000 reduzieren.⁶⁸ Zum Ende der DDR existierten 33 Untersuchungshaftanstalten, 31 Strafvollzugseinrichtungen, neun Strafvollzugsabteilungen sowie fünf Jugendhäuser.⁶⁹

Organisation des Verkaufs und Exports

Das folgende Kapitel behandelt das Thema der Ausstellung aus einer politik- und wirtschaftshistorischen Perspektive. Deshalb erscheint es sinnvoll, vorab die handelspolitischen Grundlagen zwischen den beiden deutschen Staaten im Zeit-

⁶⁷ Sachse: Historische Dimensionen, S. 44.

⁶⁸ Sachse: Historische Dimensionen, S. 42-45.

⁶⁹ Alisch: Kontrolle, S. 3.

raum von 1949 bis 1990 anzunähern. Anschließend wird auf die Rolle der verschiedenen Akteur:innen in der Organisation des Verkaufs und Exports skizziert. Das Ziel ist es, einen Überblick über die Organisation der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen zu schaffen, der zugleich ein wirtschaftshistorisches Fundament für die nachfolgenden Beiträge darstellt. Ein Resümee, in dem die gewonnenen Erkenntnisse aus diesem Beitrag zusammengefasst werden, schließt das Kapitel ab.

Deutsch-deutscher Handel trotz Systemdifferenzen (1948-1990)

Die Währungsreformen 1948 und die beiden deutschen Staatsgründungen 1949 zogen nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche und ideologische Trennung zwischen Ost und West nach sich, die das Deutschland der Nachkriegszeit in zwei verschiedene Blöcke unterteilte. Während die Deutsche Demokratische Republik (DDR) eine (real-) sozialistische Staatsform wurde, die auf Planwirtschaft setzte, verstand sich die Bundesrepublik Deutschland (BRD) als eine demokratisch ausgerichtete Staatsform, die eine soziale Marktwirtschaft verfolgte. Infolge der Installation dieser verschiedenen Wirtschaftssysteme und ihrer Integration in die jeweiligen Machtblöcke von Ost und West entstand zwischen den beiden deutschen Staaten ein

ökonomisches Ungleichgewicht zugunsten der BRD. Zudem nahm die BRD den Anspruch ein, Alleinvertreter für das ganze deutsche Volk zu sein. Das bedeutete zugleich, die DDR nicht als eigenen Staat anzuerkennen.⁷⁰

Trotz dieser Systemdifferenzen gab es zwischen den beiden deutschen Staaten Handelsbeziehungen, auf deren politische Bedeutung später noch näher einzugehen sein wird. Zunächst aber wird erläutert, auf welcher rechtlichen Grundlage diese Beziehungen beruhten, die bis zum Ende der DDR geführt wurden.

Der bilaterale Handel zwischen den beiden innerdeutschen Staaten wurde 1949 im Frankfurter Abkommen und 1951 im Berliner Abkommen geregelt. Sie stellten den rechtlichen Rahmen für die Handelsbeziehungen dar. Diese Abkommen beinhalteten Warenlisten, die zwischen ost-deutschen und westdeutschen Firmen ausgehandelt worden waren. In ihnen war genau festgelegt, welche Produkte für den jeweiligen Ex- und Import bestimmt waren. Dabei gilt es, zwei Besonderheiten im innerdeutschen Handel zu berücksichtigen. Zum einen wurden die finanziellen Transaktionen durch sogenannte *Verhandlungseinheiten* (VE) abgewickelt.⁷¹ Dies brachte Vorteile für beiden Seiten mit sich: Die BRD musste die Währung der Ost-DM nicht anerkennen, und die DDR musste die wirtschaftliche Schwäche der Ost-Mark gegenüber der D-Mark

⁷⁰ Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986, S. 9.; Lemke, Michael: Art. Alleinvertretungsanspruch, in: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon (2005), S. 195-225.

⁷¹ Die Verrechnungseinheiten waren auch unter dem Terminus Valutamark geläufig, der im Folgenden genutzt werden wird. Bei den VE/der Valutamark sollte neben den politischen Aspekten s.o. ein Umrechnungskurs zwischen Ost- und

Westmark gewährleistet werden. Dabei galt aber die D-Mark als die den Wert bestimmende Einheit. Genauer hierzu in: Fäßler, Peter: Innerdeutscher Handel als Wegbereiter der Entspannungspolitik, in: APuZ 3 (2007), S. 2, URL: <https://www.bpb.de/apuz/30717/innerdeutscher-handel-als-wegbereiter-der-entspannungspolitik?p=3>, abgerufen am 10.01.2022, im Folgenden zitiert als: Fäßler, Handel.; Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 126-127.

nicht eingestehen. Die zweite Besonderheit bestand darin, dass es keinen innerdeutschen Handel im eigentlichen Sinne gab, denn beim Vertragsabschluss wurde vielmehr das Ziel verfolgt, nach Möglichkeit Waren mit demselben Wert zu tauschen, als dass in diesem Prozess gewinnbringend gehandelt wurde.⁷²

Dabei wurden bspw. seitens der BRD vor allem technisch hochwertige Waren in die DDR geliefert. Als Gegenleistung dafür bekam der Westen niedrigpreisige Massenware aus der Textilindustrie. Konnte der Handelsaustausch seitens der DDR nicht eins zu eins eingehalten werden, wurde dieses Defizit über einen zinslosen Kredit kompensiert, der den Staatshaushalt bis 1990 zunehmend belastete. Festzuhalten ist, dass die DDR mithilfe der aus dem Westen erworbenen technischen Hilfsmittel (Bsp. Fertigungsmaschinen) ihre Industrie stärken konnte und so Devisen für den eigenen Staatshaushalt generiert. Im Gegenzug konnten den Konsumenten die Produkte aus der DDR angeboten werden, deren Herstellung auch durch den technischen Export gewährleistet wurde und die im Vergleich zu den Produkten aus der westlichen Herstellung wesentlich kostengünstiger waren.⁷³ Hierzu gehörten bspw. Waren aus der Textilindustrie. Hinzu kam, dass die DDR als deutscher Teilstaat für den Export in die BRD keine Mehrwertsteuer und keinen Zoll zahlen musste, was die Wirtschaft entlastete.⁷⁴ Hinzu kommt, dass die DDR durch geringere Produktionskosten zwar weniger Ausga-

ben hatte, die Produkte aber aufgrund ihrer geringeren Qualität nicht den gewünschten Absatz fanden, weder in der BRD noch in anderen Ländern.⁷⁵ Daraus geht hervor, dass die eigentlichen Devisen durch den Verkauf der Artikel in der jeweiligen Volkswirtschaft oder durch den Export an Dritte erwirtschaftet werden konnten. Insgesamt ist anzunehmen, dass die DDR auf diesen Handel mehr angewiesen war als die BRD.

Als eine der Hauptintentionen für den Handel der 1960er und 1970er Jahre dürfte für die DDR neben monetären Interessen die Möglichkeit gewesen sein, auf diese Weise politische Konzessionen zu erwirken. So war im Gegenzug der wirtschaftliche Austausch für die BRD ein willkommenes politisches Druckmittel auf seinen direkten Nachbarn.⁷⁶

In der Geschichte der deutsch-deutschen wirtschaftspolitischen Beziehungen gab es zwei Einflussfaktoren, die sich verstärkend auf die Handelsbeziehungen auswirkten und somit auch Einfluss auf die Zunahme der Haftzwangsarbeit in der DDR hatten.

Zunächst muss hier die sogenannte *Entspannungspolitik* in den 1960er Jahren erwähnt werden, die noch in der Zeit Konrad Adenauers in Kraft trat. Adenauer ließ hierbei mit Argwohn, aber auf Drängen der bundesrepublikanischen Wirtschaft eine Veränderung zu. Dabei wurde die ökonomische Verbindung zwischen den Staaten weniger ein politisches Druckmit-

72 Fäßler: Handel, S. 2. Siehe hierfür auch Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 119-118.

73 Fäßler: Handel, S. 2-3. Siehe hierfür auch Gey, Peter: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1949-1990, Seoul

2003, S. 4, im Folgenden zitiert als: Gey: Wirtschaftsbeziehungen.

74 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 334.

75 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 120-121.

76 Fäßler: Handel, S. 2.

tel auf die DDR als vielmehr eine profitable Einnahmequelle für die westliche Geschäftswelt. Ein Beispiel für die wirtschaftliche Fluktuation ist die Vertretung der bundesrepublikanischen Industrie auf der Messe Leipzig in den 1960er Jahren. In Anbetracht dessen, dass die politischen Kontakte lange verweigert wurden, kann man sagen, dass die Handelsbeziehungen die einzige konsequent bestehende bilaterale Kommunikationsweise zwischen Ost- und Westdeutschland darstellten. Demgemäß fanden die Handelsbeziehungen auch während der Berlinkrise und des Mauerbaus trotz oder vielleicht sogar gerade wegen der fehlenden politischen Kommunikationswege keinen Abbruch.⁷⁷

Der zweite Einflussfaktor war eine Neuerung aus ökonomischer Perspektive: Die unter Erich Honecker in Kraft tretende *Einheit aus Sozial- und Wirtschaftspolitik* in den 1970er Jahren, in deren Folge sich der Import von DDR-Waren verdreifachte. Ein Blick auf die Handelsbilanzen zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass, rein auf die Masse der Produkte bezogen, die DDR insgesamt wesentlich mehr in die BRD lieferte als umgekehrt, was sich aus den oben genannten Tauschgeschäften und der unterschiedlichen Qualität der Waren erklärt.

77 Der Politikwechsel von der harten Hand zur Entspannungspolitik mündete in das was damals als „Wandel durch Handel“ geläufig war. Fäßler: Handel, S. 1, S. 5.

78 Die Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik sollte den Lebensstandard in der DDR verbessern, hatte aber zur schon vorangeschrittenen Staatsverschuldung beigetragen. Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 119.

Für die die genauen Handelsbilanzen im deutsch-deutschen Handel siehe Gey: Wirtschaftsbeziehungen, S. 2.

Was aber für beide Staaten zugleich gilt ist, dass sich der jeweilige Export von 1968 bis 1989 über 50 % gesteigert hat.⁷⁸ Vergleicht man dazu die Zahlen der Haftzwangsarbeiter:innen, die ab den 1960er Jahren in den Wirtschaftskreislauf der DDR mit einbezogen wurden, so sind diese fast äquivalent in Ihrer Steigerung zu den deutsch-deutschen Handelsbilanzen.⁷⁹ Was den Zeitraum zwischen den 1980er Jahren und dem Ende der DDR betrifft, ist zum einen aus wirtschaftspolitischer Perspektive auf die starke Verschuldung der DDR einzugehen und den Bemühungen um die Anerkennung des Staates durch die BRD, welche sich durch den Staatsbesuch Honeckers in Bonn manifestierte.⁸⁰ Hinter dieser offiziellen Fassade versuchte zur gleichen Zeit der Diskurs über die Haftzwangsarbeit im Westen bereits Fuß zu fassen, worauf aber noch in den weiteren Beiträgen einzugehen sein wird.⁸¹

Die Organisation des innerdeutschen Handels

Im Organisationsgeflecht des innerdeutschen Handels stellt die *Treuhand für Interzonenhandel* auf der Seite der BRD eine wichtige Institution dar. Da man die DDR aus westdeutscher Sicht nicht voll anerkannte, brauchte man eine stellvertretende Institution, mit deren Hilfe man an

79 Für die genauen Zahlen der Haftzwangsarbeiter:innen ab 1961 siehe Sachse: Historische Dimensionen, S. 17-46, S. 43-44.

80 Wilke, Manfred: Der Honecker-Besuch in Bonn 1987, in: APuZ 7 (2012), S. 1-4, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/139631/der-honecker-besuch-in-bonn-1987>, abgerufen am: 10.01.2021.

81 Sachse, Christian: Verschleierte Zwangsarbeit für westliche Firmen, in: APuZ (2016), URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit#footnote11-11>, abgerufen am: 10.01.2021, im Folgenden zitiert als: Sachse: Verschleierung.

den offiziellen politischen Administrationen für Wirtschaft und Handel vorbei den Warentransfer mit dem Nachbarstaat praktizieren konnte. Deshalb spielte die *Treuhand* für den Export und Import mit der DDR eine institutionell übergeordnete Rolle, ihre Gründung war eine Notwendigkeit. Neben den allgemeinen Verhandlungen über den Handel mit der DDR bestand eine ihrer Hauptaufgaben in der Regulierung des Imports aus der DDR, so dass der westdeutsche Markt nicht mit billig-Importen überschwemmt wurde. So hatte sie zugleich eine protektionistische Funktion.

Die *Treuhand* stand in ihrer Funktion vor allem mit dem *Ministerium für Außenhandel* (MfA) der DDR in Verbindung, welches direkt dem Zentralkomitee der DDR unterstand. Diese Institutionen verhandelten direkt mit der *Treuhand* den Umfang der Lieferungen und deren Rahmenbedingungen. In der Hierarchie der westdeutschen Wirtschaftsorganisation unterstanden die einzelnen Firmen und Handelsketten der Bundesrepublik der *Treuhand* unmittelbar. Sie vermittelte ihnen, welche Produkte für den jeweiligen In- und Export genutzt werden konnten und in welcher Menge diese produziert werden sollten.⁸² Die jeweiligen Rahmenbedingungen wurden seitens der Wirtschaftsorganisation der DDR vom MfA an die *AHB* weitergeleitet. Die jeweiligen *AHB*, die nach verschiedenen Industriebranchen gegliedert waren, leiteten als eine Art Verteilungsorgan für den Handel

mit dem Westen die jeweiligen Produktionsaufträge an die zuständigen Kombinate weiter, die letztlich in den jeweiligen Betriebsstätten umgesetzt wurden. Weiter standen die *AHB* mit den Zwischenhändler:innen in direktem Kontakt. Die Zwischenhändler:innen stellten die maßgeblichen Verbindungspunkte im deutsch-deutschen Handel zwischen den westlichen Firmen und der ostdeutschen Wirtschaft dar. Sie waren als Firmen sowohl in der DDR wie auch in der BRD tätig und ansässig, und sie agierten u. a. unter Beteiligung des MfS. Im Kontext der Zwangsarbeit ist die *Treuhand* kritisch zu behandeln, denn von dieser Stelle aus hätte man der Haftzwangsarbeit, soweit sie bekannt war, am ehesten entgegenwirken können, was aber nicht geschah.⁸³ Als eine mögliche Begründung hierfür können die Profitmöglichkeiten herangezogen werden, die sich aus diesen Verbindungen ergaben. So konnten etwa Verlustgeschäfte durch die Firmen, an denen die Zwischenhändler im Westen beteiligt waren, in der BRD steuerlich geltend gemacht werden, ohne dass dabei die Wirtschaft der DDR belastet wurde.⁸⁴ In den Beiträgen zu den jeweiligen Profiteuren werden die Hintergründe der Haftzwangsarbeit in der Textil-, Möbel und Pharmaindustrie näher beleuchtet.

In der Organisation und dem Verkauf und Exports von Waren aus Haftzwangsarbeit hatten die *AHB* und die Zwischenhändler:innen zwei entscheidende Aufgaben: Zum einen sollten sie den direkten

82 Institutionen wie der Handelsverein BRD-DDR u. a. werden hier vernachlässigt, da diese nach Ansicht der Autor:in für einen Überblick über die Organisation des Verkaufs und Exports in diesen Artikel nicht relevant genug sind, um darauf einzugehen. Bei Interesse siehe Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 326, S. 341.

83 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 321-123.

84 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 336, S. 341.



Das Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel 1965. Quelle: BArch, Bild 183-D0726-0010-001, Hans-Joachim Spremberg, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-D0726-0010-001,_Berlin,_Unter_den_Linden,_Aussenhandelsministerium.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 15.01.2022.

Kontakt der Westfirmen mit den einzelnen Betrieben der DDR verhindern und somit sicherstellen, dass keine Informationen über die Haftzwangsarbeit in den Westen gelangen konnten, um die jeweiligen Geschäftsbeziehungen mit dem Westen nicht zu gefährden. Die *AHB* diente zusammen mit den Zwischenhändlern:innen im Westen sozusagen als Puffer zwischen den Westfirmen und den DDR-Betrieben sowie den Haftstätten, in welchen die Haftzwangsarbeit verrichtet wurde. Diese Abschirmung wurde vor allem durch das *MfS* gewährleistet und trug maßgeblich dazu bei, die Haftzwangsarbeit nach Westen hin zu verschleiern.⁸⁵ Die zweite Funktion der *AHB* war es, die jeweiligen Betriebe der DDR auf die

marktwirtschaftliche Dynamik des Westens einzustellen, denn aufgrund ihrer auf die Planwirtschaft ausgelegten Strukturen waren die Firmen im Osten nicht auf die Dynamiken von Angebot und Nachfrage hin ausgelegt. Der *AHB* kam somit, ähnlich der *Treuhand*, gegenüber den Westfirmen auch eine protektionistische Rolle zu.⁸⁶ Unter den Stichpunkten Kassiber und Freikauf von Strafgefangenen durch die BRD im Beitrag über die Haftzwangsarbeiter:innen werden etwaige Lücken in der Abschirmung durch die *AHB* und das *MfS* untersucht, durch die Informationen über die Haftzwangsarbeit in den Westen gelangen konnten.⁸⁷

Eine besondere Rolle in diesem Organisationsgeflecht kommt den Zwischenhändlern, also den Handelsvertretern in der BRD, zu. Diese standen sowohl mit den *AHB* als auch mit den Betrieben in Verbindung und stellten so den Kontakt zu den Firmen im Westen her. So wurden die jeweiligen Handelsverträge zwischen Ost und West nur über die *AHB* und die Zwischenhändler abgeschlossen, wohingegen der jeweilige Export zu den Firmen im Westen über die Zwischenhändler und die DDR-Betriebe abgewickelt wurde.

Zugleich ist davon auszugehen, dass es beim Export aus der BRD, etwa von Metallrohren zur Weiterverarbeitung in die DDR, direkte Hinweise auf die Haftzwangsarbeit gegeben hat, weil die Rohstoffe direkt in die Gefängnisse geliefert worden sind. Diese Informationen, die den ausführenden Kräften bekannt gewe-

⁸⁵ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 141, S. 1.

⁸⁶ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 127.

⁸⁷ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 330.



Im Vordergrund v. l. n. r. Gerold Tandler, Franz-Josef Strauß und Erich Honecker auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1987. Hinter ihnen Alexander Schalck-Golodkowski, Günter Mittag und Theo Waigl. Quelle: BArch, Bild 183-1990-0226-315, Mittelstädt, Rainer, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0226-315,_Leipzig,_Fr%C3%BChjahrsmesse,_Strau%C3%9F,_Honecker.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 15.01.2022.

sen sein müssen, haben aber keinen Eingang in den westlichen Diskurs für den Export gefunden.⁸⁸

Die jeweiligen Produkte wurden den Interessenten sowohl auf Messen im Westen wie auch im Osten Deutschlands angeboten. Dabei ist vor allem die Leipziger Frühjahrsmesse als der Ort hervorzuheben, an dem die *AHB* den westlichen Interessenten ihre Produkte präsentierten und sich auch die politische Prominenz aus beiden deutschen Staaten traf.⁸⁹

Kehrt man abschließend bei der Organisation von Verkauf und Export, zu den eigentlichen Topoi der Haftzwangsarbeit

zurück, ist hier noch einmal auf den eigentlichen Strafvollzug einzugehen, der einen weiteren wichtigen Aspekt für den bereits beschriebenen Kreislauf darstellte. Die jeweiligen Kapazitäten für die Haftzwangsarbeit wurden durch die beschriebenen Absprachen über den jeweiligen Lieferumfang zwischen dem *MfA* und den einzelnen *AHB* bestimmt. Nachdem diese durch die *AHB* an die Kombinate übermittelt wurden, agierten diese in ihrer Funktion als Organisator der Produktion und stellten je nach Bedarf an Arbeitskräften eine Anfrage an die Verwaltung für den Strafvollzug durch das *MdI*.

⁸⁸ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 331.

⁸⁹ Die Funktion der Messen im Westen wird genauer erläutert in: Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 336. Für die Geschäftsabwicklung und Aufführung der Handelsabwickelungen

westlichen Firmen mit der DDR auf der Messe Leipzig und eine Auflistung von einzelnen Akteur:innen siehe Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 123-125.

Dieses wiederum leitete nach Bearbeitung des jeweiligen Auftrags diesen an die jeweiligen *Strafvollzugseinrichtungen* (StVE) weiter. Die Verträge über die eigentliche Haftzwangsarbeit wurden zwischen den einzelnen Betrieben und der StVE abgeschlossen.⁹⁰

Aus der Darstellung der größeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen, lassen sich einige Schlüsse über die Mechanismen ziehen, die hinter Organisation des Verkaufs und Exports Waren aus Haftzwangsarbeit standen. Das deutsch-deutsche Handelsverhältnis war aus ökonomischer Perspektive für die DDR wichtiger als für die BRD. Dabei ging es der jeweiligen Bundesregierung mehr um die politische als um die ökonomische Dimension dieser Handelsbeziehung. Die BRD nutzte das ökonomische Ungleichgewicht gezielt aus, um ihren Einfluss auf die DDR geltend machen zu können. Dies konnte an der Haltung Adenauers zur *Entspannungspolitik* aufgezeigt und am Staatsbesuch Honeckers 1987 zumindest angedeutet werden. Die Intentionen der bundesrepublikanischen Privatwirtschaft wichen von denen der politischen Administrative ab. Darüber hinaus konnten Anzeichen dafür gefunden werden, dass die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen einen verstärkenden Einfluss auf die Haftzwangsarbeit in der DDR hatte, insbesondere, da ihr sprunghafter Anstieg zeitlich mit der *Entspannungspolitik* und mit Erich Honeckers *Einheit aus Sozial- und Wirtschaftspolitik* zusammenfiel.

Eine Untersuchung der Rolle einzelner Einrichtungen in der Organisation des Verkaufs und Exports in Bezug auf die

Haftzwangsarbeit ergab, dass die Institutionen der DDR drei Funktionen aufwiesen: Sie waren an der Organisation der Haftzwangsarbeit selbst beteiligt, sie stellten die Firmen aus der ostdeutschen Planwirtschaft auf die Dynamik der westdeutschen Marktwirtschaft ein und vor allem spielten sie eine zentrale Rolle in der systematischen Verschleierung der Zwangsarbeit, hauptsächlich, um etwaige Kunden nicht vom Kauf der Produkte abzuschrecken und so die benötigten Devisen für die Wirtschaft der DDR sicherzustellen. Auf Seiten des Westens ist in diesem Zusammenhang neben der Abwicklung der einzelnen Geschäfte hier die Haltung der *Treuhand* und der einzelnen Firmen zu betonen. Sie hätten der Praxis der Haftzwangsarbeit etwa durch einen Boykott der wirtschaftlichen Transaktionen am ehesten Einhalt bieten können.

Abschließend bleibt zu bemerken, dass die innerdeutschen Handelsbeziehungen eine Konstante in der Kommunikation zwischen den beiden Wirtschaftsordnungen darstellte und dass die Haftzwangsarbeit integraler Bestandteil der innerdeutschen Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland war. Die Produktionsbedingungen in der Haftzwangsarbeit wurden zugunsten unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen von beiden Seiten systematisch verschleiert, bzw. insofern bekannt, ignoriert oder geduldet. Die Unterdrückung dieser Informationen ist in den Jahren der Teilung mit dem Ende der DDR nicht zu einem Ende gekommen ist. Deshalb bleibt das Thema der Haftzwangsarbeit nicht nur in der deutsch-deutschen Geschichte ein Komplex, der vor allem im Westen heute noch weiter aufgearbeitet werden sollte.

90 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 141.

Fazit - Die Organisation der Haftzwangsarbeit in der DDR

Die Untersuchung der Organisation der Haftzwangsarbeit in der DDR auf den Ebenen der rechtlichen Rahmenbedingungen, der zentralstaatlichen Institutionen und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, hat vielfältige Ergebnisse gezeitigt. Ein konstantes Merkmal, welches in allen drei Einzelkapiteln hervorgehoben wurde, ist die Verwicklung zentralstaatlicher Akteure und Institutionen der DDR, die ein juristisches Gerüst zur Legitimierung schufen, die konkrete Umsetzung der Haftzwangsarbeit steuerten und den Export der produzierten Waren organisierten. Diese Feststellung mag angesichts des totalitären Charakters des SED-Regimes trivial erscheinen, es ist aber von entscheidender Wichtigkeit, die Verantwortlichkeiten eindeutig zu benennen.

Schon in der ersten Verfassung der DDR von 1949 lassen sich rechtliche Ausgangspunkte der Haftzwangsarbeit ausmachen. Erstens behielt sich der Staat schwerwiegende Einschränkungen der Grundrechte bzgl. der Arbeit vor, zweitens wurde in Anlehnung an die sozialistische Rechtstradition der Arbeitseinsatz als Grundgedanke des Strafvollzugs festgeschrieben. In der zweiten Verfassung von 1968 wurde schließlich das Recht auf Arbeit mit der Pflicht zu Arbeit verbunden. An der Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen lässt sich das Bemühen des SED-Staats ablesen, der Haftzwangsarbeit ein scheinbar legales Gerüst zu verleihen. Dieses Gerüst bricht jedoch in sich zusammen, wenn es an internationalen Abkommen zur Zwangsarbeit und den Realitäten der Rechtspraxis in der DDR gemessen wird. Insbesondere das *ILO*-Abkommen Nr. 105 richtete sich

gegen das sozialistische Konzept der Besserungsarbeit, blieb aber wie vergleichbare Abkommen aufgrund fehlender Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten weitgehend wirkungslos. Doch nicht nur gegen internationale Standards zur Behandlung von Gefangenen verstieß die DDR – selbst die eigenen Gesetze wurden permanent missachtet und konsequent den Interessen des SED-Regimes unterworfen, dessen Einfluss aufgrund der fehlenden Gewaltenteilung als praktisch unbegrenzt einzuschätzen ist.

Die zentralstaatliche Organisation der Haftzwangsarbeit, die anfangs von dem Anknüpfen an Praktiken in der *SBZ* geprägt war, lag seit 1951 im Verantwortungsbereich des *MdI*. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt begann der systematische Arbeitseinsatz von Strafgefangenen, dessen strukturelle Grundlagen durch den Aufbau von Strafvollzugseinrichtungen im direkten Umfeld von Produktionsstätten geschaffen wurden. Innerhalb des *MdI* nahm die *VSV* eine führende Rolle ein, welche die Haft- und Arbeitsbedingungen steuerte. Ab dem Ende der 1950er Jahre ist die zunehmende Zentralisierung der Haftzwangsarbeit zu beobachten, was der größtmöglichen Ausbeutung des Arbeitskräftepotentials diene. Zur selben Zeit wuchs auch der Einfluss des *MfS*, welches einerseits Kontroll- und Überwachungsfunktionen im Strafvollzug übernahm, andererseits durch die Verfolgung politisch Andersdenkender für einen ständigen Zustrom von Strafgefangenen sorgte. 1971 erfolgte der Abschluss des Zentralisierungsprozesses, indem das System der Haftzwangsarbeit in die zentralstaatliche Wirtschaftsplanung integriert wurde. Fortan wurde die Ausbeutung der Strafgefangenen, deren Anzahl

im Verlauf der 1970er Jahre deutlich anstieg, durch die *zentrale Plankommission der DDR* koordiniert. Die somit vollständig institutionalisierte Organisation der Haftzwangsarbeit hatte bis zum Ende der DDR Bestand und war von signifikanter Relevanz für die Volkswirtschaft.

Ein beträchtlicher Anteil dieser Wirtschaftsleistung wurde im Handel mit der BRD erzielt. Trotz massiver ideologischer Differenzen existierten auf Grundlage des Frankfurter Abkommens von 1949 und des Berliner Abkommens von 1951 ökonomische Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Besonders in der Anfangszeit war dieses Verhältnis von differenten Interessen geprägt: Während für die DDR gerade der Export von volkswirtschaftlicher Relevanz war, nutzte die BRD diesen Umstand hauptsächlich als politisches Druckmittel. Im Zuge der sogenannten *Entspannungspolitik* intensivierte sich die Handelsbeziehungen aber, sodass sich auch die BRD zunehmend am ökonomischen Potential orientierte. Eine Schlüsselfunktion in der Organisation des deutsch-deutschen Warenaustauschs kam der *Treuhand für Interzonenhandel* zu, die die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten trotz gleichzeitiger politischer Nichtanerkennung regelte. Als Verhandlungspartner auf Seiten der DDR agierte dabei das *MfA*, welches das erste Glied in einer Kette mit *AHB*, Kombinat und Betriebsstätten bildete. Die komplexe Organisationsstruktur der DDR-Wirtschaft diente dabei auch der Verdeckung der Haftzwangsarbeit gegenüber dem Westen.

Insgesamt zeichnet sich das Bild eines komplexen, staatlichen Organisationsgeflechts, das auf die systematische Ausbeutung der Arbeitskraft von Strafgefangenen ausgerichtet war. Dabei wurden

rechtliche Bestimmungen und das Wohlergehen der Häftlinge konsequent wirtschaftlichen und politischen Erwägungen unterworfen. In den folgenden Kapiteln, die die Orte der Haftzwangsarbeit, Haftzwangsarbeiter:innen, Profiteure und den Diskurs im Westen behandeln, werden die hier skizzierten Konturen des Systems der Haftzwangsarbeit in der DDR anhand von Einzelstudien aufgefüllt.

Quellenverzeichnis

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Beck'sche Textausgaben), ⁶⁹2021.

Hildebrandt, Horst (Hrsg.): Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts (Uni-Taschenbücher, 58), Paderborn u. a. ⁸1971.

International Labour Organization: C029 – Forced Labour Convention (No. 29), 1930, URL: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO:12100:P12100_INSTRUMENT_ID:312174:NO, abgerufen am: 13.01.2022.

International Labour Organization: C105 – Abolition of Forced Labour Convention (No. 105), 1957, URL: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:C105, abgerufen am: 13.01.2022.

Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949.

Literaturverzeichnis

Alisch, Steffen: Zwischen Kontrolle und Willkür. Der Strafvollzug in der DDR, in: Deutschland Archiv, 12.05.2016, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/227634/zwischen-kontrolle-und-willkuer-der-strafvollzug-in-der-ddr>, abgerufen am: 14.01.2022.

Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.

Buthmann, Reinhard: Kontrollierter Misserfolg: Wie das MfS Betriebe lenkte, in: APuZ (2016), URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218427/betriebe>, abgerufen am: 15.01.2022.

Fäßler, Peter: Innerdeutscher Handel als Wegbereiter der Entspannungspolitik, in: APuZ 3 (2007) URL: <https://www.bpb.de/apuz/30717/innerdeutscher-handel-als-wegbereiter-der-entspannungspolitik?p=3>, abgerufen am 10.01.2022.

Gey, Peter: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1949-1990, Seoul 2003.

Lemke, Michael: Art. Alleinvertretungsanspruch, in: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon (2005), S. 195-225.

Krüger, Bastian: Tagungsbericht zum Öffentlichen Symposium „Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung“ der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ an der Europa-Universität Viadrina am 25. September 2014 in Frankfurt (Oder), in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015.

Müller, Jörg: Strafvollzugspolitik und Haftregime in der SBZ und in der DDR. Der sächsische Raum in der Ära Ulbricht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 48), Göttingen 2012.

Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014

Sachse, Christian: Historische Dimensionen der Zwangsarbeit, in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015.

Sachse, Christian: Verschleierte Zwangsarbeit für westliche Firmen, in: APuZ (2016), URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit#footnode11-11>, abgerufen am: 10.01.2021.

Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte, 7), Hildesheim; Zürich; New York 2011.

Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011.

Timmermann, Heiner: Die Rechtsordnungen der Bundesrepublik und der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR. Recht und Justiz als politisches Instrument (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen e.V., 89), Berlin 2000.

Wilke, Manfred: Der Honecker-Besuch in Bonn 1987, in: APuZ 7 (2012), URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/139631/der-honecker-besuch-in-bonn-1987>, abgerufen am: 10.01.2021.

Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Studie erstellt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 22.06.2015, URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Studien/die-historische-aufarbeitung-der-zwangsarbeit-politischer-haeftlinge-im-strafvollzug-der-ddr.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am: 13.01.2022.

Wölbern, Jan Philipp: Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13 (2016), S. 86-107, DOI: <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/1417>, abgerufen am: 14.01.2022.

Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37), Göttingen 2014.

Abbildungsverzeichnis

BArch, Bild 183-G0408-0032-001/ Junge, Peter Heinz, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-G0408-0032-001,_Berlin,_neue_DDR-Verfassung,_Staatsakt.jpg, abgerufen am: 14.01.2022, keine Änderungen vorgenommen.

BArch, Bild 183-A1227-0007-001/ Hesse, Rudolf, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-A1227-0007-001,_Berlin,_Prozess_gegen_Fluchthelfer,_Toeplitz.jpg, abgerufen am: 14.01.2022, keine Änderungen vorgenommen.

BArch, Bild 183-1990-0226-315/ Mittelstädt, Rainer, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0226-315,_Leipzig,_Fr%C3%BChjahrsmesse,_Strau%C3%9F,_Honecker.jpg, abgerufen am: 15.01.2022, keine Änderungen vorgenommen.

BArch, Bild 183-Do726-0010-001/ Hans-Joachim Spremberg, CC-BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-Do726-0010-001,_Berlin,_Unter_den_Linden,_Aussenhandelm_inisterium.jpg, abgerufen am: 15.01.2022, keine Änderungen vorgenommen.

Plakat zur KSZE im September 1975 in einer Dresdener Schule, Quelle: Sonderegger, Christof, CC-BY-SA 4.0, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Volksschule_Dresden_03.jpg, abgerufen am: 14.01.2022, keine Änderungen vorgenommen.

AUSGEWÄHLTE ORTE DER HAFTZWANGSARBEIT

(Lisa Börnig, Noreen Stühmer,
Julia Stefanie Wember)

Einführung

In der DDR gab es zwei verschiedene Arten von Haftanstalten: Untersuchungshaftanstalten und Gerichtsgefängnisse. Letztere untergliederten sich weiterhin in Haftarbeitslager, Strafvollzugsanstalten (nachgeordnet Außen(arbeits)- oder Standkommandos), Jugendhäuser, Haftkrankenhäuser und Militärgefängnisse.¹ Insgesamt sind heute im Zuständigkeitsbereich des *MdI* 115 Untersuchungshaftanstalten, 43 bis 57 Strafvollzugsanstalten, 77 Haftarbeitslager/Strafvollzugsabteilungen, acht Standkommandos, 13 Jugendhäuser, sechs Haftkrankenhäuser als Haftanstalten nachweisbar. In den Zuständigkeitsbereich des *MfS* fielen 17 Untersuchungshaftanstalten.² Insgesamt hatte die DDR also um die 290 Haftanstalten. Die Anzahl der Anstalten des *MdI* ist über die Zeit gesunken, die des *MfS* ist gleichgeblieben.³ Dieser Rückgang erklärt

sich durch Schließungen und Umwandlungen von Haftanstalten im Zuständigkeitsbereich des *MdI*. In der gesamten Ausstellung werden die Orte Naumburg an der Saale, Gräfen-tonna, Eisenach, Stollberg, Rüdersdorf, Torgau, Bitterfeld und Halle als Standorte von Haftanstalten näher beleuchtet. Im vorliegenden Kapitel werden vor allen Dingen das *Frauengefängnis Hoheneck in Stollberg*, das *Chemiekombinat Bitterfeld* und der *Geschlossene Jugendwerkhof Torgau* exemplarisch vorgestellt.

Das Chemiekombinat Bitterfeld

Die Entwicklung des Chemiekombinats Bitterfeld

„Bitterfeld, Bitterfeld, wo der Dreck vom Himmel fällt“ – Diese Worte reimte der Volksmund über die Umstände in der Industrieregion Bitterfeld in der DDR.⁴

Zusammen mit den Standorten Leuna-Merseburg und Halle-Schkopau (Buna) bildet Bitterfeld das mitteldeutsche Chemiedreieck⁵ und „[...] repräsentiert im kollektiven Gedächtnis den wohl größten Umweltskandal der DDR-Geschichte.“⁶

¹ Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Studie erstellt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 22.06.2015, S. 32, URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Studien/die-historische-aufarbeitung-der-zwang-sarbeit-politischer-haeftlinge-im-strafvollzug-der-ddr.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am: 13.01.2022, S. 32, im Folgenden zitiert als: Wölbern: Aufarbeitung.

² Wölbern: Aufarbeitung, S. 33.

³ Wölbern: Aufarbeitung, S. 33.

⁴ Schulz, Friederike; Arlt, Susanne: Umweltsünden von damals. Umweltsanierung in Dortmund

und Bitterfeld, in: Deutschlandradio (Deutsche Einheit, 8), 21.09.2010, URL: https://www.deutschlandradio.de/umweltsuenden-von-damals.331.de.html?dram:article_id=203501, abgerufen am: 14.01.2022.

⁵ Stief, Martin: »Stellt die Bürger ruhig«. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld mit 16 Abbildungen, 7 Tabellen und 3 Diagrammen, Göttingen 2019, S. 9.

⁶ Zelinger, Amir: Erinnerungsort „Bitterfeld“, In: Ökologische Erinnerungsorte, 2011, URL: <http://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitelseiten/verschmutzte-natur/51-bitterfeld>, abgerufen am: 14.01.2022.

Die Chemiekombinate im Bezirk Halle blicken auf eine lange Geschichte der chemischen Industrie zurück, so lockten die äußerst günstigen Standortbedingungen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts erste Chemiefabriken in die Region zwischen Halle und Bitterfeld. Umfangreiches Bauland, günstige Arbeitskräfte, eine ausreichende Wasserversorgung durch die Flüsse Saale und Mulde, Lagerstätte von Braunkohle und Kalisalz sowie eine ausgebauten Infrastruktur, die den Austausch mit den industriellen Zentren im Deutschen Reich ermöglichte, machten den Standort für die Unternehmensgründer außergewöhnlich aussichtsreich.⁷ Aufgrund dieser Prämissen kam es zu einer immensen industriellen Entwicklung für den mitteldeutschen Raum, welche in der Kleinstadt Bitterfeld begann. Im Jahr 1893 wurde die *Chemische Fabrik Griesheim Elektron AG* gegründet, im Jahr 1896 die *Elektrochemischen Werke GmbH*. Im Jahr 1895 wurde zudem die Farbenfabrik des Berliner Unternehmens *Agfa* im naheliegenden Wolfen gegründet. Die drei Produzenten hatten eine Gemeinsamkeit: die großtechnische Anwendung der Elektrolyse. Hinzu kam, dass von Beginn an die Herstellung von Chlor eine herausragende Rolle einnahm. Im Jahr 1894 lief die erste Chlorelektrolyse in Bitterfeld an, fünf weitere Anlagen kamen bis Mitte des 20. Jahrhunderts hinzu. Somit avancierte Bitterfeld zu einem Dreh- und Angelpunkt für die Chlorchemie. Durch den Ersten Weltkrieg erweiterte sich das Werksgelände. Die Unternehmen *Bayer* und *Agfa* errichteten eine Salpetersäureanlage in Greppin, *Griesheim Elektron* erbaute eine Aluminiumfabrik.

So fungierten die Bitterfelder Chemiebetriebe mit Sprengstoffen, Giftgasen etc. als Ausstatter für die Reichswehr.⁸ Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde das Produktionsprogramm weiter ausgebaut. Fortan wurde in den 1920er und 1930er Jahren eine vielschichtige Produktionspalette, wie beispielsweise Medikamente, Leichtmetalle, Reinigungsmittel etc., hergestellt, wodurch Bitterfeld auch noch in der DDR-Zeit als signifikanter Industriestandort galt. Nachdem sich die Unternehmen aus der Region Bitterfeld Anfang der 1930er Jahre in die *Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland* zusammenschlossen, untergliederten sie sich zu Beginn der 1950er Jahre nach der Phase der Enteignung und Verstaatlichung in die zwei *Volkseigenen Betriebe* *Farbenfabrik Wolfen* und *Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld*. Ihr Zusammenschluss zum *Chemiekombinat Bitterfeld (CKB)* erfolgte im Jahr 1969 und integrierte sechs weitere Chemiewerke. Durch diesen Zusammenschluss erwuchs ein vielschichtiges Industriegelände. So arbeiteten in den 1980er Jahren circa 18.500 Beschäftigte an dem Standort. Etwa 12.000 weitere Beschäftigte arbeiteten in den Teilbetrieben des Kombinats. Insgesamt produzierte das gesamte Kombinat sieben Prozent der Chemieproduktion der DDR, was einem Warenwert von circa fünf Milliarden Mark, Stand 1987, entsprach.⁹ Zudem waren 80 Prozent aller Industriegüter der DDR von den Chemieproduktionen aus Bitterfeld abhängig. In der DDR-Zeit standen neben Wasserstoff, Bleich- und Pflanzenschutzmitteln, Farbstoffe etc. vor allem Chlor und PVC an vorderster Stelle,

⁷ Schiefer, Mark: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989, Göttingen 2018, S. 46, im Folgenden zitiert als: Schiefer: Profiteur der Krise.

⁸ Schiefer: Profiteur der Krise, S. 47.

⁹ Schiefer: Profiteur der Krise, S. 48.

so wurde die Produktion von Chlor zwischen 1960 und 1988 enorm aufgestockt. Hinzu kam von 1958 bis 1965 eine Erweiterung der PVC-Anlagen, im Juli 1968 kam es hier jedoch zu einem schweren Unglück mit Todesopfern, woraufhin die Kunststoffsparte nach Schkopau versetzt wurde.¹⁰

Das Haftarbeitslager Bitterfeld und die desolaten Bedingungen

Schon während des Zweiten Weltkrieges gab es in den Betrieben und Tagebauen in Leuna, Bitterfeld und Wolfen Zwangsarbeit. Im Jahr 1944 kam es zu einer Höchstzahl: 4069 Ausländer:innen und 1168 Kriegsgefangene wurden in den Bitterfelder Werken eingesetzt.¹¹ In der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) *Kaus-tik* plante man im Jahr 1947 den Einsatz von 2500 Strafvollzugsgefangenen in Bitterfeld und Wolfen. Ein solcher Einsatz lässt sich allerdings erst ab dem Jahr 1952 nachweisen, hierbei waren jedoch auch ‚nur‘ 56 Strafgefangene beteiligt. Am Ende des Jahres 1954 wurde das Haftlager Bitterfeld vorerst für sieben Jahre geschlossen, bis im Jahr 1962 wieder Häftlinge Arbeit in den Tagebauen und Braunkohlenkombinats Bitterfeld verrichteten.¹² Die Arbeit der Häftlinge wurde wieder aufgenommen, da in den Braunkohletagebauten dringend Arbeitskräfte von Nöten waren.¹³ Neben dem hohen Bedarf an Arbeitskräften war es auch ein gestiegener Bedarf an Haftplätzen, der infolge der verschärften Justiz nach

dem Mauerbau dafür sorgte, dass sich die Zahl der zu Arbeitserziehung Verurteilten in den Folgejahren stetig erhöhte, wodurch weitere Unterbringungsmöglichkeiten gebraucht wurden.¹⁴ Ab dem Jahr 1968 wurden bis zu 520 Strafgefangene im *EKB* bzw. späteren *Chemiekombinat Bitterfeld* eingesetzt. Zu Grunde lag dieser Einsatz der ökonomischen Notwendigkeit, da in der Chemieindustrie der Arbeitskräftemangel exorbitant war. Zwischen Ende des Ersten Weltkrieges und Ende des Zweiten Weltkrieges wurden viele Anlagen errichtet. Im Jahr 1945 kam es aufgrund der Reparationszahlungen dazu, dass die modernsten Anlagen in die Sowjetunion transportiert und durch desolate Anlagen ersetzt wurden. Da die Produktion fortlaufend immer weiter gesteigert wurde, kam es zu einem großen Verschleiß der Anlagen, sodass gesundheitsschädigende Chemikalien in die Umwelt austraten und die Höchstwerte giftiger Arbeitsstoffe am Arbeitsplatz überschritten wurden. Hierdurch wurden die Anlagen zu einer enormen Gefahr für die Beschäftigten. Es kam zu schweren Havarien, wie bereits angeklungen im Jahr 1968, bei welcher über vierzig Menschen starben und viele weitere schwer verletzt wurden.¹⁵ Es wurde immer schwieriger, geeignete Arbeitskräfte zu bekommen. Die Kombinatiatsleitung entschloss daher gemeinsam mit anderen Dienststellen Strafgefangene einzusetzen. Begonnen wurde damit im Werk Süd, aber auch in anderen Betrieben des

¹⁰ Schiefer: *Profiteur der Krise*, S. 49.

¹¹ Vesting, Justus: „Das sind ja nur Strafgefangene“. Zwangsarbeit im Chemiedreieck der DDR, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 16 (2004), S. 90-104, hier S. 91, im Folgenden zitiert als: Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“.

¹² Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 92.

¹³ Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012, S. 52, im Folgenden zitiert als: Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck.

¹⁴ Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 55.

¹⁵ Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 92.

Chemiekombinats Bitterfeld wurden Strafgefangene eingesetzt.¹⁶ Ende der 1960er Jahre kam es also zu den ersten Einsätzen von Strafgefangenen, wodurch Strafvollzug und Betriebsleitung ermuntert wurden, diese Einsätze zu verstärken und vertraglich dauerhaft abzusichern. Hierbei verpflichtete sich das CKB auf dem Gelände der Strafvollzugseinrichtung zwei Bettenhäuser für je 250 Strafgefangene zu errichten. Hierfür sollten 500 Strafgefangenen im CKB arbeiten. Kurz vor Abschluss der Vereinbarung im Jahr 1973 segnete die SED-Kreisleitung den Einsatz der Strafgefangenen ab.¹⁷ Es kam zu weiteren Errichtungen von Unterbringungen, sodass das Gefängnis in den 1980er Jahre seine Höchstkapazität erreichte. Zeitweise kam es zwar zu Unterbelegungen in der Einrichtung, jedoch kam es zumeist zu einer Überbelegung im Gefängnis. So hatte die Einrichtung im Jahr 1983 eine Kapazität von 1200 Strafgefangenen, in der Realität waren jedoch 1267 dort untergebracht.¹⁸ Aufgrund der enormen Arbeitsbedingungen, wurde eine grundsätzliche Rekonstruktion geplant, die Umsetzung dieser wurde allerdings nur bedingt, sehr verlangsamt oder überhaupt nicht durchgeführt. Neben Chlor wurden in den Betrieben auch Wasserstoff und Natron- beziehungsweise Kalilauge produziert. Hierzu hatte sich in der Nachkriegszeit das Amalgamverfahren bewährt. Für dieses Verfahren wurde Quecksilber benötigt, wodurch Missstände wie Quecksilberdämpfe auftraten. Darüber hinaus mussten die Elektrolysezellen per Hand eingerichtet werden. Hierbei bestand die

ständige Gefahr von Havarien, bei welchen Quecksilber austreten und Chlordämpfe aufsteigen konnten. Die Anlagen im Keller waren marode, sodass ätzende Flüssigkeiten auf die Strafgefangenen tropften. Durch die unzureichende Schutzausrüstung, wie z.B. keine Atemschutzmasken, kam es zu diversen Unfällen durch Verätzungen o.ä.. In den Jahren 1980 und 1981 starben zwei Häftlinge an Nierenversagen durch Quecksilbervergiftung. Erst nach dem zweiten Todesfall wurden die menschenunwürdigen Verhältnisse aufgedeckt.¹⁹ Im August 1981 kam es aufgrund der Todesfälle zu einer Besprechung zwischen dem Produktionsdirektor des CKB und diversen Vertretern der chemischen Industrie und weiteren Institutionen. Mit der Begründung, Chlor sei das „*Blut der Volkswirtschaft*“ wurden die Todesfälle zwar bedauert, doch kam eine Beendigung der Produktion nicht in Frage. Es wurde beschlossen, die Hygienemaßnahmen zu verbessern, Blut- und Urinproben der Häftlinge präventiv zu nehmen und eine Schwarz-Weiß-Trennung von Arbeits- und Haftkleidung.²⁰

Fälschlicherweise deuteten viele Strafgefangene im *Chemiekombinat Bitterfeld* ihre Arbeit als Vorteil. Da sie zumeist nicht über die Gefährlichkeit der chemischen Substanzen informiert waren, waren sie froh im CKB zu arbeiten und keine schweren körperlichen Arbeiten in den Braunkohletagebauten verrichten zu müssen.²¹ Aufgrund jeglicher Witterungsbedingungen, war die körperliche Arbeit in der Kohleförderung und beim

¹⁶ Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 93.

¹⁷ Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 56.

¹⁸ Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 57.

¹⁹ Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 93.

²⁰ Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 94.

²¹ Vesting.: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 97.

Gleisbau enorm schwer. Die Beschäftigten im CKB waren durchgängig verschiedensten gesundheitsgefährdenden Stoffen ausgesetzt.²² Es wird deutlich, dass das Leben und die Gesundheit der Strafgefangenen nicht wertgeschätzt wurden, so wurden behandlungsbedürftige Strafgefangene nicht ernst genommen und zu ihrer Arbeit zurückgeschickt.²³

Die Zusammensetzung der Insassen schwankte im Laufe der Zeit, doch geht die gegenwärtige Forschung von einem durchaus hohen Anteil politischer Gefangener aus.²⁴ Auch Bausoldaten waren in Bitterfeld stationiert.²⁵

Bis zum 31. Dezember 1990 war das Gefängnis in Bitterfeld in Betrieb, später wurde es abgerissen.²⁶

Die Frauenhaftanstalt Hoheneck

Von 1950 bis 1990 leisteten hier im Namen der DDR kriminelle und politisch inhaftierte Frauen Haftzwangsarbeit. Hergestellt wurden vor allem Strumpfhosen und Bettwäsche, aber auch Maschinen und Motoren.

Historische Einordnung

Die erste urkundliche Erwähnung fand die Burg *Hoheneck* bei Stollberg im Jahr 1244. Die Burg hatte im Laufe der folgenden Jahrhunderte viele Besitzer:innen,

stand aber auch lange Zeit leer und verfiel mit der Zeit immer mehr. Das Areal wurde nach dem Verfall Anfang des 19. Jh. einmal neu bebaut, ab dann kamen immer wieder Umbauten und neue Anbauten dazu.²⁷ Ab den 1860er Jahren kam es erstmalig zu einer Nutzung als Haftanstalt als *Königlich-sächsisches Weiberzuchthaus*.²⁸



Siegelmarke des Königlich-sächsischen Weiberzuchthauses, 19. Jh., Quelle: Veikkos-Archiv, Public Domain, URL: <https://picryl.com/media/siegelmarke-koniglich-sachsische-strafanstalts-direction-hoheneck-w0253326-d4cffa>, abgerufen am: 12.01.2022.

Im weiteren Verlauf diente das Areal als Lazarett im ersten Weltkrieg, Männer- und Jugendgefängnis in der Zwischenkriegszeit und ab 1945 übernahm es die SBZ als Frauenhaftanstalt.²⁹ 1950 übergab es diese an die DDR, welche die vorhandenen Räumlichkeiten ebenfalls als Gefängnis nutzte und noch im selben

22 Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 92.

23 Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 104.

24 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 58.

25 Vesting: „Das sind ja nur Strafgefangene“, S. 97.

26 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 58.

27 Website der Gedenkstätte Hoheneck, URL: [https://www.gedenkstaette-hoheneck.de/historie-](https://www.gedenkstaette-hoheneck.de/historie-36)

chronik.php, abgerufen am: 11.01.2022, im Folgenden zitiert als: Gedenkstätte Hoheneck.

28 Schacht, Ulrich: Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2009, S. 13, im Folgenden zitiert als: Schacht: Hohenecker Protokolle.

29 Gedenkstätte Hoheneck.

Jahr 1100 Häftlinge nach *Hoheneck* transportierte.³⁰ Während der gesamten Zeit der DDR wurde *Hoheneck* als Frauengefängnis genutzt, ebenfalls gab es eine Abteilung für weibliche Jugendliche. Ab 1990 nutzte die Bundesrepublik das Areal als Justizvollzugsanstalt, 2001 wurde der Gefängnisbetrieb dann vollständig eingestellt.

Ortsstruktur der Haftanstalt

Da es sich bei *Hoheneck* um eine über Jahrzehnte gewachsene Anlage handelt, gab es viele verschiedene Gebäudetrakte. Die Häftlinge wurden absichtlich immer wieder auf anderen Wegen zur Arbeit, zum Hof oder dem Speisesaal geführt, so dass sie verwirrt waren und sich den Weg und die Orte nicht einprägen konnten. Dies hatte den Verlust des Orientierungssinns zur Folge und sollte die Häftlinge zusätzlich mürbe machen.³¹ Gleichzeitig sollten die Häftlinge auch anderen Kommandos beziehungsweise Zellenbelegschaften nicht begegnen, denn keiner sollte wissen, wie viele Kommandos es insgesamt gab und wie viele Menschen auf *Hoheneck* lebten und arbeiteten.³² Neben den Zellen und Arbeitsräumen gab es auch eine Wäscherei, die Küche und andere Wirtschaftsräume. Viel von alledem war aber renovierungsbedürftig, kaputt und heruntergekommen, sowie dreckig.³³ Ebenfalls gab es mehrere Gefängnishöfe,

einen äußeren und einen inneren, auf denen der Freigang stattfand. Dabei war der äußere Hof beliebter bei den Häftlingen, da man von dort einen Blick auf die Landschaft des Erzgebirges hatte. Als das Wachpersonal sich dessen bewusst wurde, fand der Freigang nur noch auf dem inneren Hof statt.³⁴ Auch in den Arbeitsräumen, wenn sie nicht fensterlose Keller ohne Tageslicht waren, wurden nach einiger Zeit die Fenster weiß angestrichen, damit ein Ausblick und eine Ablenkung nicht mehr möglich waren.³⁵

Die Bewohner:innen von Stollberg wussten, dass es sich bei *Hoheneck* um eines der berüchtigtsten Frauengefängnisse der ganzen DDR handelte und dass vor allem Schwerverbrecherinnen, wie Mörderinnen oder Totschlägerinnen dort in Haft saßen. Vielen wünschte man sogar dort hinzukommen, als besonders schwere Strafe. Von den politischen Häftlingen wusste im Ort allerdings niemand etwas, sowie ebenfalls nicht von der riesigen Profitmaschinerie der Haftzwangsarbeit.³⁶ Alles was auf *Hoheneck* passierte, unterlag strengster Geheimhaltung. Selbst Lieferwagen, die Ware für den Westen abholten, durften nur bis zum Burgtor vorfahren. Dann fand ein Fahrerwechsel statt und der:die fremde Fah-

30 Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37), Göttingen 2014, S. 181, im Folgenden zitiert als: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind.

31 Plitt, Mike; Mönch, Max: Stories (Der Hoheneck-Komplex), in: Mitteldeutscher Rundfunk, URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/>

[#/stories](#), abgerufen am: 11.01.2022, im Folgenden zitiert als: mdr: Stories.

32 Plitt, Mike; Mönch, Max: Scrollldokumentation (Der Hoheneck Komplex), in: Mitteldeutscher Rundfunk, URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/scrollldoku/1>, abgerufen am: 11.01.2022, im Folgenden zitiert als: mdr: Doku.

33 mdr: Stories.

34 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 113.

35 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 211.

36 mdr: Doku.



Postkarte Schloss Hoheneck bei Stollberg, 1913. Quelle: Verlag Bernhard Bischoff, Stollberg, Public Domain, URL: <http://www.zeno.org/nid/20000668400>, abgerufen am: 12.01.2022.

rer:in musste so lange vor der Burg warten, bis sein:ihr Lieferwagen samt Ware wieder hinausgefahren wurde.³⁷

Offiziell diente die Arbeit, die die Häftlinge freiwillig leisten sollten, zur Umerziehung und Resozialisierung, der „*Erziehung zu einem reibungslosen Leben in Freiheit*“.³⁸ Institutionsintern hieß es zur Haftzwangsarbeit, dass erst die Zumutungen der Haft und der Arbeit die politischen Vorstellungen der Gefangenen brechen und sie so zu sozialistischen Mitbürgerinnen umerziehen sollten.³⁹ Die meist weiblichen Aufseher:innen auf Hoheneck profitierten auch direkt von der Haftzwangsarbeit, indem sie manche Produkte, wie zum Beispiel Strumpfhosen,

für sich selbst abzweigten oder selbst weiterverkauften.⁴⁰

Lebens- und Wohnumstände der Häftlinge

Gefangene, besonders politische Gefangene waren in der DDR meist rechtlose Insassen, die allenfalls Eingaben an das MfS schreiben durften, um auf Missstände in ihrer Strafvollzugsanstalt hinzuweisen.⁴¹ In Hoheneck lebten alle Häftlinge in beengten Zellen mit Doppelstock- oder gar Etagenbetten. Die Zellen waren oft überbelegt mit mehr als 30 Frauen, wobei nicht nach Straftat unterschieden wurde, sondern Mörderinnen mit politischen Häftlingen und psychisch Kranken den knappen Raum teilten.⁴² An

³⁷ mdr: Doku.

³⁸ Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011, S. 17, im Folgenden zitiert als: Sonntag: Arbeitslager.

³⁹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 12.

⁴⁰ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 188.

⁴¹ Sonntag: Arbeitslager, S. 12.

⁴² mdr: Stories.

die Zelle schloss sich ein Waschraum mit zwei offenen Toiletten und großen Waschrögen an. Dieser wurde häufig von zwei Zellen gleichzeitig, also von ca. 60 Frauen genutzt. So hatten die Häftlinge nie Privatsphäre oder gar Zeit allein, nicht mal auf der Toilette. Geduscht wurde höchstens einmal im Monat im Keller der Burg, oder gar nicht.⁴³ Periodenprodukte standen ebenfalls nicht zur Verfügung, Artikel wie Seife oder Zahnpasta mussten beim monatlichen Einkauf selbst bezahlt werden.⁴⁴

Durch die beengten Verhältnisse und die verschiedenen Delikttypen kam es oft zu Streitereien und Zwischenfällen unter den Häftlingen, da so viele Menschen auf engem Raum zusammenleben mussten.⁴⁵ Besonders die politischen Häftlinge hatten Angst vor Übergriffen durch die Mithäftlinge. Es kam häufig zu Schikanen, sodass manche vor den Mithäftlingen mehr Angst hatten als vor dem Wachpersonal.⁴⁶ „Verbrechen gegen“ den DDR-Staat waren aus Sicht der Staatsideologie schlimmer als Mord.⁴⁷ Politische Häftlinge waren Mörderinnen oder ehemalige KZ-Aufseherinnen (von denen einige auf *Hoheneck* einsaßen) gleichgestellt, teilweise sogar schlechter.⁴⁸ Diese systemimmanente Hierarchie verbreitete sich auch unter den Häftlingen, sodass sie sich gegenseitig das Leben schwer machten. Politische Häftlinge standen entsprechend am Ende der Hackordnung

und wurden von den Kriminellen schikaniert.⁴⁹ Da viele Mörderinnen eine lebenslängliche Strafe erhielten, also wirklich keine Möglichkeit hatten, vor ihrem Ableben *Hoheneck* zu verlassen, war ihr Hass auf die politischen Häftlinge besonders groß, da diese eine endliche Haftstrafe hatten und in manchen Fällen sogar vom Westen freigekauft werden konnten.⁵⁰ Häufig erhielten eben diese kriminellen Häftlinge mit lebenslangen Haftstrafen das Kommando über ihre Zelleinheit, also Verantwortung übertragen, was zu weiteren Konflikten oder Schikaniierungen führen konnte.⁵¹

Neben der Enge in den Zellen mussten die Häftlinge auch oft mit Kälte leben, da es teilweise keine Heizungen gab, oder sie auch im Winter nie angeschaltet wurden.⁵² Weiterhin gab es viel Ungeziefer wie Ratten und Mäuse. Im kargen Essen, welches häufig wenig nahrhaft war und nur aus Wassersuppe mit Möhrenschaalen, trockenem, luftigem Brot, wenig Margarine oder verschimmelter Marmelade bestand, waren ebenfalls meist Kakerlaken zu finden.⁵³ Die Haftanstalt war generell verschmutzt und heruntergekommen.⁵⁴ Durch den Schichtbetrieb, der stetig auf *Hoheneck* lief, gab es auch keine wirkliche Nachtruhe. Es war immer Lärm auf den Fluren, durch Schlüssel, klappernde Schuhe oder bellende Hunde, was zu zusätzlicher Erschöpfung der Häftlinge beitrug.⁵⁵

43 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 106-107.

44 mdr: Stories.

45 Koch, Petra: Menschenwege. Politisch inhaftiert auf Burg Hoheneck. Eine wahre Geschichte, Berlin 2002, S. 100-101, im Folgenden zitiert als: Koch: Menschenwege.

46 mdr: Stories.

47 Schacht, Hohenecker: Protokolle, S. 108.

48 Thiemann, Ellen: Stell dich mit den Schergen gut. Erinnerungen an die DDR, München 1984, S.

125, im Folgenden zitiert als: Thiemann: Schergen.

49 Thiemann: Schergen, S. 132.

50 mdr: Stories.

51 Thiemann: Schergen, S. 126-127.

52 mdr: Stories.

53 mdr: Stories.

54 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 106-107.

55 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 75.

Die Arbeit auf der Burg *Hoheneck* fand in großen Arbeitsräumen statt, welche sich teilweise auch in modrigen Kellerräumen befanden. Es herrschte eine hohe Lärmbelastung, Gehörschutz gab es kaum. Fenster durften nur während der Pausen geöffnet werden, was zu ständiger schlechter Luft, viel Staub und giftigen Dämpfen führte. Generell waren für die feineren Arbeiten an den Nähmaschinen die Lichtverhältnisse zu schlecht, und der Arbeitsschutz nicht vorhanden.⁵⁶ Die Häftlinge hatten keine Bewegungsfreiheit am beengten Arbeitsplatz und entsprechend eine krumme Sitzhaltung, was zu Rückenproblemen führte. Die Gefahr sich an den Industrienähmaschinen durch den Finger zu nähen war hoch.⁵⁷ Politische Häftlinge wurden gern für die besonders schweren und gefährlichen Arbeiten eingesetzt und nie außerhalb der Gefängnismauern, da Fluchtversuche in jedem Fall verhindert werden sollten.⁵⁸ Ebenfalls wurde als Teil der Sühne eine höhere Wochenarbeitszeit von 45 – 48 Stunden und „freiwillige“ Überstunden erwartet, sodass die Häftlinge bis zur Erschöpfung arbeiten mussten.⁵⁹ Bei Arbeitsverweigerung drohten Folter, Arrest oder Haft in der Dunkelzelle.⁶⁰ Es steht außer Frage, dass diese Arbeit negative Auswirkungen auf die Gesundheit hatte, dazu kam die schlechte Verpflegung und die Abwesenheit von Arbeitsschutzmaßnahmen, was Unfälle vor programmierte. Die Gesundheit der Häftlinge hatte keine

Relevanz für den Staat.⁶¹ Diese Faktoren begünstigten einen schnellen körperlichen Verfall der Häftlinge.⁶² Bei gesundheitlichen Problemen war es schwer einen Termin beim Anstaltsarzt oder eine Schmerztablette zu bekommen. Zusätzlich hatten auch viele Häftlinge Angst vor der Behandlung durch eine:n Anstaltsarzt:in oder in einem Haftkrankenhaus, da die dortigen Zustände nicht besser waren als auf Burg *Hoheneck*.⁶³ Eine Krankenschreibung war nur in seltenen Fällen und unter großen Schwierigkeiten zu erhalten.⁶⁴

Die Folge der schlechten Arbeitsbedingungen waren viele Arbeitsunfälle, die von der Gefängnisleitung billigend in Kauf genommen wurden.⁶⁵ Es gab eine bewusste Benachteiligung der Häftlinge gegenüber den normalen Beschäftigten in den Betrieben, welche auch in *Hoheneck* herstellen ließen.⁶⁶ Unfälle wurden häufig vertuscht oder einfach nicht gemeldet; in den Statistiken wurde kein Unterschied zwischen normalen Beschäftigten und Haftarbeitern gemacht, sodass deren Arbeitsunfälle nicht auffielen.⁶⁷ Eine Reaktion auf die Haftzwangsarbeit unter den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen waren Streiks und Arbeitsverweigerung. Zu Beginn der DDR gab es einige Streiks von größeren Häftlingsgruppen. Dies bedurfte allerdings viel Mut und Einigkeit unter den einzelnen Gefangenen. Später kamen nur noch

⁵⁶ mdr: Stories.

⁵⁷ mdr: Stories.

⁵⁸ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 69.

⁵⁹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 73.

⁶⁰ mdr: Doku.

⁶¹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 77.

⁶² mdr: Stories.

⁶³ Thiemann: Schergen, S. 127.

⁶⁴ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 86.

⁶⁵ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 81; Schacht: Protokolle, S. 212.

⁶⁶ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 79.

⁶⁷ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 85.



Frauengefängnis *Hoheneck*, Westflügel, Juli 1999, Quelle: SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Siegfried Bregulla.

individuelle Arbeitsniederlegungen, da immer hohe Strafen drohten.⁶⁸ Häftlinge die konsequent die Arbeit verweigerten oder vorsätzlich langsam arbeiteten wurden generell isoliert, damit sie Mithäftlinge nicht beeinflussen konnten.⁶⁹ Die Arbeitsverweigerung war eine Form des passiven Widerstands, eine Möglichkeit die wirtschaftliche Prosperität der DDR unauffällig zu unterlaufen. Dies geschah nicht immer unbedingt vorsätzlich, manchmal waren die Häftlinge auch einfach an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und konnten die Arbeitsnorm nicht mehr erfüllen.⁷⁰ Ein weiterer Grund für die Arbeitsverweigerung oder Verlangsamung war die Vergütung der Häftlinge. Diese war immer – auch bei vollständiger

oder Übererfüllung der Norm - sehr gering. Sie wurde von den Betrieben direkt an die Haftanstalt gezahlt, diese behielt den größten Teil zur angeblichen Bezahlung der Unterbringung und Verpflegung ein. Ein Teil diente als Rücklage für die Entlassung, einiges ging an die Familien der Gefangenen und der geringste Teil blieb als Lohn zum Einkauf im Gefängnis.⁷¹ Ob die Häftlinge überhaupt eine Entlohnung erhielten, hing an ihrer Erfüllung der Arbeitsnorm, die oft nicht zu schaffen war und ca. 30 Prozent höher lag als die für normale Beschäftigte.⁷²

68 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 97.

69 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 100.

70 Wunschik: Knastware, S. 101.

71 Wunschik: Knastware, S. 104.

72 Wunschik: Knastware, S. 113.

Umgang des Aufsichtspersonals mit den Häftlingen

Hoheneck galt als das Frauengefängnis mit dem härtesten Regiment in der ganzen DDR.⁷³ „[D]ie Aufseher [in Hoheneck] galten als »unbeherrscht und voreingenommen« und begegneten den Frauen »oftmals unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Antipathie«, wie sogar vorgesetzte Instanzen diagnostizierten.“⁷⁴ Diese Diagnose lässt erahnen, unter welchen Umständen die Häftlinge auf der Burg *Hoheneck* lebten und arbeiteten. Im Folgenden sollen einige Beispiele den Umgang der zumeist weiblichen Wärter:innen mit den Häftlingen verdeutlichen.

Kurz nach der Ankunft waren die Häftlinge zur Abgabe aller Privatsachen und Einkleidung in Häftlingskleidung verpflichtet. Nach Aussage von Zeitzeuginnen, fühlten sich die Häftlinge selbst fremd in der meist zerschlissenen, unbequemen und oft zu großen Kleidung. Hinzu kamen erniedrigende Leibesvisitation bei der Aufnahme, die teilweise sogar durch männliches Wachpersonal oder Ärzte durchgeführt wurden.⁷⁵ Weiterhin berichteten Zeitzeuginnen von medikamentösen oder auch operativen Zwangsabtreibung bei unbestätigter Schwangerschaft ohne Kenntnis der Inhaftierten. Dabei wurden auch Betäubung und Fesselung angewendet.⁷⁶ Ebenfalls gab es einen dreistufigen Arrest, welcher, je nach Schwere eines Regelverstosses und ob man politischer Häftling war oder nicht,

unterschiedlich lang ausfiel.⁷⁷ Dazu gehörten unter anderem Einzelhaft in einer gewöhnlichen Arrestzelle oder der Dunkelzelle, Essensentzug, Besuchs- und Postverbot sowie Lohnkürzungen, um Häftlinge gefügig zu machen.⁷⁸ Die Diskriminierung politischer Häftlinge war von vornherein vorgesehen.⁷⁹ Während der halben Stunde Hofzeit musste im Freihof auf Kommando und im Gleichschritt im Kreis gelaufen werden, beim Übertreten einer Begrenzungslinie drohte direkt eine Strafe.⁸⁰ Schikanierungen beim täglichen Appell und Prügel mit dem Gummiknüppel waren an der Tagesordnung.⁸¹ Im Winter kamen das Abdrehen der Heizung – wenn sie überhaupt lief – und besonders langes Lüften als Strafe für ganze Zellen zum Strafenkatalog hinzu.⁸²

„Es wurde sogar eine Überbelegung der Zellen genehmigt, auch wenn dadurch die zulässigen Grenzwerte um bis zu einen Kubikmeter Luft unterschritten wurden. In der drangvollen Enge achteten die Aufseher offenbar besonders auf Disziplin und rechneten es sich als »Verdienst« an, »wenn Strafgefangene beim Entlassungsgespräch zum Ausdruck bringen, dass es in keiner SV[Strafvollzugs]-Einrichtung so streng, so militärisch zugeht, wie in der StVA Hoheneck.«“⁸³

Zusätzlich zu körperlichen Strafen wurden die Inhaftierten auch psychisch unter Druck gesetzt durch – beispielsweise – Vorenthaltung oder lautem Vorlesen von persönlichen Briefen oder Kontrolle des

73 Schacht: Protokolle, S. 15.

74 Wunschik: Knastware, S. 182.

75 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 106.

76 mdr: Stories.; Thiemann: Schergen, S. 125.

77 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 112.

78 mdr: Stories.

79 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 68.

80 mdr: Stories.; Schacht: Protokolle, S. 109.

81 mdr: Stories.; Koch: Menschenwege, S. 95.

82 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 75.

83 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 185.

Inhalts der Briefe, da viele Dinge nicht geschrieben werden durften.⁸⁴ Es fand auch einzelne psychische Folter statt, zum Beispiel wurde eine Kinderärztin in eine Zelle mit zehn Kindermörderinnen gesteckt, die ihr ausführlich ihre Taten erzählen sollten.⁸⁵

Auch wenn man die Arbeitsnorm nicht erfüllen konnte, gab es Abzug beim wenigen Taschengeld, oder Besuchs- und Postverbot.⁸⁶ Für Unfälle wurden die Häftlinge und ihre Unachtsamkeit verantwortlich gemacht, obwohl eigentlich die hohe Arbeitslast, veraltete Maschinen und der ständige Drill dafür verantwortlich waren. Diese Begründung hatte Relevanz für die Lohnzahlung, da bei Unfällen auf Grund von Eigenverschulden kein Lohn fortgezahlt werden musste.⁸⁷ Bei Unfällen mit schweren Verletzungen, wie Brüchen oder Amputationen wurden sogar vollkommen Bewegungsunfähige Häftlinge beim Krankentransport gefesselt.⁸⁸ Bei der Arbeit sollten die Häftlinge durch Wettbewerbe und materielle Vergütungen dazu motiviert werden, noch mehr zu arbeiten, für eine Übererfüllung der Norm. Gleichzeitig gab es eine sofortige Kürzung des Lohns bei Nichterfüllung der Norm. Häftlinge, die so schon am Rande der Leistungsfähigkeit waren, erfuhren hier eine weitere Strafe.⁸⁹ Eine weitere Schikanierung konnte durch die immens hohen Arbeitsnormen selbst empfunden werden. Denn schon auf-

grund der Geschwindigkeit mancher veralteten Maschinen, welche sich nicht beschleunigen ließen, war die Norm nicht zu erfüllen. Hier wurden Arbeitskommandos mit mehr politischen Häftlingen bewusst benachteiligt als Kommandos mit mehr kriminellen Häftlingen, durch die Anlegung einer höheren Norm.⁹⁰ Für Arbeitsverweigerer:innen gab es ebenfalls eine Reihe an Disziplinarmaßnahmen, um sie zu brechen, wie zum Beispiel direkte körperliche Übergriffe.⁹¹ Das MfS bekam hier plötzlich aus Sicht der Hohenegger-Häftlinge wieder eine positive Konnotation, da sie, nach Aussagen ehemaliger Häftlinge, „Wunder“ geschehen lassen konnte. Damit waren zum Beispiel Transporte in den Westen, Transporte von Freilassungen, oder in seltenen Fällen sogar berücksichtigte Beschwerden gemeint, wie den gestrichenen Hofgang auf dem äußeren Freihof mit Ausblick über das Erzgebirge, den das MfS wieder genehmigte. Das MfS wurde als Staat im Staat empfunden, sie konnte machen was sie wollte, Menschen verhaften, einsperren, aber entsprechend auch „Wünsche“ erfüllen.⁹²

Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau

„Kennst du die Stadt, in der die Sonne nie lacht, das ist Torgau, wo man aus Menschen Idioten macht.“⁹³

84 mdr: Stories.

85 mdr: Doku.

86 mdr: Stories.

87 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 88.

88 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 89.

89 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 91.

90 Thiemann: Schergen, S. 129.

91 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 92-93.

92 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 113.

93 Inschrift Pritsche IX. (Boden), in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge

So lautet eine der Inschriften, die die internierten Jugendlichen an die Wände und auf die Pritschen des *Geschlossenen Jugendwerkhofes in Torgau (GJWH)* ritzen, um ihren Emotionen Ausdruck zu verleihen. Galt ein Teenager als aufsässig, schwer erziehbar oder unfähig sich in die normierte Staatsjugend der DDR einzufügen, lief er Gefahr, auch gegen den möglichen Widerstand der Eltern, von der Jugendhilfe in einen Jugendwerkhof eingewiesen zu werden.⁹⁴

Erste Jugendwerkhöfe wurden bereits unmittelbar in der Nachkriegszeit, durch die Umfunktionierung von Schlössern, Herrenhäusern, Burgen und anderen geräumigen Gebäuden, eröffnet, um die durch den Krieg obdach- und familienlos gewordenen Minderjährigen unterzubringen.⁹⁵ Erst später wurden in erster Linie *„erziehungsschwierige und straffällige Jugendliche“* in Jugendwerkhöfen einquartiert.⁹⁶ Zu den Einweisungsgründen zählten *„Arbeits- und Berufsschulbummelei; Herumtreiberei – Landstreicherei; undiszipliniertes und rowdyhaftes Verhalten; sexuelle Auffälligkeiten; schwere und leichte kriminelle Delikte: Diebstähle, unbefugte*

*Kfz- Benutzungs, Körperverletzung, Bandenbildung, Passvergehen, Sittlichkeitsdelikte, Unterschlagungen, Urkundenfälschungen, Staatsverleumdung“, „Alkoholmißbrauch“ und „übermäßiger Nikotingenuß“.*⁹⁷ Aber auch die Zugehörigkeit zu subkulturellen Erscheinungen der DDR-Jugendszene konnten ausschlaggebend sein für die Einweisung in einen Jugendwerkhof. Die Zahl dieser Einrichtungen variiert in den Akten zwischen 23 und 73.⁹⁸

Durch eine politisch-ideologische Kollektiverziehung im Sinne des Sozialismus sollten individuelle Bestrebungen und den Normen und Forderungen der Gesellschaft widersprechende Eigenschaften unterbunden und korrigiert werden.⁹⁹ Wie der Begriff Jugendwerkhof bereits offenbart, stand dabei das Werken bzw. Arbeiten im Zentrum der Umerziehung.¹⁰⁰ Aus diesem Grund befanden sich die Jugendwerkhöfe vermehrt in der Nähe sozialistischer Betriebe, der Industrie oder der Landwirtschaft.¹⁰¹ Die Bemühungen, eine angemessene Ausbildung in Jugendwerkhöfen zu gewährleisten, standen in einer Dissonanz zu dem Bedürfnis nach preisgünstiger Produktionssteigerung durch Zwangsarbeit.¹⁰²

in der DDR (Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, 4), Berlin 1997, S. 167.

94 Kaczmarek, Sandra: Dir werd ich schon helfen! Zur Erziehung in den Jugendwerkhöfen der DDR, in: Barkleit, Gerhardt; Kwiatkowski-Celofiga, Tina (Hrsg.): Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR, Dresden 2008, S. 121-135, hier S. 121.

95 Krausz, Daniel: Jugendwerkhöfe in der DDR. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, Hamburg 2010, S. 32, im Folgenden zitiert als: Krausz: Jugendwerkhöfe.

96 Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. Dezember 1951. Nr. 140, S. 1105.

97 BArch, DR 2/12108, S. 1.

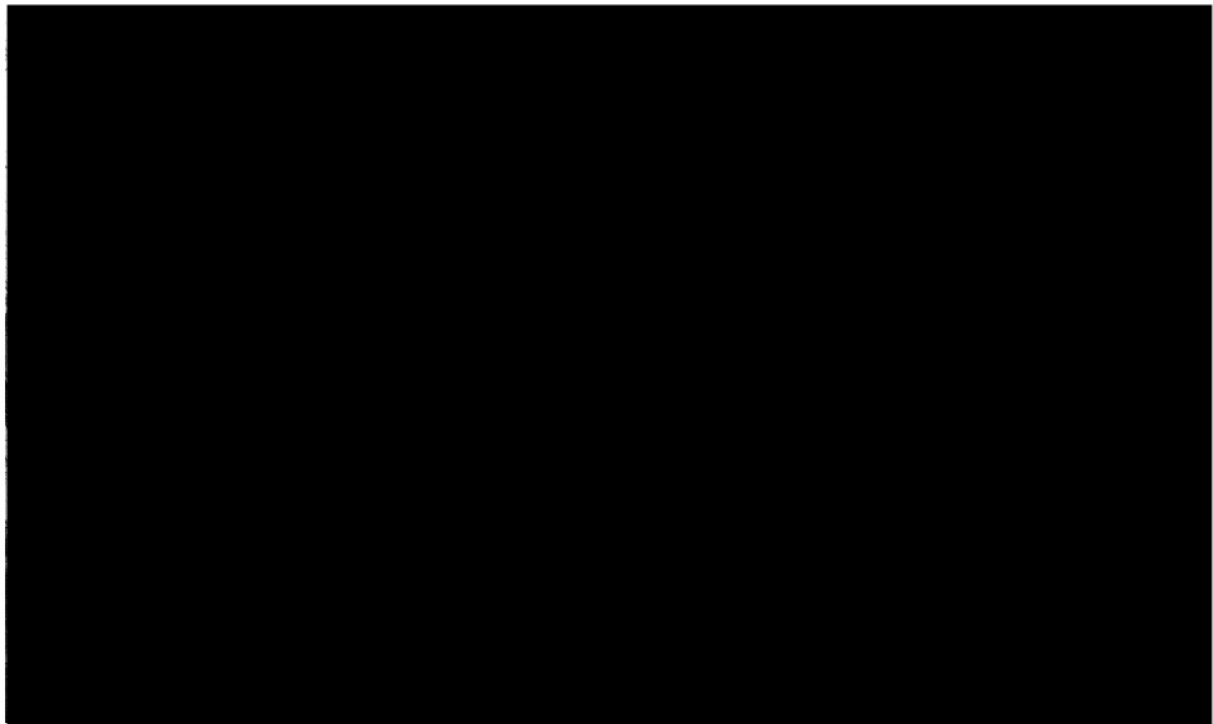
98 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 35.

99 Jörns, Gerhard: Offene Jugendwerkhöfe in der DDR, in: Publikation der Erinnerungs- und Begegnungsstätte (EBS) im ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau (Hrsg.): Auf Biegen und Brechen. Geschlossene Heimunterbringung im Kontext sozialistischer Erziehung in der DDR, Torgau 2006, S. 39-53, hier S. 39.

100 Zimmermann, Verena: Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990), Köln 2004, S. 291.

101 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 36-37.

102 Sachse, Christian: Ziel Umerziehung. Spezialheime der DDR-Jugendhilfe 1945-1989 in Sachsen (Auf Biegen und Brechen, Sonderband 1), Leipzig 2013, S. 45.; Es kann nicht eindeutig geklärt werden, ob im GJWH Torgau auch für den Westen produziert wurde. Da es jedoch auch nicht



Außenansicht des GJWH Torgau. Quelle: Archiv Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

Von gering entlohnter und schwerer körperlicher Arbeit abgesehen, war der Alltag im Jugendwerkhof geprägt von paramilitärischem Drill, der in den Jugendlichen mehr Widerspruchsgeist weckte als die gewünschte Eingliederung.¹⁰³

In einer Bestandsaufnahme zur Lage in den Jugendwerkhöfen 1963 zweifelt der Ministerrat die Effektivität von Jugendwerkhöfen bereits an: *„Besonders in den letzten Monaten wurde deutlich, daß die Heime ihre Aufgabenstellung völlig ungenügend erfüllen. Die Kinder und Jugendlichen [...] entwickeln sich nicht in jedem Falle positiv [...]“*¹⁰⁴ Dass dieser Ausdruck noch ein Euphemismus ist, zeigt die folgende Passage:

*„In solchen Heimen kam es in den letzten Monaten zu politischen Provokationen, Sabotageakten und Ausfällen gegen führende Staatsfunktionäre. So bildete sich im Jugendwerkhof Neuoberhaus (Krs. Schwarzenberg) eine faschistische Bande, die den Nazigruß einführte und sich mit Rangabzeichen der ehemaligen Waffen-SS dekorierte. Die Mitglieder handelten sadistisch an anderen Jugendlichen, zerstörten Maschinen und brachen in die Waffenkammer der GST ein. [...] In einigen Heimen wurde aufgedeckt, daß negative Jugendliche andere Zöglinge terrorisierten. In einigen Fällen führten dies Handlungen zu schweren Körperverletzungen, bei einem Jugendlichen bis zum Totschlag.“*¹⁰⁵

Auch die Zahl der Entweichungen aus Jugendwerkhöfen häufte sich. Allein im ersten Halbjahr des Jahres 1963 entwichen

ausgeschlossen werden kann, hat die Untersuchung des GJWH Torgaus innerhalb dieser Ausstellung über Zwangsarbeit in der DDR seine Berechtigung.

¹⁰³ Mehr zum Alltag im GJWH Torgau siehe den Beitrag von Romahn: Monotonie im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, in diesem Katalog.

¹⁰⁴ BArch, 0Y30/IV A 2/905, unpag., undat. (ca. Anfang 1964).

¹⁰⁵ BArch, 0Y30/IV A 2/905, unpag., undat. (ca. Anfang 1964).

von insgesamt 2300 Jugendlichen 889 aus Jugendwerkhöfen.¹⁰⁶

Um zukünftig Entweichungen zu verhindern und besonders fluchtgefährdete Jugendliche zu verwahren, wurde im Jahr 1965 im ehemaligen Gefängnisgebäude der preußischen Garnisonstadt Torgau der erste und einzige Geschlossene Jugendwerkhof eröffnet.¹⁰⁷ Das 4000m² große Areal, mit einer Kapazität von 60 Plätzen beherbergte bis ins Jahr 1989 über 4000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 20 Jahren.¹⁰⁸

In den Grundsätzen der Arbeitsordnung des *GJWH Torgau* heißt es: *„In den geschlossenen Jugendwerkhof werden weibliche und männliche Jugendliche über 14 Jahre eingewiesen, bei denen die pädagogischen Bemühungen anderer Spezialeinrichtungen wirkungslos blieben und die sich in diesen Einrichtungen wiederholter absichtlicher schwerer Verfehlungen der Heimerziehung schuldig gemacht haben, insbesondere sich*

a) gegen die von den Jugendhilfeorganen festgesetzten Erziehungsmaßnahmen auflehnten,

b) durch ständige Flucht der erzieherischen Wirkung entzogen haben.“¹⁰⁹

Auch die Zeitzeugin R.M. gibt in einem Interview über ihre Einweisung in den *GJWH* an: *„Der Grund war, daß ich immer ausgerissen bin. [...] Im Auto haben sie dann gesagt: »Jetzt kommst du nach Torgau, da werden sie dich schon hinkriegen.«“¹¹⁰*

Unabhängig von juristischen oder strafprozessualen Voraussetzungen wurde in Torgau eine praktisch grundrechtsfreie Institution geschaffen, in der Jugendliche ohne einen gerichtlichen Urteilsspruch interniert werden konnten. In dieser strafvollzugsähnlichen Disziplinierungseinrichtung sollten die Internierten durch ein System aus Belobigungen, aber hauptsächlich durch Strafen und harte Arbeit sprichwörtlich auf Linie gebracht werden.¹¹¹ Der Historiker Daniel Krausz wählt für die Beschreibung des *GJWH*

¹⁰⁶ BArch, oY30/IV A 2/905, unpag., undat. (ca. Anfang 1964).

¹⁰⁷ Oleschinski, Brigitte; Haase, Norbert; Klein, Bettina u.a.: *Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau*, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): *Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR (Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, 4)*, Berlin 1997, S. 93-178, hier S. 100-101, im Folgenden zitiert als: Oleschinski: *Torgau.*; Baum, Claudia: *Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau - die andere Seite einer sozialistischen Erziehung*, in: Mothes, Jörn; Fienbork, Gundula; Rahnke, Rudi u.a. (Hrsg.): *Beschädigte Seelen. DDR-Jugend und Staatssicherheit*, Bremen 1996, S. 255-271, hier S. 259, im Folgenden zitiert als: Baum: *Torgau.*

¹⁰⁸ Zwischen Weihnachten und Neujahr geschah es mitunter, dass auch 12- und 13-jährige im Zuge eines „Ferienschnupperkurses“ nach Torgau gebracht wurden. Dieses Vorgehen verstieß gegen geltendes Recht in der DDR (Wapler, Friederike: *Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR*, in:

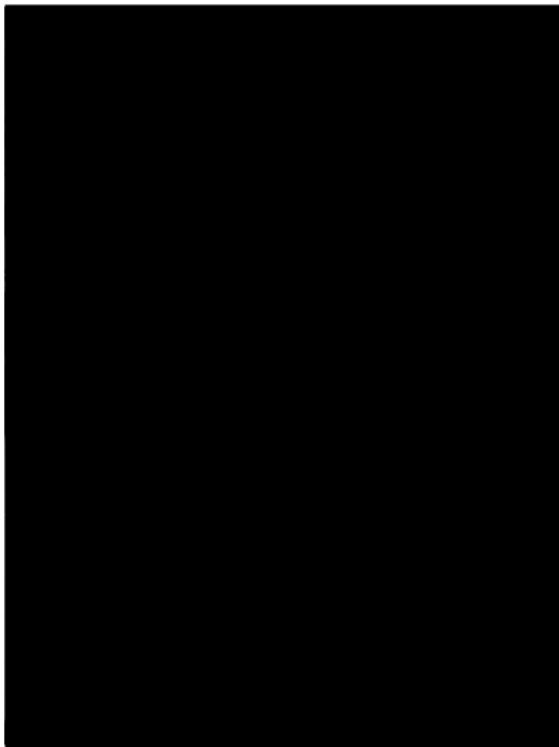
Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.): *Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Expertisen*, Berlin 2012, S. 72).

¹⁰⁹ BArch, DR 203/3075, S. 26.

¹¹⁰ DIZ. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Interview mit R.M., ehemalige Insassin des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): *Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR*, Berlin 1997, S. 132-138, hier: S. 134, im Folgenden zitiert als: DIZ: Interview mit R.M.

¹¹¹ Bittner, Michael: *Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau (GJWH). Geschichte und Struktur*, Publikation der Erinnerungs- und Begegnungsstätte (EBS) im ehemaligen geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, Torgau 2006, S. 7-12, hier S. 7-8, im Folgenden zitiert als: Bittner: *Torgau.*; Über das System der Belobigungen und Bestrafungen siehe den Beitrag von Niemietz: *Vom Wochenbesten bis zum Einzelarrest. Das Straf- und*

Torgau den Ausdruck „sozialistisches Bootcamp“.¹¹²



Die "Entengang-Treppe" im GJWH Torgau. Quelle: Archiv Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

Da das Gelände bereits als Gefängnis gedient hatte, eignete es sich hervorragend als *geschlossener Jugendwerkhof*. Durch eine etwa 3m hohe Mauer, die als Kletterschutz mit einbetonierten Glasscheiben gesichert war, Wachtürmen an den Ecken der Umfassungsmauer, vier leistungsfähigen Scheinwerfern, Hundelaufstreifen an der Ostseite, mit Stacheldraht gesicherten Blitzableitern und Fallrohren,

vergitterten Türen, Fenstern und Treppenhäusern, sowie einem Eingangsbereich mit Schleuse war der *GJWH Torgau* hermetisch abgeriegelt und gesichert.¹¹³

Schon bei der Ankunft musste der Anblick des gefängnisartigen Torgaus ein Schock für die Jugendlichen gewesen sein.¹¹⁴ Nachdem sie durch die Schleuse die Einrichtung betreten hatten, sah die Hausordnung eine dreitägige Isolierung in einer Arrestzelle vor.¹¹⁵ Und auch nach ihrer Einweisung landeten die meisten Jugendlichen wiederholt in den Arrestzellen, um Strafen für größere und kleinere Vergehen zu verbüßen. Auch R.M. verbrachte viele Tage im Arrest:

„Also im Arrest, da gab es ja nur die Holzpritschen. Da hat man eine Wolldecke bekommen und ein Bettlaken. Früh musste die Wolldecke und das Laken raus und die Holpritsche hochgeklappt werden, an die Wand. Damit man sich nicht darauf setzen kann. Und da war noch ein Hocker drin und wenn der Erzieher kam, mußte man sich hinstellen. Meldung machen, wie man eben heißt, warum man im Arrest ist und wie lange. Und entweder man mußte dann raus zum Sport machen. Oder man blieb drin und wurde laufend kontrolliert. Das Essen hat ein Jugendlicher gebracht. [...] Es war weniger und schlechter.“¹¹⁶

Belobigungssystem im GJWH Torgau, in diesem Katalog.

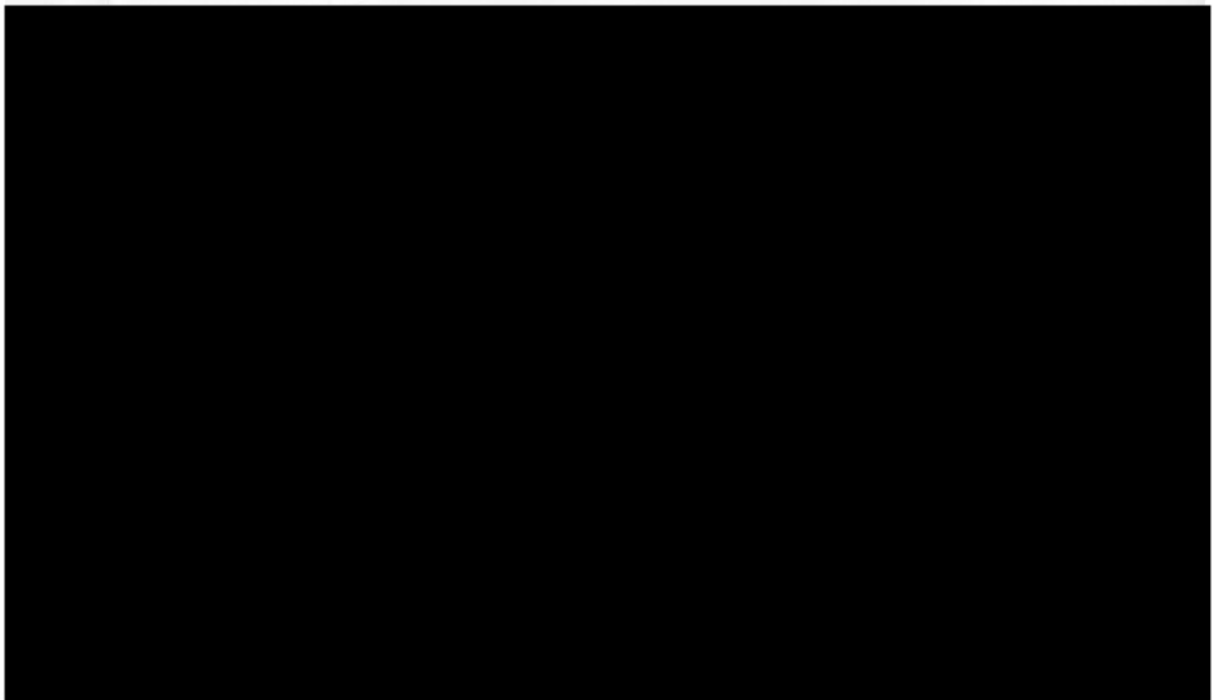
¹¹² Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 102.

¹¹³ Oleschinski: Torgau, S. 104-106.; Klein, Bettina; Hagen, Rösner: I HASS you Torgau. Der einzig geschlossene Jugendwerkhof der DDR in Torgau, in: Haase, Norbert; Oleschinski, Brigitte (Hrsg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtstrafsystem. NKWD-Speziallager. DDR-Strafvollzug, Leipzig 1993, S. 232-242, hier S. 234.; Baum: Torgau, S. 42.

¹¹⁴ Linke, Claudia: Endstation Torgau. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau und seine Aufarbeitung, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 19 (2006), S. 45-52, hier S. 46.

¹¹⁵ DIZ. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Isolierung. Anordnung über die Isolierung und Arretierung von Jugendlichen im Jugendwerkhof Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR, Berlin 1997, S. 132-138, hier S. 131.

¹¹⁶ DIZ: Interview mit R.M., S. 134; BArch, DR 203/3075, S. 51.



Die Sturmbahn im GJWH Torgau. Quelle: Archiv Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

Die Arrestzelle entsprach dabei in keiner Weise den gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen, wonach eine Fläche von 6m² nicht unterschritten werden durfte. Einige Arrest- und Isolierzellen im GJWH Torgau maßen gerade einmal 1,90m in der Länge, 2m in der Breite und 3,15m in der Höhe.¹¹⁷ Die Isolierung in einer Arrestzelle wurde als Strafmaßnahme nur noch übertroffen von der Arretierung in einer Dunkelzelle oder dem so genannten Fuchsbau. Der ehemalige Internierte R. Sch. beschreibt diese Strafmaßnahme wie folgt :

„[...] wenn man da rein kommt, rechts rum ging's dann da zu den Dunkelzellen hinter. Und gleich, wenn du rechts rum läufst, siehst du so einen kleinen Durchbruch da, der nannte sich Fuchsbau. [...] Da wurden dann meist die Medizinbälle und Hanteln drin

aufbewahrt und alles so was, Keulen manchmal auch. Und da haben die das ausgeräumt und haben mich da eingesperrt, in den Fuchsbau für eine Nacht. Und der Fuchsbau, so mal schätzungsweise gesagt, der war vielleicht 60 cm breit und vielleicht ein knappes Meter lang, also 80 cm bis 1m, und groß, also hoch, die Höhe, so genau kann ich das gar nicht sagen, normal sitzen konnte ich nicht. Ich mußte mich schon ein bißchen verschieben in dem Raum, in der Enge. Das ging die ganze Nacht durch und schlafen konnte man in der Haltung auch nicht richtig.“¹¹⁸

Eine andere Form der Bestrafung, aber auch der Disziplinierung im Allgemeinen war das straffe Sportprogramm. Schon der Frühsport um 6 Uhr sah 6 Runden im Laufschrift zur Aufwärmung, Kniebeugen, Dehnübungen, Springübungen und Dauerlauf noch vor dem Frühstück

¹¹⁷ Bittner: Torgau, S. 16.

¹¹⁸ DIZ. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Interview mit R. Sch., ehemaliger Insasse des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes

Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR, Berlin 1997, S. 147-160, hier S. 153-154.

vor.¹¹⁹ Durchgeführt wurden das Standardprogramm der Sportübungen, aber auch paramilitärisches Training, welches die Jungen auf den Wehrdienst und die Mädchen auf die DRK-Ausbildung vorbereiten sollte, auf der zum Jugendwerkhof gehörenden Sturmbahn.¹²⁰ Zu den härtesten Übungen zählte der sogenannte „*Torgauer Dreier*“, eine Kombination aus Liegestütz und Hockstrecksprung, die in hundertfachen Wiederholungen bei jedem Wetter draußen wie drinnen durchgeführt wurde. Beim Entgang, in dem die Jugendlichen mit hinter dem Kopf verschränkten Händen die Treppen im Hausflur bis zur völligen Erschöpfung hinauf- und hinunterlaufen mussten, handelte es sich um eine Trainingsmaßnahme, die die Jugendlichen nicht nur über die Grenzen ihrer physischen Belastbarkeit hinaus forderte, sondern auch gezielt erniedrigte.¹²¹

Diese Erniedrigung zog sich auch durch die fehlende Privatsphäre in der Unterbringung der Jugendlichen. Torgau bot keinerlei Rückzugsmöglichkeiten, da bspw. die Schlafräume mit Doppelstockbetten, die sich die Jugendlichen mit zu 8 Personen teilten tagsüber abgeschlossen wurden. Die Intimsphäre wurde sogar soweit eingegrenzt, dass die Notdurft unter Aufsicht und ohne einen Blickschutz durch Trennwände verrichtet werden musste und die Mädchen bei ihrer Periode um jeden Hygieneartikel den Erzieher einzeln bitten mussten.¹²²

Alles in allem wurde der *GJWH Torgau* mit seinen beengten Schlafsälen, den vergitterten Fenstern, den Arrestzellen, den Werkstätten und der Sturmbahn für die meisten internierten Jugendlichen zu einem Ort des Schreckens, der, vielfach in der Form von posttraumatischen Belastungsstörungen, seine Spuren hinterließ.

Seit 1989 handelt es sich beim *GJWH Torgau* um eine Erinnerungs- und Begegnungsstätte, die es sich zu Aufgabe gemacht hat die Lebenswege von Betroffenen zu verstehen, die als Jugendliche im *Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau* interniert waren und ihnen eine Stimme zu geben.¹²³

¹¹⁹ BArch, DR 203/3054, S. 8-10.

¹²⁰ BArch, DR 203/3054, S. 7.

¹²¹ Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 86-87.; Bittner: Torgau, S. 17.

¹²² Weis, Christine; Schäfer, Anka: Jugendstrafrecht und seine Anwendungen in der DDR nach

Erlaß des Strafgesetzbuches von 1960, in: Gottschlich, Helga (Hrsg.): Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, Berlin 1991, S. 99.; DIZ. Interview mit R.M., S. 135-136.

¹²³ Jugendwerkhof Torgau, URL: jugendwerkhof-torgau.de, zuletzt abgerufen am: 15.01.2022.

Quellenverzeichnis

BArch, DR 2/12108.

BArch, DR 203.

BArch, DR 203/3054.

BArch, DR 203/3075.

BArch. oY30/IV A 2/905, unpag., undat. (ca. Anfang 1964).

DIZ. Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Interview mit R. M., ehemalige Insassin des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR, Berlin 1997, S. 132-138.

DIZ. Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Interview mit R. Sch., ehemaliger Insasse des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR, Berlin 1997, S. 147-160.

DIZ. Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Isolierung. Anordnung über die Isolierung und Arretierung von Jugendlichen im Jugendwerkhof Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR, Berlin 1997, S. 132-138.

Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. Dezember 1951. Nr. 140.

Innschrift Pritsche IX. (Boden), in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR (Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, 4), Berlin 1997.

Literaturverzeichnis

Baum, Claudia: Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau - die andere Seite einer sozialistischen Erziehung, in: Mothes, Jörn, Fienbork, Gundula; Rahnke, Rudi u.a. (Hrsg.): Beschädigte Seelen. DDR-Jugend und Staatssicherheit, Bremen 1996, S. 255-271.

Bittner, Michael: Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau (GJWH). Geschichte und Struktur, Publikation der Erinnerungs- und Begegnungsstätte (EBS) im ehemaligen geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, Torgau 2006, S. 7-12.

Gedenkstätte Hoheneck: URL: <https://www.gedenkstaette-hoheneck.de/historie-chronik.php>, abgerufen am: 11.01.2022.

Haase, Norbert; Klein, Bettina; Oleschinski, Brigitte u.a.: Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR (Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, 4), Berlin 1997, S. 93-178.

Jörns, Gerhard: Offene Jugendwerkhöfe in der DDR, in: Publikation der Erinnerungs- und Begegnungsstätte (EBS) im ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau (Hrsg.): Auf Biegen und Brechen. Geschlossene Heimunterbringung im Kontext sozialistischer Erziehung in der DDR, Torgau 2006, S. 39-53.

Jugendwerkhof Torgau | (jugendwerkhof-torgau.de), aufgerufen am: 15.01.2022.

Kaczmarek, Sandra: Dir werd ich schon helfen! Zur Erziehung in den Jugendwerkhöfen der DDR, in: Barkleit, Gerhardt; Kwiatkowski-Celofiga, Tina (Hrsg.): Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR, Dresden 2008, S. 121-135.

Klein, Bettina; Hagen, Rösner: I HASS you Torgau. Der einzig geschlossene Jugendwerkhof der DDR in Torgau, in: Haase, Norbert; Oleschinski, Brigitte (Hrsg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtstrafsystem. NKWD-Speziallager. DDR-Strafvollzug, Leipzig 1993, S. 232-242.

Koch, Petra: Menschenwege. Politisch inhaftiert auf Burg Hoheneck. Eine wahre Geschichte, Berlin 2002.

Krausz, Daniel: Jugendwerkhöfe in der DDR. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, Hamburg 2010.

Koch, Petra: Menschenwege. Politisch inhaftiert auf Burg Hoheneck. Eine wahre Geschichte, Berlin 2002.

Linke, Claudia: Endstation Torgau. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau und seine Aufarbeitung, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 19 (2006), S. 45-52.

mdr Scrolldokumentation: Plitt, Mike/ Mönch, Max: Der Hoheneck Komplex. URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/scrolldoku/1>, abgerufen am: 11.01.2022, 15:48 Uhr.

mdr Zeitzeuginneninterviews: Plitt, Mike/ Mönch, Max: Der Hoheneck Komplex. URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/stories>, abgerufen am: 11.01.2022, 15:52 Uhr.

Sachse, Christian: Ziel Umerziehung. Spezialheime der DDR-Jugendhilfe 1945-1989 in Sachsen (Auf Biegen und Brechen, Sonderband 1), Leipzig 2013.

Schacht, Ulrich: Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2009.

Schiefer, Mark: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989, Göttingen 2018.

Schulz, Friederike; Arlt, Susanne: Umweltsünden von damals. Umweltsanierung in Dortmund und Bitterfeld, in: Deutschlandradio (Deutsche Einheit, 8), 21.09.2010, URL: https://www.deutschlandradio.de/umweltsuenden-von-damals.331.de.html?dram:article_id=203501, abgerufen am: 14.01.2022.

Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011.

Stief, Martin: »Stellt die Bürger ruhig«. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld mit 16 Abbildungen, 7 Tabellen und 3 Diagrammen, Göttingen 2019.

Thiemann, Ellen: Stell dich mit den Schergen gut. Erinnerungen an die DDR, München 1984.

Vesting, Justus: „Das sind ja nur Strafgefangene“. Zwangsarbeit im Chemiedreieck der DDR, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 16 (2004), S. 90-104.

Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012.

Wapler, Friederike: Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR, in: Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.): Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Expertisen, Berlin 2012.

Weis, Christine; Schäfer, Anka: Jugendstrafrecht und seine Anwendungen in der DDR nach Erlass des Strafgesetzbuches von 1960, in: Gotschlich, Helga (Hrsg.): Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, Berlin 1991, S. 90-102.

Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Studie erstellt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 22.06.2015, URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Studien/die-historische-aufarbeitung-der-zwangsarbeit-politischer-haeftlinge-im-strafvollzug-der-ddr.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am: 11.01.2022.

Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37), Göttingen 2014.

Zelinger, Amir: Erinnerungsort „Bitterfeld“, in: Ökologische Erinnerungsorte (2011), URL: <http://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitelseiten/verschmutzte-natur/51-bitterfeld>, abgerufen am 14.01.2022.

Zimmermann, Verena: Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990), Köln 2004.

Abbildungsverzeichnis

Archiv Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Siegfried Bregulla.

Veikkos-Archiv, Public Domain, URL: <https://picryl.com/media/siegelmarke-koniglich-sachsische-straftanstalts-direction-hoheneck-wo253326-d4cffa>, abgerufen am: 12.01.2022.

Verlag Bernhard Bischoff, Stollberg, Public Domain, URL: <http://www.zeno.org/nid/20000668400>, abgerufen am: 12.01.2022.

EINZELSCHICKSALE UND ALLTAG IN DER HAFT-ZWANGSARBEIT

(Hannah Dohlen, Salome Rabea Faigle, Thorben Niemietz, Miriam Romahn, Jenny Sure, Nina Wermann)

Die Arbeitsbedingungen der Haftzwangsarbeit im Strafvollzug auf der *Haftanstalt Hoheneck*

Die Burg Hoheneck in Stollberg in Sachsen wurde ab 1950 für den Strafvollzug genutzt. Dort saßen ausschließlich Frauen ein, entweder aufgrund von Kriminalverbrechen oder aus politischen Gründen, wie der Planung oder Durchführung von Republikflucht. Während der Haftzeit mussten die Frauen Zwangsarbeit verrichten, die in unterschiedlichen Arbeitskommandos auf der Burg ausgeführt wurde. Die inhaftierten Frauen konnten sich ihren Arbeitsplatz nicht selbst aussuchen und wurden einem der Kommandos zugeteilt. Ein großer Sektor der Haftzwangsarbeit war durch Näharbeiten geprägt. Auf Hoheneck wurden Damenstrumpfhosen für den Betrieb *Esda* hergestellt. Für die Firma *Planet Eppendorf* fertigten die Gefangenen Windeln, Baby- und Nachtwäsche, Moltoneinlagen und Bettwäsche an. Das *Wäschekombinat Lösnitz* hatte auf Hoheneck ei-

nen Produktionsstandort für Herrenoberhemden und im so genannten *Lumpenkommando* wurde angelieferte bereits gebrauchte Kleidung von den Häftlingen wiederaufbereitet. Darüber hinaus wurde Spielzeug für den Hersteller *Modell- und Plastspielwarenkombinat Annaberg-Buchholz* produziert. Unter dem Kommando *ELMO* (Elektromotorenbetrieb) wurden Ankerwellen und Motoren unter körperlicher Schwerstarbeit hergestellt und gewartet. Die von den Häftlingen geforderte Arbeit war besonders körperlich anstrengend, sodass die Frauen in diesem Kommando einer höheren Bezahlung ausgesetzt wurden, als die übrigen Inhaftierten. Zu Beginn der Haftzwangsarbeit, noch im Ausbau des Gefängnisses, wurden Werkstätten eingerichtet, sodass die Produktion später in größerem Stil erfolgen konnte.¹ Neben den bereits benannten Arbeitszweigen, wurden einige Frauen auch abseits dieser eingesetzt, um etwa das Gefängnis instand zu halten oder die Zellen und Waschräume auf der Burg zu reinigen.² Die Arbeit belief sich auf normalerweise 48 Stunden pro Woche, wobei es durchaus möglich war Sonderschichten an Sonn- und Feiertagen ableisten zu müssen.³ Die Frauen arbeiteten im 3-Schicht-System, sodass eine permanente Produktion im Gefängnis garantiert werden konnte. Frauen, die über 60 Jahre alt waren, erhielten eine Arbeitszeitverkürzung auf 4 Stunden täglich.⁴ Mangel an Arbeiterinnen gab es durch die vielen Verhaftungen in der DDR nicht, besonders in den 1970er Jahren kam es zur

¹ Schacht, Ulrich: Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, Zürich 1984, S. 39, im Folgenden zitiert als: Schacht: Hohenecker Protokolle.

² Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 90.

³ Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat, Hildesheim 2011, S. 252, im Folgenden zitiert als: Schmidt: Zur Frage der Zwangsarbeit.

⁴ Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 189.

Überbelegung des Gefängnisses.⁵ So konnte eine dauerhafte Produktion von Waren durch die vorhandene Arbeitskraft gewährleistet werden. Innerhalb der Produktionszweige gab es Hierarchien unter den Häftlingen. Frauen, die wegen Kriminalverbrechen zum Teil lebenslänglich auf Hoheneck einsaßen, hatten eine Kontrollfunktion inne. Sie wurden damit beauftragt, das Kommando zu übernehmen und die übrigen Arbeiterinnen während ihrer Schicht zu überprüfen und gegebenenfalls zur Erfüllung des vorgegebenen Arbeitspensums zu treiben.⁶ Dies führte auch zu weiteren Spannungen zwischen den Kriminellen und den politischen Insassinnen, abseits des Sozialgefüges in ihren Zellen.

Um einen Eindruck von den prekären Arbeitsverhältnissen zu bekommen, werden im folgenden Aussagen von ehemaligen Inhaftierten zur Verdeutlichung herangezogen. Die Frauen litten aufgrund der schlechten Haftbedingungen unter Mangelernährung und nicht allen Frauen konnte eine medizinische Versorgung garantiert werden. Während ihrer Arbeitszeit mussten die Frauen eine vorher festgelegte Produktanzahl pro Tag erreichen. Den vollen Lohn ihrer minderbezahlten Haftzwangsarbeit erhielten die Frauen nur, wenn sie das vorgegebene Arbeitspensum erreichten. Der monatliche Erhalt eines Briefes und eines Paketes konnte den Frauen bei nicht-erreichen verwehrt werden, ebenso der vierteljährliche Besuch eines Angehörigen. Die Motivation, die Arbeit zu verrichten, lag also

darin, keine Sanktionen zu riskieren und die Arbeit auszuführen. Die Erfahrung einer ehemaligen Inhaftierten gibt Christian Sachse in seiner Ausführung über das System der Zwangsarbeit wieder:

„Beim Heißformen kann ich mich nicht erinnern, dass es eine Norm gab. Das habe ich einfach hintereinander weg gemacht. Bei den Strümpfen weiß ich noch, dass es 460 Paar, also 920 Strümpfe in einer Schicht sein sollten. [...] Ich schaffte die Norm, nie. Ich habe nicht boykottiert oder die Arbeit verweigert, sondern ich schaffte es einfach nicht.“⁷

Sie beschreibt zudem, dass sie während der achtstündigen Arbeit dauerhaft stehen musste, was aufgrund der schlechten Lebensbedingungen in der Haft sehr herausfordernd war.⁸ Zumal die Frauen mit veralteten Maschinen arbeiteten und aufgrund der medizinischen Unterversorgung und der Mangelernährung, auch aufgrund der Erschöpfung durch die Haftzwangsarbeit, Unfälle passierten.⁹ Zudem wurden, um bei dem Arbeitszweig der Strumpfhosen zu bleiben, während des Heißformens der Strümpfe zur Glättung des Materials giftige Dämpfe frei — dabei wurden die Fenster im Produktionsraum geschlossen gehalten.¹⁰ Im Jahr 1980 sollen laut Sachse 1.200 produzierte Strumpfhosen pro Schicht und pro Arbeiterin die Norm gewesen sein.¹¹ Die Arbeit beeinträchtigte die körperliche Verfassung der Frauen zunehmend. Die als Näherinnen eingestellten Frauen erlitten Augenschäden durch die lange Arbeitszeit mit vielen Detailarbeiten an den

5 Schmidt: Zur Frage der Zwangsarbeit, S. 252.

6 Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 45.

7 Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014, S. 445, im Folgenden zitiert als: Sachse: Das System der Zwangsarbeit.

8 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 445.

9 Schmidt: Zur Frage der Zwangsarbeit, S. 251.

10 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 227.

11 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 227.

Produkten, ohne Pausen und bei schlechten Lichtverhältnissen. Über das Kommando zur Herstellung von Elektromotoren ist wenig Quellenmaterial verfügbar, jedoch berichtet die ehemalige Gefangene Carola Schacht: *„Dort wurden Elektromotoren verschiedener Größe produziert. Dabei mußte man den ganzen Tag in hoher Norm Kupferdraht wickeln. Bis man eine dicke Hornhaut an den Händen hatte, vergingen Wochen, und bis dahin schnitten sich die Frauen die Finger wund und blutig.“*¹² Ab etwa 1987 wurde das so genannte *Lumpenkommando* auf Hoheneck als weiterer Arbeitsbereich etabliert. Hierbei wurden angelieferte Kleidungsstücke zu Häftlingskleidung und Uniformen durch den Einsatz von Chemikalien aufbereitet.¹³ Die ehemalige Inhaftierte Elke Lehmann schildert den Arbeitseinsatz in diesem Kommando wie folgt:

*„Wie gesagt, wir mußten uns hauptsächlich damit beschäftigen, diese total verdreckten, stinkenden Armeeuniformen zu zertrennen - das war eigentlich die ekeligste Sache, die ich dort je gemacht habe! Gott sei Dank nahm das dann später ab. Das war unsere Hauptbeschäftigung in der Anfangszeit. Wirklich ekelhaft, und daß wir uns da nicht Krätze oder irgend so was geholt haben, das war fast ein Wunder. Wir mußten hier auch noch nicht im Akkord arbeiten. Das ging ja auch gar nicht, hing ja davon ab, was man da so angeliefert bekam. Und dafür erhielt man dann 2 Mark Entgelt im Monat!“*¹⁴

Anhand ihrer Erfahrung werden noch einmal die Unterbezahlung der Haftzwangsarbeit und nicht vorhandene Hygienestandards deutlich. Arbeitssicherheit für die inhaftierten Frauen konnte in

keinem der Produktionszweige auf Hoheneck garantiert werden, auch nicht wenn Chemikalien im Arbeitsprozess eingesetzt werden mussten, die zu (Schleim-)Hautreizungen führten.¹⁵ Die Frauen waren den Arbeitsverhältnissen ausgesetzt. Verweigerten sie die Arbeit oder erfüllten nicht die Norm in ihrer Arbeitszeit, konnte dies als Arbeitsverweigerung gewertet werden, die mit Arrest oder einer Verlängerung der Haftzeit bestraft wurde. Um auf die Arbeit im Gefängnis hinzuweisen, versuchten die Inhaftierten mit Kassiber auf sich aufmerksam zu machen. Einmal gelang dieses im Produktionszweig vom *Modell- und Plastikspielwarenkombinat Annaberg-Buchholz* und einmal in einer angefertigten Bettwäsche für *Planet Eppendorf*.¹⁶ Die Haftzwangsarbeit sorgte neben den körperlichen Beeinträchtigungen auch für eine psychische Belastung der inhaftierten Frauen. Lediglich in der Überbelegung in den 1970er Jahren waren einige Frauen ohne Arbeit, da die Produktionszweige vollbesetzt waren.

Edda Schönherz: Zeitzeugenbericht einer zur Zwangsarbeit verurteilten politischen Gefangenen im Hoheneck-Komplex

Eine der bekanntesten Insassinnen von Hoheneck ist die 1944 in Bad Landeck (im heutigen Polen) geborene ehemalige Fernsehansagerin Edda Schönherz. Sie wuchs in Ost-Berlin auf, wo sie im Alter von 18 Jahren ihr erstes Kind bekam; ein knappes Jahr später kam ihr zweites auf die Welt. Kurze Zeit drauf verstarb ihr

¹² Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 208.

¹³ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 82, 230-231.

¹⁴ Schacht: Hohenecker Protokolle, S. 153.

¹⁵ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 217.

¹⁶ Wunschik, Tobias: Politische Haft in der DDR. Gefängnisse und Haftbedingungen 1949-1989, Erfurt 2018, S. 50.

Ehemann an Blutkrebs, was sie dazu veranlasste, Nachforschungen anzustellen. Jener war von der Nationalen Volksarmee eingezogen worden. Obwohl seine Vorgesetzten ihr nach seinem Tod sagten, es habe keinen konkreten Auslöser für dessen Erkrankung gegeben und dass es jedem hätte passieren können, fand sie später heraus, dass er während seiner Arbeit im Militärdienst einen Unfall mit strahlenbelasteten Materialien hatte. Zudem erfuhr sie, dass drei seiner Kameraden das gleiche Schicksal teilten.

Um für ihre Familie aufkommen zu können, ging die junge Witwe einem Nebenverdienst bei einer Artistengruppe nach, bei der sie selbst auftrat, aber auch bei den Shows moderierte. Hierbei fiel sie einem Mitarbeiter des DDR-Fernsehens auf, der sie daraufhin zu einem Vorsprechen einlud.¹⁷

Dort wurde ihr Potential erkannt und sie ließen sie drei Jahre lang an einer Fernsehakademie in Berlin-Adlershof Ansage- und Fernsehmoderation studieren und in 1969 durfte sie die Einführung des Farbfernsehens in der DDR mitmoderieren. Sie bekam später sogar ihre eigene Sendung („das Ereignis“) und erfreute sich beim Publikum schnell großer Beliebtheit. Dies machte sie besonders attraktiv für die SED-Partei, welche Schönherz bald bei sich aufnehmen wollte. Dies lehnte sie jedoch dankend – mit der Entschuldigung, sich noch darauf vorbereiten zu wollen – ab. Doch auch wenn ihre Entscheidung soweit akzeptiert worden



Edda Schönherz. Quelle: DDR-Zeitzeugen, URL: <https://www.ddr-zeitzeuge.de/ddr-zeitzeugen-recherche-ren/ddr-zeitzeuge/edda-schoenherz-117.html>, abgerufen am 21.01.2022.

zu sein scheint, bekam sie während der Arbeit immer wieder die repressiven Methoden der SED zu spüren; ihre Ansagen wurden beispielsweise stets vor einer Sendung kontrolliert und zensiert. Zudem bekam sie mit, wie immer mehr Kollegen die DDR verließen, um bei Westsendern zu arbeiten. Sie schwärmten dann oftmals in den Karten, die sie ihren früheren Kollegen schickten, nur von ihrer neuen Arbeit. All diese Dinge brachten Edda Schönherz dazu, selbst über ein Leben im Westen nachzudenken.¹⁸

¹⁷ Schönherz, Edda; Reitel, Alex: Interview: "Du bist hier nicht im Fernsehen". Edda Schönherz, deutsch-deutsche TV-Legende, blickt zurück auf ihre Stasi-Haft (25. Mai 2020 in Berlin-Mariendorf), in: kas.de, 3. August 2020, URL: <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/du-bist-hier-nicht-im-fernsehen>,

abgerufen am: 15.01.2022, im Folgenden zitiert als: Schönherz; Reitel: "Du bist hier nicht im Fernsehen", 3. August 2020.

¹⁸ Schönherz; Reitel: "Du bist hier nicht im Fernsehen", 3. August 2020.

Im Alter von 30 Jahren reiste sie daraufhin im September 1974 mit ihrer Familie nach Budapest, um sich dort bei der westdeutschen sowie der amerikanischen Botschaft nach Möglichkeiten zur Ausreise in die BRD zu informieren. Doch wurden die Botschaften im sogenannten „sozialistischen Ausland“ häufig von Stasi-Mitarbeitern unter Bewachung gehalten, weswegen ihre Unternehmung nicht unentdeckt blieb. Von diesem Tag an beschattete die Staatssicherheit sie, quartierte sich dafür sogar in ihrer Nachbarschaft ein und nutzte versteckte Wanzen und Mikrofone. Schließlich wurde sie eines morgens – nur eine Woche nach ihrer Rückkehr aus Ungarn – in ihrer eigenen Wohnung und vor den Augen ihrer zwei Kinder, verhaftet. Zunächst brachte man sie in das Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Sie erlebte dort bereits in den ersten Stunden entwürdigende Schikanen und wurde stundenlang verhört; unter anderen sogar vom Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, der ihr gedroht habe, nie wieder frei zu kommen. Als sie nach einem Anwalt verlangte, sei sie bloß ausgelacht worden. Ende 1974 wurde sie dann wegen *„staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“* und *„Vorbereitung eines ungesetzlichen Grenzübertritts in besonders schwerem Fall“* (weil sie ihre Kinder dabei hatte) zu drei

Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt.¹⁹

Ihre Haftstrafe saß sie schließlich im Frauengefängnis Hoheneck ab, gelegen im sächsischen Stollberg, in welchem neben politischen Insassinnen auch zahlreiche Gewalttäterinnen untergebracht wurden. Die Gefangenen mussten in Zwangsarbeit unter anderem Strumpfhosen und Bettwäsche herstellen, die dann im Westen verkauft wurden.²⁰ Hoheneck wird manchmal auch *„die berüchtigtste Strafvollzugseinrichtung für Frauen in der DDR“* oder einfach *„der dunkle Ort“* genannt. Edda Schönherz berichtet diesbezüglich von unangenehmen Untersuchungen, Schikanen, überfüllten Zellen und von zu wenigen sanitären Anlagen. Sie durfte ihre Kinder in den gesamten drei Jahren Haft nicht einmal sehen. Andere Frauen hätten sich vor Verzweiflung absichtlich selbst schwer verletzt, um vor diesen Bedingungen auf die Gesundheitsstation flüchten zu können, wo sie Schönherz zufolge manchmal nicht einmal behandelt worden wären. Sie erinnert sich daran, mit Gewalttäterinnen und sogar Mörderinnen in einer Aufnahmezelle gesessen zu haben, aber auch daran, dass die politischen Gefangenen untereinander eng zusammenhielten.²¹ In einem Interview erzählt sie davon, wie sie einigen

19 Springer, Astrid: Schwierige Wiedergutmachung. Opfer von DDR-Unrecht leiden bis heute, in: deutschlandfunk.de, 17. Dezember 2016, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/schwierige-wiedergutmachung-opfer-von-ddr-unrecht-leiden-100.html>, abgerufen am 11.01.2022, im Folgenden zitiert als: Springer: Schwierige Wiedergutmachung, 17. Dezember 2016.; Unbekannter Verfasser: DDR_Zeitzeuge: Edda Schönherz, in: ddr-zeitzeuge.de, URL: <https://www.ddr-zeitzeuge.de/ddr-zeitzeugen-recherchieren/ddr-zeitzeuge/edda-schoenherz-117.html>, abgerufen am 11.01.

2022, im Folgenden zitiert als: DDR_Zeitzeuge: Edda Schönherz.

20 Höttges, Sahrah; Juli, Madita: Interview: Der Hoheneck Komplex – Strumpfhosen und Bettwäsche für den Westen, in: blog.grimme-online-award.de, 8. Mai 2021, URL: <https://blog.grimme-online-award.de/2021/05/der-hoheneck-komplex-strumpfhosen-und-bettwaesche-fuer-den-westen>, abgerufen am: 11.01.2022, im Folgenden zitiert als: Höttges; Juli: Der Hoheneck Komplex, 8. Mai 2022.

21 Schönherz; Reitel: "Du bist hier nicht im Fernsehen", 3. August 2020.

Mitinsassinnen ohne richtige Schulbildung anbot, für sie Briefe an das Gericht oder auch an ihre Angehörige zu verfassen, wenn sie sie im Gegenzug in Ruhe ließen.²² Die bekannte Moderatorin berichtet weiterhin, dass sie den Gefängniswärtern gegenüber geäußert habe, dass sie ihre Periode nicht mehr bekäme, was diese wiederum so deuteten, dass sie schwanger sein könnte. Schönherz selbst sei sich zwar sicher gewesen, nicht schwanger zu sein, doch eine derartige Angelegenheit hatte das Potential, ein besonders schlechtes Licht auf die DDR-Strafverfolgung zu werfen. Deswegen hätten man ihr Medikamente ins Essen gemischt, welche – wie sie später aus ihren Stasi-Akten erfuhr – eine Abtreibung hätten erreichen sollen.²³

Wie alle Insassinnen von Hoheneck wurde auch Schönherz zur Arbeit gezwungen. Doch anders als die meisten dort, wurde sie nicht zur Herstellung von Damenstrümpfen, sondern zur Fabrikation von Elektromotoren für Kaffeemühlen, Waschmaschinen und Kühlschränken für die Firma *Elmo* eingeteilt. Sie erinnert sich in einem Interview daran, dass einige ihrer Kolleginnen bei dieser Arbeit vom Wickeln geradezu deformierte Hände bekommen hätten.²⁴ Schönherz charakterisiert die Bedingungen weiterhin als „*unter aller Würde*“, erzählt vom

Drei-Schicht-System und kaum nennenswerter Bezahlung. Auch sei es ihr nicht möglich gewesen, die Arbeit zu verweigern.²⁵

Drei Jahre nach ihrer Festnahme wurde Edda Schönherz endlich aus dem Gefängnis entlassen. Ihr wurde im Anschluss auferlegt, als Hilfskraft in einer Großbäckerei zu arbeiten, was sie allerdings dadurch umgehen konnte, dass sie für die katholische Kirche in Berlin als Fotografin arbeiten durfte. Doch wurde ihr erst zwei weitere Jahre später – im Dezember 1979 – gestattet, mit ihren Kindern in den Westen auszureisen. Als Grund dafür wurde vorgeschoben, sie sei „*Geheimnisträgerin*“ gewesen. Schönherz vermutet jedoch, sie hätten nur die Wiederaufnahme ihrer Karriere verhindern wollen.²⁶ Dafür spricht etwa, dass das Team hinter dem Projekt *Der Hoheneck Komplex* bei ihrer Recherche zu Edda Schönherz im *Deutschen Rundfunkarchiv* (DRA) bloß eine einzige noch existierende Aufnahme eines Fernsehauftrittes von ihr aus ihrer Zeit als DDR-Fernsehstar finden konnte. Dies ist in Anbetracht ihrer damaligen Stellung als großem Fernsehstar sehr verwunderlich und ließe sich nur dadurch erklären, dass die Beamten der DDR ihre Aufnahmen zerstörten oder verschwinden ließen, wohl um die Erinnerung an

22 Plitt, Mike; Mönch, Max: 1095 Tage in Hoheneck. Edda „Ankunft“ (Der Hoheneck-Komplex), in: Mitteldeutscher Rundfunk.de, URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/stories/edda>, abgerufen am 11.01.2022.

23 Plitt, Mike; Mönch, Max: 1095 Tage in Hoheneck. Edda. „Pille“ (Der Hoheneck-Komplex), in: Mitteldeutscher Rundfunk.de, URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/stories/edda>, abgerufen am: 11.01.2022.

24 Schönherz; Reitel: "Du bist hier nicht im Fernsehen", 3. August 2020.

25 Decker, Markus: Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen. Strumpfhosen und Werkzeug für den Westen, in: Mitteldeutsche Zeitung.de, 20. Februar 2014, URL: <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/zwangsarbeit-in-ddr-gefangnisse-strumpfhosen-und-werkzeug-fur-den-westen-2087015>, abgerufen am: 11.01.2022.

26 Schönherz; Reitel: "Du bist hier nicht im Fernsehen", 3. August 2020.

die in Ungnade gefallene Moderatorin so gut wie möglich zu tilgen.²⁷

In Westdeutschland bewarb sie sich dann schnellstmöglich bei verschiedenen Sendern, fand schnell Anstellung und arbeitete von 1980 bis 2000 in München für den Bayrischen Rundfunk. Dort wurde sie allerdings noch bis Ende 1987 observiert und 1990 wurden zwei Stasi-Mitarbeiter in ihrem Arbeitsumfeld enttarnt.²⁸

Edda Schönherz gilt heute als rehabilitiert. Sie engagiert sich seit langem für die Aufarbeitung von SED-Unrecht, indem sie etwa in Gedenkstätten oder in den Medien von ihrem Schicksal berichtet und Aufklärungsarbeit betreibt. Im Jahr 2006 erhielt sie dafür sogar das Bundesverdienstkreuz. Zudem schrieb sie ihre Geschichte in dem Buch *Die Solistin - Roman einer Frau, die von Deutschland nach Deutschland wollte* nieder.²⁹

Begrüßungsarrest im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau

*„In der Regel benötigen wir drei Tage, um die Jugendlichen auf unsere Forderungen einzustimmen und sie vor allem mit diesen bekannt zu machen.“*³⁰

Direktor des GJWH Torgau

Im Alter von 14 bis 20 Jahren wurden die Jugendlichen in den *Geschlossenen Jugendwerkhof (GJWH) Torgau* verlegt. Dies ge-

schah durch einen Antrag ihres Heimleiters, meist eines offenen Jugendwerkhofes, ans Ministerium für Volksbildung, welcher dort bestätigt werden musste. Es gab keinen strafrechtlichen Beschluss, oder eine Anhörung der Jugendlichen. Lediglich die Unterschrift genügte, um in den *GJWH Torgau* verlegt zu werden.³¹

Die Jugendlichen, unabhängig vom Geschlecht, erlebten im Anschluss alle ziemlich genau dasselbe. Sie wurden nämlich alle von einem Mitarbeiter bzw. Fahrer ihrer Einrichtung mit dem heimeigenen Auto dorthin gefahren. Auf der Fahrt selbst wurde kaum gesprochen, sodass manche von ihnen bis zur Ankunft in Torgau nicht mit Sicherheit sagen konnten, ob es gerade nur eine leere Drohung, oder Tatsache war, dass sie nach Torgau gebracht wurden.³²

Das Auto kam am Ziel vor einem grauen Stahltor zum Stehen und wurde auf das Klingeln des Fahrers hin geöffnet, sodass er das Auto im Schrittempo in eine Art Schleuse rollen lassen konnte. Vor ihm befand sich ein weiteres Tor, rechts eine hohe Mauer und auf der linken Seite ein Gebäude mit vergitterten Fenstern und einer kleinen Treppe, über die man zur Eingangstür gelangte.³³

Auf den Befehl des Fahrers hin mussten die Jugendlichen aussteigen und ihm die Treppe hinauf ins Haus folgen. Links befand sich ein Besucherzimmer, in dem

27 Höttges; Juli: Der Hoheneck Komplex, 8. Mai 2022.

28 Schönherz; Reitel: "Du bist hier nicht im Fernsehen", 3. August 2020; DDR_Zeitzeuge: Edda Schönherz.

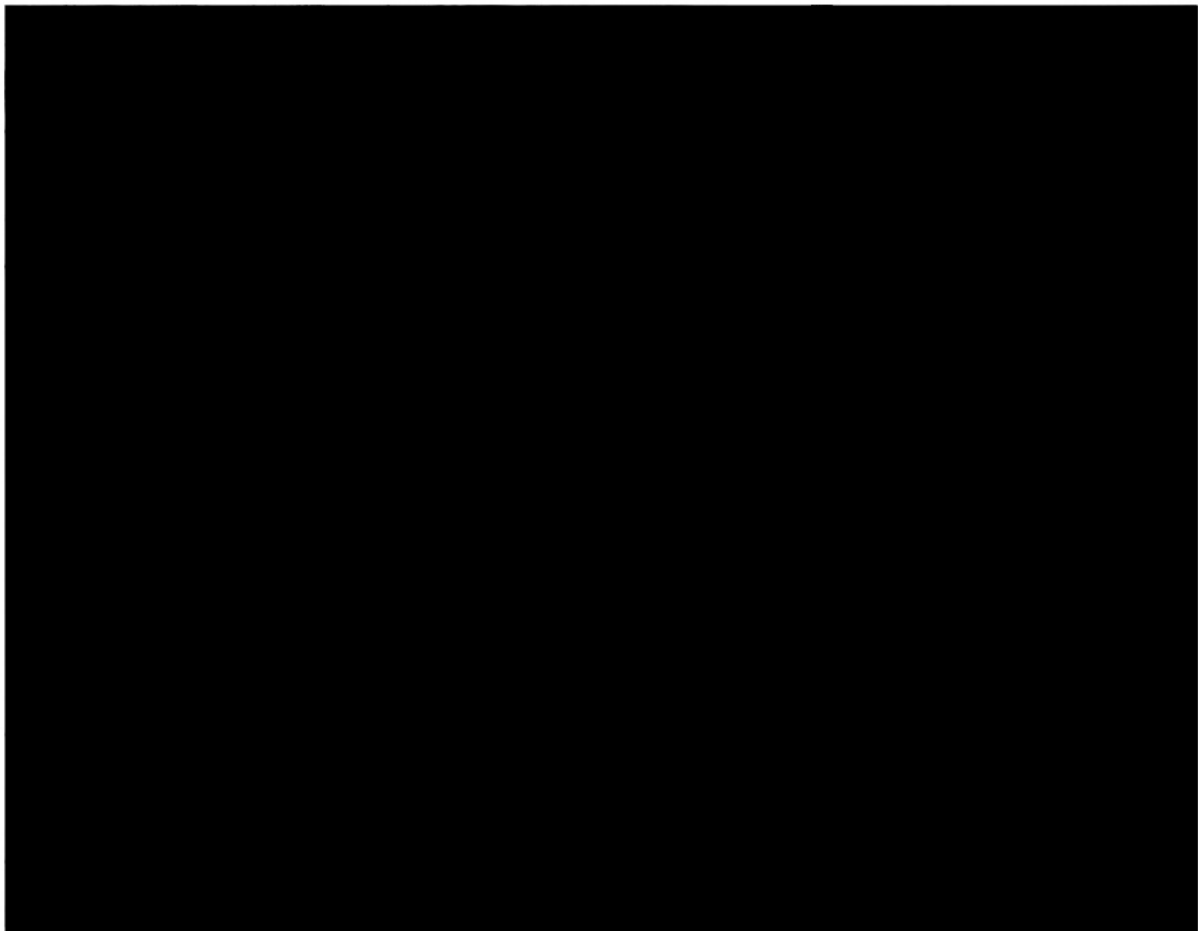
29 DDR_Zeitzeuge: Edda Schönherz; Springer: Schwierige Wiedergutmachung, 17. Dezember 2016.

30 Krausz, Daniel: Jugendwerkhöfe in der DDR. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, Hamburg 2010, S. 50, im Folgenden zitiert als: Krausz: Jugendwerkhöfe.

31 Gueffroy, Kerstin: Die Hölle von Torgau. Wie ich die Heim-Erziehung der DDR überlebte, Zürich 2015, S. 99, im Folgenden zitiert als: Gueffroy: Hölle.

32 Gueffroy: Hölle, S. 97.

33 Gueffroy: Hölle, S. 101-102.



GJWH Schleusenbereich. Quelle: Archiv Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

sich die Jugendlichen in „Grundstellung“, das heißt, in aufrechter Haltung, ohne Bewegung, die Augen geradeaus, die Hände geöffnet und dabei die Finger so weit es ging nach außen strecken, eine subjektiv, sehr lange Zeit, auf den Erzieher des GJWH Torgau warten mussten. Als der wachhabende Erzieher dann eintraf, musterte er die Jugendlichen zunächst, schrie ihnen meist einen Befehl zur Korrektur ihrer Haltung zu, nahm die Papiere der:des Jugendlichen vom Fahrer entgegen, der dann zurückfuhr. Der:Die Jugendliche musste dann vor dem Erzieher im Laufschrift zur Kleiderkammer laufen.³⁴

Auf den Befehl hin entkleidete sich der:die Jugendliche vollständig, während

der Erzieher - es war immer das gegenteilige Geschlecht - ihm:ihr dabei zusah. Nackt musste der:die Jugendliche nun im Laufschrift den Gang hinunter zum Duschaum laufen und bekam dort „Deli-tex“³⁵, ein Entlausungsshampoo, welches das einzige Desinfektionsmittel in der DDR war, in die Hand und musste sich damit am ganzen Körper waschen, wobei sich die Betroffene Kerstin Kuzia erinnert, sie habe sich vom Erzieher wie Vieh-zeug behandelt gefühlt, dass man erstmal grundreinigen müsse³⁶. Im Anschluss schaltete der Erzieher das eiskalte Wasser von außen an, damit sich der:die Jugendliche abwaschen konnte. Danach kam der Befehl zum Anziehen der Kleidung, die auf einem Stapel bereitlag. Woraufhin es

³⁴ Gueffroy: Hölle, S. 102, S. 104-105.

³⁵ Gueffroy: Hölle, S. 110.

³⁶ Gueffroy: Hölle, S. 111.

im Laufschrift wieder zurück in die Kleiderkammer ging, wo der:die Jugendliche sich auf einen Stuhl setzen musste und ihm:ihr ohne Kommentar, die Haare „*raspelkurz*“³⁷ geschnitten wurden.³⁸

Nach dieser äußerlichen Anpassung des:der Jugendlichen an die *GJWH* Ordnung musste er, je nach Gruppeneinteilung, entweder im Erdgeschoss, der ersten oder der zweiten Etage, vor dem Erzieher her im Laufschrift den Treppenaufgang hochlaufen. Dabei befand sich pro Treppenabsatz eine Gittertür, neben der der:die Jugendliche jedes Mal in Grundstellung warten musste, bis der Erzieher die Tür aufgeschlossen hatte. Dann durfte er:sie hindurchtreten, musste wieder in Grundstellung warten, bis der Erzieher abgeschlossen hatte, um dann den nächsten Treppenabsatz im Laufschrift bis zur nächsten Gittertür hochzulaufen.³⁹

Auf der vorgesehenen Etage angekommen, musste der:die Jugendliche im Laufschrift bis zu einer Tür laufen, die mit Schloss und Riegel versperrt war. Nachdem der Erzieher diese aufgeschlossen hatte, wurde der:die Jugendliche in die Arrestzelle⁴⁰ hinein geschubst und bekam zwei Zettel mit der Arrestordnung und der Hausordnung in die Hand und dem Befehl, diese bis zur nächsten Mahlzeit auswendig zu lernen.⁴¹

Nach einiger Zeit kam der Erzieher wieder, mit dem Befehl „*Meldung machen und aufsagen*“⁴², was bedeutete, dass der:die Jugendliche seinen Namen, den vorherigen Aufenthaltsort, den Grund seiner

Verlegung nach Torgau und die Inhalte der beiden Zettel aufsagen sollte. Konnte er:sie dies noch nicht, bekam er:sie von einem:einer weiteren Jugendlichen, der:die dem Erzieher mit gesenktem Kopf und einem Tablett folgte, keine Essen, sondern nur eine Tasse Tee.⁴³

Am Abend hatte ein anderer Erzieher Dienst und brüllte den Befehl zum Heraustreten. Es stand ein Stuhl mit Zahnputzzeug, Wolldecke und einem Laken im Gang bereit. Wobei der Jugendliche mit dem Zahnputzzeug und im Laufschrift zunächst in den Waschraum geführt wurde. Dort musste er sich, unter Beobachtung, die Zähne putzen und auf dem Rückweg mit der Wolldecke und dem Laken neben der Arrestzelle warten, bis der Erzieher die Pritsche, die an der Wand befestigt war, aufgeschlossen hatte. Dann durfte der Jugendliche eintreten und wurde zur Nachtruhe eingeschlossen.⁴⁴

Drei Tage war der:die Jugendliche in der Arrestzelle eingeschlossen und sah, bis auf die wechselnden Erzieher niemanden und durfte auch nur auf Befehl der Erzieher sprechen. Nach den drei Tagen fand dann erstmals ein Gespräch mit dem Direktor des *GJWH Torgau* statt, bei dem es sich um ein sogenanntes Feststellungsgespräch handelte. Bei diesem wurde die ungefähre Aufenthaltsdauer besprochen und dem:der Jugendlichen die Forderungen erklärt, die an ihn:sie in der Umerziehungsphase gestellt würden.⁴⁵

37 Gueffroy: Hölle, S. 114.

38 Gueffroy: Hölle, S. 109-114.

39 Gueffroy: Hölle, S. 114-115.

40 Zur Erklärung der Arrestzelle siehe den Beitrag von Stühmer: Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, in diesem Katalog.

41 Gueffroy: Hölle, S. 115.

42 Gueffroy: Hölle, S. 120.

43 Gueffroy: Hölle, S. 120-121.

44 Gueffroy: Hölle, S. 123-124.

45 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 55.

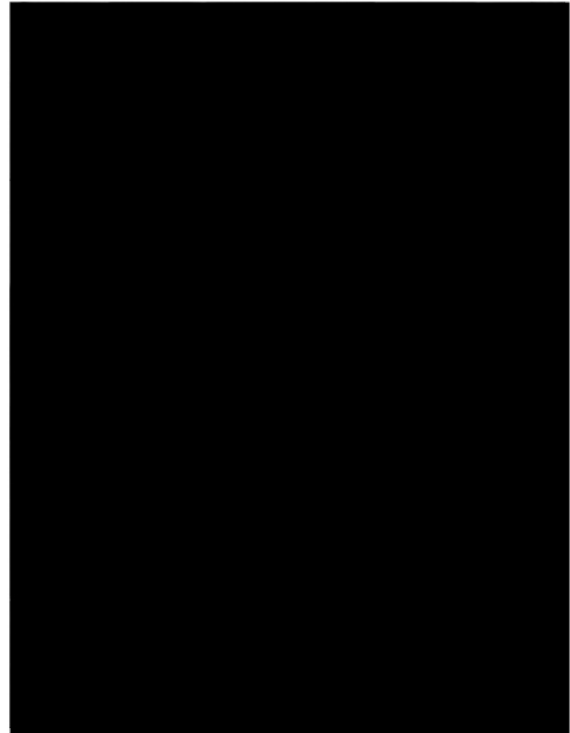
Monotonie im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau

Im *Geschlossenen Jugendwerkhof (GJWH) Torgau* herrschte von morgens bis abends ein streng geregelter Tages- und Wochenablauf, der im Folgenden näher erläutert wird. Dabei spielte das Kollektiv, also die Gruppe, in der sich der:die Jugendliche zwangsläufig aufhalten musste, eine besondere Rolle.

Der Tag im *GJWH Torgau* begann um 5:30 Uhr mit dem Wecken durch das Aufschließen des Erziehers der Zellentür des Schlafraums. Sobald der Erzieher den Raum betrat, mussten alle bereits mit angezogenen Schuhen neben ihrem Bett stehen. Im Anschluss mussten die Fenster geöffnet werden und das Bettzeug, die Laken und das Nachtzeug mussten auf eine bestimmte Weise zusammengelegt werden.⁴⁶

Im Anschluss war der Frühsport an der Reihe. Dabei mussten die Jugendlichen den berüchtigten Torgauer Dreier absolvieren. Dies bedeutete, dass sie mindestens 100 Kniebeugen und Liegestütze machen mussten und 2000 Meter Dauerlauf im Gleichschritt absolvieren mussten.⁴⁷

Danach mussten sich die Jugendlichen zusammen und unter Beobachtung des Erziehers waschen, den Bettenbau betreiben und ihr Ämtererledigung nachgehen, was nichts anderes bedeutete, als den Schlafraum auszufegen, zu bohnen, Staub zu wischen und die Toiletten und



GJWH Gruppenbereich. Quelle: Archiv Gedenkstätte GJWH Torgau.

den Waschraum zu wischen. Zudem mussten sie den Notdurftkübel entleeren und anschließend wieder mit Chlor befüllen, da sie nachts nicht auf Toilette gehen durften. Selbst tagsüber war der Toilettengang nicht ohne weiteres möglich. Dazu mussten sich nämlich immer fünf Jugendliche in der Gruppe finden, die gleichzeitig zur Toilette mussten. Daraufhin konnten sie den Bedarf bei der Gruppenleitung anmelden, die wiederum die Erlaubnis beim Erzieher einholen musste. Wenn die Erlaubnis erteilt wurde, musste sich die gesamte Gruppe aufstellen und der Erzieher gab den Befehl „*Wer zur Toilette muss, einen Schritt vor!*“⁴⁸, woraufhin fünf Personen vortraten. Dann folgte der Befehl „*Links um, im*

⁴⁶ Oleschinski, Brigitte; Haase, Norbert; Klein, Bettina u. a.: *Der geschlossene Jugendwerkhof Torgau*, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): *Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR (Geschichte,* 62

Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung 4), Berlin 1997, S. 113, im Folgenden zitiert als: Oleschinski: GJWH.

⁴⁷ Krausz: *Jugendwerkhöfe* S. 56.

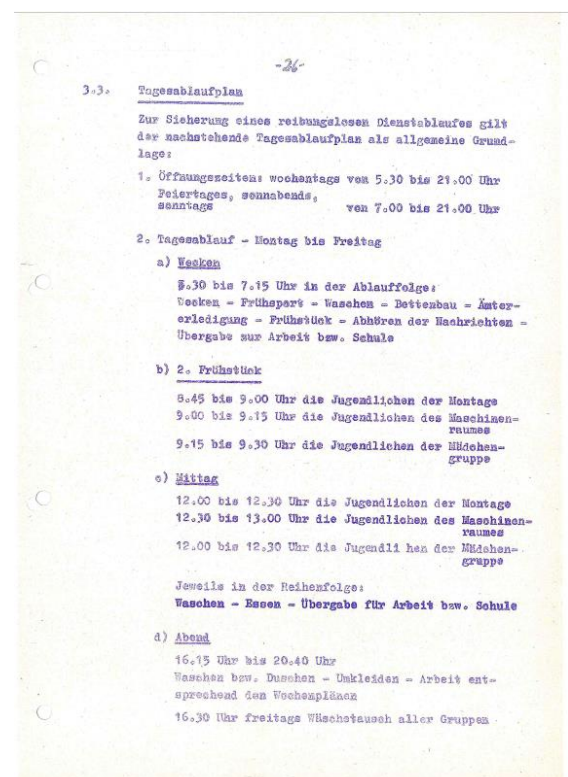
⁴⁸ Gueffroy: *Hölle*, S. 127.

Laufschrift marsch!"⁴⁹, woraufhin der Erzieher die Toilettentür öffnete und man ausschließlich fünf Kloschüsseln, ohne Deckel, Kabine oder Trennwände sah und der Erzieher die Jugendlichen die ganze Zeit von der Tür aus beobachtete. Wenn die Mädchen ihre Periode hatten, waren sie zudem gezwungen bei den Erziehern um Hygieneartikel zu bitten, von denen sie meist nur zwei Monatsbinden pro Tag erhielten. Das war viel zu wenig, sodass sie sich bei dem Toilettengang, als Ersatzbinden, zusätzlich Toilettenpapier mitnahmen, denn das Beschmutzen von Kleidung kam einer Beschädigung am sozialistischen Volkseigentum gleich, was harte Strafen nach sich zog. Ein weiterer Aspekt der Kontrolle von Hygieneartikeln bei den Mädchen war, dass man so Schwangerschaften schnell feststellen und diese dann auch dementsprechend zeitnah abbrechen konnte.⁵⁰

Im Anschluss gab es Frühstück. Dazu wartete die Gruppe gemeinsam vor dem Speiseraum und betrat ihn erst auf Befehl des Erziehers fast lautlos. Das höchste Ziel war dabei nicht mehr der Gleichschritt der Gruppe, sondern möglichst, ohne ein Geräusch zu machen, zu seinem Platz zu gelangen. Nachdem jeder seinen Platz an einem der Sechsertische erreicht und hinter dem Stuhl in Grundstellung Haltung angenommen hatte wurde der Befehl „*Setzen!*“ gebrüllt, alle hoben ihre Stühle an und stellten sie ein klein bisschen vom Tisch entfernt wieder ab, damit man ja kein kratzendes Stuhlbein hören konnte, wofür man bestraft werden

konnte. Dann quetschten sich die Jugendlichen, mit der Zeit immer geübter, auf die Stühle, um innerhalb von 15 Minuten zu Frühstück, bevor der Befehl zum Beenden des Frühstücks kam.⁵¹

Daraufhin mussten sie sich die Nachrichten anhören, merken und im Anschluss durch die Beantwortung von Kontrollfragen beweisen, dass sie zugehört hatten, bevor sie um 7:15 Uhr geschlossen, entweder zur Arbeit⁵², oder, wie es einmal in der Woche üblich war, zum Unterricht gin-



Tagesablaufplan im GJWH Torgau. Quelle: BArch, DR 203 (Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes)/3075, S. 26-27.

gen. Der Unterricht bestand aus vier Unterrichtsfächern, nämlich der Staatsbürgerkunde von 7-8:30 Uhr, Mathematik von 8:45-10:45 Uhr, Deutsch von 10:30-12 Uhr und Lehrunterweisungen von 13-14:30 Uhr. Dabei wurde strikt auf die

49 Gueffroy: Hölle, S. 127.

50 Gueffroy: Hölle, S. 126-128.; Oleschinski: GJWH, S. 113.; Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 112.

51 Gueffroy: Hölle, S. 128-131.

52 Zur näheren Erläuterung der Arbeit in Torgau siehe den Beitrag von Niemietz: Vom Wochenbesen bis zum Einzelarrest. Das Straf- und Belobigungssystem im GJWH Torgau, in diesem Katalog.

Heft- und Platzordnung geachtet und die Pausen waren ebenfalls durchgeplant mit der Einnahme von Mahlzeiten und der Durchführung von Pausensport.⁵³

An den Arbeitstagen war der Tagesablauf ähnlich. Dort wurde auch zwischen 8:45 Uhr- 9:30 Uhr, je nach Gruppe für 15 Minuten gefrühstückt, dann ging es bis ca. 12 Uhr wieder an die Arbeit, bevor sich die Jugendlichen waschen und zum Mittagessen gehen konnten. Im Anschluss mussten sie bis 16:15 Uhr weiterarbeiten, um sich nach der Arbeit wieder zu waschen oder zu duschen, sich umzuziehen und dann die Arbeit entsprechend der Wochenpläne in der jeweiligen Gruppe zu erledigen.⁵⁴

Freitags fand zusätzlich bei jeder Gruppe um 16:30 Uhr der Wäschetausch statt, bevor bis 20 Uhr die Ämtererledigung und die Wäsche anstanden. Um 20:40 Uhr gab es den Tagesabschlussappell und um 20:50 Uhr wurden die Jugendlichen in ihrem Schlafraum eingeschlossen, bevor die Nachtruhe um 21 Uhr begann. Die Nachtruhe bedeutete, dass die Jugendlichen nicht miteinander reden durften und das Licht ausgeschaltet wurde. Das hinderte die Jugendlichen jedoch nicht daran, nachts auf Schwache oder Jugendliche, wegen denen sie eine Kollektivstrafe⁵⁵ erleiden mussten, lautlos und erbarmungslos, wie Kerstin Kuzia es beschreibt, einzuprügeln und zu treten. Sexuelle Übergriffe waren auch keine Seltenheit unter den Jugendlichen und die

Erzieher traten, auch wenn sie die Szenen durch den Spion teilweise verfolgten, nicht dazwischen, weil es dem System der Selbsterziehung diene.⁵⁶

An Samstagen sah der Tagesablauf genau wie an Sonn- und Feiertagen, wie im Folgenden beschrieben wird, etwas anders aus.

Da wurden die Jugendlichen erst um 7 Uhr geweckt, mussten dann den üblichen Ablauf des Frühsports, Waschens, Bettenbaus und Ämtererledigungen durchgehen, bevor es um 8:20 Uhr Frühstück gab. Von 8:30-11:30 Uhr stand auf dem Freizeitkursystem-Plan (FKS-Plan) die Haus- und Außenrevierreinigung laut Revierreinigungsverordnung. Im Anschluss war zwischen 11:30- 12:30 Uhr Mittagszeit mit Mittagsruhe bis um 13:30 Uhr.⁵⁷

Die Zeit von 13:30- 20:30 Uhr wurde entsprechend des FKS-Plans verbracht. Diese sogenannte Freizeit lässt sich in vier Kategorien gliedern und bestand aus Lernen, Hausaufgaben und der Besprechung von Fragen der Lebensgestaltung. Der Befriedigung kultureller Bedürfnisse individueller Art in Form von Buch- oder Zeitungslesen und Gesellschaftsspielen. Der Befriedigung kultureller Bedürfnisse kollektiver Art, also dem Hören von Hörspielen, Gesang, Bastelstunden und dem Schauen von Dia-Reihen. Und zu guter Letzt der körperlichen Betätigung durch eine vormilitärische Ausbildung, Sport oder den Arbeitseinsatz.⁵⁸

53 Oleschinski: GJWH, S. 117.

54 Oleschinski: GJWH, S. 112.

55 Zur näheren Erläuterung des Straf- und Belohnungssystems in Torgau siehe den Beitrag von Niemietz: Vom Wochenbesten bis zum Einzelarrest. Das Straf- und Belohnungssystem im GJWH Torgau, in diesem Katalog.

56 Oleschinski: GJWH, S. 112, S. 119.; Gueffroy: Hölle, S. 141.; Wapler, Friederike: Rechtsfragen

der Heimerziehung in der DDR, in: Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.): Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR, Berlin 2012, S. 84.

57 Oleschinski: GJWH, S. 113; Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 58.

58 Oleschinski: GJWH, S.1 19.

Zudem mussten die Jugendlichen ihren Eltern auf Befehl hin schreiben. Diese Briefe mussten mit dem Bleistift verfasst werden und so lange „korrigiert“ werden, „bis der Text den Erziehern und der Leitung exakt ins Konzept passte“⁵⁹. Zudem waren die Eltern angehalten ihr Kind einmal in Torgau zu besuchen. Die Jugendlichen erfuhren bis zum Besuchstag nichts davon, sondern wurden unerwartet in den Umkleideraum gebracht, mussten sich dort ihre Hauskleidung anziehen und dann Meldung machen, dass sie zum Besuch bereit seien. Danach ging es den vergitterten Treppenaufgang⁶⁰ wieder Treppenabsatz für Treppenabsatz hinab. Vor dem Besucherzimmer wartete der Direktor auf den Jugendlichen, der bei dem einstündigen Gespräch mit den Eltern dabei saß und zu Anfang von dem Verhalten und der Entwicklung des Jugendlichen in beschönigender Wortwahl sprach und darauf achtete, dass kein intimer Kontakt, wie z.B. eine Umarmung stattfand.⁶¹

Haftsozialisation im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau

Im *Geschlossenen Jugendwerkhof (GJWH) Torgau* gab es eine klare, fast militärische Hierarchie, die dazu führte, dass Jugendliche, die nicht in das System passten, oder durch ein Fehlverhalten die Struktur ins Wanken brachten, nicht nur von den Erziehern, sondern auch vom eigenen Kollektiv, der eigenen Wohngruppe, ge-

maßregelt wurden. Genau diese Maßregelung unter den Jugendlichen war auch ein beabsichtigter Teil des *GJWH Torgau*.

Die Stellung des Jugendlichen gegenüber den Erziehern wurde von der ersten Sekunde des Aufenthalts im *GJWH Torgau* deutlich demonstriert. Zunächst ließ man den Jugendlichen in dem Besucherzimmer in der anstrengenden und schmerzhaften Grundstellung⁶² lange Zeit auf die Aufnahme warten und korrigierte beim Eintreffen nochmals die Haltung, ohne dass es von Nöten gewesen wäre.⁶³

Zudem demonstrierte der Erzieher seine Macht sowohl über die Psyche, als auch über den Körper der Jugendlichen frei verfügen zu können, indem er ihn: sie zwang, sich komplett vor ihm zu entkleiden und zu duschen und ihm: ihr so jegliche Intimsphäre nahm und das Schamgefühl mit Füßen trat. Die Haare wurden zu einem Kurzhaarschnitt abgeschnitten und die Jugendlichen mussten alle die gleiche Kleidung tragen, was ihnen von Beginn an jegliche Individualität nahm und das Gefühl vermittelte, Menschen zweiter Klasse zu sein.⁶⁴

Innerhalb der Jugendgruppen hatte der Neuankömmling zunächst das schwerste Los. Da es ein 24-stündiges Sprechverbot unter den Jugendlichen gab, sprach bei der Ankunft niemand mit ihm. Dieser war somit stark darauf angewiesen, das Verhalten der Anderen zu imitieren, wenn bestimmte Befehle ausgeführt werden sollten, da er weder von den Erziehern, noch von den anderen Jugendlichen

59 Gueffroy: Hölle, S. 147.

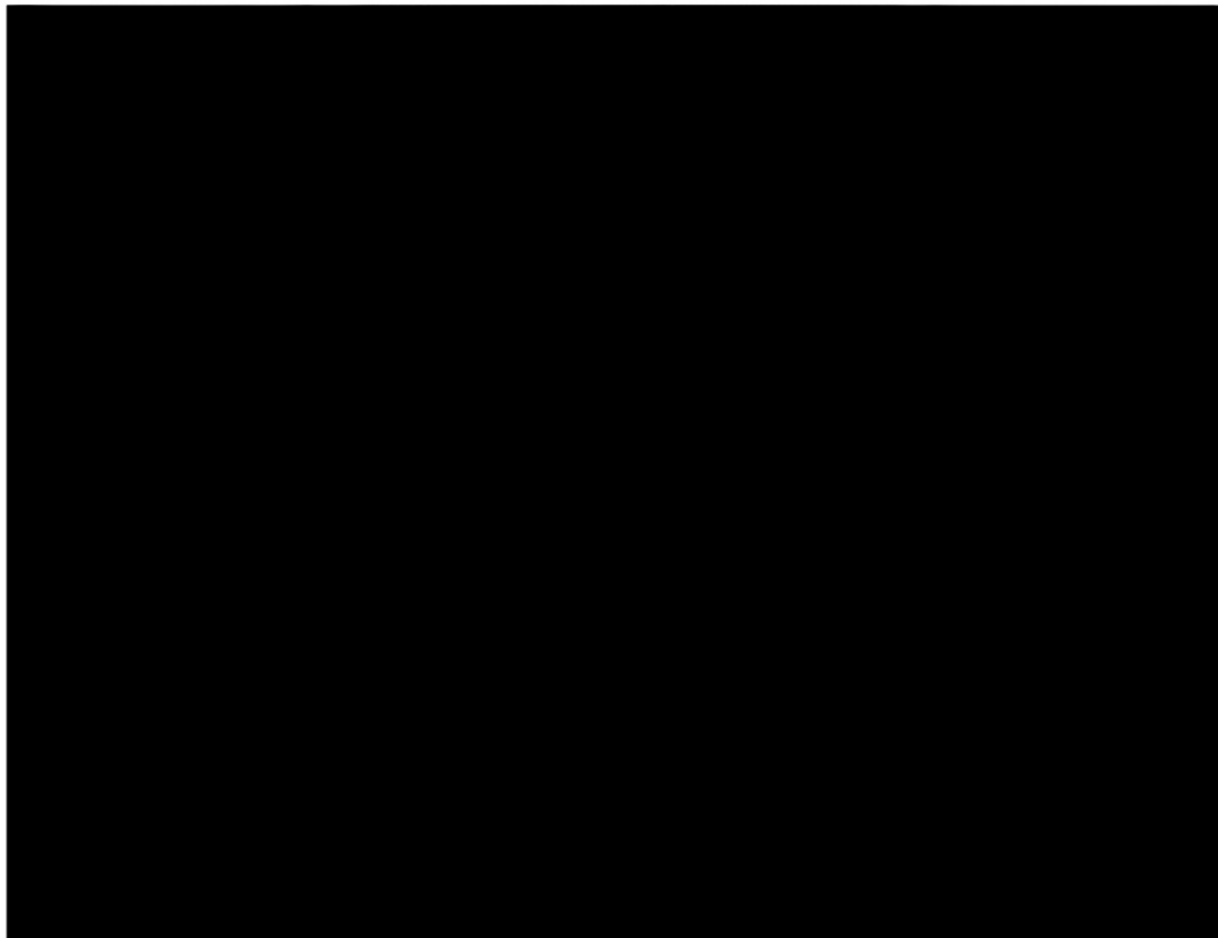
60 Zur näheren Beschreibung siehe den Beitrag von Romahn: Begrüßungsarrest im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, in diesem Katalog.

61 Gueffroy: Hölle, S. 148-152.

62 Zur näheren Erläuterung siehe den Beitrag von Romahn: Begrüßungsarrest im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, in diesem Katalog.

63 Gueffroy: Hölle, S. 102-103.

64 Gueffroy: Hölle, S. 105-107; Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 52, S. 76.



GJWH Blick nach außen. Quelle: Archiv der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

eingewiesen wurde, bzw. werden konnte. Ziemlich schnell kam dann noch die zusätzliche Verunsicherung hinzu, dass er:sie, wenn er:sie etwas falsch machte, nicht nur von dem Erzieher angeschrien wurde, sondern die Anderen aus der Gruppe ihm:ihr ebenfalls böse Blicke zuwarfen. Es dauerte jedoch nicht lange, bis der:die Neue verstand, dass alle für seine:ihre Fehler als Kollektiv leiden mussten. Es gab natürlich auch kurze Momente der Solidarität mit einer schwächeren Person im Kollektiv, wie z.B. eine Situation beim Sport, von der Kerstin Kuzia berichtet.

„Von ganz alleine verlangsamte die Gruppe ihren Schritt, damit das Mädchen wieder herankommen konnte. Niemand hatte ein Kommando gegeben, es war eine spontane

unausgesprochene Solidaritätsaktion, um einer von uns eine zusätzliche Strafe zu ersparen. Leider war dieser Moment sofort wieder vorbei.“⁶⁵

Dieser Moment war deshalb wieder vorbei, weil der Erzieher diese Gruppendynamik bemerkt und jede weitere Solidarisierung verhindern musste. Deshalb verhängte er den Torgauer Dreier, also viele Wiederholungen eines Strecksprungs, einer anschließenden Liegestütze und einer Kniebeuge, als Kollektivstrafe. Das Mädchen, das die Ursache dafür gewesen war, wurde nach dem Einschluss in der Nacht von einer Gruppe Mädchen, wegen dieser Strafe verprügelt. Die Kollektivstrafen erhöhte also den sozialen Druck untereinander enorm. Unter den Jugendlichen konnte sich also aufgrund des 24-

⁶⁵ Gueffroy: Hölle, S. 137.

stündigen Sprechverbots und der Kollektivstrafen kaum eine Vertrauensbasis aufbauen. Das führte als positiver Nebeneffekt für das System Torgau dazu, dass sie sich untereinander eher misstrauten, als sich näher kennen lernen konnten und vielleicht auch wollten und so keinen kollektiven Widerstand gegen das militante System in Torgau durchführten.⁶⁶

Dieses System des Drills, der totalen Gefühlskälte und das Misstrauen der Jugendlichen untereinander führte, laut Kerstin Kuzia, bei ihr zu einer absoluten inneren Leere.⁶⁷

Der *GJWH Torgau* machte sich das oben genannte System der „Selbsterziehung“⁶⁸ zu eigen und verfeinerte es noch durch die Vergabe einzelner Ämter. Dies brachte die Jugendlichen in unterschiedliche hierarchische Stellungen. Im Folgenden wird kurz die Hierarchie und Aufgabe der Ämter erklärt. Dies waren in hierarchischer Reihenfolge zunächst die Funktionäre. Diese besaßen die meisten Freiheiten, was bedeutete, dass sie länger Fernsehen durften und keine Ämter⁶⁹ übernehmen mussten. Gruppenleiter waren „Kommandierender“⁷⁰ und hatten damit die Vermittlerposition zwischen der Gruppe und dem Erzieher inne. Er/Sie war dadurch zudem weisungsberechtigt und musste die Aktivitäten der Gruppe kontrollieren und überwachen. Sportfunktionäre waren für den Ablauf und die Einhaltung des Frühsports verantwortlich und durften in Anwesenheit eines Erziehers sogar selbst den Sportunterricht

durchführen. Und als hier letztes Amt gab es die Hygieneverantwortlichen, die für die Sauberkeit und Ordnung in der Gruppe und den Räumlichkeiten verantwortlich waren. Dies bedeutete, dass er/sie die tägliche Körperpflege und die obligatorischen Hygienemaßnahmen überwachen musste.⁷¹

Diese „Kollektiverziehung“⁷² führte zu einer Entsolidarisierung der Gruppenmitglieder, die durch Macht- und Sanktionsbefugnisse Einzelner hervorgerufen wurde. Die Ausübung dieser Macht, die häufig auch, wie bereits erwähnt, zu körperlicher Züchtigung unter den Jugendlichen selbst führte, was den Erziehern selbst in der DDR verboten war, nutzte der *GJWH Torgau* so geschickt für die Aufrechterhaltung des militanten hierarchischen Systems aus.

Vom Wochenbesten bis zum Einzelarrest. Das Straf- und Belobigungssystem im *GJWH Torgau*

„Sie unterliegen den Disziplinarbestimmungen des Jugendwerkhofes Torgau. Sie entscheiden selbst, in welcher Weise Sie bei Ihnen angewandt werden:

- auf Grund guter Arbeits- und Lernleistung sowie guter Führung in Form von Lob [...] Vergünstigungen und Aufenthaltsverkürzungen

- bei Verstößen gegen die Ordnung des Jugendwerkhofes in Form von Tadeln, Strafen und Aufenthaltsverlängerungen“⁷³

66 Gueffroy: Hölle, S. 125-126, S. 136, S. 141.

67 Gueffroy: Hölle, S. 153.

68 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 77.

69 Zur näheren Information der Ämter der *GJWH Torgau* siehe den Beitrag von Romahn: Monotonie im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, in diesem Katalog.

70 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 77.

71 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 77-78.

72 Wapler: Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR, S. 83.

73 BArch, DR 203/3075, S. 25.

Dieses Zitat stammt aus der Hausordnung des *Geschlossenen Jugendwerkhofs (GJWH) Torgau*. Dieser Punkt lässt bereits erkennen, dass es in Torgau⁷⁴ ein System aus Belobigungen und Strafmaßnahmen gab.

In diesem Beitrag wird erörtert, welche Rolle dieses System im kollektiven Gefüge der Jugendlichen spielte. Als Grundlage wird das Erziehungskonzept Makarenkos skizziert, welches als Basis für die Arbeit im *GJWH Torgau* genutzt wurde. Anschließend wird erläutert, in welchen Produktionsbereichen die Jugendlichen arbeiten mussten, um darauf aufbauend zu erklären, welche Straf- und Belobigungsmaßnahmen ausgesprochen wurden. Abschließend sollen die Auswirkungen auf das Kollektiv betrachtet werden. Die Überlegungen stützen sich auf die Haus- und Arbeitsordnung des *GJWH Torgaus* und die zugehörige Forschungsliteratur.

Zu Beginn ist festzuhalten, dass das Verhängen von Strafen im Verhältnis zu den Belobigungen überwog, was laut Andreas Gatzemann unter anderem an dem in der DDR praktizierten Prinzip „*Erziehung durch Strafe*“⁷⁵ liegt. Belegt werden kann das mit folgenden Zahlen: Zwischen dem 06.10.1967 und 07.04.1969 wurden 232

Bestrafungen verhängt, wohingegen im selben Zeitraum lediglich 42 anspornende Maßnahmen erteilt wurden.⁷⁶

Neben den produktiven Tätigkeiten wurde das Straf- und Belobigungssystem ebenfalls in der schulischen „Ausbildung“ und bei der Freizeitgestaltung der Jugendlichen angewendet. Jedoch wird sich im Folgenden auf den Produktionsbereich beschränkt, da die Arbeitstätigkeiten der Jugendlichen im Vergleich zur schulischen Ausbildung einen höheren Umfang einnahmen.⁷⁷ Des Weiteren werden in den Produktionsbereichen die Belobigungen und Strafmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Gruppe der Jugendlichen deutlich. Ein letzter Grund ist in dem Erziehungskonzept Makarenkos erkennbar, in dem die Erziehung zur produktiven Arbeit einen zentralen Platz einnimmt.⁷⁸

Makarenko⁷⁹ entwickelte eine „*einheitliche Erziehungsmethode*“⁸⁰, die jedem Individuum Entwicklungsmöglichkeiten bieten soll. Dabei erachtete er die individuelle Erziehung als nicht relevant und kon-

74 Zur Einordnung des GJWH Torgau in das Heimsystem der DDR siehe den Beitrag von Stühmer: *Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau*, in diesem Katalog.

75 Gatzemann, Andreas: *Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau*. Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis, Berlin 2008, S. 96, im Folgenden zitiert als: Gatzemann: *Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau*.

76 Krausz: *Jugendwerkhöfe*, S. 86.

77 Unterricht fand lediglich einmal die Woche statt. Siehe dazu: BArch, DR 203 (203 (Geschlossener Jugendwerkhof Torgau), S. 66.

78 Zimmermann, Verena: *Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990)*, Köln 2004, S. 60-62, im Folgenden zitiert als: Zimmermann: *Den neuen Menschen schaffen*.

79 Anton Semjonowitsch Makarenko wurde am 1.03.1888 in Belopolje (Ukraine) geboren. Er übernahm 1920 die Leitung der späteren „Gorki Kolonie“ und beschrieb unter anderem an dieser sein Erziehungskonzept. Er verstarb am 01.04.1939. Weiterführende Informationen siehe: Zimmermann: *Den neuen Menschen schaffen*, S. 54-57.

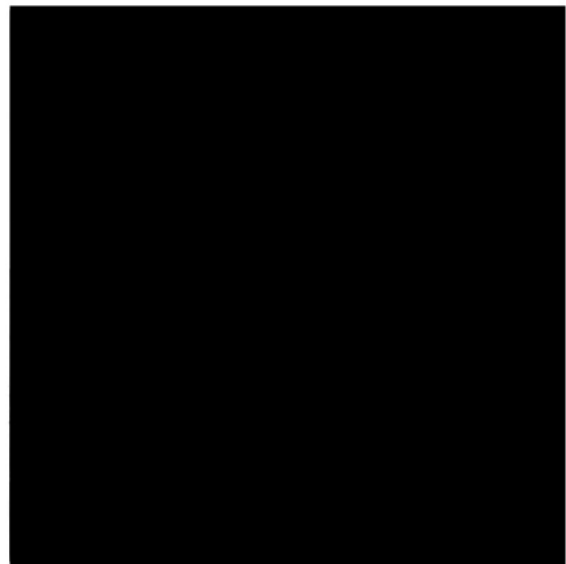
80 Gatzemann: *Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau*, S. 24.

zentrierte sich auf eine Kollektiverziehung.⁸¹ In diesem Zusammenhang waren nach seinem Empfinden „Strafen [...] nicht nur ein Recht, sondern in den Fällen, in denen es notwendig ist, auch eine Pflicht.“⁸² Dies kongruiert mit der hohen Anzahl an Strafverhängungen in Torgau. In dem Kollektiv war es wichtig, Verantwortung zu erhalten.⁸³ Neben der Kollektiverziehung war die Arbeitserziehung für Makarenko von besonderer Bedeutung. Dabei war es wichtig, dass die Jugendlichen produktiver Arbeit unter „industrielle[n] Produktionsbedingungen“⁸⁴ nachgehen konnten. Denn nur so konnten sie Eigenschaften wie Organisationstalent und Ausdauer erlernen.⁸⁵ In diesem Zusammenhang spielte die schulische Ausbildung eine zweitrangige Rolle, war aber nicht irrelevant, da Makarenko von einer Verbindung von Schule und Arbeit ausging.⁸⁶ Dies ist ein Aspekt, der auch in Torgau erkennbar ist, da beispielsweise im Fach ‚Lehrunterweisung‘ relevante Dinge für die Produktion vermittelt werden sollten.⁸⁷ Das Ziel Makarenkos war es, einen „neuen“ Menschen mit den Eigenschaften „Kollektivbewusstsein, Arbeitseifer [...] [und] Disziplin“⁸⁸ zu gestalten.

„Arbeitserziehung“ im GJWH Torgau

Die eben beschriebene Arbeitserziehung war auch in den Jugendwerkhöfen von

großer Relevanz, da man sich erhoffte, dass die Jugendlichen unter anderem Kooperation und sozialistische Hilfe erlernen.⁸⁹ Ein übergeordnetes Ziel war es, die Jugendlichen nach dem Aufenthalt in den Jugendwerkhöfen der allgemeinen Produktion im Land zuzuführen.⁹⁰ Auch deshalb mussten die Jugendlichen im GJWH Torgau arbeiten. Ab dem 01.10.1970 erhielten die Jugendlichen eine 12-wöchige Teilausbildung.⁹¹ Dabei handelte es sich aber ‚lediglich‘ um Abschlüsse „als Schlosserhelfer oder Elektromonteur“.⁹² Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau fasst den Zustand folgendermaßen zusammen:



Blick in einen Produktionsraum. Foto E. Bräunlich. Quelle: Archiv der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

81 Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 24.; Für den Aspekt der Kollektiverziehung siehe: Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S.62-63.

82 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 67.

83 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 63-64.

84 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 61.

85 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S.61.

86 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 62.

87 Krausz: Jugendwerkhöfe, S.64-65.

88 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 58.

89 Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 51.

90 Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 51.

91 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 65.

92 Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 24.

[Die] Bildung und Berufsausbildung genügten nicht einmal den Mindestansprüchen des DDR-Bildungssystems. Dies verletzte den Artikel 25 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, der den Anspruch aller Bürger auf gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen garantierte.⁹³

Erschwerend kommt hinzu, dass, der disziplinierende und weniger der ausbildende Aspekt dominierte.⁹⁴

Betrachtet man die Arbeitsordnung des *GJWHs Torgau*, fällt auf, dass auch der Produktionsbereich genauestens durchstrukturiert war. Die Jugendlichen arbeiteten zwischen 7:35 und 16:15 in drei Gruppen.⁹⁵ Es gab eine Montage-, eine Maschinenraum- und eine Mädchengruppe.⁹⁶ Die Mädchen arbeiteten im elektrotechnischen Bereich und montierten unter anderem Stromabnehmer.⁹⁷ Die Montagegruppe war u.a. für die Arbeit an landwirtschaftlichen Geräten zuständig und die im Maschinenraum eingesetzten Jugendlichen führten „Bohr- und Fräsarbeiten“⁹⁸ aus. Stefan L., ein ehemaliger Insasse in Torgau, sagte beispielsweise in einem Interview:

In der Gruppe I stellten wir Lampengehäuse für Marineschiffe her [...]. Ich war ein guter Techniker und meine Lehrausbildung befähigte mich dazu, verschiedene technische Geräte zu warten.⁹⁹

Der Jugendwerkhof ging verschiedene Kooperationen mit Volkseigenen Betrieben (VEB) wie dem *VEB Landmaschinenbau Torgau*, die Jahrespläne aufstellen

sollten, ein.¹⁰⁰ Durch die ständige veränderte Gruppenzusammensetzung, Krankheit und Arrest konnten diese Pläne nie erfüllt werden.¹⁰¹ Dennoch erhielt jeder Jugendliche täglich eine Normvorgabe, die es zu erfüllen galt.¹⁰² Wer diese erfüllte oder übertraf konnte beispielsweise eine Gehaltserhöhung erhalten.¹⁰³ Erreichte man die Norm nicht, konnten diverse Strafmaßnahmen verhängt werden.

Straf- und Belohnungssystem

„Alle anspornenden Maßnahmen und Strafmaßnahmen müssen sowohl persönlichkeits- als auch gruppenwirksam eingesetzt werden. Sie müssen durch das Verhalten der Jugendlichen motiviert sein und den einzelnen und in der Gruppe normensetzend wirken.“¹⁰⁴

Bei diesem Zitat handelt es sich um die einleitenden Sätze zum Straf- und Belohnungssystem im *GJWH Torgau*. Es zeigt bereits, dass die Maßnahmen neben dem Individuum auch die Gruppe betreffen sollten. Die Strafen und Belobigungen wurden immer am Tages- oder Wochenabschlussappell ausgesprochen und waren somit für alle hörbar.¹⁰⁵ Dies kann bei Belobigungen einen neidstiftenden Faktor haben. Bei Rügen hat es den gegenteiligen Effekt und stellt eine Demütigung vor dem Kollektiv und eine potenzielle Abschreckung dar.

93 Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: Schule und Produktion, URL: <https://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Schule-und-Produktion/453/>, abgerufen am: 13.01.2022.

94 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 66.

95 BArch, DR 203/3075, S. 62.

96 BArch, DR 203/3075, S. 26.

97 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 66.

98 Für eine genaue Darstellung der Arbeiten siehe: Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 66.

99 Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau. S. 193-194.

100 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 391.

101 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 391.

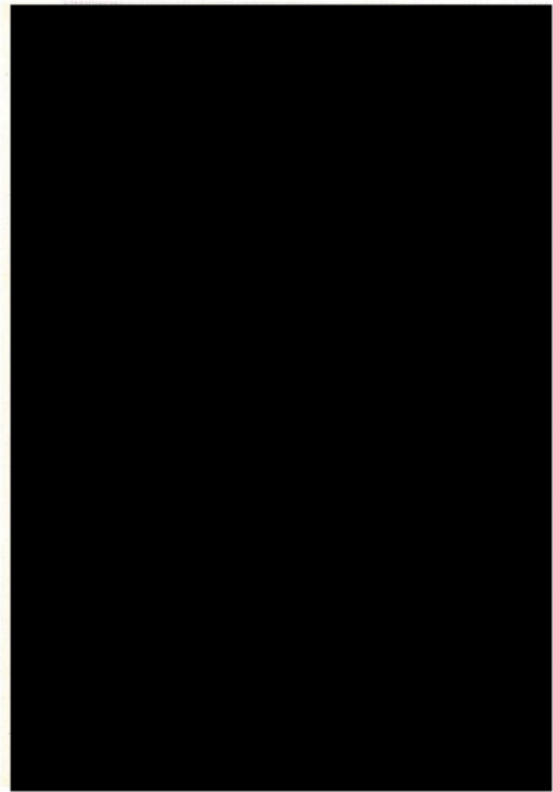
102 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 391.

103 Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 66-67.

104 BArch, DR 203/3075, S. 37.

105 Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 397.

Da man auch in den Jugendwerkhöfen dem Leitgedanken des sozialistischen Wettbewerbs folgte, waren Belobigungen eine notwendige Konsequenz, um Arbeitsanreize zu schaffen, damit Planvorstellungen erfüllt werden konnten.¹⁰⁶ Wie bereits erwähnt, erhielten die Jugendlichen für Ihre verrichtete Arbeit einen geringen Lohn. Damit trug man zum einen „dem Grundgedanken des sozialistischen Wettbewerbs Rechnung“¹⁰⁷, zum anderen wollte man den Jugendlichen wirtschaftliches Denken näherbringen.¹⁰⁸ Der Lohn wurde erst am Ende des Aufenthaltes ausbezahlt, da regelmäßig laufende Kosten, wie die Heimkosten abgezogen wurden.¹⁰⁹ Artikel des täglichen Bedarfs, wie Zahnpasta und Zahnbürsten, mussten sich die Jugendlichen ebenfalls von ihrem Lohn kaufen.¹¹⁰ Stefan L., der drei Monate in Torgau inhaftiert war, erhielt nach eigenen Angaben 153 Mark nach seiner Entlassung.¹¹¹ Insgesamt gab es fünf verschiedene Lohngruppen, zwischen denen man auf- und absteigen konnte.¹¹² Dies baute Druck bei den Jugendlichen auf, um möglichst gut zu arbeiten. Des Weiteren gab es eine Abhängigkeit gegenüber dem Produktionsleiter, da dieser die Jugendlichen täglich bewertete und somit über die Auf- bzw. Abstufung mitentschied.¹¹³ Ein beispielhafter Grund für eine Erhöhung der Lohnstufe war die Er-



Übersicht möglicher Strafen und Belobigungen. Quelle: Archiv der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

langung des Status des Wochenbesten Jugendlichen in der Produktion.¹¹⁴ Anke Dreier-Hornig und Karsten Laudien halten in ihrer Studie *Zwangsarbeit. Über die Rolle der Arbeit in der DDR-Heimerziehung* fest, dass das Lohnsystem somit auch pädagogische Aspekte enthielt, da nicht nur die Arbeitsleistung, sondern auch das Verhalten am Arbeitsplatz in die Bewertung einbezogen wurde.¹¹⁵

Eine besondere anspornende Maßnahme waren sicher die Freizeitvergünstigun-

¹⁰⁶ Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 96.

¹⁰⁷ Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 96.

¹⁰⁸ Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 51, S. 96.

¹⁰⁹ Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 61.; Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 194.

¹¹⁰ Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 61.

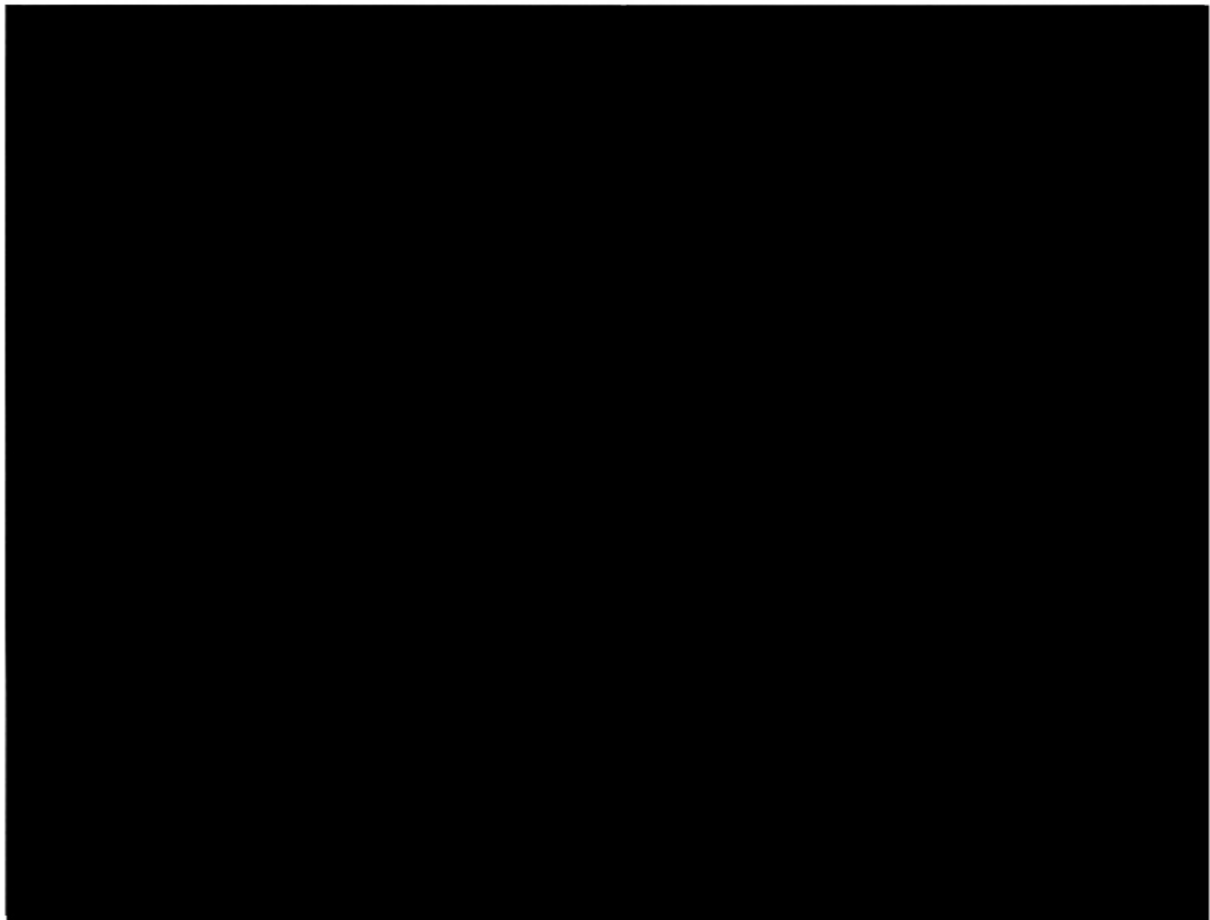
¹¹¹ Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 194.

¹¹² Für genaue Erläuterungen der Lohngruppen siehe Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 66-68.

¹¹³ Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 391.

¹¹⁴ Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 400.

¹¹⁵ Dreier Hornig, Anke; Laudien, Karsten: *Zwangsarbeit. Über die Rolle der Arbeit in der DDR-Heimerziehung*, Berlin 2018, S. 77, im Folgenden zitiert als: Dreier Hornig; Laudien: *Zwangsarbeit*.



Auf dieser Tafel wurden zum einen Aufgaben erteilt und zum anderen Belobigungen und Strafen veröffentlicht. Quelle: Dauerausstellung der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

gen, mit der man am Wochenende in gewissen Phasen nicht an Gruppenaktivitäten teilnehmen musste, sondern eine selbständige Freizeitgestaltung ausführen konnte.¹¹⁶ Selbstverständlich waren Rahmenmöglichkeiten von der Heimleitung vorgegeben, doch durch die individuellere Freizeitgestaltung gelang es für wenige Stunden, dem Druck der Gruppe zu entkommen.

Die bisher vorgestellten Belohnungen waren individueller Natur, jedoch gab es auch wenige Kollektivbelohnungen. Dazu zählte u.a. der Titel „Wochenbeste Gruppe“

wodurch man kollektive Freizeitvergünstigen erhalten konnte.¹¹⁷ Erlangte man diesen Titel dreimal in Folge, erhielt die Gruppe 30 Mark, „wovon meist eine Torte gekauft wurde.“¹¹⁸ Es ist davon auszugehen, dass dies den Druck auf den einzelnen, gute Leistungen zu erzielen, erhöhte, da sonst die Gruppe als Kollektiv keine Vergünstigungen bekommen hätte.

An dem Belohnungssystem werden zwei Methoden deutlich. Man versuchte zum einen über eine Form des Gruppenzwangs sozialen Druck auf die Personen auszuüben. Zum anderen sollten durch kleine Belobigungen Anreize und Neid

¹¹⁶ Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 96-97.

¹¹⁷ Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 68.

¹¹⁸ Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: Strafen und Belobigungen, URL: [https://](https://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Strafen-und-Belobigen/454/)

www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Strafen-und-Belobigen/454/, abgerufen am: 13.01.2022, im Folgenden zitiert als: Torgau: Strafen und Belobigungen.

zwischen den Jugendlichen geschaffen werden. Das stellt Voraussetzungen dar, die zu einer Arbeitssteigerung führen könnten und gleichzeitig eine wachsende Solidarität zwischen den Inhaftierten erschwert. Dadurch wird erkennbar, weshalb es als sinnvoll angesehen wurde, neben Strafen auch Belobigungen auszusprechen.

Einem ähnlichen Prinzip folgten die Strafmaßnahmen, die bei genauerer Betrachtung, öfter-kollektiv ausgesprochen wurden. Hielt sich eine Person nicht an die Ordnung, konnte die ganze Gruppe mit sportlichen Übungen bestraft werden.¹¹⁹ Dabei waren die Strafmaßnahmen differenzierter ausgestaltet und konnten vom Zwangssport bis zum Arrest, der bis zu 12 Tage dauern konnte, reichen.¹²⁰ Eine bekannte und gefürchtete Strafe war der „Torgauer Dreier“, eine Kombination aus Liegestütz, Hocke und Hockstrecksprung.¹²¹

Am Lohnsystem wird neben dem Belohnungs- auch ein Strafaspekt sichtbar. So sagte Stefan L. in einem Interview: *„Hatte man 0 Punkte hieß es ungenügend, 3 Tage Einzelarrest, Essenentzug“*¹²² Das Zitat zeigt, dass das Lohnsystem ebenfalls ein Sanktionsinstrument sein konnte, um die Leistung zu steigern. Man hatte nicht nur den Lohn als Anreiz gut zu arbeiten, sondern gleichzeitig musste damit gerechnet

werden, bei groben Verstößen in die niedrigste Lohngruppe eingeordnet zu werden und damit kein Gehalt zu bekommen und bestraft zu werden. In diese Gruppe wurden Jugendliche eingeteilt, die beispielsweise die Arbeit verweigerten oder Prügeleien anzettelten.¹²³

Durch das System aus Strafen und Belobigungen sollte ein kollektiver Druck aufgebaut werden, die Leistung zu erfüllen. Dieser Druck entlud sich oftmals in Selbstjustiz innerhalb der Gruppe. Das führen Forscher:innen auf die sogenannte Hackordnung zurück, welche die Dominanz der stärkeren Jugendlichen beschreibt.¹²⁴ Die Maßnahmen der Selbstjustiz umfassten u.a. körperliche und sexuelle Übergriffe.¹²⁵ Begünstigt wurde dies durch das hierarchische System, dass von der Heimleitung etabliert wurde. Bezugnehmend auf Makarenkos Idee der Mitverantwortung, wurden Funktionen geschaffen, die eine Beteiligung der Jugendlichen suggerierte. Eine beispielhafte Funktion war die der Gruppenleiter, die als *„verlängerte Arm des Erziehers“*¹²⁶ fungierten. Stefan L. hatte zwischenzeitlich die Position des Gruppenfunktionärs inne und beschreibt bspw. folgende Situation:

„Als Gruppenfunktionär stellte ich mich dann schützend vor meine Gruppe, als sich Jugendliche untereinander in meiner Gruppe

¹¹⁹ Notzke, Ingolf : DDR-Heimerziehung im Spiegel der Arbeit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau – Ausstellungen, Zeitzeugen- und Bildungsprojekte, in: Eberle, Annette; Kaminsky, Uwe u.a. (Hrsg.): Menschenrechte und Soziale Arbeit im Schatten des Nationalsozialismus, Wiesbaden 2019, S. 179-194, S. 187, im Folgenden zitiert als: Notzke; Ingolf: DDR-Heimerziehung.

¹²⁰ Torgau: Strafen und Belobigungen.

¹²¹ Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: Strafen und Belobigungen, abgerufen am: 13.01.2022.

¹²² Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 194.

¹²³ Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 67.

¹²⁴ Krausz: Jugendwerkhöfe, S. 76.

¹²⁵ Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 404.

¹²⁶ Zimmermann: Den neuen Menschen schaffen, S. 400-401.

*anschwärzen wollten. Einer hat dann eine auf die Fresse bekommen.*¹²⁷

Die Gewalt, die Stefan L. anwendete, um einen möglichen Denunzianten zu disziplinieren, ist ein Beleg für die Selbstjustiz unter den Jugendlichen in Torgau. Gleichzeitig kann es ein Hinweis darauf sein, dass es von der Heimleitung gewünscht war, andere Jugendliche bei Fehlverhalten zu denunzieren.¹²⁸ Für die Kooperation mit den Aufseher:innen erhielt man Vergünstigungen.¹²⁹ Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass das leichte System der Mitverantwortung vor allem installiert wurde, um die Solidarität innerhalb der Gruppen zu schwächen.

Fazit

Es ist deutlich geworden, dass in der Produktion ein ständiger Druck auf den Jugendlichen lag, die Normanforderungen zu erfüllen, da man ansonsten mit individuellen und kollektiven Strafen rechnen musste. Eine Abhängigkeit der Gruppe vom einzelnen Individuum kann als bewusst geschaffen angesehen werden, um u.a. die Solidarität zwischen den Jugendlichen zu verringern. Ergänzend dazu kann das hierarchische System genannt werden, das ein ähnliches Ziel verfolgte.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Straf- und Belobigungssystem im *GJWH Torgau* ein wichtiges Instrument war, um die Jugendlichen zu kontrollieren. Es ist erkennbar geworden, dass auch das Belobigungssystem keine deeskalierende

Funktion hatte, da es um die „*völlige Brechung des Willens der Jugendlichen*“¹³⁰ ging. Des Weiteren ist es bei der Betrachtung der Gruppendynamik notwendig, dieses Straf- und Belohnungssystem zu berücksichtigen, da es zu einer Selbstjustiz unter den Jugendlichen führte. Mit den Folgen dieser Behandlung und des Systems haben die Opfer, von denen noch nicht alle entschädigt wurden, bis heute zu kämpfen.

Politische Häftlinge als „Export-schlager“¹³¹? – Eine grobe Skizzierung des Häftlingsfreikaufs

Auch heutzutage werden Kooperationen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland immer noch kleingehalten. Zu diesen Ost-West-Kooperationen gehörte auch der Freikauf politischer DDR-Häftlinge. Von 1963 bis 1989 wuchs der „Häftlingsfreikauf“ zu einem aufblühenden Geschäft heran, in welchem ausgewählte politische DDR-Häftlinge gegen Devisen, meist in Form von Warenlieferungen, aus dem Gefängnis freikamen.¹³² Insgesamt hat die Bundesregierung 33.755 Häftlinge gegen rund 3,5 Milliarden West-Mark freigekauft. Jedoch relativieren sich die Zahlen der freigekauften Strafgefangenen, wenn man diese in Relation mit der Gesamtzahl politisch inhaftierter Personen setzt.¹³³

¹²⁷ Gatzemann: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau, S. 193.

¹²⁸ Notzke; Ingolf: DDR-Heimerziehung, S. 188.

¹²⁹ Notzke; Ingolf: DDR-Heimerziehung, S. 188.

¹³⁰ Dreier Hornig; Laudien: Zwangsarbeit, S. 168.

¹³¹ Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989. Zwischen Men-

schenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014, S. 437, im Folgenden zitiert als: Wölbern: Der Häftlingsfreikauf.

¹³² Jenkins, Helmut: Der Freikauf von DDR-Häftlingen. Der deutsch-deutsche Menschenhandel, Berlin 2012, S. 7, im Folgenden zitiert als: Jenkins: Der Freikauf.

¹³³ Jenkins: Der Freikauf, S. 11.

Wer waren die Akteure hinter dem „Häftlingsgeschäft“? Welche Gründe gab es für die DDR, ihre Häftlinge zu verkaufen und warum ließ sich die BRD auf dieses Geschäft ein? Wer waren die Häftlinge, die freigekauft wurden?

Im Verlauf dieses Artikels sollen diese Fragen beantwortet werden. Der Text ist ein Versuch, dem Leser einen groben Einblick in den „Häftlingsfreikauf“ zu geben.

Nach dem Mauerbau 1961 rückten nicht nur die Gegner des Sozialismus ins Visier des DDR-Regimes, sondern auch diejenigen, die gegen den Mauerbau protestierten, anderen zur Flucht verhalfen oder selbst versuchten zu flüchten. Während in der ersten Hälfte von 1961 „nur“ 4.400 Menschen wegen „Staatsverbrechen“ verurteilt wurden, explodierte die Zahl in der zweiten Hälfte von 1961 bereits auf 18.300 Verurteilungen.¹³⁴

Der Freikauf von acht politischen DDR-Strafgefangenen 1963, sollte den Grundstein für den „Häftlingsfreikauf“ der kommenden 26 Jahre legen.¹³⁵ Der Freikauf wurde aufgrund eines konkreten Angebotes vonseiten der DDR-Regierung an die Bundesregierung eingefädelt. Womöglich war die durchgehend schlechte ökonomische Lage der DDR Beweggrund für deren Vorschlag.¹³⁶

Für das deutsch-deutsche Verhältnis löste diese erste „Freikaufvereinbarung“ einen Wendepunkt in ihrer Beziehung aus. Durch die Verhandlungsbereitschaft der

Bundesregierung mit der DDR zeigten sich *„Aufweichtendenzen in der bisherigen starren Haltung der grundsätzlichen Nichtbeachtung und Nichtanerkennung der DDR“*.¹³⁷

Zu Beginn der „Freikaufaktion“ hatte es aufgrund der Hallstein-Doktrin keine Kontaktaufnahmen auf Regierungsebene der beiden Staaten gegeben. Aus diesem Grund wurde das „Häftlingsgeschäft“ in die Hände von bevollmächtigten Verhandlungspartnern gelegt.¹³⁸ Aufseiten der BRD wurde der Rechtsanwalt Jürgen Stange und das Diakonische Werk¹³⁹ der evangelischen Kirche in Deutschland als weisungsgebundene Vertreter beauftragt. Das DW stand bereits in kirchlichen Bereichen mit der DDR in Kontakt und führte im Bezug auf die „Freikaufaktion“ die Verhandlungen mit den zuständigen DDR-Behörden durch. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen¹⁴⁰ hatte die Aufgabe, den „Häftlingsfreikauf“ zu koordinieren, die Namenslisten der zu befreienden Gefangenen zusammenzustellen und die Abrechnungen und Transportanalysen zu erstellen.¹⁴¹

Die jeweiligen Zuständigkeits- und Machtverhältnisse für das „Freikaufgeschäft“ innerhalb des SED-Regimes beschreibt der Historiker Jan Philipp Wölbern mithilfe eines „Machtdreiecks“. An der Spitze des Dreiecks stand die SED als Auftraggeber. Das Ministerium für Staatssicherheit¹⁴² führte die jeweiligen

¹³⁴ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 47.

¹³⁵ Rehlinger, Ludwig A.: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963-1989, Berlin 1991, S. 25, im Folgenden zitiert als: Rehlinger: Freikauf.

¹³⁶ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 55.

¹³⁷ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 57.

¹³⁸ Jenkis: Der Freikauf, S. 9.

¹³⁹ wird im weiteren Verlauf des Textes mit DW abgekürzt.

¹⁴⁰ wird im weiteren Verlauf des Textes mit BMB abgekürzt.

¹⁴¹ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 115-116.

¹⁴² wird im weiteren Verlauf des Textes mit MfS abgekürzt.

Maßnahmen im Auftrag der SED aus. Gegenüber dem *MfS* standen die „*Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens*“. Darunter waren Gerichte, Staatsanwaltschaften, das Justizministerium, das Ministerium des Inneren und der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ im Ministerium für Außenhandel vertreten. Innerhalb der 26 Jahre änderte sich nicht viel an dieser Grundkonstellation. Eine weitere wichtige Vermittlungsperson aufseiten der DDR war der Rechtsanwalt Wolfgang Vogel.¹⁴³

Rechtsanwalt Stange übergab Namenslisten des BMBs nach Ost-Berlin an den Rechtsanwalt Vogel, welcher die Liste dann ans *MfS* weiterleitete. Nach einer Prüfung aller aufgeführten Gefangenen einigten sich die Vertreter der BRD und DDR auf eine Zahl zu befreiender Häftlinge und das zu zahlende „Kopfgeld“. Die ausgewählten Häftlinge wurden ins größte Stasi-Untersuchungsgefängnis der DDR auf den *Kaßberg* in Karl-Marx-Stadt gebracht und dort gesammelt. In der Sammelstelle angekommen, wurden letzte Formalitäten geklärt, wie z. B. die Gesundheitsuntersuchung für die Transportfähigkeit. Insgesamt verweilten die politischen Gefängnisinsass:innen zwischen zwei und vier Wochen in Abschiebehaft. Von Karl-Marx-Stadt aus, wurden die freigekauften Gefangenen mit Bussen über die Grenze ins Notaufnahmelager nach Gießen gebracht. Die Freigekauften wurden angehalten mit ihrer Geschichte nicht an die westdeutsche Presse und Öffentlichkeit zu gehen, um die weiteren „Freikaufaktionen“ nicht zu gefährden.

An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass Freikauf nicht automatisch Freilassung in den Westen bedeutet hat, sondern Freilassung aus der Haft. Falls ein Gefangener den Wunsch geäußert hat, in der DDR bleiben zu wollen, wurde dieser nach seinem Freikauf in die DDR entlassen.¹⁴⁴ Dies warf vor allem zu Beginn des „Häftlingsfreikaufs“ Missverständnisse auf. Einige Häftlinge äußerten in der letzten „Aussprache“ mit dem Gefängnispersonal nicht ihren tatsächlichen Wunschort. Die Frage nach dem „*Wo hin?*“ interpretierten viele als eine Art Gesinnungstest, den es zu bestehen galt, bevor sie vorzeitig freigelassen werden konnten. Als herauskam, dass einige der ehemaligen Häftlinge aufgrund von Angst falsche Angaben gemacht hatten, bestand die Bundesregierung noch energischer darauf, dass den Freigekauften jegliche Möglichkeiten über eine Ausreise in die BRD aufgezeigt werden. Nach dieser Abmachung ging die Zahl der Entlassungen in die DDR enorm zurück.¹⁴⁵

Wer waren aber die DDR-Gefangenen, die von der BRD freigekauft wurden?

Bei den freigekauften Häftlingen handelte es sich immer um Gefangene, die aufgrund politischer Vergehen zu einer Haftstrafe in der DDR verurteilt wurden. Darunter waren „Republikflüchtlinge“, Fluchthelfer, Ausreiseartragsteller oder Personen, die aufgrund von Spionage, Opposition und Widerstand oder staatsfeindlicher Hetze und Propaganda für den Klassenfeind schuldig gesprochen

¹⁴³ Wölbern: *Der Häftlingsfreikauf*, S. 137.

¹⁴⁴ Lippmann, Bernd: *Moderner Menschenhandel. Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR*, in: Conze, Eckart; Gajdukowa, Katharina; Koch-Baumgarten, Sigrid (Hrsg.): *Die demokratische*

Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 66-61, S. 70-72, im Folgenden zitiert als: Lippmann: *Moderner Menschenhandel*.

¹⁴⁵ Wölbern: *Der Häftlingsfreikauf*, S. 253, S. 257, S. 264.

wurden.¹⁴⁶ Nicht jede politisch inhaftierte Person wurde von der BRD freigekauft. Die Bedingung für den Freikauf war, dass der Name der:des Gefangenen auf eine sog. „Freikaufliste“ gesetzt wurde. Dies erhöhte die Chancen auf ein vorzeitiges Freikommen auf über 80 Prozent. Es gab unterschiedliche Gründe, weshalb der Name eines:einer Gefangenen auf einer „Freikaufliste“ stand. Entweder haben Familien, kirchliche Träger oder Menschenrechtsorganisationen aus der BRD inhaftierte Individuen beim BMB gemeldet oder DDR-Behörden hatten selbst Interesse an der Freilassung einer bestimmten Person.¹⁴⁷ Ludwig Rehlinger, ehemaliger Staatssekretär im BMB, beschreibt in seinem Buch *Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963-1989*, welche denkbaren Kriterien über den Freikauf einzelner Personen entschieden haben: „Grund der Verurteilung, Höhe der Strafe, Gesundheitszustand, familiäre Verhältnisse, bisheriger Lebensweg und andere in der Person des einzelnen liegende Umstände.“¹⁴⁸ Wie viele Devisen die DDR für die einzelnen Häftlinge verlangte war stets unterschiedlich.

1963 waren es pro Häftling rund 40.000 West-Mark, die die Bundesregierung bar an die DDR zahlte.¹⁴⁹ Nach dieser ersten Barzahlung schlug die Bundesregierung in Bonn der DDR vor, den jeweils geforderten Betrag in Naturalien zu zahlen. Bonn sah die Gefahr, dass das SED-Regime mit der freien Entscheidung über die Geldmittel ihren Repressionsapparat ausdehnen könnten. Darüber hinaus erhoffte sich die Bundesregierung, dass die

Warenlieferungen auf direktem Wege bei der DDR-Bevölkerung ankommen und ihr zu Gute kommen würden.¹⁵⁰ Das DDR-Regime akzeptierte diesen Vorschlag und stellte Listen mit geforderten Lebensmitteln, Materialien und Rohstoffen zusammen. Darunter befanden sich z. B. Butter, Rohkaffee, Kakao, Südfrüchte, Getreide, Öle, Medikamente, chemische Produkte, Werkzeugmaschinen, Haushaltsgeräte, Erdöl, Kupfer, Silber, Industriediamanten, Naturkautschuk, uvm. In Bonn wurde überprüft, ob die geforderten Güter auf sog. Embargolisten¹⁵¹ stünden, woraufhin sie anschließend freigegeben wurden.¹⁵² Das Geld, welches für die Warenlieferungen verwendet wurde stammte aus dem Bundeshaushalt und wurde von Steuermitteln finanziert.

Im Laufe der 26 Jahre veränderte sich die Zusammenstellungen der Listen erheblich. Es wurden weniger Lebensmittel und deutlich mehr Rohstoffe gefordert. Eine „klassische“ Warenpalette seit 1976 beinhaltete Erdöl, Industriediamanten, Kupfer und Silber. Der Hauptgrund für diesen Interessenwechsel war vermutlich die schlechte wirtschaftliche Lage, in der sich die DDR seit den 1970er-Jahren befand. Die geforderten Rohstoffe konnten leichter exportiert und verkauft werden und damit in freie Devisen umgewandelt werden.¹⁵³ Diese Devisen dienten vor allem in den 1980er-Jahren dem Zweck, die

¹⁴⁶ Jenkis: Der Freikauf, S. 29-34.

¹⁴⁷ Jenkis: Der Freikauf, S. 10.; Lippmann: Moderner Menschenhandel, S. 70-71.

¹⁴⁸ Rehlinger: Freikauf, S. 24.

¹⁴⁹ Jenkis: Der Freikauf, S. 38.

¹⁵⁰ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 347.

¹⁵¹ Bei Gütern, die auf Embargolisten stehen, handelt es sich um strategische Güter, die nicht in den Ostblock exportiert werden durften. Jenkis: Der Freikauf, S. 50.

¹⁵² Jenkis: Der Freikauf, S. 42-50.

¹⁵³ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 347-442.

dauernde Zahlungsfähigkeit der DDR sicherzustellen.¹⁵⁴

Die wirtschaftliche Misere der DDR war womöglich der ausschlaggebende Punkt, politische Häftlinge gegen Warenlieferungen freikaufen zu lassen. Das SED-Regime rechtfertigte die Höhe des Kopfgeldes gegenüber der Bundesregierung damit, dass die DDR die Ausbildungskosten für die politisch inhaftierten Personen finanziert hatte. Da die freigekauften Gefangenen mit ihrer Auswanderung das Bruttoinlandsprodukt der BRD steigern würden, verlangte die DDR eine Art „*Return of Investment*“.¹⁵⁵

Mit der sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Lage kam es Mitte der 1980er-Jahre zu einem drastischen Anstieg an Verurteilungen von sog. „Staatsverbrechen“.¹⁵⁶ Ist nun die Anfangsbefürchtung der Bundesregierung eingetreten? War nicht mehr die Bekämpfung der politischen Gegner im Vordergrund, sondern der mögliche Freikauf durch die BRD? Aber warum ließ sich Bonn trotz der anfänglichen Zweifel auf das Geschäft mit der DDR ein?

Die Bundesregierung diskutierte anfänglich, ob sie es verantworten kann, in Not geratenen Deutschen zu helfen, indem sie das SED-Regime finanziell unterstütze.¹⁵⁷ Dieser Gedanke währte jedoch nicht lange und die humanitäre Verpflichtung gegenüber ihren Landsleuten in der DDR veranlasste die Bundesregierung, sich auf das „Freikaufgeschäft“ einzulassen.¹⁵⁸ Mit dem Hinzuziehen des DW wurde der „*humanitäre Charakter des*

Vorgangs“¹⁵⁹ noch mal deutlich betont. Im Verlauf der 1970er-Jahre wurde das „Häftlingsgeschäft“ zudem auch fester Bestandteil der sozialliberalen deutsch-deutschen Entspannungspolitik.¹⁶⁰

Mit der kontinuierlich steigenden „Freikaufquote“ seit Mitte der 1970er-Jahre war der „Häftlingsfreikauf“ zu einem offenen Geheimnis in der BRD geworden. Grund hierfür waren die vermehrten Berichterstattungen von Medien und neu gegründeten Menschenrechtsorganisationen, die sich gezielt um Inhaftierte bemühten.

In der DDR wurde der Freikauf politischer Gefangener zwar nicht in der öffentlichen Masse der DDR diskutiert, trotzdem war dieser bei großen Teilen der Bevölkerung durch „Mundpropaganda“, Radio- oder Fernsehsender der BRD und Menschenrechtsorganisationen bekannt.¹⁶¹ In den 1980er-Jahren wirkte sich der Freikauf immer kontraproduktiver auf die Abschreckungswirkung der Haft aus. In der Hoffnung auf Freikauf kam es immer öfters dazu, dass Ausreisewillige ihre Haft mit einem Fluchtversuch provozierten.¹⁶²

Wie oben bereits erwähnt, schien es anfänglich noch so, als werde die DDR und ihre Wirtschaft vom „Freikaufgeschäft“ profitieren. Jedoch trog der Schein des „schnellen“ Geldes. Einerseits konnte die DDR ihre Staatsverschuldung nicht mehr aufhalten und andererseits entwickelte

¹⁵⁴ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 444.

¹⁵⁵ Jenkis: Der Freikauf, S. 20.

¹⁵⁶ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 331-332.

¹⁵⁷ Jenkis: Der Freikauf, S. 8.

¹⁵⁸ Lippmann: Moderner Menschenhandel, S. 65.

¹⁵⁹ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 93.

¹⁶⁰ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 496.

¹⁶¹ Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 382.

¹⁶² Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 499.; Lippmann: Moderner Menschenhandel, S. 65.

sich durch den Freikauf ein starkes Fachkräftedefizit, welches irgendwann die eigene Versorgung gefährdete.¹⁶³

Als Schlusspunkt ist festzuhalten, dass die Häftlinge zwar körperlich befreit wurden, sie aber immer noch an den Folgen der traumatischen Hafterfahrung, der Zwangsarbeit, der körperlichen und psychischen Bestrafungen leiden.¹⁶⁴ Im Verlauf der virtuellen Ausstellung und des Ausstellungskatalogs finden sich weitere Berichte von politisch inhaftierten Personen, die u. a. von der BRD freigekauft wurden.

Am Ende des Artikels soll Frank Herrmann, ein ehemaliger politischer DDR-Häftling, welcher 1983 bei einem Fluchtversuch verhaftet wurde, abschließend zu Wort kommen: „Es [die Zwangsarbeit in der Metallindustrie des Strafvollzug Naumburg] war eine schlimme Erfahrung, aber es ist teilweise an einem vorbeigegangen, weil man eigentlich nur das eine Ziel vor Augen hatte: Den Freikauf.“¹⁶⁵

Zeugenaussage eines ehemaligen Häftlings und die Reaktion IKEAs

Ikea ist vielleicht das bekannteste Beispiel für DDR-Haftzwangsarbeit in Gefängnissen. Ehemalige Insassen berichten von schlechten Bedingungen während der

Haft und nach der Wiedervereinigung von nicht ausreichender Entschädigung.

Dirk Maschke, ein ehemaliger Häftling in *Naumburg an der Saale*, der u.a. für *IKEA* gearbeitet hat, berichtet dem Spiegel 2012 von seinen Erlebnissen. Er habe nach seiner Ausbildung im Jahr 1985 drei Ausreiseanträge gestellt, die jeweils abgelehnt wurden. Am 11.06.1985 wurde er von der Stasi verhört und kam in Untersuchungshaft in *Berlin Lichtenberg*. Verhaftungsgrund war „Beeinträchtigung staatlicher Organe bei ihrer Tätigkeit“¹⁶⁶. Dort wurde er zu 19 Monaten Haft verurteilt. Seine Haftzeit hat er in *Naumburg an der Saale* mit 14 anderen Häftlingen in einer Zelle verbracht.¹⁶⁷

Er gehörte zu den politischen Gefangen, die laut ihm, 80 Prozent der Insassen ausmachten. Ein Teil der Häftlinge hätten außerhalb der Haftanstalt Stühle für *IKEA* produzieren müssen. Er selbst hat von 7:30-16:30 Uhr Scharniere zusammengebaut. Bei Verweigerung der Arbeit oder nicht korrekter Ausführung habe es Schläge und Misshandlungen gegeben. Die geforderte Norm war laut Maschke nicht erfüllbar und dementsprechend wurde man bei Nichteinhaltung, der Sabotage beschuldigt. Bei Widerstand wurden die Menschen in den Arrestkeller gesperrt. Er beschreibt, dass das Arbeitsklima erniedrigend und geprägt von „Druck, Schläge[n], Psychoterror“¹⁶⁸ war.

163 Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 445;.

Jenkins: Der Freikauf, S. 17.

164 Wölbern: Der Häftlingsfreikauf, S. 506.

165 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 468.

166 Spiegel Online: Dirk Maschke über den Alltag im Gefängnis, 19.07.2016, URL: [https://www.spiegel.de/video/dirk-maschke-ueber-den-alltag-als-gefangener-in-naumburg-video-](https://www.spiegel.de/video/dirk-maschke-ueber-den-alltag-als-gefangener-in-naumburg-video-1686022.html)

[1686022.html](https://www.spiegel.de/video/dirk-maschke-ueber-den-alltag-als-gefangener-in-naumburg-video-1686022.html), abgerufen am: 06.01.2022. Minute 0:18, im Folgenden zitiert als: Spiegel Online: Maschke.

167 Kollenbroich, Britta: DDR-Zwangsarbeit für Ikea. Wer zahlt für das Leid von Dirk Maschke?, in: Spiegel Online 19.07.2016, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ddr-zwangsarbeit-das-lange-warten-auf-wiedergutmachung-a-1099181.html>, abgerufen am: 06.01.2022, im Folgenden zitiert als: Kollenbroich: DDR-Zwangsarbeit Ikea.

168 Kollenbroich: DDR-Zwangsarbeit Ikea.



Ehemalige JVA Naumburg. Quelle: Olaf Meister, CC BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Naumburg_ehem._JVA.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 15.01.2022.

Nach 14 Monaten wurde Maschke im März 1986 zusammen mit anderen politischen Gefangenen von der Bundesrepublik freigekauft. Bei Maschke wurde nach der Wiedervereinigung ein posttraumatisches Belastungssyndrom diagnostiziert. Bis heute leidet er an Angstzuständen und Albträumen.¹⁶⁹

Er wurde als politischer Häftling rehabilitiert und hat auch versucht seine ehemaligen Peiniger anzuklagen.¹⁷⁰

Als Wiedergutmachung fordert er, dass das Unternehmen sich entschuldigt und ihn rückwirkend nach dem gleichen Tarif bezahlt, wie die damaligen IKEA Mitarbeitenden in der Bundesrepublik.¹⁷¹ Zudem sieht er die Politik als mitschuldig an und fordert, dass diese sich bemüht ihren

Teil zur Wiedergutmachung zu leisten. Langfristig will er nach Schweden auswandern.¹⁷²

Aufarbeitung & Entschädigung anhand des Beispiels IKEA

Nach der Wiedervereinigung konnten sich Opfer „einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme im Beitrittsgebiet“¹⁷³ melden. In dem Verfahren wird dann „die strafgerichtliche Entscheidung aufgehoben und das Opfer durch Gerichtsbeschluss rehabilitiert“¹⁷⁴. Daran kann sich dann eine Entschädigungszahlung anschließen. Diese ist jedoch an das Einkommen geknüpft. Durch die Gesetzesänderung im

¹⁶⁹ Kwasniewski, Nicolai: DDR-Häftling. "Ich war Zwangsarbeiter für Ikea", in: Spiegel Online, 08.05.2012, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/zwangsarbeit-fuer-ikea-portraet-eines-betroffenen-a-831437.html>, abgerufen am: 04.01.2022, im Folgenden zitiert als: Kwasniewski: DDR-Häftling.

¹⁷⁰ Kwasniewski: DDR-Häftling.

¹⁷¹ Spiegel Online: Maschke.

¹⁷² Kwasniewski: DDR-Häftling.

¹⁷³ Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Strafrechtliche Rehabilitation Merkblatt. Berlin 2015, S. 4, im Folgenden zitiert als: BMJV: Rehabilitation.

¹⁷⁴ BMJV: Rehabilitation, S. 4.

Jahr 2019 wurde die eigentliche Befristung zur Antragsstellung aufgehoben.¹⁷⁵ Diese „Opferrente“ beträgt maximal 330 Euro pro Monat.¹⁷⁶

Der Geschäftsführer von *IKEA*-Deutschland hat am 16.12.2012 eine Pressekonferenz gegeben und entschuldigte sich bei den ehemaligen politischen Gefangenen. Dazu präsentierten sie die Ergebnisse, die bei der Untersuchung durch die beauftragte Wirtschaftsüberprüfungsgesellschaft *Ernst & Young*, herausgekommen war.

IKEA hatte als Organisation möglicherweise ab dem Jahre 1978, spätestens aber ab dem Jahre 1981, Kenntnisse über den möglichen Einsatz politischer Gefangener in einzelnen der für das Unternehmen relevanten Produktionsstandorten und/oder Zulieferbetrieben der DDR.¹⁷⁷

Sie gehen weiter davon aus, dass *IKEA* ab diesem Zeitpunkt den Einsatz „missbilligte“¹⁷⁸. *Ernst & Young* kommt dennoch zu dem Schluss, dass *IKEA* möglicherweise ab 1978, und spätestens ab dem Jahr 1981, sich dafür eingesetzt hätte den Einsatz von politischen Gefangenen für die eigene Produktion auszuschließen.¹⁷⁹ Dies war jedoch nicht die Regel, da auch später noch Häftlinge von ihrer Haftzwangsarbeit für *IKEA* berichteten

Die *Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.* (UOKG) hatte

im Vorfeld im Juli 2012 Gespräche mit *IKEA* aufgenommen. Dabei einigte man sich darauf, dass *IKEA* eine Summe von 120.000 Euro bereitstellt, für ein Forschungsprojekt, das eine umfassende Übersicht über die Zwangsarbeit und ihren Systemcharakter zeigen sollte.¹⁸⁰

2014 wurde diese von *Dr. Christian Sachse* vorgelegt. Dort beschreibt er das System der Zwangsarbeit in der DDR und stellt nicht nur das Unternehmen *IKEA* vor, sondern fokussiert dabei auch die politische Dimension sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Zudem beleuchtet er die wirtschaftliche Rentabilität auf allen Seiten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei der Arbeit auch in der detaillierten Darstellung der Arbeits- und Haftsituation.

In der Ausarbeitung finden sich unter anderem Aussagen von ehemaligen Häftlingen, die sich über die unzureichende Vergütung und die Art und Weise der Wiedergutmachung beschwerten. Sie sehen die Bundesrepublik in der Verantwortung und fordern direktes Geld von *IKEA*, statt die Finanzierung einer Studie.¹⁸¹

Anerkennung wird *IKEA* dafür entgegengebracht, dass sie sich öffentlich zu ihrer Geschichte bekannt haben. Zudem wird

¹⁷⁵ Bundesministerium für Justiz: Gesetzgebungsverfahren. 28. November 2019, URL: https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/DDR_Reha.html, abgerufen am: 04.01.2022.

¹⁷⁶ Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Informationen zur „Opferrente“ nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) sowie Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG, 01.01.2020 URL: <http://www.thla-thueringen.de/images/StrRehaG-Leistungen-Info-2020.pdf>, abgerufen am: 15.01.2022.

¹⁷⁷ *IKEA*: Zusammenfassung der Ergebnisse der Sonderuntersuchung „Ikea DDR Aufarbeitung“ Durchgeführt von Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Oktober 2012. S. 4, im Folgenden zitiert als: *IKEA: Ergebnisse Sonderuntersuchung*.

¹⁷⁸ *IKEA*: Ergebnisse Sonderuntersuchung, S. 4.

¹⁷⁹ *IKEA*: Ergebnisse Sonderuntersuchung, S. 4.

¹⁸⁰ Sachse: Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014, S. 393, im Folgenden zitiert als: Sachse, Das System der Zwangsarbeit.

¹⁸¹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 381.

begrüßt, dass *IKEA* Bereitschaft signalisiert hat, in einen Fonds für die Opfer einzuzahlen.¹⁸² Allerdings sieht *IKEA* die Politik in der Pflicht allgemeingültige Entscheidungen zu treffen, um diese Fonds auf den Weg zu bringen.¹⁸³

182 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): Cottbusser Erklärung zur DDR-Zwangsarbeit vom 13. September 2020, S. 4, URL: [https://www.igfm.de/wp-content/uploads/2020/](https://www.igfm.de/wp-content/uploads/2020/082)

09/Cottbusser-Erklärung-zur-DDR-Zwangsarbeit.pdf, abgerufen am: 14.01.2022.

183 Kollenbroich: DDR-Zwangsarbeit Ikea.

Quellenverzeichnis

BArch, DR 203/3075.

Ehemalige JVA Naumburg Quelle: Olaf Meister, CC BY-SA 3.0, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>, via Wikimedia Commons, aufgerufen am: 15.01.2022.

Spiegel Online: Dirk Maschke über den Alltag im Gefängnis. URL: <https://www.spiegel.de/video/dirk-maschke-ueber-den-alltag-als-gefangener-in-naumburg-video-1686022.html>, aufgerufen am: 06.01.2022.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Justiz: Gesetzgebungsverfahren. 28. November 2019. URL: https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/DDR_Reha.html aufgerufen am: 04.01.2022.

Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Strafrechtliche Rehabilitierung Merkblatt. Berlin 2015.

DDR_Zeitzeuge: Edda Schönherz, in: ddr-zeitzeuge.de, URL: <https://www.ddr-zeitzeuge.de/ddr-zeitzeugen-recherchieren/ddr-zeitzeuge/edda-schoenherz-117.html>, aufgerufen am: 11.01.2022, im Folgenden zitiert als: DDR_Zeitzeuge: Edda Schönherz.

Decker, Markus: Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen. Strumpfhosen und Werkzeug für den Westen, in: MitteldeutscheZeitung.de, 20. Februar 2014, URL: <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/zwangsarbeit-in-ddr-gefängnissen-strumpfhosen-und-werkzeug-fur-den-westen-2087015>, aufgerufen am: 11.01.2022.

Dreier Hornig, Anke; Karsten Laudien, Karsten: Zwangsarbeit. Über die Rolle der Arbeit in der DDR-Heimerziehung, Berlin 2018.

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: Schule und Produktion, URL: <https://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Schule-und-Produktion/453/>, aufgerufen am: 13.01.2022.

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: Strafen und Belobigungen, URL: <https://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Strafen-und-Belobigen/454/>, aufgerufen am: 13.01.2022.

Gueffroy, Kerstin: Die Hölle von Torgau. Wie ich die Heim-Erziehung der DDR überlebte, Zürich 2015.

Gatzemann, Andreas: Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau. Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis, Berlin 2008.

Höttges, Sahrah; Juli, Madita: Interview: Der Hoheneck Komplex – Strumpfhosen und Bettwäsche für den Westen, in: blog.grimme-online-award.de, 8. Mai 2021, URL: <https://blog.grimme-online-award.de/2021/05/der-hoheneck-komplex-strumpfhosen-und-bettwaesche-fuer-den-westen>, aufgerufen am: 11.01.2022.

IKEA: Zusammenfassung der Ergebnisse der Sonderuntersuchung „Ikea DDR Aufarbeitung“ Durchgeführt von Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Oktober 2012.

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): Cottbusser Erklärung zur DDR-Zwangsarbeit vom 13. September 2020, S. 4, URL: <https://www.igfm.de/wp-content/uploads/2020/09/Cottbusser-Erklärung-zur-DDR-Zwangsarbeit.pdf>, aufgerufen am: 14.01.2022.

Jenkis, Helmut: Der Freikauf von DDR-Häftlingen. Der deutsch-deutsche Menschenhandel, Berlin 2012.

Kollenbroich, Britta: DDR-Zwangsarbeit für Ikea. Wer zahlt für das Leid von Dirk Maschke?, in: Spiegel Online Juli 2016, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ddr-zwangsarbeit-das-lange-warten-auf-wiedergutmachung-a-1099181.html>, abgerufen am: 06.01.2022.

Krausz, Daniel: Jugendwerkhöfe in der DDR. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau, Hamburg 2010.

Kwasniewski, Nicolai: DDR-Häftling "Ich war Zwangsarbeiter für Ikea", in: Spiegel Online, 08.05. 2012, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/zwangsarbeit-fuer-ikea-portraet-eines-betroffenen-a-831437.html>, aufgerufen am: 04.01.2022.

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Informationen zur „Opferrente“ nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) sowie Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG. 01.01.2020, URL: <http://www.thla-thueringen.de/images/StrRehaG-Leistungen-Info-2020.pdf> aufgerufen am: 15.01.2022.

Lippmann, Bernd: Moderner Menschenhandel. Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR, in: Conze, Eckart; Gajdukowa, Katharina; Koch-Baumgarten, Sigrid (Hrsg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 64-77.

Notzke, Ingolf: DDR_Heimerziehung im Spiegel der Arbeit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau – Ausstellungen, Zeitzeugen- und Bildungsprojekte, in: Eberle, Annette; Kaminsky, Uwe u. a. (Hrsg.): Menschenrechte und Soziale Arbeit im Schatten des Nationalsozialismus, Wiesbaden 2019, S. 179-194.

Rehlinger, Ludwig A.: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963-1989, Berlin 1991.

Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014.

Schacht, Ulrich: Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, Zürich 1984, S. 39.

Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte, 7), Hildesheim; Zürich; New York 2011.

Schönherz, Edda; Reitel, Alex: Interview: "Du bist hier nicht im Fernsehen". Edda Schönherz, deutsch-deutsche TV-Legende, blickt zurück auf ihre Stasi-Haft (25. Mai 2020 in Berlin-Mariendorf), in: kas.de, 3. August 2020, URL: <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/du-bist-hier-nicht-im-fernsehen>, aufgerufen am: 11.01.2022.

Schönherz, Edda: Video: 1095 Tage in Hoheneck. Edda. „Ankunft“, in: Mitteldeutscher Rundfunk.de, Der Hoheneck-Komplex, URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/stories/edda>, aufgerufen am 11.01.2022.

Schönherz, Edda: Video: 1095 Tage in Hoheneck. Edda. „Pille“, in: Mitteldeutscher Rundfunk.de, Der Hoheneck-Komplex, URL: <https://www.mdr.de/staticapps/hoheneck/#/stories/edda>, aufgerufen am 11.01.2022.

Spiegel Online: Dirk Maschke über den Alltag im Gefängnis, URL: <https://www.spiegel.de/video/dirk-maschke-ueber-den-alltag-als-gefangener-in-naumburg-video-1686022.html>, abgerufen am: 06.01.2022, Minute 0:18.

Springer, Astrid: Schwierige Wiedergutmachung. Opfer von DDR-Unrecht leiden bis heute, in: deutschlandfunk.de, 17. Dezember 2016, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/schwierige-wiedergutmachung-opfer-von-ddr-unrecht-leiden-100.html>, aufgerufen am: 11.01.2022.

Wapler, Friederike: Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR, in: Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.): Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR, Berlin 2012, S. 5-123.

Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014.

Wunschik, Tobias: Politische Haft in der DDR. Gefängnisse und Haftbedingungen 1949-1989, Erfurt 2018.

Zimmermann, Verena: Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990), Köln 2004.

Abbildungsverzeichnis

Archiv Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

BArch, DR 203 (Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes)/3075, S. 26-27.

DDR-Zeitzeugen, URL: <https://www.ddr-zeitzeuge.de/ddr-zeitzeugen-recherchieren/ddr-zeitzeuge/edda-schoenherz-117.html>, abgerufen am 21.01.2022.

Olaf Meister, CC BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Naumburg_ehem._JVA.jpg, via Wikimedia Commons, abgerufen am: 15.01.2022.

PROFITEURE – PRODUKTE – INVOLVIERTE

(Lisa M. Franke, Leonie Freudenfeld, Jessica May)

Einführung – Profiteure der DDR-Haftzwangsarbeit

Haftzwangsarbeit wurde in der DDR-Wirtschaft in allen Branchen bereits ab den 1950er Jahren eingesetzt. Ihre größte Bedeutung für die Erfüllung der Planvorgaben der SED-Führung entfaltete sie jedoch erst in den 1970er und 80er Jahren.¹

Ab den 70er Jahren wurde Haftzwangsarbeit auch zum festen Bestandteil der Bilanzierung der Arbeitskräfte in der zentralen Wirtschaftsordnung.² Der Einsatz erfolgte je nach Bedarf der Betriebe in den Bereichen der Volkswirtschaft, die als besonders wichtig für den Staat eingestuft wurden.³ Der Bergbausektor war über die Jahrzehnte durchgängig mit 17 – 23% der Haftzwangsarbeiter:innen ein häufiger Einsatzort. In anderen Branchen veränderte sich der Einsatz der Haftzwangsarbeit stark. Während die Bau- und Baustoffindustrie von 24% in den 1960er Jahren auf nur noch 3% 1987 sank, nahm der Anteil der Elektronikindustrie als Einsatzbranche von 1962 bis 1972 von 10% auf

Industriezweig	Eingesetzte politische Häftlinge
Kohle / Energie	1814
Erzbau, Metallurgie, Kali	1988
Chemische Industrie	1538
Elektrotechnik / Elektronik	4314
Schwermaschinen- / Anlagenbau	1380
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	415
Leichtindustrie	1407
Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	2715
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	1491
Glas- und Keramikindustrie	75
Übrige Bereiche	2249

Die anteilige Verteilung der Haftzwangsarbeiter:innen in den verschiedenen Industriezweigen 1987. Quelle: Bastian, Uwe; Neubert, Hildigund: Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates, Berlin 2003, S. 62.

¹ Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Hildesheim 2011, S. 263, S. 294.

² Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im 86

Strafvollzug der DDR. Potsdam 2015, S. 23, im Folgenden zitiert als: Wölbern: Aufarbeitung.

³ Wölbern: Aufarbeitung, S. 57.

20% zu. In der Chemieindustrie wurden erst seit den 70er Jahren Haftzwangsarbeiter eingesetzt. Sie wurde für etwa 8% der Häftlinge zum Einsatzort. Die Landwirtschaft nahm mit maximal 3% durchweg einen eher kleinen Teil der Einsatzbereiche ein. Da in den 70ern verschiedene Branchen wie Holz, Konfektion, Weberei und Spinnerei in der Wirtschaftsanalyse unter Leichtindustrie subsumiert wurden, lassen sich hier leider keine Einzeldaten erheben.⁴ Festzustellen ist, dass die Häftlinge nicht nach ihrer jeweiligen beruflichen Qualifikation zur Arbeit eingesetzt wurden, sondern die Zuteilung zufällig nach Haftanstalt geschah.⁵ Haftortwechsel nach Berufsabschlüssen erwiesen sich in der Praxis als zu aufwendig.⁶

Doch wer profitierte von dem Einsatz von Haftzwangsarbeiter:innen? Seriöse Gewinnberechnungen sind aufgrund fehlender Daten sowie der teils unklaren Wertdeckung der Valutamark, in der die DDR seit 1965 ihre Außenhandelsstatistiken auswies und die weitgehend der Deutschen Mark entsprach, schwer anzustellen. Die DDR-Betriebe scheinen sich jedoch nicht stark an dem Einsatz der Haftzwangsarbeiter:innen bereichert zu haben. Sie zahlten für die Häftlinge Tariflohn, wobei der größte Teil davon nicht bei den Häftlingen selbst ankam, sondern

an die Strafvollzugseinrichtung ging.⁷ Sollten Gewinne erwirtschaftet werden, so musste ein Großteil davon an den Staat als Produktionsfondsabgabe weitergegeben werden.⁸ Die Haftzwangsarbeit hatte für die Betriebe eher die Funktion einer Sparmaßnahme, durch die Investitionen für neue Maschinen und in Vorrichtungen des Arbeitsschutzes vermieden werden konnten.⁹ Zudem wurden auf diesem Weg Arbeitskräfte für Bereiche gewonnen werden, in denen zu den gegebenen Arbeits- und Lohnbedingungen keine zivilen Arbeiter:innen gefunden wurden. Die Häftlinge konnten darüber hinaus im Dreischichtbetrieb sowie an Sonn- und Feiertagen zu Sonderschichten ohne Urlaubsanspruch eingesetzt werden.¹⁰ Die Betriebe und Kombinate waren auf die Arbeit von Häftlingen angewiesen, um die planmäßige Produktion zu erfüllen. Besonders die Amnestien und die damit verbundene Straferlassung von Häftlingen wurde daher zu einem ökonomischen Problem für die Betriebe.¹¹ Außerdem gab es in einigen Fällen Straferlass durch „Übererfüllung der Norm“. Das bedeutet, dass Häftlinge, ohne Anspruch auf Urlaub und mit hohem Arbeitspensum für eine Arbeit von 10 Monaten einen Strafnachlass von 5 Monaten bekamen, was die Zahlung von Löhnen erübrigte.¹² Insgesamt blieb der Anteil der

4 Wölbern: Aufarbeitung, S. 60.

5 Wölbern: Aufarbeitung, S. 57.

6 Wölbern: Aufarbeitung, S. 57.

7 Wölbern: Aufarbeitung, S. 25-26.

8 Bastian, Uwe; Neubert, Hildigund: Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates, Berlin 2003, S. 51, im Folgenden zitiert als: Schamlos ausgebeutet.

9 Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und poli-

tische Dimension, Leipzig 2014, S. 272, im Folgenden zitiert als: Sachse: Das System der Zwangsarbeit.

10 Wölbern, Jan Philipp: Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13 (2016), S. 86-107, URL: <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/1417>, abgerufen am: 13.01.2022.

11 Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 48.

12 Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014, S. 274, im

Haftzwangsarbeiter:innen mit etwa 0,4% der arbeitenden Bevölkerung jedoch durchweg eher gering.¹³

Auch die Strafvollzugsanstalten konnten kaum Gewinne aus der Haftzwangsarbeit erzielen. Obwohl sie die Löhne der Häftlinge zum größten Teil einbehielten, konnte dadurch nur ein kleiner Teil der Kosten gedeckt werden.¹⁴ Die Zuschüsse des Ministeriums des Inneren konnten zwar mit dem zunehmenden Einsatz der Haftzwangsarbeit verringert, aber nie ersetzt werden. Im besten Fall konnten 60-70% der Kosten durch Haftzwangsarbeit finanziert werden.¹⁵

Wieso subventionierte die DDR die Haftzwangsarbeit, wenn sie für Unternehmen und Strafvollzugsanstalten kein ökonomischer Gewinn war? Der Grund liegt vermutlich darin, dass die DDR auf Importe aus dem Westen angewiesen war. Diese musste sie in Devisen bezahlen, also in Westwährung. Da die Mark der DDR eine reine Binnenwährung war und mit dem Ostblock weitgehend nach dem Prinzip Ware gegen Ware gehandelt wurde, musste die DDR also selbst in den Westen exportieren, um an Devisen zu kommen und ihre Westimporte bezahlen zu können.¹⁶ Insbesondere der bundesdeutsche Markt war für die Importe der DDR unverzichtbar. Die Exportquoten lagen deutlich unter den Importquoten.¹⁷ Auch

der Staat erwirtschaftete keine Gewinne durch die Haftzwangsarbeit. Sie wurde lediglich dafür benötigt, Produkte für den Export zu produzieren, der als schnelle Liquiditätsspende Importe aus dem Westen, Rohstofflieferungen aus dem sowjetischen Wirtschaftsbereich sowie Schulden zu bezahlen half.¹⁸ Der Beitrag der Haftzwangsarbeit an der gesamten Wirtschaftsleistung der DDR belief sich je nach Berechnung aber nur auf 0,2 bis maximal 0,94%.¹⁹ Jedoch bleibt hier festzuhalten, dass von Beginn bis Ende die SED, die Verwaltung Strafvollzug einschließlich der StVE, das *MfS* als Kontrollinstanz sowie die Staatliche Plankommission, die Industrieministerien und die Kombinate und Arbeitseinsatzbetriebe zusammenarbeiteten, um die Arbeitskraft der Häftlinge möglichst profitabel zu gestalten und aus Angst vor politischer und medialer Ächtung aktiv auf die Geheimhaltung des Systems der Haftzwangsarbeit einwirkten.²⁰

Insgesamt waren etwa 6000 Firmen, sowie 50 Außenhandelsbetriebe aus der DDR und der BRD am innerdeutschen Handel beteiligt.²¹ Trotz immer wieder bemängelter Qualität der Waren, sowie ausbleibender Lieferungen importierten westdeutsche Unternehmen etwa 1985 1,5 Milliarden Konsumgüter. Davon waren etwa die Hälfte Textilien und Bekleidung,

Folgenden zitiert als: Sachse: Das System der Zwangsarbeit.

¹³ Wölbern: Haftarbeit in der DDR.

¹⁴ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 271.

¹⁵ Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 49; Schmidt 2011, S. 291-292.

¹⁶ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 323.

¹⁷ Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen

Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37), Göttingen 2014, S. 121, im Folgenden zitiert als: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind.

¹⁸ Heimann, Christian: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt a.M. 1997, S. 208.

¹⁹ Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 50.

²⁰ Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR, Potsdam 2015, S. 23-24.

²¹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit: S. 321.

1/5 Holzwaren und 8,5% Elektronikartikel.²² Auf Grundlage der „Stasi-Unterlagen-Behörde“ geht eine Schätzung von einem jährlichen Warenumsatz von 200 Mio. DM aus der Haftzwangsarbeit durch den „Ost-West-Handel“ aus.²³ Die Westfirmen profitierten von den billigen Waren, die sie mit Aufschlägen weiterverkaufen und dadurch hohe Gewinne erzielen konnten.²⁴ Das Wissen um den Einsatz von Haftzwangsarbeitern in den Produktionsstätten der DDR, sollte bei den Westunternehmen spätestens nach den ersten Briefen und Presseberichten von freigekauften ehemaligen Häftlingen vorhanden gewesen sein. Die Vorwürfe der Beteiligung wurden jedoch immer wieder ignoriert oder abgestritten. Ein Interesse an einer Aufarbeitung war kaum vorhanden. Noch heute wird eine Verantwortung für die Haftzwangsarbeit von Westunternehmen abgelehnt. Auch die Nachfolgefirmen der DDR-Betriebe wehren Entschädigungsforderungen ab, da sie sich nicht als Rechtsnachfolger betrachten.²⁵ Da die Entschädigungsforderungen auf dem Rechtsweg also aussichtslos scheinen, ist die mediale, politische und zeithistorische Aufarbeitung von hochrangiger Bedeutung.

„Sehen wir uns nicht in dieser Welt, dann sehen wir uns in Bitterfeld“²⁶

Dieses Zitat aus einem Reiseführer von 1893 war in den 70er Jahren für viele Haftzwangsarbeiter:innen zum Leitmotiv geworden. Ursprünglich war dieses Zitat ein Schriftzug von einem Restaurant aus Bitterfeld.²⁷

Bitterfeld ist ein Ort, an dem ab 1968 Strafgefangene und ab 1986 Bausoldat:innen bis zum Ende der DDR 1989/90, unter unmenschlichen Bedingungen für die DDR-Wirtschaft arbeiten mussten. Seit geraumer Zeit wird dieser Thematik in der zeitgeschichtlichen Forschung immer mehr Wichtigkeit beigemessen, sodass sich mittlerweile auch die öffentlichen Medien mit diesem Thema auseinandersetzen. Der Thematik wird u.a. in einem Beitrag des MDR, zum einen in der *MDR Zeitreise* vom 14. März 2021, zum anderen in einem Artikel vom 14. Juni 2021 über die Profiteure und die (Arbeits-)Bedingungen in den DDR-Gefängnissen, Aufmerksamkeit geschenkt.²⁸ Daran lässt sich erkennen, dass die DDR-Zwangsarbeit nicht nur in der zeitge-

22 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind: S. 124, S. 129.

23 Sachse, Christian: Verschleierte Zwangsarbeit für westliche Firmen, in: APuZ (2016), URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit#footnote11-11>, abgerufen am: 07.01.2021.

24 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 273.

25 Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 107.

26 Obst, Emil: Führung durch Bitterfeld und Umgebung. Ein deutsches Städtebild, Bitterfeld 1893, S.15.

27 Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012, S. 9., im Folgenden zitiert als: Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck.

28 https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/devisen/video-mdr-zeitreise-das-schicksal-von-strafgefangenen-in-der-ddr-100-zc-f48581be_zs-991575cd.html (31.12.21); Fugmann, Tom: Schuften für den Klassenfeind: Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen (14. Juni 2021). URL: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/devisen/zwangsarbeit-gefaengnis-haft-westprodukte-100.html>, abgerufen am: 31.12.2021.

schichtlichen wissenschaftlichen Forschung von Interesse ist, sondern auch in der Öffentlichkeit.

Der folgende Beitrag widmet sich den Profiteuren der Haftzwangsarbeit in der Chemieindustrie der DDR, dem sogenannten Chemiedreieck, welches aus den großen Chemiekombinaten *Leuna*, *Buna* und *Wolfen-Bitterfeld* bestand. Es ist der größte Industrieballungsraum der DDR gewesen und war somit von großer strategischer Bedeutung für die DDR-Volkswirtschaft.²⁹ Alle drei Standorte hatten eine enorme ökonomische Relevanz für das SED-Regime. Dies lag u.a. daran, dass das Chemiedreieck nicht autark, sondern als Verbund agierte. Daher hatten die Kombinate auch die Möglichkeit eine sehr breite Produktpalette vorzuweisen. Das Produkt eines chemischen Verfahrens konnte als Ausgangsstoff eines anderen chemischen Verfahrens in einer anderen Fabrik eingesetzt werden. Die Kombinate standen somit in einer abhängigen Wechselwirkung zueinander, d.h. es herrschte einerseits eine Abhängigkeit zwischen den Kombinat selbst und andererseits zwischen den einzelnen Produktionsbereichen innerhalb der Kombinate. Die Grundstoffe und die Fertigerzeugnisse der Chemiebetriebe waren daher sowohl für die nachgelagerten Branchen, wie der Textilindustrie, relevant, als auch für die großen wirtschaftspolitischen

Zielsetzungen der SED-Führung.³⁰ Mark Schiefer brachte in seinem Werk *Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989* die drei zentralen Besonderheiten des DDR-Chemiedreiecks auf den Punkt: „Hang zur Autarkie“, „Streben nach Erstklassigkeit“ und die „dominante Rolle der Kohle“³¹ bis zum Schluss.“³² Dem Anspruch nach Erstklassigkeit konnte die DDR-Chemieindustrie nicht gerecht werden. Die Chemiekombinate standen am Ende als Synonym für marode Wirtschaft, technischen Verfall, vergiftete Luft und verseuchte Böden. Bitterfeld wurde zum Sinnbild der ökologischen Verschmutzung zur Zeit der DDR. Die Werke waren marode und vom Zerfall gezeichnet. Ebenso stellte die Umweltbelastung auf dem Werksgelände und in dessen Umgebung, aufgrund der Produktion von hochgiftigen Stoffen, ein großes Problem dar.³³

Das *elektrochemische Kombinat Bitterfeld (EKB)* steht im Vordergrund, da es einer der Grundpfeiler der DDR-Industrie gewesen ist. In den 1980er Jahren arbeiteten dort ca. 30 000 Beschäftigte³⁴, die zusammen 7 Prozent der gesamten Chemieproduktion der DDR produzierten,

29 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 14.

30 Schiefer, Mark: *Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989*, Göttingen 2018, S. 53-54, im Folgenden zitiert als: Schiefer: *Profiteur der Krise*.

31 Kohle wurde in der DDR bis zum Schluss als Energieträger für Wärme und Strom eingesetzt als auch als Grundstoff für chemische Verfahren. Die Kohle stellte eine Sicherheit für das Angebot einer breiten Produktpalette her, da die DDR-Rohstoffe insgesamt sehr knapp waren und auch

nur begrenzt importiert werden konnten bzw. durften. Schiefer: *Profiteur der Krise*, S. 56.

32 Schiefer: *Profiteur der Krise*, S. 56.

33 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 147.; Schiefer: *Profiteur der Krise*, S.56-58

34 Schwarz, Heinz: *Prägungen aus acht Jahrzehnten. Bitterfelder Weg eines Generaldirektors*, Schkeuditz 2004, S. 183-185. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Schiefer, Mark: *Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989*, Göttingen 2018, S. 48.

dies entsprach einem Warenwert von 5 Milliarden Mark pro Jahr (1987).³⁵

Gemäß der *Hauptabteilung XVIII/13 des MfS* kamen etwa 80 Prozent aller chemischen Erzeugnisse der DDR-Industriegüter aus Bitterfeld³⁶, allein das *Chemiekombinat Bitterfeld* produzierte über 4500 Einzelzeugnisse.³⁷ Die Chemiekombinate stellten Grundstoffe und Konsumgüter her, die sowohl für den heimischen Markt als auch für den Export produziert worden waren.³⁸ Gemäß des ehemaligen Generaldirektors Heinz Schwarz, gingen 30 bis 40 Prozent der Güter in den Export und der Rest in die *Staaten des RGW* (*Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*).³⁹ Die Hauptproduktionsgruppen des *EKB* waren die Elektrochemie (u.a. Chlorat-Elektrolyse, Aluminium-Elektrolysen), die Anorganische Chemie (u.a. Salpetersäure, Düngemittel), die Kunststoffe (u.a. PVC, PC), die Schädlingsbekämpfungsmittel (u.a. Hexa), die Organische Chemie (u.a. Chloroform), die Schwermetalle (u.a. Magnesium-Pulver) und die Leichtmetalle (u.a. Aluminium).⁴⁰ Die beiden Chlorkalielektrolysen I und III produzierten die vier wichtigsten Grundstoffe der

DDR-Chemieindustrie: Chlor, Natron- oder Kalilauge und Wasserstoff.⁴¹

Zu Beginn der 1950er Jahre entstanden aus der *Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland* die beiden volkseigenen Betriebe *Farbenfabrik Wolfen* und *Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld*, die sich 1969 zum *Chemiekombinat Bitterfeld* zusammenschlossen. Die *Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland* gehörte damals als Untergruppe zur *IG Farbenindustrie AG*.⁴² Zum *Chemiekombinat Bitterfeld* gehörten die *VEB Elektrokohle Lichtenberg* für chemische Elektrokohle und Graphit, der *VEB Vereinigte Sodawerke „Karl Marx“ Brandenburg-Straßfurt*, der *VEB Chemiewerk Nünchritz* für Fluor- und silikonorganische Chemie, der *VEB Chemiewerk Bad Köstritz* für anorganische Spezialprodukte mit dem Betriebsteil Mügeln, der *VEB Fettchemie Karl-Marx-Stadt* mit dem Betriebsteilen Mohnsdorf, Zwickau und Dresden, sowie der *VEB Domal Stadttilm* mit dem Betriebsteilen Klarofix in Leipzig, *USUS Haushaltschemie* in Goitzsch und Duxal in Dresden.⁴³

Seit 1936 wurden in Bitterfeld von Strafgefangenen Kali produziert.⁴⁴ Es konnte

35 Schiefer, Mark: *Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989*, Göttingen 2018 *Profiteure der Krise*, S. 48, im Folgenden zitiert als: Schiefer: *Profiteur der Krise*.

36 *Hauptabteilung XVIII/13 des MfS: Informationen zu einigen bedeutsamen Problemen des technischen Zustands der Produktions- und Erzeugungsanlagen im VEB CKB*, 1987; BStU, MfS, BV Halle, HA XVIII, Nr. 12183, Bl. 107. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Schiefer, Mark: *Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989*, Göttingen 2018 *Profiteure der Krise*, S. 49.

37 Schiefer: *Profiteure der Krise*, S. 54.

38 Vesting: *Zwangsarbeit im Chemiedreieck*, S. 14.

39 Schwarz, Heinz: *Prägungen aus acht Jahrzehnten. Bitterfelder Weg eines Generaldirektors*, Schkeuditz 2004, S. 240. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Schiefer, Mark: *Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989*, Göttingen 2018 *Profiteure der Krise*, S. 49.

40 Schiefer: *Profiteur der Krise*, S. 49.

41 Vesting: *Zwangsarbeit im Chemiedreieck*, S. 87.

42 Schiefer: *Profiteur der Krise*, S. 48.

43 Schwarz, Heinz: *Prägungen aus acht Jahrzehnten. Bitterfelder Weg eines Generaldirektors*. Schkeuditz 2004, S. 183. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Schiefer: *Profiteur der Krise*, S. 48.

44 Informationen der HA VII v. 26.06.1981; BStU; MfS, BV Halle, OD CKB, SA 1, abgedruckt bei: Sauer, Stefan: *Der missglückte Versuch, aus mir einen brauchbaren Menschen zu formen*,

daher von einer Kontinuität der Arbeit unter Zwang in Bitterfeld gesprochen werden, da dort ab 1968 für die DDR-Wirtschaft die ersten Strafgefangenen, damals noch für das *EKB*, beschäftigt worden waren.⁴⁵ Dass es sich an dieser Stelle um Zwangsarbeit handelte, untermauerte *Justus Vesting* in seinem Buch *Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR* anhand von drei Tatbestandsmerkmalen. Er führte dazu den Aspekt des Zwangs, d.h. die unfreiwillige Arbeitsausführung, den der Diskriminierung, d.h. der Unterscheidung zwischen Haftzwangsarbeiter:innen und Nicht-Haftzwangsarbeiter:innen sowie der Unterscheidung unter den Haftzwangsarbeiter:innen, unter denen es ebenso eine Kategorisierung gegeben hat, sowie dem Aspekt der vorsätzlichen Inkaufnahme von Gesundheitsschäden bei den eingesetzten Haftzwangsarbeiter:innen auf.⁴⁶

Die Haftzwangsarbeiter:innen wurden zu Beginn primär in der Chlorelektrolyse I und III, der Leichtmetall-Blockgießerei/Strangpresserei, der Ferrolegierungshütte, dem KAS, dem PC, dem Chlorat und Chromoxyd eingesetzt.⁴⁷ Anhand der sicherungstechnischen Maßnahmen, die zu der Zeit in den Betrieben des *EKB*/

Chemischen Kombinats Bitterfeld (CKB) installiert worden waren, ließ sich erkennen, dass der Einsatz von Haftzwangsarbeiter:innen auf längere Sicht gedacht worden war. Trotzdem wurde sie im Wesentlichen erst 1973 aufgrund des ansteigenden Arbeitskräftemangels eingesetzt.⁴⁸

Insgesamt ließen viele große Unternehmen wie *IKEA*, *Aldi*, *Quelle* oder *Siemens* ihre Produkte kostengünstig und oft unter unmenschlichen Bedingungen in der DDR herstellen.⁴⁹ Die Tageszeitung *Die Welt* eröffnete in ihrem Beitrag vom 7.9.1982, dass 65 Prozent der in ostdeutschen Haftanstalten produzierten Waren in den Westen exportiert werden würden.⁵⁰ Im System der DDR-Zwangsarbeit spielte die Chemieindustrie eine besondere Rolle, da Haftzwangsarbeiter:innen insbesondere in den Wirtschaftssektoren eingesetzt worden waren, in denen aufgrund der sehr schlechten und vor allem gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen, ein hoher Arbeitskräftemangel herrschte.⁵¹ Dieser führte zu Planreduzierungen und Produktionseinbrüchen in der Chemieindustrie, welche sich auf die DDR-Wirtschaft auswirkten und daher mit dem Einsatz von Haftzwangsarbeiter:innen kompensiert werden sollte.⁵² Ab

Naumburg 2002, S. 59-62. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37), Göttingen 2014, S. 79.

45 Vesting: *Zwangsarbeit im Chemiedreieck*, S. 86.

46 Vesting: *Zwangsarbeit im Chemiedreieck*, S. 14-16.

47 Vesting, Justus: „Mit Mut zum gesunden Risiko“. Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen

und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna unter besonderer Berücksichtigung des VEB Chemiekombinat Bitterfeld (Reihe „Sachbeiträge“, Teil 30), Magdeburg 2003, S. 13, im Folgenden zitiert als: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“.

48 Vesting: *Zwangsarbeit im Chemiedreieck*, S. 86.

49 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 285.

50 Sandor, Istvan: Zahlen, Fakten zum Haftalltag, in: *Die Welt* vom 07.09.1982, S. 7.

51 Vesting: *Zwangsarbeit im Chemiedreieck*. S. 107.

52 Produktionsdirektion [des CKB]: Konzeption über den Einsatz von Strafgefangenen im VEB

1972 verschärfte sich die Situation und die DDR-Regierung ging dazu über, Haftzwangsarbeiter:innen in sogenannten „Schwerpunktbetrieben“ einzusetzen, zu denen insbesondere das CKB zählte, um eine kontinuierliche und stabile Produktion zu gewährleisten.⁵³ Somit waren die Haftzwangsarbeiter:innen fest in den Produktionsprozess der Chemiekombinate eingeplant und notwendig. Sie sollten die „Erfüllung und gezielte Übererfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes“ gewährleisten.⁵⁴ Im Bericht *Konzeption über den Einsatz von Strafgefangenen im VEB CKB* [Dokument 4, S.73] wurde erklärt, dass aufgrund der Amnestie 1972 und dem daraus resultierenden Abzug der Haftzwangsarbeiter:innen aus dem VEB Chemiekombinat Bitterfeld, tiefgreifende Produktionseinbrüche entstanden, die nicht durch den Einsatz von Werksarbeiter:innen ausgeglichen werden konnten. Daher führte dies im Jahr 1973 zu einem vorhergesagten Planeinbruch und Planabsenkung im Umfang von 15 Mio Mark.⁵⁵ Die Notwendigkeit von Haftzwangsarbeiter:innen wurde ebenso in einem Bericht von 1976 untermauert. Dieser informiert darüber, dass die „Zuführung von Strafgefangenen [...] zwingend erforderlich ist, wenn CKB (Chemiekombinat Bitterfeld-Anm. der Red.) seinen Aufgaben als Exportbetrieb gerecht werden soll“.⁵⁶

Der Arbeitseinsatz der Haftzwangsarbeiter:innen erfolgte durch Vereinbarungen

zwischen den Strafvollzugseinrichtungen und den jeweiligen Betrieben, die ebenso für dessen Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzsicherheit verantwortlich waren, d.h. in diesem Fall zwischen dem Chemiekombinat Bitterfeld und dem Strafvollzug Bitterfeld. Die Häftlingsarbeit war für die Betriebe vorteilhaft, da für die Haftzwangsarbeiter:innen eine Arbeitspflicht bestand, welche bei Weigerung mit Gewalt durchgesetzt worden wäre. Sie unterstanden wie die Bausoldaten einer Verpflichtung zur Arbeit und konnten ihren Einsatzort weder selbst bestimmen, noch wechseln. Ebenso waren die Haftzwangsarbeiter:innen billige Ersatzarbeitskräfte, die zu geringerem Tariflohn arbeiten mussten, im Vergleich zu den zivilen Werksarbeiter:innen. Darüber hinaus konnten die Haftzwangsarbeiter:innen durchgängig ohne Anspruch auf Urlaub beschäftigt werden. Somit konnte das CKB ebenfalls ihre Investitionen in neue Maschinen und in den Arbeitsschutz weitgehend einsparen. Die gesundheitlichen Schäden wurden von der SED-Regierung gewissenhaft in Kauf genommen, um die Produktion aufrechtzuerhalten und ihre viel zu hohen Planziele zu erreichen⁵⁷

Die Auswahl für die Zwangsarbeit in den Kombinatene geschah wahllos. Der Großteil, der dort Beschäftigten hatte keine Vorkenntnisse in chemischen oder in chemieanlagentechnischen Bereichen.

CKB (9.7.1973), LHASA, Abt. MER, BDVP Halle 19.1, Nr. 1238, Bl. 247-254, hier S. 249. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 86.

⁵³ Produktionsdirektion [des CKB]: Konzeption über den Einsatz von Strafgefangenen im VEB CKB (9.7.1973), S. 249. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 87.

⁵⁴ Leiter der StVE Bitterfeld: Referat zur ökonomischen Konferenz (24.11.1975), LHASA MER,

BDVP Halle 19.1, Nr. 1237, Bl. 19, zit. nach: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 3.

⁵⁵ LHASA MER, BDVP Halle, 19.1., Nr. 1238, Bl. 253. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 13.

⁵⁶ Bericht des Chemiekombinats Bitterfeld, 1970 liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 2.

⁵⁷ Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 3-8.

Daher kam es u.a. fast täglich zu mittelschweren bis schweren Arbeitsunfällen.⁵⁸ Um zwei Beispiele zu nennen: es wird zum einen darüber berichtet, dass sich ein Arbeiter bei der Verarbeitung von Aluminium so stark den echten Arm verletzte, dass ein Mithäftling ihm als „Narkoseersatz“ einen Kinnhaken verpassen musste. Ebenso wird geschildert, dass sich ein Arbeiter in der Abteilung Chlor mit Chlorlauge die Zehen des rechten Fußes wegätzte.⁵⁹

Die Unfälle passierten einerseits aus Unwissenheit, andererseits aus mangelnden Arbeitsschutzmaßnahmen. Von den Chemiekombinaten der DDR war das in Bitterfeld dasjenige, welches die menschenunwürdigsten Arbeitsbedingungen aufwies. Aus den veralteten Anlagen traten ununterbrochen giftige Chlor- und Quecksilberdämpfe aus. Aufgrund der hohen Raumtemperatur in den Betrieben verdampfte das hochgiftige Quecksilber in den Industriehallen. Die Fenster waren wegen der Fluchtgefahr zugemauert. Ebenso gab es kein adäquates Belüftungssystem.⁶⁰ Somit waren die Haftzwangsarbeiter:innen täglich giftigen Dämpfen und Substanzen ausgesetzt, die zu gefährlichen gesundheitlichen Problemen führten.⁶¹

Ein ehemaliger Bitterfelder Häftling beschrieb die Arbeitsbedingungen wie folgt: *„Wenn man sich als Kind so in Kinderbüchern die Hölle vorstellt, so ungefähr war*

*mein erster Eindruck“.*⁶² Am 11. Juli 1968 kam es aufgrund der schlechten Sicherheitsmaßnahmen zum größten Chemieunfall in der DDR-Industrie. In der Produktionshalle für PVC kam es zu einer gewaltigen Explosion, die durch unkontrolliert ausströmendes Vinylchlorid ausgelöst wurde. Hierbei kamen 42 Menschen ums Leben und weitere 300 mussten mit Vergiftungen, Verbrennungen und Knochenbrüchen aus der Produktionshalle geborgen werden.⁶³ Die Arbeitsbedingungen und die Unfälle, die in Bitterfeld an der Tagesordnung standen, sind auch in der Bundesrepublik bekannt gewesen.⁶⁴ Auf das Wohlergehen der Haftzwangsarbeiter:innen wurde kaum Rücksicht genommen. In der Haftzwangsarbeit stand für die SED-Regierung die Umerziehung der Arbeitenden zu geeigneten DDR-Bürger:innen im Vordergrund.⁶⁵

Insgesamt waren die Arbeitenden extremen Arbeitsbedingungen ausgesetzt, bei denen sie unter schlechten hygienischen Bedingungen schwere körperliche Arbeiten leisten mussten. Die giftigen Substanzen schädeten dabei nicht nur den Arbeitenden, sondern auch der Umwelt, die aufgrund der hohen Produktion einer extremen Belastung ausgesetzt war.⁶⁶ Die giftige Chlorlauge verätzte die Haut, Quecksilberdämpfe beschädigte die Lunge, die Arbeitenden litten unter Ver-

58 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 87.

59 Wunschik: Zwangsarbeiter im Chemiedreieck, S. 84.

60 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 84.

61 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 107.

62 Interview mit dem ehemaligen Bausoldaten L. am 15.5.2003. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert

nach: Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 9.

63 Schiefer, Profiteur der Krise, S.49.

64 Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 2.

65 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 107.

66 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 107.

giftungserscheinungen, Hautveränderungen und Atemproblemen.⁶⁷ Im März 1983 berichtete darüber die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, indem sie darauf aufmerksam machte, dass es in dem Chemiekombinat Bitterfeld vermehrt zu Quecksilbervergiftungen von Häftlingen gekommen wäre. Es seien insgesamt zwei Todesfälle von DDR-Häftlingen durch Quecksilbervergiftung bekannt gewesen.⁶⁸ Um die Diskussionen in der BRD über die Arbeitsbedingungen im Chemiedreieck zu beruhigen, ist der Ausreiseantrag in die Bundesrepublik nur noch für diejenigen Strafgefangenen bestätigt worden, die nicht in diesem Bereich gearbeitet hatten. Allerdings konnte dies aufgrund der hohen Zielsetzung der DDR-Wirtschaft nur bedingt eingehalten werden.⁶⁹ Daher eröffnete die Staatssicherheit, dass es „zu prüfen wäre, ob die Arbeitsbedingungen [...] den Anforderungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes entsprechen“.⁷⁰ Als vorübergehende Lösung der gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen sind einige Haftzwangsarbeiter:innen in andere Kombinate versetzt worden, um sich von der permanenten Vergiftung „zu Erholen“.⁷¹

Ob die Haftzwangsarbeit für die DDR-Staatskasse insgesamt ein Verlustgeschäft oder eine Profitquelle war, ist schwer zu beantworten. Denn weder die

volkseigenen Betriebe noch die DDR-Regierung stellten derartige Berechnungen auf. Daher ist es schwierig dessen Wirtschaftlichkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit in der Marktwirtschaft zu bestimmen.⁷² Trotzdem können als Hauptprofiteur der Haftzwangsarbeit die *VEB der CKB* und somit die DDR-Regierung genannt werden. Sie setzte die Haftzwangsarbeiter:innen gezielt an neuralgischen Punkten in den Chemiekombinaten ein, um ihre planwirtschaftlichen Ziele nicht nur zu erreichen, sondern diese auch zu übertreffen. Die neuralgischen Punkte waren primär die gefährdeten Produktionsabschnitte, in denen kein Werksarbeiter freiwillig, aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und den gesundheitlichen Gefahren, arbeiten wollte. Dazu zählten vor allem die Anlagen Chloralkalielektrolyse, PC-Pulver, Aluminiumhalbzeuge, Ferrohütte, Chlorat, Kalkammonsalpeter und Chromverbindungen.⁷³ Unabdinglich waren die Haftzwangsarbeiter:innen wesentlich bei der Produktion von Chlor. Aus Chlor ließen sich viele wichtige Chemieerzeugnisse gewinnen wie PSM, Plaste, organische Lösungsmittel für die Filmindustrie etc. Nur im Kombinat Chlor erwirtschafteten die Haftzwangsarbeiter:innen einen Warenproduktionswert von ca. 35 Mio.

67 Fugmann, Tom: Schuften für den Klassenfeind: Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen, in: Mitteldeutscher Rundfunk, 14. Juni 2021, URL: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/devisen/zwangsarbeit-gefaengnis-haft-westprodukte-100.html>, abgerufen am: 31.12.2021.

68 „Todeskommando in Bitterfeld“ in: FAZ, 25.3.1983. Der Artikel liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 107.

69 Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 2.

70 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden: Zu einigen Problemen des Kontrollauftrages

v. 20.4.1976; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VII 7384, Bd. 1, Bl. 420-425. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 79.

71 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 87.

72 Wölbern: Aufarbeitung, S. 29.

73 LHASA MER, Industrie KL SED CKB, IV/D-4/25/033, Bl. 76. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 15.

Mark.⁷⁴ Insgesamt erwirtschafteten die Haftzwangsarbeiter:innen im CKB jährlich einen wirtschaftlichen Nutzen von 1 Mrd. Mark.⁷⁵

Ob die Haftzwangsarbeiter:innen einen wesentlichen wirtschaftlichen Nutzen für die Volkswirtschaft der DDR hatten, kann nicht genau eingeschätzt werden, da sie einerseits eine lebens- und produktionsnotwendige Bedeutung für die finanziellen Wertschöpfung der Chemiebetriebe hatten, auf der anderen Seite aber als Lückenfüller und somit als kostengünstige Alternative für die ausbleibenden Arbeitskräfte fungierten, um die DDR-Chemiewirtschaft zu stabilisieren.⁷⁶ Allerdings kann mit Sicherheit behauptet werden, dass die DDR-Chemieindustrie ohne die Haftzwangsarbeiter:innen nicht bis 1989/90 weiter bestanden hätte, dazu waren die Produktionsstätten zu fragil und in Kernbereichen unterbesetzt. Die immer wieder ausgesprochenen Amnestien (1972, 1979, 1987) und die daraus erfolgenden Arbeitskräfteknappheiten provozierten eine fortwährende Gefahr von massiven Produktionseinbrüchen und einer Unterbrechung der Energieversorgung.⁷⁷

Das CKB verkörperte den Grundpfeiler der DDR-Industrie, daher musste ihr Betrieb mit aller Kraft aufrechterhalten bleiben. Die Planziele, die sich die Regierung gesetzt hatte, waren aufgrund der immer

maroder werdenden Infrastruktur im *Kombinat Bitterfeld* unmöglich. Ihr notwendiger Einsatz in den CKB spiegelte den Tiefpunkt der DDR-Wirtschaft in den 70er Jahren wider. Es zeigte den verzweifelten Versuch der SED-Regierung den Wirtschaftsplan aufrechtzuerhalten.

Nähen für den Exporthandel – Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie

Denken wir heute an die globale Textil- und Bekleidungsindustrie, verbinden wir damit oft Unterbezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit und billige Massenproduktion um jeden Preis. Die prekären Verhältnisse der Beschäftigten drängen Parallelen zu Zwangsarbeit auf. In der DDR war auch die Textil- und Bekleidungsindustrie Einsatzort für Haftzwangsarbeiter:innen. In den 1970er Jahren waren 13% der DDR-Haftzwangsarbeiter:innen in der Leichtindustrie eingesetzt, zu der neben der Textilindustrie Bereiche wie die Holz-, und Lebensmittelindustrie zählten.⁷⁸ Einer dieser Einsatzorte war die Frauenhaftanstalt *Hoheneck* in Stollberg. Bereits seit 1950 mussten die hier inhaftierten Frauen neben Aufgaben im Haushalt und in der Instandhaltung des Lagers Bettwäsche und Uniformen

74 LHASA MER, BDVP Halle 19.1, Nr. 1238, Bl. 249. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 15.

75 OD CKB: Aktenvermerk zu der Beratung am 20.08.81 zu den Problemen des Abbaus von Gefährdungen in den Chlor-Elektrolysen des VEB CKB (20.8.1981), BStU, Ast Halle, Abt. XVIII, Sachakte 7, Bl. 20. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting: „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 15.

76 Vesting: Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 118-119.

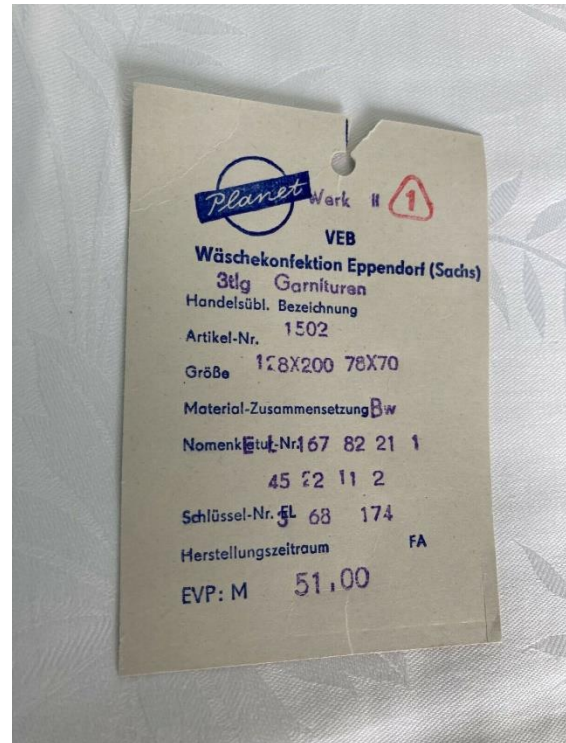
77 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 49-56.

78 Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat, (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte, 7), Hildesheim u.a. 2011, S. 267, im Folgenden zitiert als: Schmidt: Zwangsarbeit im Strafvollzug.

für die Kasernierte Volkspolizei (KVP) nähen.⁷⁹ Später produzierten sie auch für diverse DDR-Betriebe; zwei Beispiele aus dem Textilbereich möchte ich herausgreifen:

Der Volkseigene Betrieb (VEB) *Planet Wäschekonfektion Eppendorf* stieg 1955 in die Produktion in *Hoheneck* ein.⁸⁰ Die *Planet-Werkstätten* nahmen zeitweise den gesamten Nordflügel der Haftanstalt ein. Die Haftzwangsarbeiterinnen verrichteten alle Produktionsschritte, vom Zuschchnitt bis zur Verpackung. Mitte der 60er waren mehr als 250 Frauen aus *Hoheneck* für den VEB *Planet* im Einsatz, in den 70ern steigerte sich diese Zahl auf ein Hoch von über 300. Zu Beginn nähten die Frauen Bettwäsche, Damen- und Herrenbekleidung, Arbeitsschürzen und Babywäsche.⁸¹ Ab 1960 wurde die Produktion auf Bettwäsche und Fahnen beschränkt. Um die in den Planvorgaben des SED-Staates vorgesehenen Quoten zu erfüllen, arbeiteten die Frauen im Dreischichtsystem Tag und Nacht. 1974 sollte eine Frau pro Schicht an 180–200 Bettbezügen die Seitennähte schließen (bei einer Acht-Stunden-Schicht hatte man also weniger als drei Minuten für eine Naht), bei Kopfkissen war die Vorgabe 250–350 Nähte pro Schicht. Bis 1988 erhöhten sich diese Normen auf 287 Bettbezüge, bzw. bei Kopfkissen drastisch auf 674. Später befragte Zeitzeuginnen berichteten, dass viele kaum 60% dieser Vorgabe erfüllen konnten.

In den 1970er Jahren begann auch das Strumpfkombinat *Esda Thalheim* einen Teil seiner Produktion in die Haftanstalt *Hoheneck* zu verlegen. Im Rahmen der



Etikett einer Bettwäsche Garnitur des VEB *Planet Wäschekonfektion Eppendorf*. Quelle: Familie Seifert/Wieder.

Konzentration und Kombinatiensbildung der DDR-Wirtschaft hatte sich *Esda* 1970 aus einer Vielzahl von Strumpfwirkereien der Region Stollberg gebildet und sollte 1971 laut Plan 114 Millionen Paar Strümpfe und Strumpfhosen für das Damen-, Herren- und Kindersortiment produzieren.⁸² Generell waren die an den Staat abzuführenden Gewinne zu hoch, als dass in moderne Maschinen investiert werden konnte: Zumindest in *Hoheneck* ließ *Esda* noch auf Vorkriegsnähmaschinen nähen.⁸³ Die Frauen aus *Hoheneck* wurden auch hier im Dreischichtsystem eingesetzt. Arbeiten umfassten etwa das Formen des Strumpfhosenstoffes an sogenannten „Heißformern“, wobei giftige Dämpfe freigesetzt wurden und große

⁷⁹ Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 181.

⁸⁰ Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 192–193.

⁸¹ Bastian; Neubert: *Schamlos ausgebeutet*, S. 85.

⁸² Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 182–183.

⁸³ Bastian; Neubert: *Schamlos ausgebeutet*, S. 85.

Hitze entstand.⁸⁴ 1972 mussten von den 900 Insassen 132 Frauen für *Esda* arbeiten. Ein Jahr später beschäftigten *Esda* und der VEB *Planet* gemeinsam 800 Häftlingsfrauen, eine Überbelegung der Haftanstalt wurde für eine optimale Produktion in Kauf genommen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet nahm die Anzahl der bei *Esda* beschäftigten Haftzwangsarbeiterinnen jedoch ab.⁸⁵

Rentabilität der Haftzwangsarbeit für DDR-Betriebe

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, profitierten die DDR-Betriebe eher indirekt von der Haftzwangsarbeit: Sie mussten (wenn auch an die Strafvollzugsanstalt) volle Tariflöhne zahlen,⁸⁶ profitierten aber von den schlechten Arbeitsbedingungen. Im Gegensatz zu zivilen Arbeiter:innen konnten die Frauen in *Hoheneck* 48 Stunden die Woche im Dreischichtsystem sowie zu Sonderschichten an Sonn- und Feiertagen eingesetzt werden, ohne Urlaubsanspruch.⁸⁷ Die gesamte Textil- und Bekleidungsindustrie hatte ab den 70er Jahren durch die Abwanderung von Fachkräften in den Westen sowie den demografisch bedingten Wandel mit einem

massiven Arbeitskräftemangel zu kämpfen.⁸⁸ Neben der gesteuerten Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem sozialistischen Ausland, allen voran aus Vietnam, Mosambik und Kuba, sowie einer Erhöhung des Studierendensatzes in der Leichtindustrie sollte auch der Einsatz von Haftzwangsarbeiter:innen diesen Mangel ausgleichen.⁸⁹

Auch das Exportieren der Produkte war gesamtwirtschaftlich gesehen eher ein Verlustgeschäft.⁹⁰ *Esda Thalheim* erwirtschaftete im Jahr 1980 durch die in den Westen exportierten Damenstrumpfhosen einen Erlös von 29 Millionen DM.⁹¹ VEB *Planet Wäschekonfektion Eppendorf* konnte Ende der 50er Jahre bereits ein Exportvolumen von 2,5 Millionen DM erzielen.⁹² Davon abzuziehen waren jedoch die Lohn- und Selbstkosten des Kombi-nats. Exakte Gewinn- bzw. Verlustspannen können nur schwer berechnet werden, da das Wertverhältnis zwischen (Ost-)Mark und DM bzw. der sogenannten Valutamark unklar ist.⁹³ Es ist aber sicher, dass die Ausgaben für die Selbstkosten der Betriebe, die Kosten für den Strafvoll-

84 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 183-184.

85 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 191.

86 Dabei muss bemerkt werden, dass der Großteil des Lohnes nicht bei den Arbeiter:innen ankam, sondern von den Haftanstalten für ihre Unterbringung und Verpflegung einbehalten wurde. Zudem kam es zu Lohnkürzungen, wenn die Norm nicht erfüllt werden konnte. Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR (Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF)), Berlin 2015, S. 85-86, im Folgenden zitiert als: Wölbern:

87 Schmidt: Zwangsarbeit im Strafvollzug, S. 252; Wölbern: Aufarbeitung, S. 30.

88 Heimann, Christian: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das

Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989 (Europäische Hochschulschriften V, Betriebs- und Volkswirtschaft 2056), Frankfurt a.M. 1997, S. 331, im Folgenden zitiert als: Heimann: Systembedingte Ursachen des Niedergangs.

89 Heimann: Systembedingte Ursachen des Niedergangs, S. 331; Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 85.

90 Wölbern: Aufarbeitung, S. 31.

91 Wölbern: Aufarbeitung, S. 29.

92 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 192.

93 Wölbern: Aufarbeitung, S. 30-31. Valuta bezeichnete in der sozialistischen Wirtschaftslehre eine Fremdwährung. Die „Valutamark“ war eine Rechnungseinheit der DDR, die weitgehend der D-Mark entsprach.

zug sowie die Kosten der Außenhandelsunternehmen die Einnahmen durch den Exporthandel überstiegen.⁹⁴ Die Produkte konnten im westlichen Ausland wegen mittlerer Qualität und mäßiger modischer Aktualität nur einen Platz im unteren Preissegment einnehmen und wurden daher zu sehr niedrigen Preisen verkauft.⁹⁵ Der Export in westliche Länder musste stark subventioniert werden, wurde aber dennoch von staatlicher Seite gefordert, um Devisen zu erwirtschaften.⁹⁶

Die Textil- und Bekleidungsindustrie war nach dem Maschinenbau die zweitwichtigste Exportbranche der DDR.⁹⁷ Sie machte in den 70er und 80er Jahren 5% des Nettoinlandsproduktes aus.⁹⁸ 1/3 der Produktion der Bekleidungsindustrie und 1/5 der produzierten Textilien der DDR wurden exportiert.⁹⁹ Die Produkte gingen v.a. in das sozialistische Wirtschaftsgebiet (50%) und in die BRD (25%).¹⁰⁰ Der Anteil der Exporte der Branche stieg zwischen 1955 und 1965 an. In diesem Zeitraum lässt sich eine Wachstumsrate des Exports um das 4,8-Fache verzeichnen.¹⁰¹ In Bezug auf den Westexport handelt es sich nur vor dem Hintergrund des Devisenbedarfs der DDR um einen Erfolg. Exporte in das sozialistische Wirtschaftsgebiet dienten dagegen v.a. zur Kompensation der Rohstofflieferungen.¹⁰²

Die größte wirtschaftliche Bedeutung im Export der Produkte aus Hoheneck hatten die Waren von *Esda Thalheim*.¹⁰³ *Esda*



Ausstellungsvitrine von *Esda Thalheim* bei der Leipziger Herbstmesse 1954, die auch für westdeutsche Besucher:innen offen war. Quelle: SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Roger Rössing & Renate Rössing.

Thalheim konnte mit 17.000 Beschäftigten, vermutlich inklusive der Haftzwangsarbeiterinnen, 1979 als Gigant in der Branche gelten. 1977 produzierte *Esda* 240 Millionen Paar Strumpfwaren, davon mehr als die Hälfte für Frauen. Zuletzt konnte der Betrieb sogar eine Jahresproduktion von 420 Millionen Paar Strumpfwaren erreichen und exportierte in 23 westliche Staaten. Diese wurden in der BRD etwa an *Aldi*, *Karstadt*, *Hertie*, *Horten*, *Kaufhof*, *Kaufhalle* und *Woolworth* ver-

94 Wölbern: Aufarbeitung, S. 31.

95 Heimann: Systembedingte Ursachen des Niedergangs, S. 211; Riesch, Roman: Lage und Perspektiven der Textil- und Bekleidungsindustrie, Mainz 2000, S. 74, S. 76-77, im Folgenden zitiert als: Riesch: Lage und Perspektiven.

96 Wölbern: Aufarbeitung, S. 31-32; Riesch: Lage und Perspektiven, S. 76.

97 Riesch: Lage und Perspektiven, S. 76.

98 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 182.

99 Riesch: Lage und Perspektiven, S. 76.

100 Riesch: Lage und Perspektiven, S. 76-77.

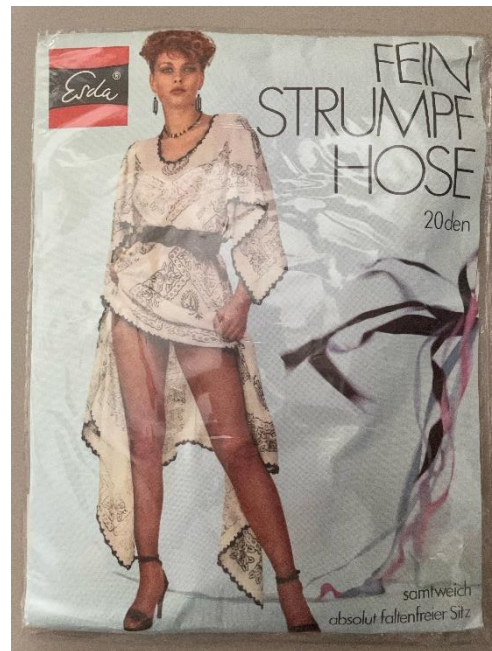
101 Heimann: Systembedingte Ursachen des Niedergangs, S. 210.

102 Riesch: Lage und Perspektiven, S. 75.

103 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 185f, 189.

kauft und von diesen unter anderer Kennzeichnung vertrieben. So konnte man etwa die in der DDR von *Esda* produzierten und verkauften Strumpfhosen in der BRD bei *Aldi* unter den Namen *Sayonara* oder *Iris*, oder bei *Woolworth* als *Petit Chat* oder *Caprice* erwerben. Da die DDR-Regierung Strumpfhosen nicht als Grundbedarf ansah, wurden sie entsprechend teuer verkauft. Manche *Esda* Strumpfhosen kosteten in der DDR bis zu 18 Mark,¹⁰⁴ im Westen konnten Kunden sie für nur 0,75 DM erwerben.¹⁰⁵ Die absoluten Preise sind wegen der fehlenden Konvertibilität der Währungen kaum direkt zu vergleichen. Aufschlussreicher ist die Relation zum durchschnittlichen Haushaltseinkommen, wodurch der eklatante Unterschied der absoluten Preise noch verschärft wird: Dieses lag in der DDR im Grunde durchweg unter dem der BRD.¹⁰⁶

Die Produktion des VEB *Planet Eppendorf* nahm im Gegensatz zu *Esda* stetig ab. 1977 produzierte der Betrieb noch 15 Millionen Stück Bettwäsche, 10 Jahre später belief sich die planmäßige Produktion nur noch auf 6,4 Millionen Stück.¹⁰⁷ Die Waren wurden an große Westdeutsche Versandhäuser und Kaufhauskonzerne wie *Neckermann* und *Woolworth* verkauft und von dort aus weitervertrieben.¹⁰⁸ Auch *Quelle* bezog jährlich Waren von im Wert von etwa 250 Millionen DM aus der DDR.¹⁰⁹ Darunter befanden sich neben Textil- und Bekleidungsprodukten v.a.



Strumpfhose der Firma *Esda Thalheim*, ca. 80er Jahre. Quelle: Leonie Freudenfeld.



Strumpfhose *Sayonara* verkauft von *Aldi*, ca. 70er Jahre. Quelle: Leonie Freudenfeld.

¹⁰⁴ Schuster, Lisa-Maria: Bunte Beine – Bunte DDR? Die Dederon-Mädchenstrumpfhose, in: DDR Museum Pforzheim, 24.09.2021, URL: <https://www.pforzheim-ddr-museum.de/2021/09/dederon-strumpfhosen>, abgerufen am: 09.01.2021.

¹⁰⁵ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 190.

¹⁰⁶ Statista: Durchschnittliches monatliches Bruttoarbeitsseinkommen der vollzeitbeschäftig-

ten Arbeitnehmer in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949 bis 1989, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249254/umfrage/durchschnittseinkommen-in-der-ddr>, abgerufen am: 07.01.2021.

¹⁰⁷ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 193.

¹⁰⁸ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 192.

¹⁰⁹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 203.

Elektronikwaren wie Rundfunk- und Fernsehgeräte.¹¹⁰

Die Unternehmen im Westen und Entschädigungen

Insgesamt importierte die BRD 1983 ca. 45,2 Millionen Damenstrumpfhosen im Wert von 32 Millionen DM, sowie Bettwäsche im Wert von 40 Millionen DM von DDR-Betrieben.¹¹¹ Die beteiligten Westunternehmen hatten keinen direkten Kontakt zu den DDR-Betrieben. Zwischengeschaltet waren die *Außenhandelsbetriebe (AHB)*, die über die Treuhandstelle für Interzonenhandel mit den DDR-Betrieben handelten.¹¹² Durch diese Zwischenfirmen konnten die Westfirmen zum Teil schwer nachverfolgen, wer für sie produzierte. Es bleibt aber festzuhalten, dass sie auch wenig Interesse daran hatten, dies herauszufinden, und keine eigenen Nachfragen oder Recherchen anstellten.¹¹³ Durch Berichte freigekaufter ehemaliger Häftlinge oder heimlich eingekaufte Nachrichten der Häftlinge, die u.a. in von *Quelle* vertriebenen Produkten in den 1980ern gefunden wurden, muss den Unternehmen jedoch wenigstens die Möglichkeit einer Häftlingsproduktion bewusst gewesen sein.¹¹⁴ Statt Recherchen einzuleiten, versuchte *Quelle* jedoch,

diese Funde gegenüber der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Auch akzeptierte man, dass eigene Mitarbeiter:innen unter keinen Umständen Zutritt zu den DDR-Produktionsbetrieben erhielten.¹¹⁵ *Galeria Kaufhof* hat inzwischen selbst Recherchen bei der Stasi-Unterlagenbehörde sowie im Bundesarchiv eingeleitet, um eine eigene Schuld und Beteiligung an der Haftzwangsarbeit zu überprüfen.¹¹⁶ *Aldi Nord* und *Aldi Süd* bestätigten die Geschäftskontakte über die Außenhandelsbetriebe zur Firma *Esda Thalheim*, betonten jedoch, keine Kenntnis über den Einsatz von Häftlingen in der Produktion gehabt zu haben.¹¹⁷ In einer Stellungnahme von *Aldi Nord* heißt es: „Wir bedauern und verurteilen aufs Schärfste die in der ehemaligen DDR offenbar übliche Praxis, politische Häftlinge und Strafgefangene unter Zwang für die Produktion von Waren einzusetzen.“¹¹⁸ Von Entschädigungszahlungen war keine Rede.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Westunternehmen durch die Dumpingpreise der DDR hohe Gewinne erzielen konnten.¹¹⁹ Briefe und Presseberichte von Freigekauften blieben unbeantwortet, auch Bitten, die Verträge mit den DDR-

110 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 129.

111 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 187-188.

112 Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 46-47.

113 Sachse, Christian: Verschleierte Zwangsarbeit für westliche Firmen, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 07.10.2016, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit>, abgerufen am: 14.12.2021.

114 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 204.

115 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 204; Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 319.

116 Fannrich-Lautenschläger, Isabel: DDR-Zwangsarbeit: Kaufhof unter Druck, in: Deutschlandfunk, 04.02.2014, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/ddr-zwangsarbeit-kaufhof-unter-druck-100.html>, abgerufen am: 14.12.2021.

117 SWR: Mehr Westfirmen als bisher bekannt profitierten von DDR-Zwangsarbeit politischer Häftlinge, 14.01.2014, URL: <https://www.swr.de/report/presse/ddr-zwangsarbeit/-/id=1197424/did=12690652/nid=1197424/77cvmu/index.html>, abgerufen am: 15.12.2021, im Folgenden zitiert als: SWR, DDR-Zwangsarbeit.

118 Die Stellungnahme liegt nicht vor. Zitiert nach: SWR: DDR-Zwangsarbeit.

119 Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 273, S. 335.



IKEA in Aarhus, 2010. Quelle: KALX999, CC BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:IKEA,_Aarhus.JPG, via Wikimedia Commons, aufgerufen am 15.01.2022.

Betrieben zu kündigen, wurden ignoriert.¹²⁰ Entschädigungszahlungen wurden bisher abgelehnt, da die Häftlinge nicht direkt bei den westdeutschen Firmen angestellt waren. Die ehemaligen Einsatzbetriebe in der DDR wurden nach der Wiedervereinigung von der Treuhandanstalt bzw. von der Bundesanstalt für vermögensbedingte Sonderaufgaben (BvS) privatisiert. Die Nachfolgeunternehmen lehnen eine Verantwortung für das damalige Geschehen ab, da sie durch den Kauf der Betriebe die vorher geschaffenen Werte an das BvS vergütet haben.

IKEA als Profiteur der Haftzwangsarbeit in der DDR

Der Begriff „Zwangsarbeit“ wurde in den 50er Jahren aus öffentlichen Texten der DDR verbannt und fortan mit dem Terminus „Arbeitserziehung“ ersetzt.¹²¹ Dieser Begriff ist angelehnt an das sowjetisch-sozialistische Ideal einer Gesellschaftsform, dass *„vordergründig das Ziel der »Erziehung durch gesellschaftlich nützliche Arbeit« verfolgt, die die Gefangenen dazu bringen sollte, »künftig die Gesetze des sozialistischen Staates« einzuhalten und ihr Leben »verantwortungsbewusst zu gestalten«.*¹²²

¹²⁰ Bastian; Neubert: Schamlos ausgebeutet, S. 53, S. 107.

102

¹²¹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S.16.

¹²² Wölbern: Aufarbeitung, S. 4.

In der Praxis ging es jedoch primär um die volle Wertschöpfung von billiger Arbeitskraft und darum diese möglichst effizient zu nutzen. *„Von Beginn bis Ende wirkten dabei die SED, die Verwaltung Strafvollzug einschließlich der StVE, das MfS als Kontrollinstanz sowie die Staatliche Plankommission, die Industrieministerien und die Kombinate und Arbeitseinsatzbetriebe zusammen, um die Arbeitskraft der Häftlinge möglichst intensiv auszunutzen.“*¹²³

Obwohl diverse Medien bereits in den 70er Jahren von Fällen der Haftzwangsarbeit in DDR-Strafvollzügen berichteten und mit ihren Vermutungen an die Firmen herantraten, sollte es über 30 Jahre dauern, bis sich politisch, juristisch und zeithistorisch mit diesem Themenkomplex auseinandergesetzt werden sollte.¹²⁴ Im Herbst 2012 drängte das Thema „Haftzwangsarbeit“ dann am Beispiel von *IKEA* in einer nie zuvor da gewesenen Wucht in die mediale Präsenz Deutschlands.

Bereits in den 60er Jahren begann *IKEA* im Ostblock nach Produktionsmöglichkeiten zu suchen, da die einheimische Industrie zum Boykott des Billigproduzenten aufrief. Produzieren ließ *IKEA* vermutlich erst 1969/70 in der DDR. Der Anteil der Möbel im Gesamtumsatz des

Handels zwischen Schweden und der DDR stieg in den Jahren 1965 mit 0,5 % auf 2,5% im Jahre 1970 an. Durch Schwedens diplomatische Anerkennung der DDR 1972/73 stieg der Außenhandelsumsatz an.¹²⁵ Der Anteil Schwedens am gesamten Außenhandelsumsatz der DDR lag allerdings immer zwischen 0,8% und 1,6% und war somit im Vergleich zu anderen Ländern eher gering.¹²⁶

Der Handel wurde von beiden Seiten aktiv gefördert. Die DDR präsentierte sich 1973 als Möbelproduzent auf der Göteborger Messe.¹²⁷ Die politischen Beziehungen Schwedens verschlechterten sich ab 1977, da sich nun im öffentlichen Diskurs mit Menschenrechten in sozialistischen Staaten auseinandergesetzt wurde. Erst durch die Abschaffung der Straftat „Arbeitserziehung“ in der DDR stieg 1978 das Handelsvolumen mit Möbeln wieder an.

Da die DDR die BRD als Ausland betrachtete, bedurfte es einer zentralen Schaltstelle für den innerdeutschen Handel. Die *Treuhandstelle für Interzonenhandel*¹²⁸ war die tonangebende Steuerungszentrale für den gesamten innerdeutschen Handel in der Bundesrepublik über die gesamte Teilungsgeschichte hinweg.¹²⁹ Sie bestimmte den Umfang und die Art der Waren, die die innerdeutsche Grenze

¹²³ Wölbern: Aufarbeitung, S. 23.

¹²⁴ Es gilt hier zu ergänzen, dass bereits 1967 „Amnesty International“ darüber berichtete, dass Polstermöbel für den Export im Zuchthaus hergestellt werden. Hierauf folgten einige andere Menschenrechtsorganisationen die auf diesen Missstand hinwiesen und 1979 geriet auch *IKEA* ins Schussfeuer, da der CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn im deutschen Bundestag verlauten ließ, dass die Hängelampe „Svit“ im Jugendzuchthaus Halle von 14 – 16jährigen hergestellt werde. Siehe hierzu Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 51-52.

Kamprad behauptete 2014 in der Frankfurter Rundschau, er habe bereits 1984 den Vertrag mit dem Lampenhersteller in Halle aufgehoben, nach Unterlagen des MfS war dies allerdings nicht der Fall. Siehe hierzu Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 362.

¹²⁵ Sachse: Das System der Zwangsarbeit S. 349-350.

¹²⁶ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 347.

¹²⁷ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 350.

¹²⁸ Sie wurde 1982 in Treuhandstelle für Industrie und Handel umbenannt. Siehe hierzu Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 320.

¹²⁹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 320.

passieren durften und so den zollfreien Zugangsweg nach Westberlin nutzen konnten. Ihr Interesse galt der Überwachung: So sollte einer Überflutung der bundesdeutschen Industrie mit „Billigwaren“ aus dem Osten entgegengewirkt werden.¹³⁰

Als die DDR 1980 nahezu insolvent war, bedurfte es neuer Ideen zur Exportsteigerung. Die Möbelindustrie geriet unter Druck: Aufgrund des Zuwachses der Möbelimporte und dem damit verbundenen Konkurrenzdruck auf westliche Betriebe wurde im selben Jahr durch „Preisprüfungsverfahren“ maximale Lieferkontingente festgelegt, um auf den Konkurrenzdruck zu reagieren. Unterstützt durch die Treuhandstelle sollte mit einem solchen Prüfungsverfahren besonders die Einfuhr von Polstermöbeln eingeschränkt werden und anschließend einem „Einzelgenehmigungsverfahren“ unterworfen werden.¹³¹

Am profitabelsten für *IKEA* war hier jedoch der innerdeutsche Devisenhandel mit den zwei verschiedenen Währungen (D-Mark und Valutamark). So ließen sich für die DDR gewinnbringende Tauschgeschäfte abwickeln, da sie mehr aus der BRD importierte als exportierte.¹³² Als deutscher Teilstaat profitierte die DDR erheblich von den Vorteilen des gesamten westeuropäischen Marktes, da Produkte aus der DDR zollfrei in die Bundesrepublik geliefert wurden.¹³³

Die Wirtschaft der DDR war nach einer zentralen Planwirtschaft organisiert und die allgemeine Wirtschaftsstrategie jeweils für fünf Jahre festlegte. Einzelne Betriebe konnten somit nicht, wie in der freien Marktwirtschaft üblich, auf aktuell eröffnende Marktchancen reagieren. Sogenannte *Außenhandelsbetriebe (AHB)* wurden geschaffen, die nach einzelnen Industriebranchen kategorisiert wurden und als Schaltstelle für den Handel zwischen Ost und West dienten. Diese *AHBs* waren dem Außenhandelsministerium der DDR sowie den zuständigen Industrieministerien unterstellt. Oftmals waren einem *AHB* zwanzig bis dreißig Betriebe, die für die DDR produzierten, angeschlossen. Nach Abschluss der Vorverträge der *AHB* mit westlichen Firmen, wurden die DDR-Betriebe mit den Exportaufträgen konfrontiert.¹³⁴

So gab es in der Bundesrepublik Firmen, die auf den Vertrieb von Waren aus der DDR spezialisiert waren und sogar den Alleinvertrieb für die DDR übernahmen. Der fränkische Möbelfabrikant *Richard K. Lämmerzahl International* gilt als Generalvertreter und Hauptimporteur für Möbelimporte. 1974 lag das alleinige Vertriebsrecht für DDR-Möbel bei dieser Firma.¹³⁵ *Lämmerzahl* lieferte über Zwischenhändler nicht nur an *IKEA*, sondern auch an *Otto, Neckermann*, etc.¹³⁶

Die Firma *Lämmerzahl* erwarb ihre Produkte größtenteils vom *AHB Holz und*

¹³⁰ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 322.

¹³¹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 54-54.

¹³² Beispielrechnung: „So lieferten DDR-Betriebe im Jahr 1983 ein Sofa und zwei Sessel für 470 DM in die Bundesrepublik, deren Herstellung in der Bundesrepublik angeblich 2.000 DM gekostet hätte. Westliche Möbelhäuser offerierten diese Garnituren dann für 1.100 DM den Verbrauchern,

wobei sie auch in Anbetracht von Transport- und Vertriebskosten vermutlich einen beachtlichen Gewinn einstreichen konnten. Siehe hierzu: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 64.
¹³³ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 334.
¹³⁴ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 336.
¹³⁵ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 328.
¹³⁶ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 57.

Papier, der ebenfalls als wichtiger Handelspartner für die Möbelindustrie in Erscheinung trat. Lämmerzahl arbeitete nach den Weisungen des Bereichs *Kommerzielle Koordinierung*, eine Institution mit Kapitalbeteiligung an der BRD und auch Reklamationen oder Verhandlungen übernahm Lämmerzahl mit den AHB der DDR.¹³⁷

1977 betrug das Geschäftsvolumen 130 Mio. Valutamark, während IKEA, unter Missachtung des Monopols Lämmerzahls, bei 10 Mio. Valutamark für Möbel aus der DDR lag. Lämmerzahl erwirtschaftete zwischen 1975 und 1987 einen Gewinn von ca. 9 Mio. DM. Durch die finanzielle Unterstützung der *bundesdeutschen kommunistischen Partei (DKP)* soll Lämmerzahl vergünstigte Preise bei der Abnahme von Möbeln der ostdeutschen Zulieferer bekommen haben.¹³⁸ Die Firma Lämmerzahl soll durch diesen Exkurs ebenfalls als Profiteur markiert werden.

Das 1979 gegründete *Möbelkombinat Zeulenroda*¹³⁹ gehörte ebenso zu den wichtigsten Produzenten in der DDR. Hier waren 57 Betriebe und mehr als 10.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Zwei Drittel der Produkte wurden exportiert, 15 % davon gingen in das westliche Ausland (ca. 60 Mio. Valuta-Mark), davon wiederum die Hälfte

an die BRD. Hauptabnehmer der Produkte war eben erwähnte Firma Lämmerzahl. Das Preisniveau lag bei unter 10% von vergleichbaren Waren aus dem Westen.¹⁴⁰

In Form eines Büros im *Internationalen Handelszentrum* in Ostberlin wurde 1980 eine IKEA-Repräsentanz errichtet. Ein „Platzbüro“ mit eingeschränkten Rechten wurde eingerichtet. Dieses Bürohaus beherbergte 100 Büros westlicher Konzerne, die den Kontakt zu den Herstellerbetrieben vereinfachen sollten.¹⁴¹

Da es im Vorfeld zu erheblichem Widerstand durch die Konkurrenz IKEAs gekommen war, wurde in dieser Zeit erstmals im Rahmen von Pressekampagnen der Konkurrenz der Vorwurf laut, IKEA ließe Produkte von Strafgefangenen anfertigen.¹⁴²

Auch die Stimmen der bundesdeutschen Möbelindustrie wurden lauter, die einen unfairen Handel seitens der DDR proklamierten.¹⁴³ Lämmerzahl nahm dies nicht stillschweigend hin und beschwerte sich über die „*aggressive Diskussion gegen Möbelimporte aus der DDR*“.¹⁴⁴

Als weiterer Vertragspartner IKEAs in der DDR galt der AHB Transinter GmbH¹⁴⁵ Er

137 Diese Institution hatte eine Kapitalbeteiligung an der Bundesrepublik von 49% und war somit wirtschaftlich mit ihr verflochten. Siehe hierzu Sachse, *Das System der Zwangsarbeit*, S. 328-329.

138 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 58.

139 Dieses Kombinat beschäftigte nachweislich Strafgefangene. Siehe hierzu Sachse: *Das System der Zwangsarbeit*, S. 356.

140 Sachse: *Das System der Zwangsarbeit*, S. 337-338.

141 Sachse: *Das System der Zwangsarbeit*, S. 352.

142 Sachse: *Das System der Zwangsarbeit*, S. 351.

143 Sachse: *Das System der Zwangsarbeit*, S. 338.

144 Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Möbelindustrie prangerte öffentlich die minderwertige Qualität der DDR-Möbel an. Auch der IKEA-Konkurrent Steinhoff hatte erfahren, dass es sich bei den Importen um „Knastware“ handeln könnte und beschwerte sich beim Generaldirektor des AHB Holz und Papier, dass IKEA „Möbel aus DDR-Sträflingsbetrieben“ verkaufen würde. Ob und inwieweit IKEA hierauf reagiert hat, könne nicht belegt werden. Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 52.

145 Die Transinter GmbH war eine Firma der Kommerziellen Koordinierung, einem Firmengeflecht, das strukturell teilweise der Staatssicher-

trat somit in Konkurrenz zur Firma *Lämmerzahl*. *Transinter* stellte außerdem Personal für das *IKEA*-Büro im *Internationale Handelszentrum*. Der *Außenhandelsbetrieb Holz und Papier* schloss ebenso Verträge mit *IKEA* in dieser Zeit. Über eben solche *AHBs* entstanden in den 80er Jahren Lieferbeziehungen von ca. 60 DDR-Betrieben mit *IKEA*.¹⁴⁶

Der Anteil der DDR-Möbel zwischen 1980 und 1984 am *IKEA*-Sortiment nahm wieder ab. 1980 lag der Anteil der DDR-Möbel am Gesamteinkauf von Möbeln durch *IKEA* bei vermutlich 15%. 1984 nur noch bei 8%. Die DDR geriet in Rückstand und *IKEA* konnte nun günstiger in Finnland oder in der Sowjetunion produzieren.¹⁴⁷

Aufgrund des bürokratischen Aufwands bei Einzelprüfungsverfahren, der Veränderung der Kaufgewohnheiten der Bürger:innen und der Lieferengpässe der Betriebe, hatte die Möbelindustrie Mitte der 80er Jahre erhebliche Absatzschwierigkeiten. Der westliche Möbelmarkt brach stark ein. Die DDR-Möbelindustrie verkaufte nun vermehrt an *IKEA*.¹⁴⁸ 1985 war die DDR zwar Hauptlieferant von *IKEA*, jedoch nur aus dem Ostblock. *IKEA* unterhielt Lieferbeziehungen zu 45 Ländern, wovon 22 relevant seien. 43% der Produkte wurden in Schweden hergestellt. Zweitgrößter Lieferant war Finnland und die DDR lediglich an dritter Stelle.¹⁴⁹ Die Obergrenze des Imports von Polstermöbeln sollte 1983 bei 115 Mio. DM liegen und wurde 1985 sogar leicht

abgesenkt.¹⁵⁰ Dieser Druck auf die Möbelindustrie muss sich ebenso auf die Zwangsarbeit ausgewirkt haben.

Die Möbelindustrie konnte in dieser Zeit keine Leistungssteigerungen nachweisen. Im Gegenteil seien sogar Lieferungen storniert worden. Auch der *AHB Transinter GmbH* bestätigte das nachlassende Interesse *IKEAs* an Möbeln aus der DDR. Die Einkäufe verlagerten sich zunehmend in kostengünstigere Länder, wie Polen, Ungarn, CSSR und Jugoslawien.¹⁵¹ Ab 1987 unternahm *IKEA* vermehrt Bemühungen im Ostblock und plante eine Möbelfabrik in der Hauptstadt Estlands zu errichten. Wollte die DDR im Geschäft bleiben, musste sie die „neuen Billiglohnländer“ unterbieten, was nur durch die Verbilligung der Handarbeit und mit steigenden Arbeitsnormen erreicht werden konnte.¹⁵²

Parallel dazu versuchte *IKEA* nun die *AHBs* zu umgehen und intensivere Beziehungen zu den Betrieben selbst aufzunehmen.¹⁵³ 1988/89 entwickelte *IKEA* Beurteilungskriterien, die Produkte einzelner Betriebe für gute Qualität mit Geldbeträgen in schwedischen Kronen prämiierten. *IKEA* reagierte hier primär auf die maroden Zustände der Ost-Betriebe als auf die Vermutung von Haftzwangsarbeit. Die Einführung der Prämien geschah ohne Widerstand der politischen oder wirtschaftlichen Instanzen der DDR.¹⁵⁴ Es gab folglich einen Exportüberschuss der DDR nach Schweden, der

heit, teilweise dem DDR-Außenhandel zuzuordnen ist. Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 353.

¹⁴⁶ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 353.

¹⁴⁷ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 356.

¹⁴⁸ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 339.

¹⁴⁹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 363.

106

¹⁵⁰ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 55.

¹⁵¹ Sache: Das System der Zwangsarbeit, S. 365.

¹⁵² Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 366.

¹⁵³ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 366.

¹⁵⁴ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 367.



IKEA-Sofa *Klippan*. Quelle: Christopher K., 2021, URL: <https://www.ebay-kleinanzeigen.de/s-anzeige/ikea-klippan-sofa-zweiter-bezug/1941532732-88-2085>, aufgerufen am 15.01.2022.

bis zum Niedergang der DDR fortbestand.¹⁵⁵

Der Kenntnisstand zur Haftzwangsarbeit bei *IKEA* bestand bereits nachweislich in den 80er Jahren beim Unternehmen: 1984 brannte die Niederlassung im hessischen Wallau, als auch ein Westberliner-Verkaufsgebäude nieder. Die Presse vermutete eine politisch motivierte Brandstiftung, nachdem 1983 kritische Flugblätter auf dem *IKEA*-Gelände in Bremen auftauchten, die die Produktion „*hinter schwedischen Gardinen*“ anprangerten. Im Zuge dieser Brände fanden Gespräche zwischen der Leitung des *IKEA*-Büros und dem *AHB Holz und Papier* statt, das zur Aufklärung von Haftzwangsarbeit in DDR-Betrieben dienen sollte. Über *Stendal* und *Waldheim*, ebenfalls Zuliefer-Haftstätten, hieß es laut Berichten dieses Gesprächs, dass die Produktion eingestellt sei oder man keine Produkte mehr

von diesen erhalte.¹⁵⁶ *IKEA*-Chef Ingvar Kamprad gab sich mit dieser Aussage zufrieden, da die westlichen Firmen von Interna der DDR-Betriebe gänzlich abgeschottet wurden.¹⁵⁷

Die Produktionsketten waren durch ihre komplexe Struktur von Kombinat und Außenhandelsbetrieben für die Unternehmen nahezu unmöglich in ihrer Gänge nachzuvollziehen.

Nicht auszuschließen sei jedoch, dass *IKEA* weiterhin geschäftliche Beziehungen mit Zulieferern unterhielt, die noch immer in Haftstätten produzieren ließen. Im März 1984 ließ *IKEA* daher, als Reaktion auf die Brände fälschlicherweise offiziell verlauten, dass eine Herstellung in deutschen Gefängnissen für *IKEA* nicht stattfände.¹⁵⁸

¹⁵⁵ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 348.

¹⁵⁶ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 358.

¹⁵⁷ Wölbern: Aufarbeitung, S. 25.

¹⁵⁸ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 360.

Festzuhalten bleibt, dass bei 6000 beteiligten Firmen am innerdeutschen Handel, *IKEA* längst nicht das einzige Unternehmen war, dass sich durch Haftzwangsarbeit bereicherte.¹⁵⁹

IKEA ließ nachweislich in Betrieben produzieren, die Häftlinge beschäftigten. So wurde das Sofa *Klippan* bspw. beim Produzenten *Oelsa* in *Waldheim* produziert. *IKEA* hat sowohl vom Import aus dem „Billiglohnland DDR“, der zollfreien Belieferung der BRD, als auch aufgrund des Währungsgefälles des Innerdeutschen Handels profitiert. *IKEA* hatte aus rein ökonomischen Gründen kein authentisches Interesse daran, das lukrative Geschäftsmodell des Möbelimports zu gefährden. Die Aufklärung sozialer Fragen in den Betrieben hätte das Fortlaufen der Produktionskette bedroht. Der Widerstand ostdeutscher Betriebe zur Aufklärung spielte *IKEA* sogar in die Karten. Der Kenntnisstand *IKEAs* zum Thema Haftzwangsarbeit war erwiesenermaßen vorhanden, jedoch wurde im Rahmen eines möglichen Handlungsspielraums seitens *IKEA* nicht reagiert. Eine umfangreiche Auseinandersetzung mit der eigenen Beteiligung an der Haftzwangsarbeit in der DDR fand erst 2014 durch eine Studie, in Auftrag gegeben von der *Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft* (UOKG), statt.

¹⁵⁹ Sachse: Das System der Zwangsarbeit, S. 321.
108

Quellenverzeichnis

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden: Zu einigen Problemen des Kontrollauftrages v. 20.4.1976; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VII 7384, Bd. I, Bl. 420-425. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik, Knastware für den Klassenfeind, S. 79.

Bericht von Steffen Hörning: 69. Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft 13. August v. 16.6.1986: DDR-Haftwesen und Justiz; BStU, MfS, HA IX 1106, Bl. 2-26. Den Vorfall mit den Zehen konnte die Staatssicherheit bei einer Überprüfung nicht bestätigen. Vgl. Bericht der Abt. 8 der HA VII über die Durchführung eines Einsatzes in der BV Halle v. 19.3.1987; BStU, MfS, HA VII 4963, Bl. 27-36. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik, Knastware für den Klassenfeind, S. 84.

Hauptabteilung XVIII/13 des MfS: Informationen zu einigen bedeutsamen Problemen des technischen Zustands der Produktions- und Erzeugungsanlagen im VEB CKB, 1987; BStU, MfS, BV Halle, HA XVIII, Nr. 12183, Bl. 107. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Schiefer, Profiteure der Krise, S. 49.

Informationen der HA VII v. 26.06.1981; BStU; MfS, BV Halle, OD CKB, SA 1, abgedruckt bei: Sauer, Stefan: Der missglückte Versuch, aus mir einen brauchbaren Menschen zu formen, Naumburg 2002, S.59-62. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind: Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989), Göttingen 2014, S. 79.

Interview mit dem ehemaligen Bausoldaten L. am 15.5.2003. Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012, S. 9.

Leiter der StVE Bitterfeld: Referat zur ökonomischen Konferenz (24.11.1975), LHASA MER, BDVP Halle 19.1, Nr. 1237, Bl. 19. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 3

LHASA MER, Industrie KL SED CKB, IV/D-4/25/ 033, Bl. 76. zitiert nach: Vesting, „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 15.

LHASA MER, BDVP Halle 19.1, Nr. 1238, Bl. 249. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 15.

LHASA MER, BDVP Halle, 19.1., Nr. 1238, Bl. 253. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 13.

OD CKB: Aktenvermerk zu der Beratung am 20.08.81 zu den Problemen des Abbaus von Gefährdungen in den Chlor-Elektrolysen des VEB CKB (20.8.1981), BStU, Ast Halle, Abt. XVIII, Sachakte 7, Bl. 20. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, „Mit Mut zum gesunden Risiko“, S. 15.

Produktionsdirektion [des CKB]: Konzeption über den Einsatz von Strafgefangenen im VEB CKB (9.7.1973), LHASA, Abt. MER, BDVP Halle 19.1, Nr. 1238, Bl. 247-254, hier S.249. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 86.

Produktionsdirektion [des CKB]: Konzeption über den Einsatz von Strafgefangenen im VEB CKB (9.7.1973), S.249. Die Quelle liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 87.

„Todeskommando in Bitterfeld“ in: FAZ v. 25.3.1983. Der Artikel liegt nicht vor. Zitiert nach: Vesting, Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 107.

Literaturverzeichnis

Bastian, Uwe; Neubert, Hildigund: Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates, Berlin 2003.

Fannrich-Lautenschläger, Isabel: DDR-Zwangsarbeit: Kaufhof unter Druck, in: Deutschlandfunk, 04.02.2014, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/ddr-zwangsarbeit-kaufhof-unter-druck-100.html>, aufgerufen am: 14.12.2021.

Fugmann, Tom: Schuften für den Klassenfeind: Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen, in: Mitteldeutscher Rundfunk, 14. Juni 2021, URL: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/wirtschaft/devisen/zwangsarbeit-gefaengnis-haft-westprodukte-100.html>, aufgerufen am: 31.12.2021.

Heimann, Christian: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt a.M. 1997.

Obst, Emil: Führung durch Bitterfeld und Umgebung. Ein deutsches Städtebild, Bitterfeld 1893.

Riesch, Roman: Lage und Perspektiven der Textil- und Bekleidungsindustrie, Mainz 2000.

Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension, Leipzig 2014.

Sachse, Christian: Verschleierte Zwangsarbeit für westliche Firmen, in: APuZ (2016), URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/234183/zwangsarbeit#footnode11-11>, abgerufen am: 07.01.2021.

Sandor, Istvan: Zahlen, Fakten zum Haftalltag, in: Die Welt vom 07.09.1982.

Sauer, Stefan: Der missglückte Versuch, aus mir einen brauchbaren Menschen zu formen, Naumburg 2002.

Schiefer, Mark: Profiteur der Krise: Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971-1989, Göttingen 2018.

Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR, Hildesheim 2011.

Schuster, Lisa-Maria: Bunte Beine – Bunte DDR? Die Dederon-Mädchenstrumpfhose, in: DDR Museum Pforzheim, 24.09.2021, URL: <https://www.pforzheim-ddr-museum.de/2021/09/dederon-strumpfhosen>, aufgerufen am: 09.01.2021.

Schwarz, Heinz: Prägungen aus acht Jahrzehnten. Bitterfelder Weg eines Generaldirektors, Schkeuditz 2004.

Statista: Durchschnittliches monatliches Bruttoarbeitseinkommen der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949 bis 1989, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249254/umfrage/durchschnittseinkommen-in-der-ddr/>, aufgerufen am: 07.01.2021.

SWR: Mehr Westfirmen als bisher bekannt profitierten von DDR-Zwangsarbeit politischer Häftlinge, 14.01.2014, URL: <https://www.swr.de/report/presse/ddr-zwangsarbeit/-/id=1197424/did=12690652/nid=1197424/77cvmu/index.html>, aufgerufen am: 15.12.2021.

Vesting, Justus: „Mit Mut zum gesunden Risiko“. Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna unter besonderer Berücksichtigung des VEB Chemiekombinat Bitterfeld (Reihe „Sachbeiträge“, 30), Magdeburg 2003.

Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012, S. 9.

Wölbern, Jan Philipp: Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13 (2016), S. 86-107, DOI: <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/1417>, abgerufen am: 14.01.2022.

Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte, 7), Hildesheim; Zürich; New York 2011.

Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Studie erstellt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 22.06.2015, URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Studien/die-historische-aufarbeitung-der-zwangsarbeit-politischer-haeftlinge-im-straf-vollzug-der-ddr.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am: 13.01.2022.

Wölbern, Jan Philipp: Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13 (2016), S. 86-107, DOI: <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/docId/1417>, aufgerufen am: 16.12.2022.

Wunschik, Tobias: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangen in der DDR. Westliche Nutznießer und Kenntnisstand der Öffentlichkeit, in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR - Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe "Aufarbeitung und Recht" im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015, S. 47-67.

Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), 37), Göttingen 2014.

Abbildungsverzeichnis

Bastian, Uwe; Neubert, Hildigund: Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates, Berlin 2003, S. 62.

Christopher K., 2021, URL: <https://www.ebay-kleinanzeigen.de/s-anzeige/ikea-klippan-sofa-zweiter-bezug/1941532732-88-2085>, aufgerufen am 15.01.2022.

Familie Seifert/Wieder.

KALX999, CC BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:IKEA,_Aarhus.JPG, via Wikimedia Commons, aufgerufen am 15.01.2022

SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Roger Rössing & Renate Rössing.

DISKURSE ÜBER DIE DDR-HAFTZWANGSARBEIT

(Jana Lena Jünger, Marta Schwierz, Lena Wendler)

Einführung ins Kapitel

Im letzten Kapitel dieser Publikation steht die zentrale Frage im Fokus, wie sich Diskurse rund um das Thema Haftzwangsarbeit in der DDR über die Jahrzehnte hinweg verändert haben. Auf Basis ausgewählter Beispiele wird im Anschluss ein Versuch unternommen, einen Wandel hinsichtlich der genannten Thematik über die verschiedenen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bis heute zu zeichnen. Nicht zuletzt ist es hierbei von Nöten, sich mit unterschiedlichen Akteuren zu befassen, um eine Diversität an Perspektiven zu eröffnen sowie verschiedene Diskursformate zu benennen. Zugleich werden dabei mögliche Ursachen für diesen Paradigmenwechsel umrissen.

Kassiber in der Ware: Grüße aus dem Ost-Knast an den Westen – Die Anfänge

Was konnten aber die Menschen in der Bundesrepublik, insbesondere Verantwortliche in Politik und Wirtschaft, wirklich von der Haftzwangsarbeit in den DDR-Gefängnissen wissen? Tatsächlich

sorgten die strengen Auflagen der Geheimhaltung lange dafür, dass die Zustände und Arbeitsbedingungen der Haftzwangsarbeiter:innen nicht an die Öffentlichkeit gelangen konnten. So war es Aufseher:innen, die im direkten Kontakt zu den Häftlingen standen, verwehrt, in nicht-sozialistische Staaten einzureisen und auch der Kontakt zu Westdeutschland wurde stark eingeschränkt.¹ Der Geheimhaltung und Vertuschung des DDR-Strafvollzugs galt oberste Priorität, was verdeutlicht, dass eine negative Berichterstattung in westlichen Medien von den Verantwortlichen gefürchtet war und in dem Bekanntwerden des Arbeitseinsatzes von Insassen eine Gefahr für die Zusammenarbeit mit dem Westen gesehen wurde.

Es waren zunächst die Insassen selbst, die sich um die Veröffentlichung der Haftzwangsarbeit in DDR-Haftanstalten bemühten. Trotz der starken Überwachung der Haftzwangsarbeiter:innen schafften es einige Gefangene, Kassiber in die Ware zu schmuggeln. Es waren einfache „Grüß[e] aus dem Ost-Knast an den Westen“² in der gefertigten Bettwäsche, aber ebenso detailreiche Schilderungen über die Arbeitsbedingungen, die die Warenhäuser des Westens vereinzelt erreichten. Die meisten Kassiber wurden jedoch durch die strengen Kontrollen gefunden oder verhindert, sodass die wenigen Kassiber zwar als Zeugnis für die Beteiligung der Gefangenen an der Warenproduktion für den Westen gesehen werden können,

¹ Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. 37), Göttingen 2014, S. 254, im Folgenden

zitiert als: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind.

² Schade, Thomas: Westware aus dem Ostknast, in: Sachsische Zeitung v. 09.07.2012; <http://www.sz-online.de/freizeit/fernsehen/artikel.asp?id=310252>. Der Artikel liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 256.

aber nicht genug Aufmerksam generierten, um eine breite Öffentlichkeit in der Bundesrepublik anzusprechen.³

Einen wesentlich größeren Einfluss konnten die politischen Gefangenen nach ihrer Freilassung oder dem Freikauf durch die Bundesrepublik ausüben.⁴ Durch ihre Bewegung aus den Gefängnissen oder aus der DDR hinaus, traten auch Schilderungen über die erzwungene Arbeit politischer Gefangenen, die Arbeitsbedingungen und Wissen über profitierende Firmen und Warenhäuser in den Raum der Bundesrepublik. Mit dieser Entwicklung veränderte sich die Rolle der ehemaligen politischen Gefangenen von den Initiator:innen der Veröffentlichung zur Informationsquelle für Menschenrechtsorganisationen und auch Journalist:innen.⁵

So liegt bereits aus dem Jahr 1967 eine Veröffentlichung der *Amnesty International* über die Lage politischer Gefangene in der DDR vor, die davon berichtet, dass „Polstermöbel für den Export im Zuchthausbetrieb hergestellt“⁶ werden. Doch scheinen derartige Veröffentlichungen für eine breite Öffentlichkeit nicht medienwirksam genug und in ihren Inhalten noch nicht stichhaltig zu sein. Denn bis Journalist:innen und Politiker:innen wirklich

erkennbar als Akteur:innen der Veröffentlichung der Haftzwangsarbeit in DDR-Haftanstalten sichtbar werden, dauerte es bis in die späten 1970er und 1980er-Jahre, als „der Arbeitseinsatz von Gefangenen für Westfirmen als allgemein bekannt gelten durfte“⁷.

Zwischen politischem Aktivismus und der Ignoranz der Politik – der Diskurs in den 80er-Jahren

„Dies muss bei uns weit mehr bekannt werden, damit nicht westliche Firmen solche Waren mit gutem Gewissen im freien Teil Europas vertreiben können, zumal wenn man erfährt, dass solche Gegenstände von 14- bis 16-jährigen etwa im Jugendzuchthaus Halle im Akkord hergestellt werden müssen, in Akkordarbeit, die sonst von den Propagandisten der ‚sozialistischen Errungenschaften‘ natürlich als kapitalistische Schmach verachtet wird.“⁸

Mit diesen Worten brachte der CDU-Abgeordnete Hans Graf Huyn im November 1979 die Inhalte, die einen Monat zuvor im Rahmen des International Sacharow-Hearings in den Vereinigten Staaten bekannt gegeben worden waren, in den deutschen Bundestag.⁹ Auf diese Weise

3 Wunschik, Tobias: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangenen in der DDR. Westliche Nutznießer und Kenntnisstand der Öffentlichkeit, in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR - Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung: Symposium der Arbeitsgruppe "Aufarbeitung und Recht" im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015, S. 47–68, S. 49, im Folgenden zitiert als: Wunschik: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangenen in der DDR.

4 Über die Motive, Abläufe und Zahlen des Freikaufs politischer Gefangene durch die Bundesrepublik ist in dem vorliegenden Katalog ein gesonderter Artikel enthalten.

5 Wunschik: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangenen in der DDR, S. 51.

6 Amnesty International: Politische Gefangene in der DDR, London 1967, S. 47.

7 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 257.

8 Graf Huyn, Hans: Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 186. Sitzung; 15.11.1979, S. 14669.

9 Wunschik: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangenen in der DDR, S. 52.

wurden Erkenntnisse aus den Berichten von Menschenrechtsorganisationen wortwörtlich in den Bundestag geholt und es entstand ein neuer Handlungsdruck für die Politik. Drei Jahre später wurde tatsächlich eine Befragung ehemaliger politischer Gefangener, die unter anderen auch nach Arbeit, Arbeitsbedingungen, Arbeitslohn und den entsprechenden Endprodukten fragte, vom innerdeutschen Ausschuss des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben.¹⁰ Hier berichteten ehemalige politische Gefangene im Beisein der Abgeordneten „vom Zwang zur Arbeit, von gesundheitsgefährdenden Bedingungen, von Essensentzug“¹¹. Trotz des übergeordneten Ziels, die Unterschlagung der Menschenrechte in Strafanstalten der DDR zu untersuchen und der aussagekräftigen Befragungsergebnisse kam der Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen Gerhard Redemann in einem Brief an die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* zu dem Schluss, dass „für eine Wiederholung keine Sachzwänge“¹² bestünden.

Die ausbleibenden Reaktionen aus der Politik riefen schnell die Journalist:innen von großen Zeitung auf die Agenda. So prangerte *Die Welt am Sonntag* zu Beginn

der 1980er-Jahre an, dass allein „die Sklavenarbeit von Häftlingen“¹³ den Export von DDR-Produkten so billig mache. Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* nahm sich dem Thema an und forderte eine kritischere Beobachtung des DDR-Strafvollzugs.¹⁴ Die Stimmen in den Zeitungen der Bundesrepublik wurden lauter und fordernder. Es folgten Interviews mit Zeug:innen, Berichte über Unfälle aufgrund von fehlender Arbeitssicherheit sowie die Bekanntgabe von Produkten und Abnehmer:innen im Westen.¹⁵ 1987 schafften es Menschenrechtler:innen der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* im Heute-Journal des ZDF über die Bedingungen der Arbeit in DDR-Gefängnissen zu berichten: „Alle diese Anstalten sind charakterisiert durch Zwangsarbeit, durch totale Rechtlosigkeit auch der politisch Inhaftierten und durch Willkür des Personals“¹⁶.

Spätestens seit den 1980er-Jahren konnten Bürger:innen in der Bundesrepublik von den Zuständen in den Gefängnissen der DDR wissen, ohne dabei großen Aufwand für die Informationsgewinnung aufbringen zu müssen. Den Recherchen nach war das Thema in den Zeitungen durchaus präsent. Öffentliche Reaktionen, Diskussionen oder Forderungen aus

10 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hrsg.): Politische Haft in der DDR. Ergebnisse einer Befragung politischer Gefangener in den 80er Jahren (edition menschenrechte, 2), Erw. Neuaufl. einer Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) von 1986, Frankfurt am Main 2005, S. 74-75, im Folgenden zitiert als: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: Politische Haft in der DDR.
11 Butter, Claudia; Reinhardt, Achim: Ausgebeutet für den Klassenfeind: Wie DDR-Zwangsarbeiter für Westfirmen leiden mussten, in: Südwestrundfunk (Hrsg.): Report Mainz. Der Jahresrückblick 2016/2017, Leipzig 2016, S. 148-180, S. 176, im Folgenden zitiert als: Butter, Reinhardt: Ausgebeutet für den Klassenfeind.

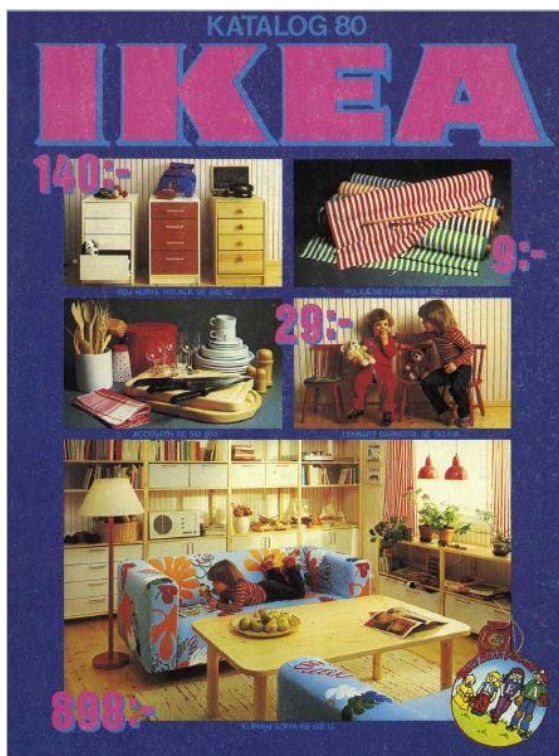
12 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: Politische Haft in der DDR, S. 8-9.

13 Der Artikel liegt nicht vor. Zitiert nach: Butter, Reinhardt: Ausgebeutet für den Klassenfeind, S. 174.

14 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12.8.1982. Der Artikel liegt nicht vor. Zitiert nach: Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 258.

15 Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 258-259.

16 Rothenbächer, Wulf (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) im ZDF-Heute-Journal v. 06.01.1987. Der Artikel liegt nicht vor. Zitiert nach: Butter, Reinhardt: Ausgebeutet für den Klassenfeind, S. 174.



Der IKEA-Katalog aus dem Jahr 1980. Das Trendsofa KLIPPAN (unterer Bildausschnitt) wurde u.a. in der Haftanstalt Waldheim unter Zwangsarbeit gefertigt. Quelle: IKEA MUSEUM/ Inter IKEA Systems B.V.

der breiten Zivilgesellschaft, wie etwa die von der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* ursprünglich geplanten Demonstrationen vor IKEA-Filialen, blieben dennoch aus.¹⁷

Einen Einblick in die Wut auf den Umgang mit politischen Gefangenen der DDR und die Profiteure und Nutznießer dieser Zustände in Westdeutschland aus Teilen der Gesellschaft gibt ein Leserbrief, erschienen im März 1984 in der *tageszeitung*. Nach einem Brandanschlag auf die IKEA-Zentrale sowie eines der IKEA-Möbelhäuser in Wallau versuchten die Verfasser:innen die Tat für sich zu beanspruchen und gaben ihrer Wut in ihrem Text ein Ventil: „das von euch so geliebte alternativmobiliar [sic!] wird im knast

hergestellt!“¹⁸ Tatsächlich steckte keine politische Intention hinter der Tat, wie später bekannt wurde.¹⁹

Allerdings ist dieses Beispiel ein Indiz dafür, dass die Handlungsunfähigkeit oder der fehlende Wille seitens der Politik in einigen Gesellschaftskreisen auch zu Unverständnis und Wut führte, diese aber keinen Einzug in die breite Öffentlichkeit fanden. Die Akteur:innen – die Betroffenen, Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen sowie vereinzelte Politiker:innen – haben es geschafft, die Berichterstattung über die Haftzwangsarbeit (politischer) Gefangene in DDR-Haftanstalten anzutreiben, ein öffentlicher Diskurs, der mehr Handlungsspielraum für Verantwortliche ermöglicht hätte, blieb dennoch weitestgehend aus.

Frauenstrafvollzugsanstalt – das Frauenzuchthaus Hoheneck

Im vergangenen Jahr erschien über den MDR ein Crossmedia-Projekt, welches sich mit dem *Hoheneck Komplex* in der SED-Diktatur beschäftigte. Diese virtuelle Ausstellung zum "Frauenzuchthaus Hoheneck" im sächsischen Stollberg, wurde unter anderem von der *Bundesstiftung Aufarbeitung* und der *Stiftung Sächsische Gedenkstätten* gefördert. Das für den *Grimme Online Award 2021* nominierte Projekt veranschaulicht sowohl die politischen Hintergründe bezüglich der Haftzwangsarbeit als auch die Haftumstände mit Hilfe einer „Scrollldoku“, Interviews

¹⁷ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 259.

¹⁸ Unbekannt unter „phoolan devi & daisy duck“: Leserbrief: super-erklärung für super-taz zum super-anschlag auf ikea, in: Die Tageszeitung v. 15.03.1984, S. 15.

¹⁹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 260.

... Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief ...

geradezu gekennzeichnet ist. Deren Interesse ist es nämlich auch in ganz erheblicher Weise, die Folgen ihrer Politik im Bereich menschlicher „Grundbefindlichkeiten“ oder -verhaltensweisen interpretiert zu wissen.

E.H., Berlin

„Zeit wird's ja“

Betr.: super-erklärung für super-taz zum super-anschlag auf Ikea

das gefühl, morgens an einem reichlich, leckeren frühstückstisch zu sitzen, die taz aufzuschlagen, einen kotzfall zu bekommen und somit dem appetit für den rest des tages ein ende zu bereiten, scheint euch fremd zu sein. ansonsten wäre der taz-artikel vom mittwoch, den 7.3.84 auf seite 15 nicht zustande gekommen. [zum Ikea-Anschlag. taz]

wir wissen nicht, wie wir es wieder gutmachen können, daß unsere erklärung zwei tage später und nicht parallel zum anschlag rauskam. und dazu, daß wir die frechheit besaßen, euch unsre erklärung in form eines comics zuzuschicken und nicht wie üblich 20 seiten schläge in die imperialistische fresse zu verteilen.

SORRY – wahrscheinlich wäre genau das aber notwendig, um zusammenhänge für elchgeile-pseudo-alternative zu schaffen.

schlimm, daß wir aus der permanenten aufklärungsarbeit nie rauskommen, weil sonst die gefahr besteht, daß ihr dem system stück für stück mehr in den arsch kriecht.

beginnen wir doch aufklärend mit unserer absicht: wir deponierter zwei brandstätze, die gegen 2.00 uhr zünden sollten. – einen im ersten stockwerk hinter einem sofa, den zweiten im erdgeschoß in einem wäschekorb. wir konnten sicher sein, daß bei zwei brandstätzen einer in jedem fall zünden würde.

HALBE SACHEN MACHEN WIR NICHT!!!!!!

[echt starke tüpen müßt ihr sein, wau, d.Srn] es war nicht unsere absicht, Ikea in flammen aufgehen zu lassen, sondern die sprinkleranlage in betrieb zu setzen, um zu überprüfen, ob sie überhaupt funktionstüchtig ist (ha,ha).

jedes kaufhaus besitzt eine sprinkleranlage, die bei einem bestimmten hitzegrad ausgelöst wird, damit ein möglicher brand schnell und effektiv gelöscht und die gefährdung von menschen ausgeschlossen werden kann. mit hilfe einiger materialien kann also eine sprinkleranlage beträchtlichen sachscha den anrichten.

DAS WAR UNSERE ABSICHT!!!!

das von euch so geliebte alternativmobiliar wird im knast hergestellt. dieser aspekt reicht uns völlig, um theorie in die praxis umzusetzen. bei bedarf nach näherer information – leserbrief an die taz – auch wir werfen jeden tag dm 1,20 in den gull.

und nun zu eurem gemütlichen friedenseinkauf: endlich kommt ihr zu einem billigeinkauf, bei dem ihr auch noch sekt schlürfen könnt. die versicherung zahlt – na klar, bei jeder schweinerel sind auch versicherungen dabei – ob sie nun den leopard 2 oder Ikea versichern?

eure ironie zwischen den zeilen???? oder eher eine form von distanzierung?????

eure verbale onanie und arschkriecherei wird nach den radi-urteilen noch offensichtlicher und zum zweiten brandstatz der leider frühzeitig entdeckt wurde, bleibt nur noch die frage:

seit wann müssen attrappen entschärft werden? (siehe volksblatt vom diensttag, den 6.3.84)

unser vorschlag: rollt euch'n joint aus den dpa-meldungen

und werdet eurem anspruch gerecht (habt ihr noch einen)?!!?!?!?! zeit wird's ja.

phoolan devi & daisy duck

[Ein Vorschlag: Schickt das nächste mal gleich die Fingerabdrücke mit, dann hat es die Staatsanwaltschaft noch leichter bei der nächsten Durchsuchung in der taz, d.Red.]

Undemokratisch

Betr.: Kandidatur von Hans Apel

Nach über 25jähriger SPD-Mitgliedschaft bin ich nicht bereit, für einen Kandidaten Hans Apel Wahlkampf zu machen, der erreichte Positionen (z.B. Ablehnung der Nachrüstung) infrage stellt und damit die mühsam überwundene Kluft zur jüngeren Generation wieder aufreißt. Wir wollen nicht wieder ungefragt Kandidaten vorgesetzt bekommen, die noch dazu eingeflogen werden. Wenn schon, dann sollten wir uns eine Frau holen, die die Interessen jüngerer und älterer Wählerinnen anspricht. Die Frauen sind es ja schließlich, die im Zeichen der „Wende“ am meisten zu bluten haben. Hans Apel steht für mich (als Mann) als dummdreister Vertreter einer Männergesellschaft, die für unsere Zukunft nur Raketen und Atomkraftwerke anzubieten hat samt etwas sozialem Schnickschnack (...)

Was aber hier läuft, ist für mich nicht mehr demokratisch, und Ristock hat sich mit seinem Votum für Apel selbst zum Anpassertypen degradiert. Schade. Hans Apel in Berlin bedeutet eine Zerreißprobe für die Berliner Partei. Wir sollten in der SPD den durch Vogel mühsam erreichten Konsens nicht wieder kaputtschlagen und uns auf eine(n) Kandidat(in) einigen, der (die) dem Kahlschlag-Senat was entgegenzusetzen hat.

Proteus

Von den mutmaßlichen Verantwortlichen des Brandanschlags auf eine *IKEA*-Filiale verfasster Leserbrief in der Tageszeitung TAZ, erschienen am 15.03.1984. Quelle: taz Verlags u. Vertriebs GmbH (Änderungen in Form eines Zuschnitts vorgenommen).

mit politischen Inhaftierten, kurzen Videosequenzen, Zeitungsausschnitten und vielen weiteren Darstellungsformaten.

Das Projekt vermittelt einen ersten Einblick in den Haftalltag tausender Frauen, die nach ihrer Verurteilung in *Hoheneck* zur Arbeit gezwungen wurden. Diese Eindrücke verschafft voraussichtlich ab 2022 auch die *Gedenkstätte Hoheneck*, in der ein

Teil der Dauerausstellung die Nutzung des Gefängnisses in der DDR darstellen wird. Der Weg zur Errichtung einer Gedenkstätte erwies sich als langwierig. Die Strafvollzugseinrichtung wurde erst 2001 vom Freistaat Sachsen geschlossen und 2002 an einen privaten Nutzer verkauft.²⁰ Nachdem sich 2012 der Förderverein Ge-

20 Rengha Rodewill: Hoheneck. Das DDR-Frauenzuchthaus. Dokumentarische Erkundung in den Fotos mit Zeitzeugenberichten und einem

Vorwort von Katrin Göring-Eckardt, Bonn 2014, S. 10, im Folgenden zitiert als Rengha Rodewill: Hoheneck.

denkstätte Stollberg, Frauenhaftanstalt Hoheneck e.V. gründete und sich zur Aufgabe setzte, die Erinnerung an politische Verfolgung im Nationalsozialismus und der SED-Diktatur zu etablieren, kaufte die Stadt Stollberg den Komplex im Jahr 2013 zurück. Seit 2014 unterzieht sich die *Gedenkstätte Hoheneck* Sanierungsarbeiten und Ausstellungsplanungen.²¹

Das Wissen um das Unrecht der Zwangsarbeit in der Haftanstalt und die Repräsentation von Opfern war in der Gesellschaft jedoch nicht immer präsent. In einem Interview mit dem Doktoranden der Bundesstiftung Aufarbeitung, Sebastian Lindner, wurde darauf hingewiesen, dass Westdeutschland und westdeutsche Firmen von den Missständen, in denen ihre Produkte hergestellt wurden, jedoch wissen konnten. Lindner erwähnte in diesem Zusammenhang die *Friedrich-Ebert-Stiftung* und die IGfM, die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte*. Durch Broschüren und Anschreiben wurde die Öffentlichkeit und die Konzerne auf die Haftzwangsarbeit in der DDR aufmerksam gemacht. Neben diesen Initiativen gab es ebenfalls Einzelpersonen, wie den Publizisten Karl Wilhelm Fricke, der sich mit dem Widerstand und Repressionen in Ostdeutschland auseinandersetzte.²²

Weitere Quellen waren die Berichte der Insassinnen, die aus der Haft von der BRD freigekauft wurden. Zwar sprachen zunächst nicht viele von ihnen über ihre Erlebnisse in Hoheneck, einige berichteten jedoch davon, dass sie von der Produktion für den Westen wussten oder

nach ihrer Freilassung in den Westen sogar selbst in Geschäften auf die hergestellte Ware stießen. Zudem gab es bereits in den 1980er Jahren die sogenannten *Hohenecker Protokolle*, herausgegeben von Ulrich Schacht, in denen die Opfer zu Wort kamen. Lindner vermutet, dass es lange keine breite Wahrnehmung im Westen gab, da viele Betroffene aus Misstrauen schwiegen und mit Ungläubigkeit im Westen konfrontiert wurden.²³

Wie aber waren die genauen Umstände in *Hoheneck*, auf die der Westen hätte aufmerksam sein sollen? Die Herstellung von Strumpfhosen für Ketten wie *Karstadt*, *Aldi* oder *Woolworth* wurden ursprünglich von mehreren Strumpfwirkeleien aus der Region Stollberg produziert. Diese schlossen sich 1970 zum Strumpfkombinat *Esda Thalheim* zusammen. Das Kombinat teilte die Produktionsstätten zunächst in das Werk I in Thalheim und das Werk II in Oberlungwitz auf. Eine Automatisierung der Produktion sollte diese ab 1971 steigern, daher sollten beide Werke zusammengelegt werden.²⁴ Die verspätete Lieferung von Maschinen und eine mangelhafte Arbeitsorganisation führten bereits 1967 zum Rückstand bei der Versendung der Waren nach Westdeutschland. Insgesamt fehlten *Esda Thalheim* genügend Textilarbeiter:innen, was vermutlich auf eine geringe Motivation aufgrund von niedrigem Lohn zurückgeführt werden kann. Daher griff das Kombinat ab den 1970er Jahren auf die Haftzwangsarbeiterinnen in *Hoheneck*

21 Rengha Rodewill: *Hoheneck*, S. 10.

22 Interview mit dem Doktoranden der Bundesstiftung Aufarbeitung, Sebastian Lindner, am 13.01.2022.

23 Interview mit dem Doktoranden der Bundesstiftung Aufarbeitung, Sebastian Lindner, am 13.01.2022.

24 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S.182-183.

zurück.²⁵ Die Insassinnen arbeiteten an Heißformern – der Strumpfhosenstoff musste über eine Form gezogen werden, woraufhin giftige Gase gebildet wurden, denen die Frauen ausgesetzt waren. Im Mai 1975 besuchte ein Vertreter von *Esda Thalheim* unter anderem die Edeka-Gruppe, den Otto-Versand und C&A, um neue Abnehmer heranzuziehen und den Absatz zu steigern. Zudem lieferte *Esda* ab 1979 in 23 weitere Staaten, darunter Frankreich und Holland.²⁶ Langfristig bedeutete dies eine gesteigerte Akkordarbeit in Haftzwangsarbeit. Der Arbeitseinsatz konnte in der Regel von keiner der Frauen umgangen werden. Sebastian Lindner erklärte im Interview, dass es für politische Häftlinge unmöglich war, der gefährlichen Arbeit zu entgehen. Höhere Posten, wie der einer Vorarbeiterin, wurden jedoch meist von Insassinnen besetzt, die länger inhaftiert waren und ihre Haftstrafe nicht aus politischen Gründen verbüßen mussten.²⁷

Was genau geschah seitens der Haftzwangsarbeiterinnen, um auf die Missstände aufmerksam zu machen? Dem *Quelle* Konzern wurden in diesem Zusammenhang regelmäßig Kassiber zugeschickt. Dabei handelte es sich um Botschaften der Häftlingsmitarbeiterinnen, die von Kund:innen z.B. in Paketen mit Bettwäsche entdeckt wurden. *Quelle* deutete diese eher als unpolitische Grußadressen und weniger als Hilferuf aus Hoheneck.²⁸ Auch die *IGfM* wandte sich 1982 schriftlich an den Konzern und bat

darum, dass dieser seinen Einfluss geltend machen sollte, um die Produktion von Bettwäsche zu beenden. Parallel dazu publizierten der *Deutschlandfunk* und die *Welt* Interviews mit Inhaftierten, die den großen Konzern als Abnehmer der produzierten Waren angaben.²⁹

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Produktion von Waren für den Westen, die in der Frauenstrafvollzugsanstalt unter gefährlichen physischen und psychischen Bedingungen ausgeführt wurde, noch vor dem Mauerfall bekannt war. Die Umstände der DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen wurden nicht nur von Initiativen und Publizisten in die Öffentlichkeit getragen, auch die Opfer selbst berichteten in den 1980er Jahren von ihren Erlebnissen. Erst mit der Erkenntnis im Jahr 2012, dass auch *IKEA* seine Möbel unter diesen Bedingungen herstellen ließ, entfachte ein großes Interesse an der Auseinandersetzung mit der Haftzwangsarbeit in der SED-Diktatur. Gegenwärtig wird weiterhin über Entschädigungszahlungen verhandelt, für die sich vor allem die *UOKG*, die *Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.*, einsetzt.

Das Geschäft mit dem Blut – Diskurse seit den 2010er Jahren

Hintergrundinfo / Kontextualisierung

Im Jahr 2014 veröffentlichte Tobias Wunschik seine jüngsten Forschungsergebnisse in seinem Buch mit dem Titel

²⁵ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S.183.

²⁶ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S.186.

²⁷ Interview mit dem Doktoranden der Bundesstiftung Aufarbeitung, Sebastian Lindner, am 13.01.2022.

²⁸ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S.259.

²⁹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S.259.

Knastware für den Klassenfeind. Auf Basis neuer Aktenfunde legt er in diesem Werk dar, wie (politische) Gefangene in der DDR systematisch ausgebeutet wurden. Im 21. Jahrhundert ist allgemein bekannt, dass Konzerngrößen wie etwa Quelle oder auch *Ikea*, neben zahlreichen anderen Westfirmen in der DDR Waren, die z.T. durch Häftlinge produziert wurden, herstellen ließen. Neben diesen Themen hat Wunschik in seiner Publikation jedoch dem Thema „*Blutplasma aus Gräfentonna*“ ein eigenes Unterkapitel gewidmet.

Nicht nur Straftäter, sondern ebenfalls politisch Verfolgte und Gegner des SED-Regimes wurden in der DDR durch Haftstrafen sanktioniert. Dabei mussten diese Personen nicht nur ihre Strafe absitzen, sondern wurden zu körperlicher Arbeit gezwungen. Häftlinge wurden mit dem Ziel, sie andauernd und extrem zu belasten, zur Verrichtung solcher Tätigkeiten gezwungen. Zugleich stand der ökonomische Ertrag für das Land mit an oberster Stelle.³⁰ Die bislang in anderen Beiträgen dieses Sammelwerkes detailliert beschriebenen Martyrien, denen DDR-Häftlinge im Zusammenhang mit westlichen Großkonzernen jahrelang ausgesetzt waren sowie die drastischen Folgen der Haftzwangsarbeit, hinterlassen auch nach über 30 Jahren nach Ende der DDR, noch immer Fassungslosigkeit. Ein umso größerer Schauer dürfte die meisten Menschen erfassen, wenn es um das Thema „*Blutplasma aus Gräfentonna*“ geht.

Die Geschichte der *Haftanstalt Gräfentonna* (heute ist Gräfentonna ein Ortsteil der Gemeinde Tonna im Landkreis Gotha

in Thüringen) reicht bis in die Anfänge der DDR zurück. Erst ab Dezember 1980 wurde mit Vorbereitungen für die Umfunktionierung des bis dahin bestehenden Jugendhauses (Jugendstrafanstalt) zu einer Strafvollzugseinrichtung begonnen. Künftig sollten dort maximal 450 Häftlinge, bewacht von 59 Aufseher:innen, untergebracht werden. Bis zum Jahr 1989 sollte die Zahl der Aufseher:innen bis auf 97 ansteigen. Ab dem Jahr 1982 setzte ein organisierter Arbeitseinsatz für die Inhaftierten in einem 3-Schichtbetrieb ein. Überwiegend mussten die Häftlinge dieser Haftanstalt im VEB³¹ *Optima Büromaschinenwerk* in Erfurt Arbeiten verrichten, aber beispielsweise wurden sie auch für Tätigkeiten im VEB *Fahrzeugelektrik Ruhla*, Betriebsteil Eisenach, herangezogen.³² „Mitte der achtziger Jahre sollten die Häftlinge nicht nur durch den Arbeitseinsatz, sondern auch durch angeblich freiwillige Blutspenden zur Verbesserung der Haushaltslage des SED-Staates beitragen.“³³

Mit Blutspenden, aus denen Blutplasma gewonnen wurde, wollte die DDR-Führung der mittlerweile vorherrschenden Devisenknappheit entgegensteuern, indem sie ab 1984 Blutplasma in den Westen exportierte. Dass innerhalb der DDR der eigene Bedarf an Blutplasma nicht gedeckt werden konnte, blendete die SED-Führung dabei offensichtlich gekonnt aus. Hintergrund dieses Geschäftsmodells könnte das im Jahr 1984 entdeckte HI-Virus bzw. AIDS gewesen sein, welches sich auch in der DDR ausbreitete. Durch das in den Westen exportierte Blutplasma sollten unabdingbares Laborequi-

30 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 21-23.

31 VEB = Volkseigener Betrieb

32 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 235-236.

33 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 237.

pment vom Klassenfeind eingeführt werden, um das Virus zu untersuchen und die Entwicklung eines HIV-Tests realisieren zu können.³⁴ Durch den Import von labortechnischer Ausrüstung aus dem Westen, versuchte die DDR ihre medizintechnischen Einrichtungen auf den neuesten Stand zu bringen.³⁵ Um eine Vorstellung zu bekommen, von welcher Menge Blut(plasma) hier die Rede ist, sei an dieser Stelle gesagt, dass die DDR-Führung verlangte, es sollten „[...] im Jahr 1986 1,3 Millionen Blutbeutel für den West-export beschafft werden.“³⁶

Der Weg, über den diese sensible Ware in den Westen gelangte, könnte durchaus als suspekt beschrieben werden. Über den Schweizer Konzern namens *Ortho-Diagnostics-Systems* gelangten Blutkonserven letztlich an das *Bayerische Rote Kreuz*, welches für die Ware bezahlte. Angeblich soll in Bayern niemand gewusst haben, woher diese Blutkonserven stammten, der Konzern beteuerte gegenüber dem Bundesgesundheitsamt der BRD allerdings, dass eine Rückverfolgung zum Spender gangbar gewesen sein soll.³⁷ Inwiefern das *Bayerische Rote Kreuz* tatsächlich unwissend über die Herkunft der Blutspenden war, wird an späterer Stelle nochmals aufgegriffen, es kann aber grundsätzlich infrage gestellt werden: „Das Schweizer Unternehmen *Ortho-Diagnostic-Systems* sollte [...] Blutbeutel, die notwendigen medizinischen Bedarfsartikel sowie Fragebogen für Blutspender in die DDR

liefern, bezog diese aber seinerseits vom *Bayerischen Roten Kreuz*.“³⁸ Dass niemand der Verantwortlichen des *Bayerischen Roten Kreuzes* Kenntnis davon hatte, wohin das benannte Material ging, ist unter diesen Gesichtspunkten nur schwer zu glauben.



Symbolbild. Abgebildet sind leere Blutkonservenbeutel.
Quelle: Jana Lena Jünger.

Das Geschäft mit dem Blut wurde in der DDR unter größter Geheimhaltung durchgeführt. Dennoch machten sich innerhalb der Bevölkerung Gerüchte breit, weshalb die Blutspendebereitschaft abnahm. Es wurde versucht, Angestellte in Betrieben zum Blutspenden zu überzeugen, um die ausgebliebenen Spenden zu kompensieren.³⁹ „Vermutlich gerade, um die Blutspenden der Aufmerksamkeit der Öff-

³⁴ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 237.

³⁵ Erices, Rainer: DDR-Gesundheitswesen. Blut für Devisen, in: Deutsches Ärzteblatt 4 (2014), S. 112-114, S. 112, im Folgenden zitiert als: Erices: Blut für Devisen.

³⁶ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 243.

120

³⁷ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 238.

³⁸ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 242.

³⁹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 242.

fentlichkeit zu entziehen, sollten auch Gefangene hierzu herangezogen werden.“⁴⁰ Nicht nur die *Haftanstalt Gräfentonna* war davon nachweislich betroffen, auch für die *Haftanstalt Waldheim* konnte Tobias Wunschik derartige Vorgänge nachweisen. Am 08. Oktober 1984 wurden über 60 Insassen sowie rund einem Dutzend Aufsehern:innen unentgeltlich in der *Haftanstalt Gräfentonna* Blut abgenommen. Auf Basis eines Berichts sowie vor dem Hintergrund der Haftumstände stellt Tobias Wunschik die Freiwilligkeit zu dieser Blutspende grundsätzlich infrage. Für die Ansicht von Wunschik spricht außerdem der Aspekt, dass die Herkunft des Bluts verschleiert werden sollte. Die abzugebende Erklärung der Spender wurde nicht eingeholt, ebenso wenig wie Daten der Spender oder deren Unterschrift zum Einverständnis erfasst wurden.⁴¹

Die Rolle des *Bayerischen Roten Kreuzes* darf bei diesem Thema nicht unhinterfragt bleiben. Intern sorgte diese Praxis bei der Institution wohl für Gegenstimmen, da die Blutspenden schlichtweg nicht den Richtlinien des deutschen Arzneimittelgesetzes entsprachen. Aber anstatt dieses mangelhafte Material zu vernichten, verkaufte das *Bayerische Rote Kreuz* diese DDR-Ware dann u.a. an das *New York Blood Center*.⁴² An dieser Stelle ist also davon auszugehen, dass in den 1980er Jahren die Verantwortlichen beim *Bayerischen Roten Kreuz* sehr wohl wussten, woher die Ware stammte, dass diese

durchaus mangelhaft war, und damit bewusst die Richtlinien des deutschen Arzneimittelgesetzes missachtet haben.

Auf Basis der aktuellen Quellenlage lässt sich nicht eindeutig sagen, ob es nach 1984 erneut Bestrebungen in der *Haftanstalt Gräfentonna* zu unfreiwilligen Blutspenden gab. Auch die Frage, ob in anderen Haftanstalten derartige Vorgänge vollzogen worden sind, lässt sich gegenwärtig nicht sagen. Erst im Jahr 1993 drangen genannte Geschäfte mit dem Schweizer Unternehmen *Ortho-Diagnostic-Systems* an die Öffentlichkeit. Dieses Thema bedarf in Zukunft wohl unbestritten noch weiterer Forschung.⁴³ Denn so verworren wie die Wege des Blutplasmas in den 1980er Jahren waren, so undurchsichtig scheint derzeit noch die Quellenlage hinsichtlich dieser Thematik zu sein. Vor dem Hintergrund, dass bis zum Jahr 1990 Blut aus der DDR in den Westen exportiert wurde⁴⁴, kann zumindest nicht vollends ausgeschlossen werden, dass auch bis dato Blut von Inhaftierten in den Westen gelangte.

An dieser Stelle lässt sich jedoch festhalten: Die Haftzwangsarbeit in der DDR war v.a. für politische Gefangene darauf ausgelegt, diese psychisch und physisch auszumergeln. Diese Menschen sind bis heute von dieser Art der Misshandlung gezeichnet. Das Thema Blutplasma aus Haftanstalten der DDR sollte vor diesem Hintergrund zukünftig mit Nachdruck weiter erforscht werden, um auch diese Methode der Verletzung der Menschenwürde aufzudecken. Denn unfreiwillige Blutspenden stellen eine weitere Ebene

⁴⁰ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 243.

⁴¹ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 244.

⁴² Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 245.

⁴³ Wunschik: Knastware für den Klassenfeind, S. 246-247.

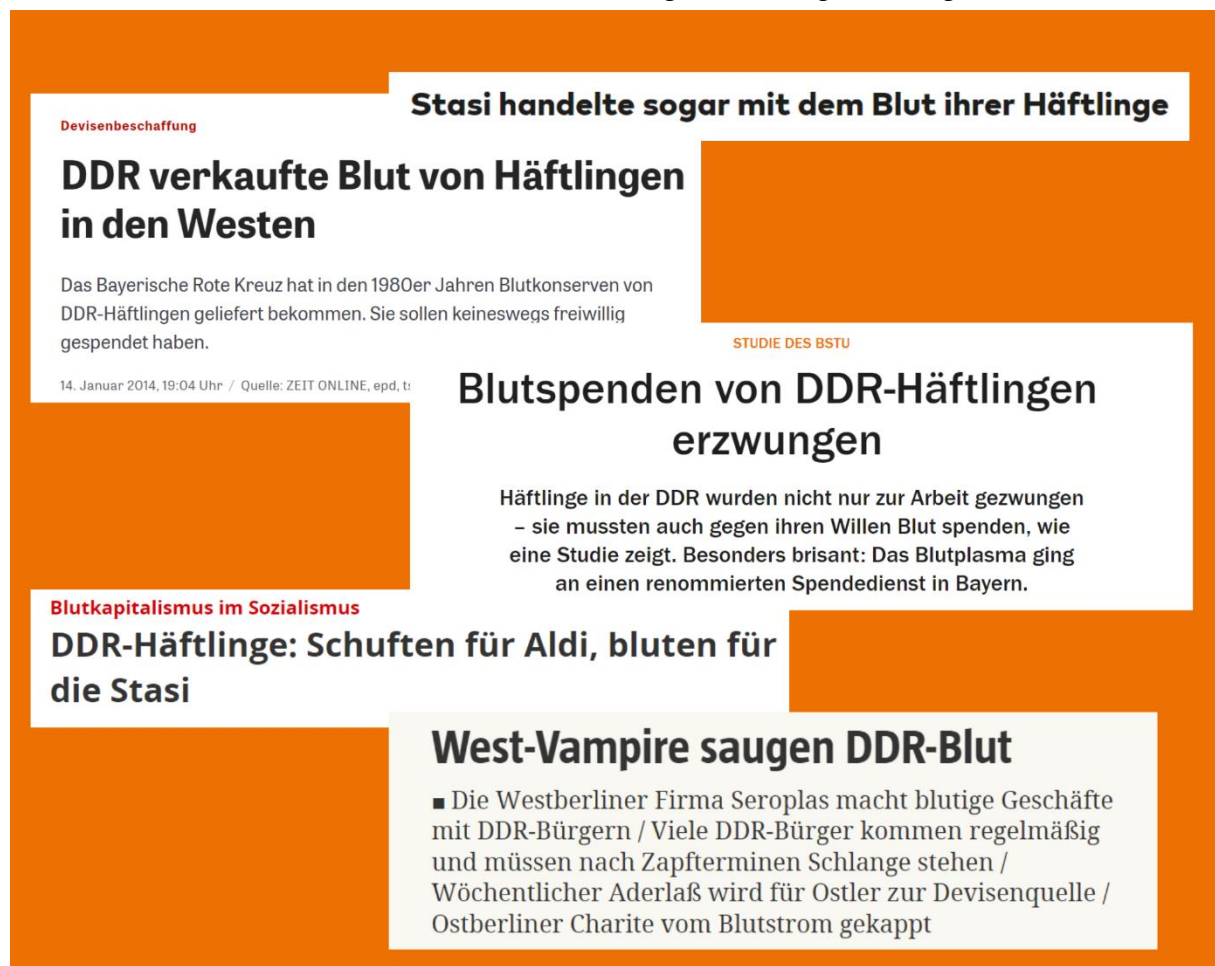
⁴⁴ Erices: Blut für Devisen, S. 113.

der physischen und psychischen Folter dar. In diesem Kontext gehören diverse Personen sowie Instanzen und Institutionen zumindest moralisch angeklagt.

Debatten & Diskurse in (Online- und Print-) Medien anhand von Schlagzeilen

Was machen heutzutage die meisten Menschen, wenn sie zum ersten Mal von einem Thema hören und mehr darüber erfahren möchten? Sie geben diesen bestimmten Begriff online in eine Suchmaschine ein. Rasch sind so z.B. verschiedene Zeitungsartikel mit diversen Überschriften rund um dieses Thema verfügbar.

Zum Thema Blutplasma von DDR-Häftlingen titelte so etwa *die WELT* am 14.01.2014 „*Stasi handelte sogar mit dem Blut ihrer Häftlinge*“ auf Basis der bereits mehrfach erwähnten Publikation von Tobias Wunschik. Während Wunschik in seiner Veröffentlichung stets auf Basis verschiedener Aktenfunde argumentiert, titelt *WELT*-Autor Christian Frey direkt unter der Überschrift plakativ, dass die DDR „*erpresste*“ Blutkonserven an das *Bayerische Rote Kreuz* verkaufte.⁴⁵ Von Erpressung spricht Wunschik nicht, er stellt lediglich die Freiwilligkeit der Spendenbereitschaft von Inhaftierten grundlegend in Frage und argumentiert auf Basis



Von oben nach unten: Schlagzeile 1 bis 4 aus dem Jahr 2014, Schlagzeile 5 aus dem Jahr 1990. Die Links, die zu den jeweiligen Online-Artikeln führen, sind dem Literaturverzeichnis zu entnehmen. Die abgebildete Collage wurde von Jana Lena Jünger erstellt.

⁴⁵ Frey, Christian: Stasi handelte sogar mit dem Blut ihrer Häftlinge, in: *Welt*, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article123858290/Stasi-handelte-sogar-mit-dem-Blut-ihrer-Haeftlinge.html>, aufgerufen am 03.01.2022.

von Akten, dass davon auch keineswegs die Rede sein könne.⁴⁶ Auch das Handelsblatt veröffentlichte auf Grundlage der von Wunschik durchgeführten Studie am 15.01.2014 einen Artikel über dieses Thema unter dem Titel „*Blutspenden von DDR-Häftlingen erzwungen*“.⁴⁷ Diese Schlagzeile steht da schon eher im Einklang mit der Studie Wunschiks. Ebenfalls ließ die ZEIT es sich offenbar nicht nehmen, am 14.01.2014 mit einem Beitrag auf die Studie von Wunschik zu reagieren – dabei verwendete sie die Überschrift: „*DDR verkaufte Blut von Häftlingen in den Westen*“.⁴⁸ Auch hierbei gibt der Titel des Artikels den Befund von Wunschik nüchtern wieder.

In einem anderen Sprachstil titelte etwa Focus online ebenfalls am 14.01.2014 „*DDR-Häftlinge: Schuften für Aldi, bluten für die Stasi*“⁴⁹, im gleichen Stil veröffentlichte auch die Augsburger Allgemeine am 16.01.2014 einen Artikel mit dem Titel „*Häftlingsblut aus der DDR für Bayern*“. Die wohl reißerischste Überschrift zu dem Thema Blutspenden aus der DDR bietet die TAZ: „*West-Vampire saugen DDR-Blut*“⁵⁰. Allerdings wurde dieser Artikel, anders als die anderen, bereits im März 1990, noch vor der Wiedervereinigung, publiziert und steht nicht im Zusammenhang mit der Studie, die Tobias

Wunschik veröffentlichte. In dem Beitrag der taz wird über das freiwillige Blutspenden von DDR-Bürger:innen berichtet – nach Öffnung der Mauer habe laut diesem Artikel die Firma *Seroplas* einen wahren Andrang und Blutspender:innen aus der DDR zu verzeichnen gehabt, die eine Aufwandsentschädigung in Form von West-Mark für ihr gespendetes Blutplasma erhielten. Es wird also deutlich, dass das Thema Blut(plasma) als Geschäftsmodell nicht erst seit dem Jahr 2014 Einzug in öffentliche Diskurse erhielt. Bereits in den 1990er Jahren wurde der Ost-West-Bluthandel im deutschen Bundestag thematisiert. Damals war allerdings noch nichts von dem bekannt, was Tobias Wunschik zu diesem Thema im Jahr 2014 offenlegte.⁵¹

Die Artikel, die im Jahr 2014 in Zusammenhang mit der Publikation *Knastware für den Klassenfeind* von Tobias Wunschik erschienen, forcieren zunächst das Thema der unfreiwilligen Blutspenden von DDR-Häftlingen, bevor das *Bayerische Rote Kreuz* in den Fokus rückt. Teils ist das Thema der Überschrift dabei offenbar nur ein Vorwand, um nach einem kurzen Abschnitt zu dieser ethisch höchstproblematischen Angelegenheit, zu Haftzwangsarbeit für Großkonzerne im Westen zu kommen und damit den

46 Wunschik: *Knastware für den Klassenfeind*, S. 244.

47 Hegemann, Lisa: Blutspenden von DDR-Häftlingen, in Handelsblatt, URL: https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/aus-aller-welt/studie-des-bstu-blutspenden-von-ddr-haeftlingen-erzwungen/9336820.html?ticket=ST-11662799-YfW5wDijJZj3iDaU9YlNa-caso1.example.org, aufgerufen am: 03.01.2022.

48 Zeit Online: *DDR verkaufte Blut von Häftlingen in den Westen*, in: Zeit, URL: https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2014-01/blut-blutkonserven-ddr-stasi?utm_referrer=https%3A%2F%2F

www.google.com%2F, aufgerufen am: 03.01.2022.

49 Focus Online: *Blutkapitalismus im Sozialismus. DDR-Häftlinge: Schuften für Aldi, bluten für die Stasi*, in: Focus, URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/blutkapitalismus-im-sozialismus-ddr-haeftlinge-schuften-fuer-aldi-bluten-fuer-die-stasi-2_id_3538966.html, aufgerufen am: 03.01.2022.

50 Pöhlmann, Christa: *West-Vampire saugen DDR-Blut*, in: taz, URL: <https://taz.de/West-Vampire-saugen-DDR-Blut!/1776954/>, aufgerufen am: 03.01.2022.

51 Erices: *Blut für Devisen*, S. 112.

restlichen Artikel zu füllen. All diese Texte haben noch etwas gemein: Das *Bayrische Rote Kreuz* wird (sicher nicht zu Unrecht) z.T. scharf kritisiert. Jedoch wird in keinem Artikel nach den vielen Verantwortlichen, geschweige denn den Leidtragenden, dieses Geschäfts gefragt. Aber sollte nicht genau diese Frage stets die tragende in Debatten und Diskursen rund um das Thema DDR-Haftzwangsarbeit sein? Wie sollen anders die Verantwortlichen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden, während die Geschädigten die Aufmerksamkeit und Versuche der Wiedergutmachung erfahren, die ihnen zustehen? Genau solche Aspekte sollten öffentlich immer wieder betrachtet werden und dabei die öffentlichen Diskurse nicht ausschließlich davon bestimmt werden, einzelne Institutionen zu brandmarken, ohne handelnde Personen dabei in den Blick zu nehmen.

Es scheint so, als sei es um das Thema Blutplasma von DDR-Häftlingen in den letzten Jahren in der Presselandschaft sehr still geworden. So, wie es auch immer wieder um andere brisante Themen nach einer gewissen Zeit still wird. Wahrscheinlich ist es längst überfällig, dieses Thema wieder in die Köpfe der Menschen zu tragen – so unbequem und unschön es sein mag. Aber auch mit solchen Sachverhalten, die berühren, fassungslos und nachdenklich machen, muss sich auseinandergesetzt und Aufklärungsarbeit geleistet werden, damit Diskurse und Debatten nicht verstummen, sondern zu einer Auseinandersetzung mit dem vergangenen Unrecht und auch zum (seelischen) Heilungsprozess der Geschädigten beitragen können.

Fazit – Wie sich Diskurse rund um das Thema Haftzwangsarbeit in der DDR über die Jahrzehnte verändert haben

Medien fungieren als Katalysator für (öffentliche) Diskurse und Debatten, wobei das älteste Format die Zeitung ist. Seit jeher bestimmen Schlagzeilen die öffentliche Meinung, ohne dass diese Allgemeingültigkeit besitzen oder etwa Diskurse allumfassend darstellen. Oftmals bestimmt dabei die Auflage die Schlagzeile. Im 20. Jahrhundert gewann neben dem einsetzenden Rundfunkbetrieb ein weiteres Massenmedium an Bedeutung, wodurch (öffentliche) Diskurse und Debatten auch in diesem Format publik gemacht wurden: das Fernsehen. Ähnlich wie bei dem Medium Zeitung bestimmen auch bis ins 21. Jahrhundert hier die Einschaltquoten die verhandelten Themen.

Mit dem Aufkommen des Internets für den Privatgebrauch seit den 1990er Jahren ist ein weiteres Format entstanden, welches bis in die Gegenwart einen stetig wachsenden Raum für Diskurse bietet. Seitdem sind Personen nicht mehr auf Zeitungsartikel oder etwa Rundfunk- und Fernsehbeiträge angewiesen, um sich über Diskurse zu informieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen – im Jahr 2022 ist dies längst auch von unterwegs aus sowie zu jeder Tages- und Nachtzeit individuell möglich. Nicht zuletzt bieten auch soziale Netzwerke, die seit den 2000ern rasant an Popularität gewannen, (virtuelle) Räume für Diskurse, in denen Nutzer:innen nicht nur Themen und Diskussionen verfolgen, sondern an diesen auch unmittelbar partizipieren können. Der Zugang zu öffentlichen Medien ist in den letzten Jahrzehnten so also insgesamt niederschwelliger geworden.

Die heutige Medienvielfalt bietet eine bislang nie dagewesene Bandbreite an Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Themen. Dieses Spektrum an Optionen ist Fluch und Segen zugleich. Auf der einen Seite werden Diskurse durch die unterschiedlichsten Möglichkeiten der Partizipation diverser, jedoch können Tatsachenwirklichkeiten auch genau dadurch aus unterschiedlichen Gründen verzerrt werden.

Wie enorm wichtig jedoch eine freie Presse- und Medienkultur ist, konnte in diesem Kapitel anhand der aufgegriffenen Beispiele gezeigt werden. Eine breitere Öffentlichkeit in der BRD konnte erst durch ehemalige politische Gefangene der DDR aufgrund deren Freilassung bzw. Freikauf von der Haftzwangsarbeit in der DDR erfahren. Dadurch wurden die Betroffenen selbst zur Informationsquelle für Menschenrechtsorganisationen und Journalist:innen. Erst ab Ende der 1970er und 1980er Jahre erfuhr so die breite Öffentlichkeit jenseits der DDR von der dortigen Haftzwangsarbeit. Nachdem bekannt wurde, welche Firmen Profiteure dieses Systems waren und die Politik sich dazu eher bedeckt hielt, waren es Journalist:innen, die dieses Thema in die Medien brachten.

Auch wenn bereits vor dem Mauerfall im Jahr 1989 bekannt war, unter welchen Bedingungen diverse Westkonzerne ihre Waren produzieren ließen, wurde diesem Thema erst viele Jahre nach der Wiedervereinigung die nötige Beachtung geschenkt. Seitdem gestalten Geschädigte sowie die Wissenschaft gemeinsam den Diskurs rund um dieses desaströse Thema deutsch-deutscher Geschichte. Vor allem rund um Jubiläen, wie etwa dem Mauerfall oder der Wiedervereinigung rücken Teile der DDR-Geschichte

immer wieder in den öffentlichen Fokus. In allen Medien gibt es dann entweder Sonderausgaben oder Sondersendungen, die (vermeintlich) neue Erkenntnisse dem breiten Publikum schildern und meist an das Ereignis selbst, z.B. den Mauerfall, erinnern. Es ist interessant zu sehen, dass gerade in der Zeitungslandschaft die Akteur:innen nach der Wende genau die gleichen wie aus den 1980er Jahren sind. Heute wird in einem mutigeren und offeneren Ton berichtet. Dabei wird allerdings auch das Narrativ des wohl gehüteten Geheimnisses, das endlich aufgedeckt werden kann, bedient und die eigene Berichterstattung aus vorherigen Jahrzehnten ignoriert. Der investigative Charakter der heutigen Berichterstattung funktioniert, denn für einen wirkungsvollen und öffentlichkeitswirksamen Anstoß zu einem breiten Diskurs fehlten in der Zeit des geteilten Deutschlands das Interesse und die Sensibilität für eine vernünftige Diskussion.

Eine „Man hat von nichts gewusst“-Mentalität, die bekannterweise nicht nur im Diskurs zur Haftzwangsarbeit in der DDR zu erkennen ist, ist bei dem Blick auf die Menschenrechtsorganisationen nicht feststellbar gewesen. Aktionen und Äußerungen von *Amnesty International* oder der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* passten sich jeher den Diskursen in Politik und Gesellschaft an.

In sozialen Medien werden gerade individuelle Geschichten von ehemaligen Häftlingen im Zusammenhang mit Jubiläen von den verschiedensten Personen und Akteur:innen durchaus diskutiert. Sie haben als neues Medium der Zeit den Diskurs geweitet und partizipativ gemacht.

Durch verschiedene äußere Einflüsse sowie durch den technischen Fortschritt haben sich so in den letzten rund 50 Jahren Diskursformate generell, aber vor allem auch hinsichtlich dieser Thematik, stets verändert. Gegenwärtig befindet sich unsere Gesellschaft in der – aus Sicht von Historiker:innen glücklichen - Situation, dass die verschiedensten Perspektiven rund um das hier behandelte Thema eröffnet werden können. Da gibt es etwa zuallererst die Geschädigten auf der einen, die Mittäter:innen auf der anderen Seite, von denen derzeit noch zahlreiche Personen als unmittelbare Zeitzeugen auftreten könnten. Daneben gibt es ein schier unerschöpfliches Sammelsurium an Unterlagen, die neben Zeitzeugenberichten als schriftliche Quellengrundlage dienen können und bislang noch nicht in Gänze zugänglich gemacht werden konnten. Ebenfalls gibt es in diesem Zusammenhang zahlreiche Zeitungsartikel, Radio- und Fernsehberichte der vergangenen Jahrzehnte, die heute z.T. ganz bequem online verfügbar sind. Und nicht zu verachten sind diverse Studien sowie weitere Untersuchungen in diesem Kontext, die seit dem Mauerfall bereits von Wissenschaftler:innen veröffentlicht worden sind und den Diskurs rund um die DDR-Haftzwangsarbeit mitprägen. Der Aufarbeitung dieser unbequemen Episode stehen also prinzipiell ‘lediglich’ finanzielle Hürden sowie einstige Mitverantwortliche und Erfüllungsgehilfen selbst im Weg, die das jahrelang praktizierte Unrecht noch heute versuchen zu rechtfertigen, wenn nicht gar zu verharmlosen. Dennoch wird ersichtlich, wenn man in diesem Zusammenhang die letzten rund 50 Jahre in den Blick nimmt, dass sich die Diskursformate durch die Veränderung in der Medienlandschaft geöffnet sowie unterschiedliche Perspektiven eröffnet

haben. Vielfach stehen Geschädigte im Interessensfokus, denen durch ebensolche Diskurse die öffentliche Aufmerksamkeit zukommt, die ihnen ungefragt zusteht. Die Frage, die nun die Zukunft beantworten wird, ist jene: Wohin führt der in diesem Kapitel skizzierte Diskurswandel rund um das Thema DDR-Haftzwangsarbeit in Zukunft? Wird dieses Thema an Schrecken verlieren, wenn in den nächsten Jahrzehnten die Beteiligten versterben?

Quellenverzeichnis

Amnesty International: Politische Gefangene in der DDR. London 1967.

Deutscher Bundestag: 8. Wahlperiode, 186. Sitzung; 15.11.1979.

Focus Online: Blutkapitalismus im Sozialismus. DDR-Häftlinge: Schuften für Aldi, bluten für die Stasi, in: Focus, URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/blutkapitalismus-im-sozialismus-ddr-haeftlinge-schuften-fuer-aldi-bluten-fuer-die-stasi-2_id_3538966.html, aufgerufen am: 03.01.2022.

Frey, Christian: Stasi handelte sogar mit dem Blut ihrer Häftlinge, in: Welt, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article123858290/Stasi-handelte-sogar-mit-dem-Blut-ihrer-Haeftlinge.html>, aufgerufen am: 03.01.2022.

Hegemann, Lisa: Blutspenden von DDR-Häftlingen, in: Handelsblatt, URL: https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/aus-aller-welt/studie-des-bstu-blutspenden-von-ddr-haeftlingen-erzwungen/9336820.html?ticket=ST-11662799-YfW5wDjJZJ31DaU9YlNa-caso1.example.org, aufgerufen am: 03.01.2022.

Literaturverzeichnis

Butter, Claudia; Reinhardt, Achim: Ausgebeutet für den Klassenfeind: Wie DDR-Zwangsarbeiter für Westfirmen leiden mussten, in: Südwestrundfunk (Hrsg.): Report Mainz. Der Jahresrückblick 2016/2017, Leipzig 2016, S. 148-180.

Ein Interview mit dem Doktoranden der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Sebastian Lindner, geführt am 13.01.2022.

Erices, Rainer: DDR-Gesundheitswesen. Blut für Devisen, in: Deutsches Ärzteblatt 4 (2014), S. 112-114.

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hrsg.): Politische Haft in der DDR. Ergebnisse einer Befragung politischer Gefangener in den 80er Jahren (edition menschenrechte, 2), Erw. Neuaufl. einer Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) von 1986, Frankfurt am Main 2005.

Rodewill, Rengha: Hoheneck. Das DDR-Frauenzuchthaus. Dokumentarische Erkundung in den Fotos mit Zeitzeugenberichten und einem Vorwort von Katrin Göring-Eckardt, Bonn 2014.

Wunschik, Tobias: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangenen in der DDR. Westliche Nutznießer und Kenntnisstand der Öffentlichkeit, in: Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR - Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung: Symposium der Arbeitsgruppe "Aufarbeitung und Recht" im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Baden-Baden 2015, S. 47-68.

Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989) (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 37), Göttingen 2014.

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hg.): Politische Haft in der DDR. Ergebnisse einer Befragung politischer Gefangener in den 80er Jahren (edition menschenrechte, 2), Erw. Neuaufl. einer Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) von 1986, Frankfurt am Main 2005.

Leserbrief: Zeit wird's ja, in: taz – die Tageszeitung, Ausgabe vom 15.03.1983.

Pöhlmann, Christa: West-Vampire saugen DDR-Blut, in: taz, URL: <https://taz.de/West-Vampire-saugen-DDR-Blut/!1776954/>, aufgerufen am 03.01.2022.

Rothenbächer, Wulf (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) im ZDF-Heute-Journal v. 06.01.1987.

Zeit Online: DDR verkaufte Blut von Häftlingen in den Westen, in: Zeit, URL: https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2014-01/blut-blutkonserven-ddr-stasi?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, aufgerufen am 03.01.2022.

Abbildungsverzeichnis

Focus Online: Blutkapitalismus im Sozialismus. DDR-Häftlinge: Schuften für Aldi, bluten für die Stasi, in: Focus, URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/blutkapitalismus-im-sozialismus-ddr-haeftlinge-schuften-fuer-aldi-bluten-fuer-die-stasi-2_id_3538966.html, aufgerufen am: 03.01.2022.

Frey, Christian: Stasi handelte sogar mit dem Blut ihrer Häftlinge, in: Welt, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article123858290/Stasi-handelte-sogar-mit-dem-Blut-ihrer-Haeftlinge.html>, aufgerufen am: 03.01.2022.

Hegemann, Lisa: Blutspenden von DDR-Häftlingen, in: Handelsblatt, URL: https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/aus-aller-welt/studie-des-bstu-blutspenden-von-ddr-haeftlingen-erzwungen/9336820.html?ticket=ST-11662799-YfW5wDjJZJ31DaU9YlNa-caso1.example.org, aufgerufen am: 03.01.2022.

Leserbrief: Zeit wird's ja, in: taz – die Tageszeitung, Ausgabe vom 15.03.1983.

IKEA MUSEUM: Katalog Jahrgang 1980.

Pöhlmann, Christa: West-Vampire saugen DDR-Blut, in: taz, URL: <https://taz.de/West-Vampire-saugen-DDR-Blut!/1776954>, aufgerufen am: 03.01.2022.

Zeit Online: DDR verkaufte Blut von Häftlingen in den Westen, in: Zeit, URL: https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2014-01/blut-blutkonserven-ddr-stasi?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, aufgerufen am: 03.01.2022.

Abkürzungsverzeichnis

AHB – Außenhandelsbetriebe

BRD – Bundesrepublik Deutschland

DDR – Deutsche Demokratische Republik

GJWH – Geschlossener Jugendwerkhof

ILO – International Labour Organization

KSZE – Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

KZ – Konzentrationslager

MdI – Ministerium des Inneren

MfA – Ministerium für Außenhandel

MfS – Ministerium für Staatssicherheit

SBZ – Sowjetische Besatzungszone

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

StVE – Strafvollzugseinrichtungen

SVWG – Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz

UNO – United Nations Organization

VE – Verhandlungseinheiten

VEB – Volkseigener Betrieb

VSV – Verwaltung Strafvollzug

Danksagung

An dieser Stelle möchten wir allen danken, die uns bei der Realisierung unserer Ausstellung unterstützt haben. Dabei gilt es, einen besonderen Dank an folgende Personen und Institutionen richten:

Prof. Dr. Christian Bunnenberg (Ruhr-Universität Bochum)

Claudia Butter (Report Mainz)

Sandra Czech (Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland e.V.)

Lehrstuhl Didaktik der Geschichte am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum

Bettina Erlenkamp (Deutsche Fotothek)

PD. Dr. Jörg Lichter (Handelsblatt)

Sebastian Lindner (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur)

Manuela Rummer (Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau)

Achim Reinhardt (Report Mainz)

Familie Seifert/Wieder

Dr. Ralph Trost (Ruhr-Universität Bochum)

Corinna Urbach (taz)

Dr. Markus Würz (www.zeitzeugen-portal.de)

DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen

Das Thema (Haft-)Zwangsarbeit in der DDR ist seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 immer wieder in den Medien aufgegriffen worden. Betroffene leiden bis heute unter den Folgen der körperlichen und psychischen Ausbeutung durch das SED-Regime, weshalb diese Thematik mit der Zeit keineswegs an Relevanz verloren hat – im Gegenteil: Die Aufarbeitung der Unrechtstaten des DDR-Staates wird wohl noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Mit der Ausstellung **DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen** möchten die Studierenden des 5. Jahrgangs des Master-Studiengangs Public History der Ruhr-Universität Bochum einen Beitrag leisten, um zu zeigen, dass das durchaus brisante Thema **DDR-Haftzwangsarbeit für den Westen** weiterhin Relevanz hat. Dabei wird diese Thematik aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Neben Organisationen, die diese Form der Zwangsarbeit systematisch koordinierten und Orte, an denen u.a. politisch Inhaftierte unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden, werden auch Einzelschicksale Betroffener sichtbar gemacht. Darüber hinaus werden einzelne Profiteure wie etwa *IKEA*, *Aldi*, *Woolworth* oder auch das *Bayerische Rote Kreuz* in den Fokus genommen sowie öffentliche Debatten rund um dieses prekäre Thema der Deutsch-Deutschen Geschichte der letzten 50 Jahre in verschiedenen Facetten dargestellt.

Bei dieser Publikation handelt es sich um den Ausstellungskatalog zu der genannten Ausstellung, die im Wintersemester 2021/2022 an der Ruhr-Universität durch den Master- Studiengang Public History des Historischen Instituts konzipiert worden ist. Durch die Unterstützung verschiedener Institutionen sowie Einzelpersonen, konnten die Studierenden erfolgreich recherchieren und die Ergebnisse der Projektarbeit nun im Rahmen der Ausstellung, des Blogs sowie des Ausstellungskatalogs präsentieren. Hierbei handelt es sich um ein nicht-kommerzielles Projekt. Online sind sämtliche Inhalte unter folgender Internetadresse abrufbar: www.zwangsarbeitinderddr.WordPress.com